Bismarck und Rußland bis zur Reichsgründung

Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophischen Fakultät

der Hansischen Universität in Hamburg

vorgelegt von

Gerhard Heinze

aus Gera

1939

Druckerei wissenschaftlicher Werke Konrad Triltsch, Würzburg-Aumühle

Gutachter: Prof. Dr. Zechlin

Mitgutachter: Prof. Dr. Vehse

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Dezember 1938.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Diese Arbeit erscheint gleichzeitig als selbständiges Buch im Verlag Konrad Triltsch, Würzburg-Aumühle.

Meinen Eltern!

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548128_0014

Inhaltsverzeichnis.

Seite

A. Einleitung: Bismarck und auswärtige Mächte 1

B. Bismarck und Rußland

Kap. 1. Bis zur Berufung nach Frankfurt 2

Kap. 2. Der Krimkrieg 4

Kap. 3. Gesandter in Petersburg

I. Die italienische Frage 13
II. Bismarck, Preußen und Ziele der russischen Politik 17
III. Innerrussische Zustände 20
IV. Die polnische Frage 21
V. Ergebnis der Petersburger Gesandtenzeit 25

Kap. 4. Der polnische Aufstand

I. Grundsätzlich maßgebende Gesichtspunkte für Bismarcks Politik
1. im allgemeinen 27
2. im Hinblick auf die polnische Frage
a) die innerpreußischen Interessen anlangend 27
b) den Rahmen der preußischen Gesamtpolitik berührend 28
II. Die Alvenslebensche Konvention
1. Ursprung 29
2. Abschluß 31
3. Verlauf und Ergebnis 38
III. Bismarck, Rußland und die Politik der Mächte 46

Kap. 5. Bismarcks Aktivität im Herbst 1863 51

Kap. 6. Die dänische (schleswig-holsteinsche) Frage 54

Kap. 7. Die Lösung der deutschen Frage 61

Kap. 8. Die Begründung der deutschen Einheit

I. Allianzversuche mit Rußland und Österreich 69
II. Die Lage im Orient. Einvernehmen zwischen Preußen und Rußland 74
III. Die orientalische Krise im Herbst 1868. — Das Verhältnis Preußens zu Rußland bis zum Ausbruch des Krieges 1870/71 86
IV. Der deutsch-französische Krieg 90

C. Schluß:

I. Das Ergebnis der Rußland-Politik Bismarcks für Preußen-Deutschland 100
II. Die Wirkung der Politik Bismarcks auf Rußland 100
III. Neue Gesichtspunkte der Bismarckschen Politik 101

Vorwort.

Vorliegende Arbeit ist das Ergebnis eines Studiums des gesamten veröffentlichten Aktenmaterials zur Geschichte Bismarcks bis zur Reichsgründung, insbesondere die Auswertung der „Gesammelten Werke" sowie der bisher erschienenen Bände der Aktenpublikation „Die Auswärtige Politik Preußens 1858—1871", unter Hinzuziehung und kritischer Betrachtung nahezu sämtlicher das Thema berührenden bisherigen Darstellungen [1]).

Neben der Ergänzung der Lücken, die sich aus den Tatsachen ergeben, daß

1. es bisher noch einer zusammenhängenden und umfassenden Darstellung des Verhältnisses Bismarcks zu Rußland für die Zeit bis zur Reichsgründung ermangelte,
2. sich alle bisherigen Spezialuntersuchungen nur auf einzelne bestimmte politische Ereignisse beschränken, ohne daß dadurch aber ein geschlossener Kreis erzielt würde, und
3. in den größeren Gesamtdarstellungen der preußischen und europäischen Politik das Verhältnis Bismarcks zu Rußland nicht durchweg mit derselben Ausführlichkeit und Genauigkeit behandelt wird, wie es im Rahmen einer Spezialuntersuchung geschehen kann, die einzig und allein dieses Verhältnis im Auge hat, gleich einem roten Faden, um den sich alle Geschehnisse der europäischen Politik weben,

soll diese Untersuchung, vornehmlich auf Grund der Aktenpublikation „Die Auswärtige Politik Preußens" (mit den darin enthaltenen zahlreichen russischen Aktenstücken) neue Aufschlüsse und Erkenntnisse bringen, so daß nahezu alle bisherigen Darstellungen, die zu dem Thema etwas sagen, Ergänzungen und Berichtigungen erfahren.

---

[1]) Die vorliegende Arbeit war schon abgeschlossen und lag für den Druck bereit, als die Arbeiten von *H. Scheidt* und *W. Ebel* erschienen. Die Arbeiten dieser beiden Verfasser konnten daher nur noch bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt werden. Insbesondere konnten und mußten aber zu der Arbeit von *Scheidt* noch einige kritische Betrachtungen in den Fußnoten angeschlossen werden.

A. Einleitung: Bismarck und auswärtige Mächte.

Mit der Darstellung des Verhältnisses Bismarcks zu Rußland wird ein Teil der meisterhaften Außenpolitik jenes großen Staatsmannes berührt. Zu allen seinen Kriegen, die die Wegbereiter zu seinem letzten großen Ziel, der deutschen Einheit waren, hat sich Bismarck der Unterstützung oder wohlwollenden Haltung anderer Staaten versichert. Von seinem ersten außenpolitischen Hervortreten an suchte Bismarck die preußische Politik in Anlehnung an Rußland zu führen. Wenn er dabei in den Verdacht geriet, Gefühlspolitik zu treiben, so bedeutet das eine arge Verkennung seines Charakters. „Ich habe auf die Frage, ob ich russisch oder westmächtlich sei, stets geantwortet, ich bin preußisch, und mein Ideal für auswärtige Politik ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten ... Ich würde, sobald man mir nachweist, daß es im Interesse einer gesunden und wohldurchdachten preußischen Politik liegt, unsere Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern sehen“ [2]). Diese Worte muß man sich immer gegenwärtig halten, wenn man das Verhältnis Bismarcks zu auswärtigen Mächten betrachtet und es die richtige Beleuchtung erfahren soll. „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen; ... es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient“ [3]).

Wurde in der Zeit vor dem Auftreten Bismarcks die preußische Politik von konservativen Tendenzen bestimmt, so trat mit Bismarck ein Wandel in der Form der preußischen Politik ein [4]). Bismarck suchte den Anschluß an Rußland nicht mehr aus konservativen Grundsätzen heraus, sondern allein aus staatsmännischen realpolitischen Erwägungen. „Die Deutschen gingen sonst immer von der Idee aus und suchten von der Idee aus das Leben und die Zukunft zu meistern. Bismarck ging von dem freien Leben der Gegenwart aus und formte daraus seine jeweiligen Maßnahmen“ [5]).

---

[2]) 11. Mai 57. Bism. an Gerl. 325.
[3]) 2. Mai 57. Bism. an Gerl. 315.
[4]) *Gawronski*, Bismarcks Formen des außenpolitischen Handelns, S. 29 ff.
[5]) *Stresemann*, Bismarck und wir, Rede zum 25. Bismarckkommers, S. 7.

B. Bismarck und Rußland.

Kapitel 1.

Bis zur Berufung nach Frankfurt.

Otto von Bismarck wuchs auf in den Überlieferungen der heiligen Allianz, die die Generation, die 1813 erlebt hatte, in seinen Knabenjahren beherrschten [1]). Ohne sich mit auswärtiger Politik viel zu beschäftigen, stand Bismarck unter dem Eindruck der Freiheitskriege, wie er sich dem Standpunkte eines preußischen Offiziers darbot, mit einem unverhohlenen Groll gegen Frankreich, dessen Besitz von Straßburg ihn „ärgerte". „Der Besuch von Heidelberg, Speyer und der Pfalz stimmte mich rachsüchtig und kriegslustig" [2]). Was seine Beurteilung des Charakters der russischen Politik seit den Freiheitskriegen anbetrifft, so erkannte Bismarck an, daß Rußland einen Anspruch auf die Dankbarkeit Preußens erworben hatte, diese Schuld aber während der Regierungszeit Kaiser Nikolaus' I. ausgeglichen wurde. „Unter seiner Regierung haben wir als russische Vasallen gelebt, 1831, wo Rußland ohne uns kaum mit den Polen fertig geworden wäre, namentlich aber in allen europäischen Constellationen von 1831—1850, wo wir immer russische Wechsel acceptiert und honoriert haben, bis nach 1848 der junge österreichische Kaiser dem russischen besser gefiel als der König von Preußen, wo der russische Schiedsrichter kalt und hart gegen Preußen und deutsche Bestrebungen entschied und sich für die Freundschaftsdienste von 1813 voll bezahlt machte, indem er uns die Olmützer Demütigung aufzwang" [3]). Denn trotz aller verwandtschaftlichen Bande, die die Herrscher Preußens und Rußlands aneinander knüpften, war die Politik der beiden Staaten allmählich in Gegensätze zueinander geraten, die auf innerem Gebiete lagen [4]). Die Verfassungspläne Friedrich Wilhelms IV. beunruhigten den Zaren aufs äußerste, und daß sich Nikolaus I., der sich „als Gottes auserlesenen Streiter zur Vernichtung der Revolution" betrachtete [5]), nicht von persönlichen Gefühlen, sondern nur von den Interessen leiten ließ, wie es ihm das Wohl seines Staates gebot, hatte er sowie sein Kanzler Nesselrode unmittelbar nach der Thronbesteigung zum Ausdruck gebracht [6]). Aber da Friedrich Wilhelm IV. den Weg nach Olmütz ging,

[1]) G.W. 15, 186. Auch Rede vom 6. 2. 88. G.W. 13, 337. (*Kohl,* Reden 12, 458.)
[2]) G.W. 15, 6.
[3]) G.W. 15, 186.
[4]) *Schiemann,* Gesch. Rußlands IV, 1, 5, 102, 104, 220 ff. *Kleinschmidt,* Drei Jahrh. russ. Gesch., 373.
[5]) *Kleinschmidt,* a. a. O., 369.
[6]) *Martens,* Rußland u. Preußen während der Restauration, in Dt. Revue 13. Jg. 2. Bd. 1888, S. 308. — Nikolaus I. war sogar geneigt, sich evtl. kriegerisch mit Preußen auseinanderzusetzen, was aus einer von ihm selbst entworfenen Denkschrift und seiner Korrespondenz mit dem General Paskiewitsch hervorgeht. *Schiemann,* a. a. O. IV, 158. *Kleinschmidt,* a. a. O., 373.

nicht zum wenigsten auf Drohen des Zaren, und sich somit wieder als williger Gefolgsmann Rußlands erwies, kam es zur Aussöhnung der beiden Monarchen [7]); und durch den damit bekundeten guten Willen Preußens, fortan den von Rußland und Österreich beschrittenen Bahnen zu folgen, mag der Boden geebnet worden sein, auf dem die Saat Bismarcks so reiche Frucht tragen sollte. Bismarck billigte und verteidigte diese Politik vollständig, da er die Ungunst der Situation, worin er nach einer späteren Äußerung [8]) die Rechtfertigung der Olmützer Convention fand, klar erkannte und die Gefahr nicht unterschätzte, die in einem Kriege gegen Österreich und Rußland lag, während eine dritte Macht, Frankreich, „beutelustig an unserer Grenze rüstet und sehr wohl weiß, daß im Dome zu Köln das Kleinod zu finden ist, welches geeignet wäre, die französische Revolution zu schließen und die dortigen Machthaber zu befestigen, nämlich die französische Kaiserkrone“ [9]). Als Vertreter der von dem König und seinem Minister Manteuffel eingeschlagenen Politik wurde Bismarck dem preußischen Gesandten am Bundestage von Rochow als Gesandtschaftsrat beigegeben und nach dessen Ausscheiden selbständig mit der Leitung der Geschäfte des Gesandtschaftspostens betraut [10]). Von Manteuffel, der bemüht war, mit Österreich in ein klares Verhältnis und zu einem guten Einvernehmen zu gelangen, in solch versöhnendem Sinne instruiert [11]), ging Bismarck also „noch gut österreichisch“ nach Frankfurt, bis er hier gewahr werden sollte, daß seine bisherigen Anschauungen von dem Charakter österreichischer Politik irrig waren: „daß dasjenige Österreich, mit welchem ich bis dahin gerechnet, für Preußen nicht existierte“, sondern, „daß die gegenseitige Anlehnung von Österreich und Preußen ein Jugendtraum war“ [12]). Während aber Manteuffel sich den Widerständen und Intrigen Österreichs gegenüber, welches immer bestrebt war, Preußens Ansehen und Stellung zu mindern, mit einer defensiven Haltung begnügen wollte, drängte Bismarck zu entschlossenem Entgegentreten [13]).

So vollzog sich während seiner Frankfurter Jahre in Bismarcks politischer Einstellung ein völliger Wandel; er sah ein, daß die Verhältnisse zu einer Auseinandersetzung mit Österreich hinführen mußten, und somit mußte er auch fortan seine politischen Beziehungen entsprechend zu gestalten suchen Bismarck gelangte dabei zu der Erkenntnis, daß der Hauptbedacht nicht auf die Stellung Preußens innerhalb des Bundes zu richten sei, sondern als allein maßgebend für die Zukunft Preußens sein Verhältnis zu den europäischen Staaten gelte [14]).

Somit gewann auch Rußland, welches früher lediglich als Hüter der konservativen Doktrin gegolten hatte, jetzt für ihn ein realpolitisches Interesse [15]). Bald sollte Bismarck Gelegenheit haben, erstmalig außenpolitisch hervorzutreten, um der Politik Preußens bestimmte Bahnen weisen zu können.

---

[7]) *Schiemann*, a. a. O. IV, 241.
[8]) G.W. 15, 161.
[9]) Rede vom 3. 12. 50. G.W. 10, 103. (*Kohl*, Reden 1, 264.)
[10]) *Kohl*, Regesten I, 47 u. 54.
[11]) *Richthofen*, Die Politik Bismarcks und Manteuffels 1850/58, S. 31 ff.
[12]) G.W. 15, 197 f.
[13]) s. ausführlich *Richthofen*, a. a. O., 44 ff.
[14]) *Stolberg-Wernigerode*, Bismarck u. die Verständigungspolitik, S. 8, sagt: „Mochte Preußen in Frankfurt isoliert sein, wenn nur Östereich in Europa isoliert war.“
[15]) Vgl. auch *Stern*, Gesch. Europas VIII, 64.

Kapitel 2.

Der Krimkrieg.

Als im Jahre 1854 der Krimkrieg[16]) ausbrach, in welchem sich die Westmächte Frankreich und England mit der Türkei gegen Rußland verbanden, ergab sich für Europa eine neue Konstellation der Mächte, als deren charakteristischstes Merkmal im Verlaufe des Krieges eine zunehmende Entfremdung zwischen Rußland und Österreich hervortrat, verursacht durch die schließlich deutlich nach Westen geneigte Haltung des letzteren, womit auch der Gedanke der heiligen Allianz zu Grabe getragen wurde. Da Österreich von nun an des Rückhaltes an Rußland in seiner deutschen Politik entbehrte, kam Bismarck der Krieg wohl gelegen: „Für uns betrachte ich es jedenfalls als einen Gewinn, daß die Koalition von Rußland, Österreich und den Mittelstaaten, der wir auf dem Wege der deutschen Politik überall begegneten, sich gelöst hat, hoffentlich auf die Dauer“[17]). Es war eine der großen Krisen, die das Wetter bilden, welches Preußens Wachstum fördert[18]).

Von Anfang an schien es für Bismarck klar, daß ein Zusammengehen mit Österreich in der orientalischen Angelegenheit für Preußen nicht in Frage kommen dürfte. Es wäre ein Beistand ohne Dank zu ernten, um so nutzloser, da das gegenwärtige Österreich schwach und undankbar, doch nie der ehrliche Bundesgenosse Preußens sein würde[19]). Aber hatte Preußen überhaupt Vorteile aus der Teilnahme an einem Kriege gegen Rußland zu gewärtigen? Nicht nur, daß Preußen absolut keinen eigenen Kriegsgrund und kein Interesse an der orientalischen Frage habe, um einen Krieg gegen Rußland oder auch nur das Opfer der langjährigen guten Beziehungen zu demselben zu rechtfertigen, und jeder siegreiche Krieg gegen Rußland zweifellos ein dauerndes Revanchegefühl dieses Landes erwecke, wodurch ein sicherer Bundesgenosse jedes zukünftigen Feindes Preußens erwachsen würde, entstehe für Preußen zugleich die Aufgabe, die polnische Frage in einer erträglichen Form zu lösen. Die eigenen Interessen sprächen also keineswegs dafür, sondern eher gegen einen Bruch mit Rußland. Eine Unterstützung des Vorgehens der Westmächte bedeute somit nur ein Eintreten für deren Interessen. „Wir würden die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Patronat englische Kriege zu führen hat, oder die des Yorckschen Corps beim Ausmarsch zum Kriege 1812, wo die damals berechtigte Furcht vor Frankreich uns zu dessen gehorsamen Bundesgenossen zwangsweis gemacht hatte“[20]). Die langjährigen guten Beziehungen zu Rußland aber für fremde Interessen zu opfern oder Rußland aus Furcht vor den Westmächten anzugreifen, war Bismarck nicht geneigt[21]). Dazu kam, daß bei einem Einschreiten gegen Rußland Preußen die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte[22]), eines Krieges, der — wie Bismarck sich später[23]) einmal ausdrückte — „von dem Augenblick an, wo wir den ersten Schuß taten, der unsrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wenn es genug war.“ Da Rußland für Preußen aber „der wohl-

[16]) *Sybel,* Die Begründung des Deutschen Reiches II, 125 ff. *Stern* VIII, 61.
[17]) 16. u. 17. Juni 54. G.W. 1, 456.
[18]) 15. Februar 54. G.W. 1, 427.
[19]) 9. Juli 53. Bism. an Gerl. 85. 15. Juli 53. G.W. 1, 355.
[20]) G.W. 15, 81 und 82 f.
[21]) G.W. 15, 92.
[22]) 2. April 54. Bism. an Gerl. 137.
[23]) Rede vom 19. 2. 78. G.W. 11, 531. (*Kohl,* Reden 7, 103.)

feilste unter den Kontinentalen" war, welcher sich nur im Orient auszudehnen suchte, Frankreich und Österreich dagegen direkt auf Kosten Preußens zu wachsen verlangten, galt es besonders, Rußland nicht zu „erkälten" [24]). Nach einer endgültigen Trennung Österreichs und Rußlands war es für Bismarck darum nicht zweifelhaft, daß, wenn überhaupt Partei ergriffen werden sollte, Preußen mit Rußland zu gehen hätte, um so mehr, da Österreich der einzige Gegner Preußens wäre, von dem man etwas gewinnen könnte, denn ein etwaiger Gewinn polnischen Gebietes mit einer Vermehrung der polnisch-katholischen Untertanen lag nicht in Preußens Interesse, da dies nicht zu dessen Kräftigung beitragen könnte. Außerdem würde man nur in demselben Maße, in dem man Anstrengungen gegen Rußland macht, in Abhängigkeit von Österreich geraten und in Deutschland an Boden verlieren [25]). Das Geratenste schien Bismarck daher eine bewaffnete Neutralität an der Spitze der deutschen Staaten, welche mit Preußen das gleiche Interesse hatten, „in Ruhe gelassen zu werden, wo es nichts zu verdienen gibt", wobei sich Bismarck für den Einfluß in dem außerösterreichischen Deutschland „einen neuen Elan" versprach, wie er es gleich zu Beginn der orientalischen Verwicklungen zum Ausdruck brachte [26]). Wohl wäre Bismarck geneigt gewesen, gegebenenfalls auch eine andere Haltung einzunehmen, aber nur, wenn sich ein im Interesse Preußens liegender Gewinn geboten hätte. „Können wir etwas profitieren, so ist es allerdings anders", aber nur „pour les beaux yeux de qui que ce soit, oder für den bloßen Ruhm, auch dabei gewesen zu sein", sollte man sich „keine blutigen Köpfe holen" [27]). Bismarck war also nicht grundsätzlich einem Kriege gegen Rußland fremd, wie etwa seine konservativen Parteifreunde. Würde sich ihm nur ein „würdiger Kampfpreis" geboten haben! „So ernst ein Krieg mit letzterem (Rußland) auch sein mag, würde ich doch nie d a g e g e n zu raten versuchen, wenn dabei ein würdiger Kampfpreis für u n s in Aussicht steht" [28]). Im Gegensatz zu seinen Parteifreunden, deren Stellungnahme hauptsächlich durch religiöse und parteidoktrinäre Vorurteile gegeben war [29]), beurteilte Bismarck die Lage mit der nüchternen, unbefangenen Erkenntnis des Realpolitikers. Eine solche Krise wie diese, in der sich die europäischen Mächte jetzt befanden, bot Preußen Gelegenheit, seine bisher beibehaltene Abhängigkeit von den politischen Wünschen Österreichs als auch Rußlands zu lösen und in der europäischen Politik selbständige Bahnen zu beschreiten [30]). Doch durch seine Parteizugehörigkeit konnte Bismarck nur allzu leicht in den Verdacht geraten, wie seine Parteifreunde lediglich aus innerpolitischen Gründen russenfreundlich gesinnt zu sein. Aber wie wenig ging seine Russenfreundlichkeit über das dem preußischen Interesse notwendige Maß hinaus! „Ich gehöre nicht zu denen, welche die russischen Interessen mit den unseren identifizieren, im Gegenteil, Rußland hat viel an uns verschuldet" [31]). „Das Interesse Preußens ist mir das einzige Gewicht, dem ich bei Abwägung unserer Politik die normale Geltung beilege, und wenn Aussicht gewesen wäre, diesem Interesse durch Teilnahme an dem Kriege gegen Rußland, auf irgendeine den ah. Intentionen entsprechende Weise

---

[24]) 19./20. Dez. 53. Bism. an Gerl. 115.
[25]) 15. Juli 53. G.W. 1, 355.
[26]) 2. Februar 54. G.W. 1, 422. 15. Juli 53. G.W. 1, 355. 9. Juli 53. Bism. an Gerl. 85.
[27]) 15. Juli 53. G.W. 1, 354.
[28]) 8./9. Dez. 54. G.W. 1, 514.
[29]) *Kunau,* Die Stellung der preuß. Konservat., S. 5 ff.
[30]) *Kunau,* a. a. O., S. 27.
[31]) 8./9. Dez. 54. G.W. 1, 514.

förderlich zu sein, so würde ich durchaus nicht zu den Gegnern eines solchen Krieges gehört haben“ [32]).

Wie Bismarck einerseits nicht geneigt war, das Vorgehen der Westmächte nur zu deren eigenem Interesse zu unterstützen, wollte er andererseits auch nicht zur Durchführung russischer Zwecke „preußisches Blut und Geld“ opfern [33]). Natürlich erwog er dabei, wie weit man im preußischen Interesse die russische Schale sinken lassen dürfe; jedoch gehörte „viel dazu, bevor wir uns zu einer Halt gebietenden Demonstration ermannen würden [34]).

So sehen wir Bismarck bemüht, der von ihm vertretenen Anschauung: Distanzierung von den Schritten der Westmächte und strenge Neutralität gegenüber Rußland, in Berlin Geltung zu verschaffen. Mit wachsender Besorgnis verfolgte er die Haltung des Königs und der preußischen Regierung und mußte feststellen, daß man sich in Berlin unter den widerstreitenden Einflüssen maßgebender Personen am Hofe [35]) allmählich immer mehr in das Fahrwasser der Westmächte hineinziehen ließ [36]). Über diese Vorgänge äußerte sich Bismarck später [37]) einmal: „Ich weiß, welche Künste der Überredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg.“

Manteuffel, der preußische Ministerpräsident, der in seiner ganzen auswärtigen Politik von der Furcht vor Konflikten beherrscht war [38]) und es darum mit keiner der in Zwist geratenen Mächte verderben wollte, bemühte sich wohl zunächst, die österreichische Regierung zu veranlassen, in Petersburg vermittelnd zu wirken [39]). Als sich aber bei ihm zu den westmächtlichen Einflüssen die Furcht vor einer drohenden Isolierung gesellte, vermochte er der antirussischen Richtung am Berliner Hofe nicht mehr zu widerstehen [40]). Doch schon als Manteuffel mit den anderen Mächten das Wiener Protokoll unterzeichnete, welches der Erhaltung des Friedens dienen sollte und eine höfliche Ermahnung an den Zaren bedeutete [41]), stimmte das Bismarck bedenklich, da er darin bereits eine Parteinahme gegen Rußland erblickte. So äußerte er seine Bedenken Gerlach gegenüber: „Welches sind unsere Interessen, die uns zu diesem Schritte geleitet haben, und was haben wir davon, uns mit Rußland zu erkälten? Die Westmächte rechnen uns es nicht hoch an, daß wir nach Österreich beigetreten sind, weil wir uns graulten, allein zu sein, und Österreich dankt uns erst recht nicht dafür“ [42]); und an Frau v. Puttkamer schrieb er: „Daß zwischen Rußland und den Westmächten Friede bleibt, ist kaum mehr wahrscheinlich; wolle Gott nur verhüten, daß wir nicht in einen Streit hineingezogen werden, dessen Ursachen uns so fern und fremd sind“ [43]). Tatsächlich war auch der Zar verletzt durch den Schritt der Mächte, besonders aber durch die Teilnahme Preußens [44]), denn die Tendenz des Protokolls ließ erkennen, daß es sich um mehr als lediglich eine Vermittlungs-

[32]) 16. Febr. 56. G.W. 2, 126.
[33]) 20. Febr. 54. Bism. an Gerl. 129.
[34]) 7. Okt. 55. Bism. an Gerl. 252. 29. Okt. 55. Bism. an Gerl. 254.
[35]) G.W. 15, 70. *Sybel* II, 132 ff. *Borries,* Preußen im Krimkrieg, Kap. 2, S. 14 ff.
[36]) 9. April 54. Bism. an Gerl. 139.
[37]) Rede v. 19. 2. 78. G.W. 11, 531. (*Kohl,* Reden 7, 102 ff.)
[38]) *Richthofen,* a. a. O., 22.
[39]) *Richthofen,* a. a. O., 69 f.
[40]) *Richthofen,* a. a. O., 76.
[41]) *Sybel* II, 129 f. *Stern* VIII, 50.
[42]) 18. Dez. 53. Bism. an Gerl. 113.
[43]) 29. Dez. 53. Briefe an Braut 364.
[44]) *Stern* VIII, 53.

aktion handelte, indem es wohl den Frieden zwischen Rußland und der Türkei herzustellen suchte, zugleich aber Rußland die Vorteile, welche dieses aus einem eventuellen Waffenerfolg ziehen könnte, absprach [45]).

Wenn auch der König nicht so weit nach Westen neigte wie sein Minister [46]), so ist es doch kaum wahrscheinlich, daß er, dessen „Handeln überall weniger durch praktische Verständigkeit als durch Wärme des Herzens und allgemeine Doktrinen bestimmt" [47]) war, seine ‚Stellung gegen Rußland bis in die letzten Konsequenzen erwogen' hatte [48]). Bismarck, von dem man nach all seinen klaren Erwägungen aber bestimmt sagen kann, die „Stellung gegen Rußland bis in die letzten Konsequenzen erwogen" zu haben, schien es daher bei der unsicheren und wankelmütigen Lage, wie sie sich am Berliner Hofe ausbreitete, geraten, seine Anschauungen eindringlicher zur Geltung zu bringen und ließ es sich darum sehr willkommen sein, ja veranlaßte es sogar selbst [49]), daß der König ihn immer häufiger zum Beistande rufen ließ, so daß er „wie ein Perpendickel zwischen Frankfurt und Berlin" hin und her ging und der König ihn „als den Anwalt für seine unabhängige Politik benutzte, wenn der Andrang der Westmächte ihm gegenüber, daß wir auch unsererseits Rußland den Krieg erklären sollten, zu stark und der Widerstand seines Ministeriums ihm zu schwach wurde" [50]). Tatsächlich gelang es auch Bismarck, der vom 3. bis 21. März 1853 in Berlin weilte [51]), durch sein persönliches Einwirken am Hofe zu verhindern, daß Preußen einer von den Westmächten vorgeschlagenen österreichischen Konvention [52]) beitrat, die Preußen zu bewaffnetem Einschreiten zwecks Ausführung der in dem Wiener Protokoll festgelegten Beschlüsse veranlassen sollte [53]), ein Schritt, zu dem Manteuffel aus Furcht vor einer drohenden Isolierung geneigt war [54]). Auf die Vorhaltungen, die der englische Gesandte Bismarck wegen dessen Teilhaben an der Ablehnung der Konvention machte, erwiderte Bismarck, daß der Inhalt „zu bindend und zum Krieg treibend gewesen" sei [55]). Wiederholt hatte Bismarck schon davor gewarnt, man solle die Kluft zwischen Rußland und Preußen, wie sie absichtslos entstanden, nicht mit Absicht erweitern [56]) und aus „Graulichkeit" vor dem Gedanken des Alleinstehens engeren Anschluß an Österreich suchen. „Es würde mich ängstigen, wenn wir vor dem möglichen Sturme dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das wurmstichige alte Orlogschiff von Österreich koppeln" [57]). Durch Wahrung der Neutralität bleibe man j e d e m ein willkommener Bundesgenosse, und mit 400 000 Mann brauche man auch nicht zu fürchten, allein zu stehen. Außerdem steige mit fortschreitender Verwicklung der Wert von Preußens Beistand. Bismarcks Meinung ging also dahin, sich jetzt keinesfalls näher mit Österreich einzulassen, da man später noch höhere Be-

[45]) *Borries,* a. a. O., 72.
[46]) *Borries,* a. a. O., 96 f.
[47]) *Sybel* II, 73.
[48]) *Borries,* a. a. O., 101, läßt dies „dahingestellt".
[49]) *Lenz,* Zur Kritik der Gedanken u. Erinnerungen, S. 14.
[50]) Rede v. 6. 2. 88. G.W. 13, 332. (*Kohl,* Reden 12, 448).; auch Rede v. 19. 2. 78. G.W. 11, 531 (*Kohl,* Reden 11, 103) und G.W. 15, 82.
[51]) *Lenz,* Kritik, S. 7.
[52]) *Gerlach,* Denkwürdigkeiten II, 116. *Richthofen,* a. a. O., 76 f. — 30. März 54. Bism. an Gerl. 135.
[53]) *Sybel* II, 131.
[54]) *Gerlach,* a. a. O II, 121. *Richthofen,* a. a. O., 76.
[55]) 30. März 54. Bism. an Gerl. 135.
[56]) 23. Februar 54. G.W. 1, 429.
[57]) 15. Februar 54. G.W. 1, 427.

dingungen stellen könnte. Es galt, aus dieser kritischen europäischen, aber für Preußen günstigen Lage, „die Gelegenheit, die Gott uns geben sollte, zu benutzen, um für unsere zukünftige Stellung zu Österreich unzweideutige Vereinbarungen zu gewinnen, auf deren Basis wir dermaleinst ehrliche Bundesgenossen ohne eifersüchtige Hintergedanken sein können“ [58]), und Österreichs Bedrängnis zu benutzen, um die eigene Stellung Preußens am Bunde zu stärken [59]). Aber solange man von jener Seite nicht zu ehrlichem Verständnis bereit sei, solle man „Rußland nicht alle Hoffnung benehmen und die Brücke zwischen ihm und uns so weit erhalten, daß wir dem Kabinett von Petersburg doch näher stehen als die anderen drei Mächte“ [60]).

Mit der in Berlin erfolgten Zurückweisung eines russischen Vorschlages zu einer Defensiv-Allianz [61]) war Bismarck wohl ganz einverstanden, doch wünschte er, daß man die Orientpolitik „mit mehr Liebenswürdigkeit für Rußland ausstaffieren“ könnte und nicht durch die Art, wie man Rußland einen Korb gäbe, den Anschein zu erwecken, als wenn es „mit einer gewissen Satisfaction“ geschehen wäre. „Ich sehe nicht ein, welchen Vorteil es uns jemals gewähren kann, wenn wir in diesem Falle Rußland um ein Haar breit mehr ärgern, als die materielle Innehaltung der von uns für richtig gehaltenen Politik Preußens stricte notwendig macht“ [62]).

Aber trotz aller Warnungen war die Furcht in Berlin, daß Österreich feste Abmachungen mit den Westmächten treffe und Preußen dann ganz allein stehe, nicht mehr zu bannen. Bismarck glaubte nicht an die Möglichkeit eines Abkommens Österreichs mit den Westmächten, da ein Krieg mit Rußland Österreich von der Gnade Frankreichs abhängig machen müsse, was wohl kein Vorteil für Österreich sein könnte: „Frankreich ist ein zu arroganter Verbündeter, besonders wenn es in der Lage ist, über den Kopf seines deutschen Genossen hinweg mit Rußland Frieden zu schließen“ [63]). Jedoch der König entschloß sich, am 11. März 1854 an Kaiser Franz Joseph ein Schreiben mit dem Vorschlag einer Allianz zu richten, in Verfolg dessen es am 20. April zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses kam [64]). Danach garantierten sich die beiden deutschen Mächte ihren gesamten Besitz und gaben sich darüber hinaus die Zusage, auch in dem Falle füreinander einzutreten, wenn eine der beiden Mächte, jedoch erst nach erfolgtem Einverständnis mit der anderen Macht, sich veranlaßt sehen sollte, im deutschen Interesse offensiv vorzugehen. Dem geschickten österreichischen Unterhändler Heß gelang es, einen Zusatzartikel zur Annahme zu bringen, wonach ein solcher Fall bereits gegeben sei, wenn Rußland auf eine zu erfolgende Mahnung die Donaufürstentümer nicht unverzüglich räume; Preußen verbürgte Österreichs Besitzstand, war aber zu offensivem Vorgehen erst dann bereit, wenn eine Einverleibung der Fürstentümer oder ein Angriff oder Überschreiten des Balkans seitens Rußland erfolgen sollte. Die angeschlossene Militärkonvention verpflichtete Preußen, binnen 36 Tagen nach Verabredung mit Österreich 100 000, eventuell 200 000 Mann an der Ostgrenze zur Aufstellung zu bringen [65]).

---

[58]) 23. Febr. 54. G.W. 1, 429.
[59]) 20. Februar 54. Bism. an Gerl. 129.
[60]) 26. Febr. 54. G.W. 1, 431.
[61]) *Stern* VIII, 54 f.
[62]) 20. Febr. 54. Bism. an Gerl. 128 f.
[63]) 7. April 54. Bism. an Gerl. 137; auch 16. u. 17. Juni 54. G.W. 1, 455.
[64]) *Sybel* II, 138 ff. *Stern* VIII, 68. — Zu dieser Zeit weilte Bismarck nicht in Berlin. Er war am 21. 3. abgereist und kam erst wieder am 7. Mai nach dort. *Lenz,* Kritik, S. 7.
[65]) *Sybel* II, 142 ff. *Stern* VIII, 70 f.

Bismarck wäre bei österreichischer Zusicherung der Wahrung strikter Neutralität wohl zu einem Defensiv-Bündnis bereit gewesen: „Deutsche Interessen zu verteidigen, weigern wir uns nicht"; aber zu Eroberungen Österreichs in einem Angriff auf die russische Armee wollte er seine Hand nicht bieten [66]). Bei der augenblicklichen politischen Lage bedeutete das Bündnis aber zweifellos eine Parteinahme gegen Rußland. Für Bismarck, der immer gefordert hatte, daß man einer aggressiven Politik gegen Rußland die Unterstützung versage [67]), mochte darum der Abschluß sehr ungelegen kommen. So eindringlich er aber auch vorher gewarnt und von engerem Anschluß abgemahnt hatte, so stellte er sich jetzt, nach vollzogenem Abschluß ebenso rasch und fest auf den Boden der gegebenen Tatsache und suchte dem Vertrag die für Preußen möglichst günstigste Seite abzugewinnen. Er machte nicht nur „bonne mine", sondern beglückwünschte Manteuffel zu dem Abschluß des Bündnisses, wobei er gleichzeitig dem Vertrag eine Auslegung ganz scharf in dem ihm erwünschten Sinne gab, und zwar mit der Selbstverständlichkeit, als ob gar keine andere Auslegung möglich wäre [68]). Denn wie betrachtete Bismarck das Abkommen? Durch die Garantie des Besitzes hatte Österreich nichts mehr zu befürchten; der Grund zum Drängen und zu eigenen leichtsinnigen Beschlüssen war ihm also genommen. Dies bedeutete sogar einen Vorteil. Die Gefahr des zweiten Artikels aber, ein beiderseitiges offensives Vorgehen, war gebannt durch den Passus „im Einvernehmen mit dem Andern". Dadurch behielt Preußen „das Heft in der Hand", und das ganze Abkommen war nur „eine hohle Nuß, ein pactum de contrahendo"; Bismarck schien „außer der Courage noch nichts verloren" [69]). Mit genialer Erkenntnis hatte Bismarck also das Schwergewicht des Vertrages sofort in dem zweiten Artikel gefunden [70]), und Manteuffel griff den Gedanken auf und lobte solch „wechselseitiges Klammersystem" [71]).

Zur Ausführung des Vertrages empfahl Bismarck dem König, Preußen aus der sekundären Lage zu befreien und, sobald Österreich die Truppenaufstellung verlangen sollte, diese zum größten Teil in Oberschlesien vorzunehmen, wodurch es möglich sei, „die russische oder die österreichische Grenze mit gleicher Leichtigkeit zu überschreiten ... Mit 200 000 Mann würde Se. Maj. in diesem Augenblick Herr der gesamten europäischen Situation werden, den Frieden diktieren und in Deutschland eine Preußens würdige Stellung gewinnen können" [72]). Es galt Bismarck, unter entschlossenem Festhalten an der erwünschten Auslegung des Vertrages, Preußen-Österreich zusammenzuhalten und ein wirksames Veto in betreff der gemeinsamen Politik zu sichern, vor allem aber, sich einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland fernzuhalten, „weil wir mit dem ersten preußischen Kanonenschuß gegen die Russen abhängig werden von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg" [73]).

Dieses Moment spielte in Bismarcks Erwägungen von Anfang an eine gewichtige Rolle. Schon Ende des Jahres 1853 zog er die Möglichkeit einer rus-

---

66) (März 54) Handschriftl. Notizen. G.W. 1, 436.
67) 7. April 54. Bism. an Gerl. 138. 9. April 54. Bism. an Gerl. 139.
68) 28. April 54. Bism. an Gerl. 148.
69) 25. April 54. G.W. 1, 442. 28. April 54. Bism. an Gerl. 148.
70) *W. Oncken:* Ein staatsmännisches Meisterstück Bismarcks, in „Kölnische Zeitung" v. 16. 8. 78. Zit. n. *Richthofen.*
71) 30. April 54. Manteuffel an Bism. Anhang II, 168.
72) G.W. 15, 72. Auch Rede v. 6. 2. 88. G.W. 13, 337. (*Kohl,* Reden 12, 459.)
73) 25. April 54. G.W. 1, 442.

sisch-französischen Verständigung in seine Betrachtungen über die Stellungnahme zu Rußland. „Unsere eigene Lage kann leicht sehr unbehaglich werden, wenn eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich stattfindet, was für den Kaiser von Rußland allerdings der natürlichste Ausweg sein würde, wenn wir ihm die Hölle zu heiß machen" [74]). Es galt Bismarck, auf diese Möglichkeit einer Verbindung sein besonderes Augenmerk zu richten, um der Gefahr einer Hegemonie Frankreichs über die deutschen Mittelstaaten zu begegnen, die „mit der feinsten Nase im Winde nach dem ersten Symptome einer französisch-russischen Verständigung wittern" [75]). Man mußte darum alles vermeiden, um mit Rußland nicht zum Bruche zu kommen. „Die Leichtigkeit, die Frankreich vermöge seiner geographischen Lage und seiner Interessen hat, sich mit Rußland zu verständigen, macht den Louis Napoleon zum Herrn der Situation, sobald unser erster Schuß gegen Rußland gefallen ist" [76]). Bereits im Februar 1854 gab Bismarck Manteuffel zu verstehen, nachdem er vor einer Spannung des Verhältnisses zu Rußland gewarnt hatte: „Niemand kann vorher wissen, wie lange die jetzige Verteilung der streitenden Kräfte dauert, und England ist zu Lande, Österreich überhaupt ein schwacher Bundesgenosse" [77]).

Zwei in der Zukunft liegende neue Mächtegruppierungen schien Bismarck schon vorauszusehen: auf der einen Seite Frankreich und Rußland, auf der anderen Österreich und England. Dabei deutete er zugleich an, welche Seite Preußen in dieser neuen Konstellation zu wählen haben würde. In Voraussicht einer Umgruppierung in dem europäischen Staatensystem kümmerte ihn darum auch die Erbitterung wenig, welche die Westmächte jetzt gegen Preußen hegten [78]), weil dieses der wachsenden Kriegslust Österreichs, wie sie in dem Vertrage mit der Türkei und später mit den Westmächten zum Ausdruck kam, doch nicht zu folgen vermochte [79]). Die Drohung einer englischen Blockade nahm Bismarck nicht für ernst, da „der Bramarbas sich in einen kühlen Rechenmeister umgestaltet, bevor er Hand ans Werk legt" [80]). Würde die Blockade dennoch durchgeführt, so veranschlagte Bismarck aber die Verluste, welche durch einen deutsch-russischen Krieg entstehen würden, noch höher. Größten Unwillen zeigte er darum gegen Preußens „dringende Unterstützung" der mit Kriegsdrohung verbundenen Forderung der Westmächte und Österreichs [81]), wodurch Preußen „zur Rolle eines Geld- und Rekrutendepots des westöstlichen Diwans" gedrängt werde [82]). So konnte Bismarck die Besorgnis nicht los werden, daß Preußen durch den Strom der Ereignisse allmählich doch zu einem Kriege gegen Rußland im österreichischen Interesse geführt werden könnte [83]), und legte daher seinen gegen Österreich gerichteten Ausführungen nach dessen Übertritt zu den Westmächten eine noch größere Schärfe bei [84]); schließlich machte sich Manteuffel seine Ausführungen mehr und mehr zu eigen [85]).

---

[74]) 19./20. Dez. 53. Bism. an Gerl. 115.
[75]) 13. April 54. Bism. an Gerl. 141. 26. 4. 54. G.W. 1, 444.
[76]) 9. April 54. Bismarck an Gerl. 140.
[77]) 23. Febr. 54. G.W. 1, 429.
[78]) 23. Juli 54. Mant. an Bism. Anhang II, 194.
[79]) *Sybel* II, 147 ff., 156 ff. *Stern* VIII, 80 ff., 95 ff. *Richthofen,* a. a. O., 94 ff.
[80]) 25. Juli 54. G.W. 1, 470.
[81]) *Stern* VIII, 83.
[82]) 15. Aug. 54. Bism. an Gerl. 162.
[83]) 8./9. Dez. 54. G.W. 1, 514.
[84]) *Kunau,* a. a. O., 95.
[85]) *Richthofen*, a. a. O., 121 f.

Bei der dann mit Beendigung des Krimkrieges offen zutage tretenden Möglichkeit einer russisch-französischen Allianz, welcher Österreich und England gegenüberstehen würden, entschied sich Bismarck für Anschluß an die kontinentale Machtegruppe. „Es ist das einzige Mittel, uns der Vormundschaft der Mittelstaaten und der österreichischen Umgarnung nachhaltig zu entziehen;" darum hieß es, wenn diese Allianz zustande kam, „mit beiden Füßen in dieselbe hineinspringen"[86]). Neben dem Fehlen eines Interessengegensatzes zu Rußland, demzufolge Preußen natürlicherweise an die Seite Rußlands gewiesen wurde, wie es Bismarck seit Beginn der orientalischen Verwicklung in so zahlreichen Äußerungen dargelegt hatte, schenkte Bismarck seine besondere Beachtung den Gefahren, welche entstanden, wenn man keinen Anschluß an Frankreich-Rußland fand, und stellte ihnen zur Seite die Momente, welche erkennen ließen, daß eine Allianz mit Österreich-England kein gleichwertiges Bundnis bedeutete, ja, welche einem Anschluß an diese Mächte geradezu widerrieten. Abgesehen von der inneren Schwäche Österreichs und dem damit verbundenen geringen Wert eines solchen Bundesgenossen[87]), kamen zu der doch klar vor Augen stehenden Notwendigkeit einer preußisch-österreichischen Auseinandersetzung[88]) auch die Mängel, welche einem Bundnis mit England anhafteten und in folgenden drei Ursachen wurzelten: erstens die militärische Schwäche Englands. — „den deutschen Großmächten kann es im Kriegsfalle zu Lande wenig nützen"[89]). — dann die Wirkung der innerpolitischen Verhältnisse Englands auf äußere Bündnisse, also Unsteigkeit in der auswärtigen Politik, — „wo Zeitungsartikel mehr zu bedeuten haben als staatsmännische Erwägungen, da ist es mir nicht möglich, Vertrauen zu gewinnen"[90]) — und schließlich drittens der Gedanke an den englischen Egoismus, welcher Preußen nur für eigene Zwecke benutzen würde[91]). Den Kontinentalkrieg gegen die Landheere Frankreichs und Rußlands würde aber Deutschland allein zu führen haben, wobei es noch zweifelhaft wäre, wieviel von den Bundestruppen in einem solchen Kriege Gefolgschaft leisten würden. Preußen dürfte darum nicht zu den Gegnern einer solchen Allianz gehören, da man wahrscheinlich unterliegen oder „pour les beaux yeux de l'Autriche et de la Diète ... siegend verbluten" würde. Darum forderte Bismarck auch „etwas mehr kostenlose Freundschaft" gegen Napoleon[92]). Wenn er dabei auch nicht „einem preußisch-französischen Bündnisse a priori das Wort reden" wollte, glaubte er doch diese Möglichkeit als Drohmittel gegenüber dem Bunde offenhalten zu müssen, da man außerdem leicht in Lagen geraten könnte, wo „jene Chance von zwei Übeln jedenfalls das kleinste" wäre[93]). Freilich stellte er eine preußisch-französisch-russische Allianz nicht als etwas zu Erstrebendes hin, sondern als „eine Tatsache, die wahrscheinlich früher oder später aus dem jetzigen décousu hervorgehen" würde[94]). Mit dem Ausscheiden Rußlands aus der Allianz der drei Ostmächte und seinem Anschluß an Frankreich würden auch die meisten deutschen Bundesstaaten dieser neuen Verbindung folgen[95]). Bismarck kannte die

[86]) 13. 2. 56. G.W. 2, 120.
[87]) 19./20. Dez. 53. Bism. an Gerl. 115. 26. 4. 56. G.W. 2, 141 f.
[88]) 28. 4. 56. Bism an Gerl. 294 f.
[89]) 18. 5. 57. G.W. 2, 223. Ähnlich schon 19. Dez. 53 Bism. an Gerl. 115.
[90]) 26. 4. 56. G.W. 2, 143.
[91]) Vgl. a. *Kötter*, Bism. Verhältn. z. England, S. 6 ff.
[92]) 26. 4. 56. G.W. 2, 140.
[93]) 10. 5. 56. G.W. 2, 150.
[94]) 30. 5. 57. Bism. an Gerl. 332.
[95]) 4. Nov. 56. G.W. 2, 167. — 18. 5. 57. G.W. 2, 219.

Neigung der deutschen Staaten zu Frankreich seit dem Krimkrieg [96]) und wünschte, das Steuerruder des deutschen Schiffes in preußischen Händen gehalten zu wissen und ein Hineintreiben in den französischen Hafen zu verhindern [97]). Außerdem hoffte Bismarck die Chance eines französisch-russischen Kriegsbündnisses noch zu vertagen, wenn man engeren Anschluß an Frankreich suchte, da er dessen Wunsch, nicht vorzeitig mit England zu brechen, kannte, wobei sich Frankreich bei intimeren Beziehungen zu Preußen das russische Bündnis immer offenhielt; bei dem Zustandekommen eines solchen behielt Preußen aber „die Möglichkeit eines moderierenden Einflusses" auf die Gestaltung und Zwecke desselben [98]).

All den Unzuträglichkeiten gegenüber, denen nur durch Anschluß an Frankreich und Rußland zu begegnen war, bot aber eine Verbindung mit Österreich und England neben ihren sonstigen Unsicherheiten [99]) auch nicht den geringsten Vorteil. „Österreich kann nicht wollen, daß wir in Deutschland an Bedeutung gewinnen, und England kann uns weder unsere industrielle noch eine maritime Entwicklung in Handel und Flotte gönnen" [100]).

Die Summe dieser Erwägungen führte zu einer Politik, welche sich mit preußisch-russisch-französischer Front gegen Österreich und England richtete. Sowohl Napoleon [101]) als auch Gortschakow [102]), der russische Gesandte in Frankfurt, kamen ihm auf diesem Wege entgegen. Stark befürwortete Bismarck daher eine Begegnung der drei Monarchen, wodurch sich „der Schatten einer möglichen künftigen Allianz an die Wand zeichnet" [103]).

Bismarck wußte, daß er zur Abrechnung mit Österreich der Unterstützung Rußlands bedurfte. Das erste Ziel, eine Entfremdung Österreichs und Rußlands war durch den Krimkrieg erreicht. Mit Genugtuung konnte Bismarck noch während des Krieges feststellen: „Österreich hat sich als eine für jetzt unübersteigliche Barriere in den Weg Rußlands geschoben; die Spitze der Politik des letzteren wird sich für die Zukunft naturgemäß gegen diese Barriere richten" [104]). Zwischen Preußen und Rußland aber war das gute Verhältnis gewahrt, nicht zum wenigsten dank der Einwirkung Bismarcks am Berliner Hofe. Materielle Unterstützung hatte Rußland gar nicht erwartet; man war zufrieden, wenn sich Preußen zu keiner feindseligen Demonstration bewegen ließ [105]).

Um ihrer selbst willen hatte die Orientkrisis keinerlei Interesse für Bismarck. Aber sie war das „Werkzeug, um Preußens Beziehungen zu anderen Staaten zu regulieren" [106]). Die orientalische Frage mit dem für Rußland schmachvollen Pariser Frieden, welcher die Neutralisierung des Schwarzen Meeres bestimmte und Rußland untersagte, dort eine Flotte zu halten [107]), sollte sich in der Folgezeit wie ein Faden durch die Politik der europäischen Staaten ziehen, indem sie zum „diplomatischen Ausgleichungsfonds bei Diffe-

---

[96]) s. S. 10 Anm. 75.
[97]) 2. Febr. 55. Bism. an Gerl. 191.
[98]) 18. 5. 57. G.W. 2, 221 f.
[99]) s. S. 11.
[100]) 2. Juni 57. G.W. 2, 231. Ähnlich 30. 5. 57. Bism. an Gerl. 333.
[101]) G.W. 15, 109 u. 129.
[102]) 3. 7. 57. G.W. 2, 243.
[103]) 3. 7. 57. GW. 2, 242.
[104]) 8./9. Dez. 54. G.W. 1, 515.
[105]) 2. Febr. 54. G.W. 1, 422.
[106]) *A. O. Meyer,* Bismarcks Orientpolitik, S. 9.
[107]) *Stern VIII,* 140.

renzen unter den Großmächten" wurde[108]). Mittels ihr gelang es Bismarck, die Unterstützung Rußlands in seiner Politik zu erhalten, denn Rußland bedurfte für die Zukunft einer Macht, die seine orientalischen Interessen unterstützen konnte, bis auch Bismarck 1870/71 den Dank abstattete, als mit seiner Hilfe Rußland die volle Souveränität auf dem Schwarzen Meer wiedererlangte.

Nachdem aber jetzt das erste Ziel der politischen Absichten Bismarcks, eine Entfremdung zwischen Österreich und Rußland, erreicht war, war es für die preußische Politik für die Zukunft von Wichtigkeit, wenn das Band nach Petersburg fester geknüpft wurde. In diesem Sinne zu wirken, sollte Bismarck mit seiner Versetzung als preußischer Gesandter nach Petersburg reichlich Gelegenheit haben.

Kapitel 3.

Gesandter in Petersburg.

I. Die italienische Frage.

Am 29. Januar 1859 zum preußischen Gesandten am Zarenhofe ernannt, traf Bismarck am 29. März in Petersburg ein[1]). Die Übernahme des neuen Postens entsprach nicht dem Wunsche Bismarcks, da er der Meinung war, der preußischen Politik in Frankfurt bessere Dienste leisten zu können[2]). So gaubte er sich nun „an der Newa kalt gestellt"[3]). Sein Aufenthalt in Petersbug sollte aber für seine spätere Politik und die Durchführung seines Werkes von entscheidender Bedeutung sein.

Das Gebiet, mit dem sich die europäische Diplomatie bei Amtsantritt Bismarcks beschäftigte, war die italienische Frage, deren Zuspitzung Sardinien und Frankreich zu einem Krieg gegen Österreich führte[4]).

Sogleich nach seiner Ankunft in Petersburg konnte sich Bismarck von der Stimmung unterrichten, welche alle russischen Kreise, sowohl die Regierung als auch die öffentliche Meinung beherrschte[5]). Äußerst erbittert über die undankbare Haltung Österreichs[6]) während des Krimkrieges, dessen Ausgang Rußland die Fesseln des Pariser Friedens gebracht hatte, verbreitete sich in Rußland ein tiefer Haß gegen Österreich, welcher seinen Weg bis zu den kaiserlichen Majestäten fand. Dies Gefühl schien nicht zu erlöschen, bis Rußland Genugtuung auf dem Gebiete politischer Tatsachen („une réparation dans le domaine des réalités politiques") erhalten würde. Der russische Kanzler Gortschakow mochte wohl hoffen, auf einem allgemeinen Kongreß, wenn er jetzt zustande käme, „mit seiner rednerischen Begabung zu prunken und die Aufmerksamkeit Europas an seine Lippen zu fesseln"[7]), um durch Aufrollung der orientalischen Frage Nutzen für Rußland zu ziehen. Bismarck ge-

---

[108]) *Rheindorf*, Schwarze-Meer(Pontus)-Frage, S. 10.

[1]) Regesten I, 58 f.

[2]) G.W. 15, 136.

[3]) *Poschinger*, Bism. u. d. Dipl., S. 23. — *Lenz*, Gesch. Bismarcks, S. 95.

[4]) *Sybel* II, 228 ff.

[5]) 4. 4. 59. G.W. 3, 4. Auch 27. 4. 59. G.W. 3, 16.

[6]) Österreich hatte 1849 zur Niederwerfung des ungarischen Aufstandes die russische Waffenhilfe in Anspruch genommen, wodurch sich Rußland einen Anspruch auf die Dankbarkeit Österreichs erworben hatte. *Stern* VII, 385 ff. S. a. G.W. 15, 146.

[7]) 27. 4. 59. Raschdau I, 198.

wann aber die Überzeugung, und die Äußerungen des Fürsten Gortschakow bestätigten es ihm, daß das russische Kabinett, wenn es ihm nicht gelang, „auf dem Felde des Kongresses eine Satisfaktion gegen Österreich zu erhalten", auch bereit war, „dieselbe auf dem Schauplatze kriegerischer Ereignisse" zu suchen [8]).

Nach den schweren Erschütterungen, welche Rußland während des Krimkrieges erlitten hatte, war der russischen Regierung aber mehr an der Erhaltung des Friedens gelegen. Man hätte sich gern „mit einer Österreich erteilten Lektion" begnügt, ohne daß der Friede gebrochen würde [9]). Jedoch man erkannte in Petersburg auch, daß die Hartnäckigkeit und der Kriegswille Österreichs nicht unbeeinflußt waren von der Haltung, welche die Berliner Regierung einnahm, die nach russischer Meinung ein ernstes Wort zu Österreich sprechen und jede Hilfe versagen konnte, da von einer Verletzung des deutschen Bundesgebietes keine Rede war.

Die Befürchtung, daß Preußen und Deutschland in den Kampf eintreten könnten, wodurch der Krieg dann eine unabsehbare Ausdehnung erhielt, bildete die Hauptsorge des Zaren [10]).

Zudem legte Gortschakow Bismarck klar, daß Preußen doch ein großes Interesse daran haben müßte, den Frieden zu erhalten: ohne auf eine Eroberung hoffen zu können, würde, wenn Preußen sich an dem Kriege beteiligte, aus dem österreichischen Krieg gegen Frankreich sofort ein preußischer, „während Österreich den Friedensschluß mit Frankreich eventuell auf unsere Kosten nach Belieben in der Hand behalten würde" [11]). Gortschakow ließ nicht den geringsten Zweifel darüber, welche Haltung Rußland im Kriegsfalle einnehmen würde [12]) und drückte dabei die Ansicht aus, daß es vielleicht gar eine Erleichterung für Preußen wäre, wenn Rußland es dann auf sich nähme, „Österreich zu beschäftigen und seine Tätigkeit zu absorbieren." Schließlich machte Gortschakow Bismarck noch auf das Verhängnisvolle einer Verbindung Preußens mit Österreich aufmerksam und kritisierte das Verhalten der deutschen Bundesstaaten. „Niemand muß es besser wissen als Sie", — so erklärte er Bismarck, um vor einem Eingreifen Preußens zu Gunsten Österreichs zu warnen, — „ob in gewöhnlichen Zeiten die Politik und die Sprache Österreichs Preußen gegenüber erfüllt waren — ich will gar nicht einmal sagen von der selbstlosen Ergebenheit, auf die sich Wien jetzt beruft, sondern nur von einem Geiste leidlicher Versöhnlichkeit und Billigkeit... Wenn Sie sich dem Einfluß Ihrer Bundesgenossen ausliefern, werden Sie sich nur Undankbare verpflichten und die fremden Mächte... daran gewöhnen, Preußen in Frankfurt oder in Wien zu suchen; wenn Sie dagegen mit Entschiedenheit eine Stellung einnehmen, die beweist, daß Sie entschlossen

---

[8]) 18. 4. 59. Raschdau I, 25. Auch Loën berichtet über die Stimmung in Rußland: „Von den einflußreichsten Personen bis in die niedrigsten Schichten der Gesellschaft hofft man, der Zeitpunkt der Rache an Österreich sei gekommen." Loën an den Prinzregenten 3. 4. 59. APP. I, 213.

[9]) 27. 4. 59. Raschdau I, 199 f.

[10]) 26. 5. 59. Raschdau I, 83. — 4. 6. 59. Raschdau I, 88. — 17. 6. 59. G.W. 3, 55. — 18. 6. 59. G.W. 3, 57 f.

[11]) 18. 3. 59. Raschdau I, 22 f. S. hierzu Bismarcks Worte: „Ich fürchte, wenn wir Krieg machen, Österreichs Verrat mehr als Frankreichs Waffen." 9. 7. 59. G.W. 3, 61.

[12]) „Sei der Krieg einmal ausgebrochen, so werde für Rußland ‚l'apprécation de ses propres intérêts' nur noch die einzige leitende Rücksicht sein. In einem solchen Falle sei die Regierung dem eigenen Lande gegenüber weder im Stande, noch berechtigt, die günstige Gelegenheit zu einer restitutio in integrum gegen den Pariser Frieden ungenutzt vorübergehen zu lassen." Raschdau I, 23 f.

sind, sich lediglich von rein preußischen Interessen leiten zu lassen, werden Sie die kleinen Staaten zu der Politik nötigen, die Ihnen genehm sein wird, und man wird Deutschland in Berlin suchen“ [13]).

Diese Worte konnten ebenso gut aus Bismarcks Munde stammen. Sie entsprechen ganz dem Standpunkte, wie ihn der preußische Gesandte ehemals am Bundestage eingenommen hatte. Die russische Regierung bekundete damit eine volle Übereinstimmung mit den politischen Anschauungen Bismarcks.

Nach den Unterredungen mit Gortschakow und dem eigenen Empfinden bot sich demnach Bismarck die politische Lage wie folgt dar: [14]) die russischen Rüstungen [15]) haben zunächst den Zweck, einen Druck auf Österreich auszuüben und einen Teil der österreichischen Truppen in Galizien lahmzulegen. Bei einer Unterstützung Österreichs von deutscher Seite wird Rußland Österreich aber angreifen [16]), denn unter keinen Umständen wird Rußland zugeben, daß Österreich siegreich aus dem Konflikt hervorgeht. Auch abgesehen von dem Haß gegen Österreich und der Versuchung, welche in der Gestaltung der orientalischen Angelegenheiten liegt, wird Rußland nie eine Demütigung Frankreichs zulassen; denn durch den mutmaßlich damit verbundenen Sturz der napoleonischen Dynastie verliert die russische Politik den Stützpunkt, den sie in den augenblicklichen Beziehungen zu Frankreich hat. Eine Überwältigung des napoleonischen Frankreich findet Rußland aber auch darum mit seinen Interessen unvereinbar, da dann in Paris ein neuer Herd der Revolution entsteht. Wenn es dem Zaren auch widerstrebt, nicht auf derselben Seite wie Preußen stehen zu sollen, so wird dieser Gesichtspunkt doch nicht genug Gewicht haben, Rußland zur Neutralität zu bestimmen. Doch wird man sich Preußen gegenüber auf Verteidigung beschränken. Verharrt Preußen aber in neutraler Stellung und wird dennoch von Frankreich angegriffen, so kann es des russischen Beistandes gewiß sein, wie der Zar überhaupt ein Einvernehmen mit Preußen wünscht.

Dazu erkannte Bismarck an, daß die russische Regierung bei allem Druck, den sie in dem Bestreben, den Krieg auf Italien zu beschränken, auf die neutralen Regierungen und Österreich ausübte, dabei doch Frankreich in keiner Weise ermutigte, „von seinen Erfolgen zu viel zu hoffen, oder verwegene Pläne zu nähren“ [17]).

Entsprechend seinen in Frankfurt gewonnenen außenpolitischen Anschauungen hielt Bismarck an der Front Frankreich-Rußland fest, mit dem Ziel einer Isolierung Österreichs. Es konnte ihm also nur erwünscht sein, in Rußland einer starken Abneigung gegen Österreich zu begegnen. Bismarck stimmte daher den Richtlinien, wie sie der russische Kanzler der preußischen Politik zog, vollkommen zu [18]) und suchte bei der Berliner Regierung unter Hinweis auf die Haltung Rußlands und in Anlehnung an die Äußerungen

---

[13]) 27. 4. 59. Raschdau I, 203 u. 204.

[14]) Zu dem Folgenden: 27. 4. 59. G.W. 3, 22 f. — 29. 4. G.W. 3, 25. 29. 4. Raschdau I, 49. — 3. u. 4. 5. G.W. 3, 33. — 19. 5. Raschdau I, 66 ff. u. 72 f. — 17. 6. 59. G.W. 3, 55 f. — 18. 6. G.W. 3, 58.

[15]) Rußland machte, um einen Sieg Österreichs rechtzeitig zu verhindern, 4 Armeekorps mobil. *Sybel* II, 234.

[16]) „Die Wiener ... haben bisher stets geglaubt, Rußland würde artig stillsitzen, wenn es in Italien losgeht; wenn die Österreicher geschlagen werden, so wird es auch sitzen; wenn sie aber siegen, mit oder ohne unseren Beistand, so ist der schleunige Angriff auf Ungarn so sicher, wie daß der Regen jetzt an mein Fenster schlägt.“ 1. 5. 59. Bism. an Frau von Arnim. G.W. 14/I, 516.

[17]) 26. 5. 59. Raschdau I, 215.

[18]) 27. 4. 59. G.W. 3, 19.

Gortschakows seiner Anschauung über die für Preußen vorteilhafte Politik Geltung zu verschaffen.

Eine Teilnahme Preußens an einem allgemeinen Krieg auf österreichischer Seite barg schon an sich eine große Gefahr in sich. Die militärischen Streitkräfte Österreichs würden durch die Truppenmacht Rußlands und den Druck, den dieses auf die Donauländer ausübt, lahmgelegt und somit für eine Verwendung gegen Frankreich nicht mehr in Frage kommen [19]). Bei der Unzuverlässigkeit der deutschen Bundesfürsten würde also der Krieg allein auf Preußen lasten und „beim ersten Kanonenschuß an den Ufern des Rheins aus einem österreichischen ein preußischer werden" [20]).

Aber überhaupt konnte ja auch Preußen keinen Triumph Österreichs zulassen, denn eine vorteilhafte Umgestaltung des Bundesverhältnisses ließ sich dadurch nicht erwarten. Wie während des Krimkrieges, so war auch jetzt ein Kampfpreis nur zu gewinnen, „wenn wir uns n i c h t auf der Seite Österreichs und seiner Bundesgenossen befänden" [21]).

Zu dem Zweck einer vollständigen Isolierung Österreichs war darum eine Annäherung Rußlands an England erwünscht, und Bismarck glaubte im Sinne der preußischen Politik zu handeln, wenn er sich bemühte, eine russisch-englische Verständigung zu erreichen [22]). Aus diesem Grunde trat er auch für einen französischen Vorschlag ein, nach welchem Rußland und England gegen das Versprechen der Neutralität seitens Preußen die Bürgschaft für das Bundesgebiet übernehmen sollten, wodurch für Preußen das Verhältnis zu Rußland gesichert und eine Entfremdung zwischen Rußland und England verhütet würde [23]). Ebensosehr bemühte sich Bismarck späterhin noch, England die Befürchtungen über russische Eroberungsabsichten im Orient zu nehmen [24]).

Freilich schien man in Berlin den Warnungen Bismarcks kein besonderes Gehör zu schenken [25]); die preußischen Rüstungen wurden fortgesetzt und führten schließlich zur Mobilmachung der gesamten Armee.

Bismarck hatte daher als preußischer Gesandter die Pflicht, die preußische Politik gegenüber den russischen Regierung zu vertreten. So unerwünscht ihm die preußischen Rüstungen selbst sein mochten, so mußte er sie doch dem Zaren und seinem Kanzler gegenüber zu verteidigen suchen. Ohne jemand bedrohen zu wollen, erklärte Bismarck dem Fürsten Gortschakow, müßte doch jede Regierung, wenn zwischen zwei angrenzenden Ländern ein Krieg ausbricht, auf die Sicherung ihres Gebietes und ihrer Untertanen bedacht sein. Gegen Österreich habe Preußen keinerlei andere Verpflichtungen als die, welche sich aus den Bundesverträgen ergäben. „Diese letzteren verpflichten uns, das deutsche Gebiet zu verteidigen und so müssen wir eintretenden Falles dazu bereit sein" [26]). Das große Vertrauen des Zaren machte es Bismarck dabei möglich, die Bestrebungen, mit welchen er „jedem Keim von Mißtrauen"

[19]) 27. 4. 59. G.W. 3, 23.

[20]) 27. 4. 59. Raschdau I, 208; ähnl. 1. 7. 59 an Leg.Rat Wentzel, Bismarck-Jahrb. V, 21. — 2. 7. 59. Briefe an Braut 445.

[21]) 3. u. 4. 5. 59. G.W. 3, 34. Auch 19. 4. 59. Briefe an Schwester 99.

[22]) 3. u. 4. 5. 59. G.W. 3, 30 u. 33. — 19. 5. 59. Raschdau I, 74. Über Bismarcks Bemühungen, eine Verständigung zwischen England und Rußland zu erzielen, s. a. *Kötter*, Bismarcks Verhältnis zu England, S. 20 ff.

[23]) 3. u. 4. 5. 59. G.W. 3, 33.

[24]) 23. 8. 60. G.W. 3, 96 f.

[25]) Vgl. die spätere Äußerung Bismarcks in G.W. 15, 153.

[26]) 27. 4. 59. G.W. 3, 19 f. — Raschdau I, 204 f.; auch 13. 5. 59. G.W. 3, 41. — 17. 6. 59. G.W. 3, 53 f.

über die Aufrichtigkeit der preußischen Politik entgegentrat, auf den Fürsten Gortschakow zu beschränken [27]).

Ein bewaffnetes Eingreifen Preußens, wodurch dieses unweigerlich in Gegnerschaft zu Rußland geraten wäre und wovor Bismarck dringend gewarnt hatte, wurde freilich nur durch den plötzlichen Abschluß des Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien zwischen Napoleon und dem österreichischen Kaiser Franz Joseph [28]) verhindert. So blieb auch das gute Verhältnis Preußens zu Rußland erhalten.

II. Bismarck, Preußen und Ziele der russischen Politik.

Als Bismarck Mitte Juli 1859 einen Urlaub antrat, der ihn infolge längerer Krankheit erst nach Jahresfrist wieder nach Petersburg zurückkehren ließ [29]), konnte Bismarck die Überzeugung mitnehmen, daß der Zar aufrichtig ein stetes Einvernehmen mit Preußen wünschte und das Recht Preußens auf Vormachtstellung in Deutschland von den russischen Regierungskreisen vollkommen anerkannt wurde. Zar Alexander II. hatte ja wiederholt den Wunsch nach innigster Freundschaft mit seinem westlichen Nachbarn zum Ausdruck gebracht und für Preußen die Führung in der deutschen Politik beansprucht [30]). Danach konnte Bismarck bei seinem Aufenthalt in Berlin sein politisches Programm entwickeln.

All seine Gedanken drehten sich darum, mit Österreich über die deutsche Frage ins reine zu kommen und Preußen eine würdige Stellung im Bunde zu erkämpfen. Konnte das im Einverständnis mit Österreich geschehen, um so besser; wenn nicht, dann war auch der Bruch und der Krieg nicht zu fürchten. Auf jeden Fall mußte jedoch die zur Durchführung der preußischen Politik wünschenswerte Fühlung mit Rußland bewahrt bleiben, und das war allerdings vermöge der Interessen der beiden Ostmächte im Orient g e g e n Österreich leichter als m i t Österreich. Unmöglich schien Bismarck bei seiner in Petersburg gewonnenen Kenntnis der russischen politischen Verhältnisse auch das letztere nicht. Bismarck hatte in Petersburg feststellen können, daß Preußen dort aus dem Krimkriege und den polnischen Verwicklungen „einen Saldo" hatte, welcher „bei geschickter Ausnutzung uns die Möglichkeit lassen könnte, mit Österreich uns zu verständigen, ohne mit Rußland zu brechen" [31]). Aber man erwog in Berlin die Gefahren einer russisch-französischen Verbindung, wenn Preußen die Beziehungen zu Österreich nicht erhalten würde, und dazu die Verurteilung einer preußisch-russischen Verbindung in der öffentlichen Meinung. Bismarck drang bei dem Prinzregenten und dem Minister Schleinitz mit seiner Meinung nicht durch [32]).

Im Juni 1860 kehrte Bismarck auf seinen Petersburger Posten zurück. Die Gruppierung der Mächte, wie sie der Zar erstrebte, war das Gegenteil von der politischen Linie, wie sie die preußische Regierung einzuhalten wünschte. In Berlin hielt man immer noch fest an der Front Preußen-Österreich gegen Frankreich. Der Zar aber wollte ein Bündnis zwischen Preußen, Rußland und Frankreich zustande bringen, denn er erblickte darin das sicherste Mittel der

---

[27]) 3. u. 4. 5. 59. G.W. 3, 30.
[28]) *Sybel* II, 240.
[29]) Regesten I, 164 u. 167.
[30]) Siehe die Berichte v. 17. 6. 59. G.W. 3, 54 f. — 18. 6. 59. G.W. 3, 58. — 9. 7. 59. G.W. 3, 61. — 16. 7. 59. Raschdau I, 112.
[31]) G.W. 15, 161.
[32]) G.W. 15, 162.

Ruhe Europas, wenn man Napoleon zu einem geregelten und gesetzlicheren System zu bringen suchte und ihm zu diesem Zweck die Bande einer Allianz auflegte[33]). Dabei dachte sich der Zar die Allianz so, daß Preußen und Rußland untereinander intimer stehen sollten als Preußen oder Rußland mit Frankreich: „Wenn ich den Halt an Preußen habe und Preußen an mir, so ist jeder von uns in seinen Beziehungen zu Frankreich sicherer und kann fester auftreten“ [34]). Es war also nur Besorgnis und Mißtrauen, was Alexander in die Richtung eines Bündnisses mit Frankreich trieb.

Auch Bismarck war seit dem Krimkrieg für Anschluß an diese Mächtegruppe eingetreten, wenn sie als Ergebnis aus den politischen Verhältnissen hervorgehen sollte. Dazu hoffte er während seines Aufenthaltes in Petersburg noch England gewinnen zu können, um eine völlige Isolierung Österreichs zu erreichen. Natürlich hieß das noch nicht, daß Bismarck für ein festes französisch-russisch-preußisches Bündnis eintrat, wie es der Zar ersehnte. Denn für einen preußischen und deutschen Staatsmann galt es zu bedenken, daß die öffentliche Meinung in Deutschland gegen eine derartige Bindung äußerst voreingenommen war und darum die Beziehungen zu Frankreich etwas zurückhaltender Art sein mußten. Auch die durch ein Bündnis mit Frankreich zu erlangende Garantie des linksrheinischen Gebietes glaubte Bismarck ausschlagen zu können, da er Preußen selbst für stark genug hielt und nötigenfalls auf die Unterstützung Rußlands und Englands zählte, da Rußland doch nicht die Annäherung einer französischen Armee an die polnische Grenze und England die Unterwerfung der Nordseeküste zugeben könnte[35]).

Bismarck hatte den Gedanken an die Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung mit Österreich noch nicht aufgegeben und zog einen gütlichen Ausgleich mit Österreich einer französischen Allianz vor.

Der entscheidende Einfluß, der der Haltung Rußlands für die Durchführung der preußischen Politik zukam, ließ Bismarck sich aber erst in Petersburg vergewissern, wie hier eine Annäherung an Österreich aufgenommen würde[36]).

Wohl machte sich bei Gortschakow eine ziemliche Gereiztheit gegen Frankreich bemerkbar. Bismarck glaubte feststellen zu können, daß Napoleon Versprechungen für den Orient gegeben habe und Gortschakow nur getäuscht worden sei, was für den russischen Kanzler um so unangenehmer war, da er sich gegenüber dem Zaren zur Bekämpfung von dessen stetem Mißtrauen gegen Napoleon, welcher die Befreiung der Nationalitäten auf sein Programm geschrieben hatte, zum Bürgen für die franzosenfreundliche Politik des russischen Kabinetts gemacht hatte. Doch die Verstimmung des russischen Kanzlers war keine durchgreifende. Von einer Wiederherstellung der heiligen Allianz wollte Gortschakow darum nichts wissen; dagegen befürwortete er sogar eine Annäherung zwischen Österreich und Preußen, da man sich in Petersburg doch überzeugt hatte, daß sich Preußen nicht in die „Troika“ einer Tripelallianz mit Frankreich einspannen ließ[37]).

Das Verhalten Gortschakows, nämlich einmal Preußen in enger Verbindung mit Petersburg und mit Wien zu erhalten, und andererseits seine

[33]) 14. 6. 60. Raschdau I, 115 f. Auch 27. 6. 60. Raschdau I, 125. — 15. 8. 60. Raschdau I, 148.

[34]) 14. 6. 60. G.W. 3, 78.

[35]) 14. 6. 60. Raschdau I, 115 ff.

[36]) Zu dem Folgenden: 27. 6. 60. Raschdau I, 128 ff. — 14. 7. 60. G.W. 3, 84 ff. — 21. 7. 60. Raschdau I, 140 u. 143.

[37]) 21. 7. 60. G.W. 3, 87.

Abneigung gegen eine Wiederauflebung der heiligen Allianz, gab Bismarck zu den verschiedenen Vermutungen Anlaß: das russische Kabinett wünschte wohl ein festgefügtes Deutschland als Damm gegen die Revolution, hinter dem Rußland dann seinen Platz je nach den Umständen einnehmen oder offen lassen könnte; der Lieblingsgedanke des Fürsten Gortschakow blieb aber doch immer das französische Bündnis. Auch mochte durch die Anlehnung Preußens und Österreichs aneinander die Annäherung jeder einzelnen dieser Mächte an Frankreich oder an England verhütet werden, und durch den Gegensatz Englands und Österreichs in der italienischen Frage mußte ein engerer Anschluß Preußens an Österreich das erstere auch in Gegensatz zu England bringen. Bismarck drängte sich sogar die Vermutung auf, daß Gortschakow wohl hoffe, Preußen werde in Wien neue Enttäuschungen erleben und dafür empfänglicher für den Gedanken des russisch-französischen Bündnisses werden.

Immer stärker wurde Bismarck dabei gewahr [38]), daß die russische Politik auf eine Neugestaltung der Verhältnisse im Orient und zu dem Zweck auf Isolierung Englands hinarbeitete, da dieses am zähesten an dem Pariser Vertrag festhielt. Auch suchte die russische Regierung die Annäherung zwischen Preußen und Österreich wohl aus dem Grunde zu fördern, um auf Frankreich einen Druck ausüben zu können und dieses den russischen Orientwünschen gefügiger zu machen, denn es lag ja dann in Rußlands Hand, dem Bündnis der deutschen Mächte beizutreten oder zu Gunsten Frankreichs ein vermittelndes Gegengewicht zu bilden.

Der Kanzler Gortschakow ließ keinen Zweifel über die Ziele der russischen Politik. Die Wege dahin mochten aber rätselhaft bleiben! „Rußlands Politik", so erklärte Gortschakow Bismarck gegenüber, „muß vor der Hand ‚enigmatisch' bleiben, und wird es so lange bleiben, als Europa den Schandbrief nicht zurücknimmt, den uns der Pariser Vertrag angeheftet hat... Solange dieser ehrenrührige Zustand dauert, wird derselbe die russische Politik bei allen möglichen Gelegenheiten in unberechenbarer Weise aus ihren natürlichen Geleisen drängen" [39]).

Noch schwankte die russische Regierung zwischen den Mächten, von denen sie glaubte, am ehesten eine Unterstützung und Förderung der orientalischen Wünsche erwarten zu können, hin und her. Die europäischen Staatsmänner mußten sich auf die Rätselhaftigkeit und Unberechenbarkeit der russischen Politik einstellen. Wohl hatte Gortschakow Bismarck schon erklärt, „der Orient sei das Gebiet, auf welchem ein intimeres Verhältnis der beiden verwandten Höfe seinen praktischen Wert für Rußland betätigen könne" [40]), aber noch herrschten im russischen Kabinett verschiedene Stimmungen: auf der einen Seite „die deutschen Sympathien des Hofes", auf der anderen Seite die Hinneigung der Politik des Fürsten Gortschakow zu Frankreich, als „nationalrussisch" bezeichnet [41]).

Bismarck, der erkannt hatte, daß die preußische Politik nur in Anlehnung an Rußland zu führen war, empfahl daher seiner Regierung, die persönlichen Beziehungen zwischen dem Regenten und dem Zaren „lebendig und warm zu

---

[38]) S. d. Ber. v. 27. 8. 60. G.W. 3, 97. — 31. 8. 60. G.W. 3, 100 f. — 7. 9. 60. Raschdau I, 159 f. — 8. 9. 60. G.W. 3, 108. — 13. 9. 60. Raschdau I, 167 f.

[39]) 31. 8. 60. G.W. 3, 100 f.; ähnl. 19. 9. 60. G.W. 3, 114.

[40]) 9. 6. 60. G.W. 3, 77.

[41]) 24. 11. 60. Raschdau I, 178.

halten“ [42]). Denn endgültig sollte die Politik der beiden Mächte erst festgelegt werden, als Bismarck selbständig die Geschicke Preußens in seine Hände nahm.

Nach dem Ausklingen der italienischen Frage und der Anmeldung der russischen Forderung auf Revision des Pariser Friedens legte sich Rußland aber größere Zurückhaltung in der auswärtigen Politik auf, so daß Bismarck schließlich zu der Feststellung gelangte: „Wenn die Neutralisierung Rußlands in der auswärtigen Politik noch ein Jahr lang dieselben Fortschritte macht wie bisher, so wird mein Posten hier keine größere Bedeutung behalten als der in Madrid“ [43]).

Die auswärtige Politik Rußlands wurde überwuchert von den inneren Fragen.

III. Innerrussische Zustände.

Um die Zeit, als Bismarck nach Petersburg kam, setzte in Rußland gerade die „Ära der großen Reformen“ ein, nachdem mit der für Rußland traurigen Beendigung des Krimkrieges das Regierungssystem Nikolaus' I. sowohl in seiner äußeren als auch in seiner inneren Politik eine schwere Niederlage erlitten hatte [44]).

An allen innerrussischen Zuständen und den Reformmaßnahmen nahm Bismarck lebhaften Anteil. In seinen Berichten und Briefen nimmt er Stellung zu den verschiedensten Fragen, wie sie damals die russische innere Politik beschäftigten, und urteilt über Vorzüge und Nachteile der angestrebten Reformen.

Die größte Beachtung schenkte Bismarck während seines Petersburger Aufenthaltes der polnischen Frage und ihren Rückwirkungen auf die preußisch-russischen Beziehungen [45]). Besonderen Anteil nahm er an der Bauernbefreiung [46]); in der altrussischen Bauernbevölkerung erblickte Bismarck eine zuverlässige und gesunde Grundlage des russischen Staates. Daneben erregten seine Aufmerksamkeit das Rechtswesen [47]), die Lage der Finanzen [48]), Preßfreiheit und Zensur [49]), Eisenbahn- und Postwesen [50]), russische Bildung [51]), Militärwesen [52]) sowie Schaffung von konstitutionellen

---

[42]) 8. 9. 60. G.W. 3, 108.

[43]) 10. 2. 62. G.W. 3, 327.

[44]) Siehe hierzu die ausführliche Darstellung *Noldes*: Die Petersb. Mission Bismarcks 1859/62, mit dem Untertitel: Rußl. u. Europa zu Beginn d. Regierung Alexander II. Auch *Lewin*, Bism. Mission in Petersb. (n. *Nolde*) in: Arch. f. Pol. u. Gesch. H. 6. 1926, S. 609. — Die Darstellung *Noldes* bringt ein Stück russ. Gesch. im Rahmen der europ. Politik unter Zugrundelegung der Äußerungen Bismarcks. Es ist also viel mehr ein „Versuch, hinter der Figur Bismarcks die russischen und europäischen Hintergründe aufzuzeigen“ (*Nolde*, im Vorwort), als eine ausgesprochene Darstellung und Würdigung des Verhältnisses Bismarcks zu Rußland.

[45]) s. unt. S. 21 ff.

[46]) Siehe die Berichte Bismarcks in G.W. 3 v.: 18. 4. 59. 11 / 15. 6. 60. 81 / 21. 12. 60. 151 / 22. 12. 60. 151 f. / 28. 1. 61. 169 ff. / 11. 2. 61. 178 / 25. 2. 61. 178 / 13. 3. 61. 189 f. / 14. 4. 61. 221 f. / 17. 4. 61. 224 / 21. 4. 61. 228 / in Raschdau II, 89: 13. 5. 61. / in G.W. 3: 15. 5. 61. 243 / 15. 6. 61. 260 / 28. 6. 61. 264 / 5. 11. 61. 277 / 16. 1. 62. 321.

[47]) Ber. v. 18. 4. 59. G.W. 3, 11 u. 5. 11. 61. G.W. 3, 277.

[48]) 18. 4. 59. G.W. 3, 9 f. / 15. 6. 60. 79 f. / 27. 1. 61. 165 f. / 2. 3. 61. 181 f.

[49]) 18. 4. 59. G.W. 3, 13 / 15. 8. 60. Raschdau I, 146.

[50]) 18. 4. 59. G.W. 3, 11 / 15. 6. 60. G.W. 3, 81 / 28. 6. 61. G.W. 3, 264.

[51]) 10. 11. 61. G.W. 3, 284 f. / 16. 1. 62. G.W. 3, 318 f.

[52]) 30. 11. 60. G.W. 3, 142 / 13. 11. 61. G.W. 3, 291.

Einrichtungen wie Provinziallandtagen und einer Duma [53]). Auch mit handelspolitischen Fragen zwischen Preußen und Rußland beschäftigte sich Bismarck während seines Petersburger Aufenthaltes [54]).

Die Mißstände in den innerstaatlichen Einrichtungen blieben Bismarck keineswegs verborgen: „Die schwerste Krankheit des russischen Reiches liegt in dem Heere der schlecht besoldeten und unredlichen Beamten“ [55]), und eine ernste Gefahr für das russische Reich erkannte Bismarck in dem auf lange Zeit unheilbaren Schaden der Korruption: „Wo das Gefühl für Recht und persönliche Ehre so vollständig abhanden gekommen ist wie in der russischen Verwaltung und Justiz, da werden auch noch lange Zeit hindurch die damit zusammenhängenden Übelstände einen Vorwand für Forderungen staatlicher Umwälzungen abgeben“ [56]).

IV. Die polnische Frage.

Die Frage, welcher Bismarck während seines Petersburger Aufenthaltes seine größte Beachtung schenkte, war die polnische. Fielen doch gerade in diese Zeit erneut Unruhen in Russisch-Polen [57]).

Betrachtete Bismarck die polnische Frage auch nur vom Standpunkte preußischer Interessenpolitik aus [58]), so hat doch die Zeit, die er am Zarenhofe verbrachte, in ihm die Anschauungen befestigt, die ihn zu seiner späteren Politik veranlaßten und Polen zu einer gemeinsamen Interessensphäre für Preußen und Rußland machten.

Bismarck erkannte in der nationalen Bewegung der Polen Bestrebungen, denen Preußen mit aller Kraft entgegenzutreten hatte. „Jeder Erfolg der polnischen Nationalbewegung ist eine Niederlage für Preußen“ [59]); „jeder Versuch einer Herstellung Polens ein Attentat auf Preußens staatliche Existenz“ [60]). „Wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun, als sie ausrotten“ [61]). So und ähnlich lauten seine Äußerungen über die Polen und ihre Bestrebungen. In dieser Anschauung erfuhr Bismarck ganz die Zustimmung seiner Regierung [62]). Während von preußischer Seite darum alles getan wurde, um Rußland die Unterdrückung des Aufstandes zu erleichtern, — so die Unterbindung von Waffenzufuhr nach Polen [63]) oder die Benachrichtigung über verdächtige Vorgänge in den Grenzgebieten [64]), und besonders die Durchreise von Polen nach und von Frankreich [65]), — mußte Bismarck die Feststellung machen, daß das Bild, welches man in russischen Kreisen von den Vorgängen in Polen hatte, ein ganz anderes war.

---

[53]) Ber. in G.W. 3 vom: 23. 4. 61. 229 f. / 5. 11. 61. 276 / 25. 12. 61. 306 / 9. 2. 62. 325 / 10. 2. 62. 325 f. / 4. 3. 62. 335 / 2. 4. 62. 345 f.

[54]) 24. 9. 60. G.W. 3, 120 ff.

[55]) 22. 12. 60. G.W. 3, 152.

[56]) 5. 11. 61. G.W. 3, 277.

[57]) Über die Stellung Bismarcks zu der polnischen Frage während seines Petersburger Aufenthaltes s. a. *Wendt,* Bismarck u. die polnische Frage, S. 11 ff. u. *Pfeifer,* Bismarcks Polenpolitik, S. 9 ff.

[58]) s. a. *Pfeifer,* a. a. O., 10.

[59]) 13. 11. 61. Bism. an Bernstorff. Bism.-Jahrb. VI, 113/4.

[60]) 11. 2. 63. Bism. an Bernstorff u. Goltz. APP. III, 236 f.

[61]) 26. 3. 61. Bism. an seine Schwester. Briefe an Schwester 120.

[62]) Unterstaatssekretär Gruner an Bism. 5. 5. 61. Bism.-Jahrb. V, 179. Bernst. an Bism. 7. 12. 61. Bism.-Jahrb. VI, 116.

[63]) 12. 3. 61. G.W. 3, 186 / 21. 4. 61. G.W. 3, 227 f.

[64]) 2. 5. 61. Raschdau II, 88.

[65]) 21. 4. 61. G.W. 3, 227 f.

Man maß in Petersburg den Vorgängen in Polen nicht solche Bedeutung bei, als daß man darin eine ernste Gefahr erblickt hätte, und man war darum auch nicht zu energischeren Gegenmaßnahmen geneigt, um nicht durch auffällige Maßregeln, wie etwa die des Belagerungszustandes, die allgemeine Aufmerksamkeit Europas zu erwecken und die Gefahr und die Besorgnis der Regierung im Auslande nur größer erscheinen zu lassen, als sie in der Tat waren [66]). So trieb das russische Kabinett eine Politik, die mehr von Stimmungen getragen schien, und Bismarck glaubte, die hauptsächlichen Beweggründe für das Schwanken der russischen Politik gegenüber den Polen zwischen dem Entschluß zu schärferem Vorgehen und dem Nachgeben in der Verkündung von Reformen auf dem Gebiete der inneren Fragen zu finden [67]). Bemerkenswert schien, wie in allen russischen Kreisen die Tatsache, daß den Polen überhaupt Zugeständnisse gemacht wurden, anstatt ihnen mit Gewalt entgegenzutreten, eine durchaus günstige Beurteilung erfuhr, und Bismarck schrieb den wesentlichsten Grund zu dieser Stimmung der Voraussicht zu, daß der Kaiser das, was er den Polen bewilligt habe, den Russen auf die Länge nicht werde versagen können [68]). Bismarck war aber überrascht, auch aus dem Munde des kaiserlichen Ministers „die identischen Redewendungen" wieder zu hören, mit welchen die von den liberalen Kreisen in betreff Polen eingeschlagene Richtung ihm gegenüber erläutert wurde. „Eine öffentliche Arena für seine Leistungen, Einrichtungen, welche Rußland von Europa den Nimbus westlicher Zivilisation verleihen, die dankbare Anerkennung seiner Standesgenossen vom hohen Adel" waren dem kaiserlichen Kanzler wohl Bedürfnis, um sich die von den liberalen Kreisen vertretenen Forderungen der Polen zu eigen zu machen [69]). Wenn Gortschakow auch gern den „Glanz seiner persönlichen Gaben" durch eine öffentliche Tätigkeit in parlamentarischen Versammlungen der Mitwelt zur Anschauung gebracht hätte, so würde man ihm aber durch die Behauptung, daß dieses Bedürfnis nach Anerkennung ihn ausschließlich geleitet hätte, doch Unrecht tun. Vielmehr erkannte Bismarck an, daß der kaiserliche Kanzler in dieser Art doch auch seinem kaiserlichen Herrn und seinem Vaterlande dabei gleichzeitig die besten Dienste zu leisten glaubte [70]).

Immerhin konnte Bismarck die Vermutung aussprechen, daß der Erlaß neuer polnischer Institutionen ein Ergebnis von Einflüssen war, „welche das edle Streben des Kaisers nach dem Glück seiner Völker für Tendenzen dienstbar zu machen wissen, deren wahre Ziele von Sr. Majestät nicht erkannt und nicht gewollt werden" [71]), und der Zar somit von seinen Ratgebern „auf Wege geleitet wird, die nicht dahin führen, wo er selbst anzukommen wünschen würde" [72]).

Nach Bismarcks Erachten barg die Polenfrage aber keine Gefahr für das russische Reich, wenn der Kaiser nur den Entschluß zu energischen Maßregeln fassen konnte [73]). Außenpolitische Gründe für die den Polen entgegenkommende Politik glaubte Bismarck nicht geltend machen zu können. Wenn auch Gortschakow starke Hinneigung zu Frankreich verspürte, so legte Bis-

[66]) 1. 3. 61. G.W. 3, 180 f.
[67]) 11. 4. 61. G.W. 3, 215.
[68]) 4. 4. 61. G.W. 3, 201. Auch 6. 4. 61. G.W. 3, 205 f. — 5. 11. 61. G.W. 3, 275. — 10. 11. 61. G.W. 3, 283.
[69]) 11. 4. 61. G.W. 3, 214.
[70]) 4. 4. 61. G.W. 3, 201.
[71]) Desgleichen.
[72]) 6. 4. 61. G.W. 3, 205.
[73]) 5. 11. 61. G.W. 3, 276.

marck den Gerüchten über ein Einverständnis zwischen Rußland und Frankreich in der polnischen Frage kein besonderes Gewicht bei und glaubte eher, eine stärkere Verstimmung gegen Napoleon feststellen zu können [74]). Welche Stellung nahm nun Bismarck dem russischen Kabinett gegenüber ein [75])?

Seine grundsätzliche Einstellung ließ ihn ein selbständiges Polen aus Besorgnis vor den Gefahren einer polnischen Irredenta für den preußischen Staat ablehnen. Nach den Erfahrungen, die Bismarck aber an dem Zarenhofe gemacht hatte, mußte sein Bemühen darauf gerichtet sein, einerseits die dem russischen Reiche drohende Gefahr in ihrer ganzen Größe den maßgebenden Stellen vor Augen zu führen und andererseits eine strenge Unterdrückung der Aufstandsbewegung zu erreichen zu suchen.

So trat Bismarck den herrschenden Einflüssen, denen er die den Polen gewährten Zugeständnisse zuschrieb, nach Kräften überall entgegen, wo sich ihm eine schickliche Gelegenheit dazu bot [76]). Ein auf das rein polnische Element beschränktes Polen wäre als stets bereiter und eroberungsbedürftiger Verbündeter jedes Feindes, sowohl Rußlands als auch Preußens, ein unerträglicher Nachbar; bei dieser Frage handele es sich daher im strengsten Sinne des Wortes darum, „entweder Hammer oder Amboß zu sein" [77]). Um vor allem Gortschakow von der Notwendigkeit einer strengen Unterdrückung des Aufstandes zu überzeugen, machte Bismarck ihn auf den Zusammenhang der polnischen Bewegung mit der in den Donaufürstentümern aufmerksam [78]) und betonte, daß jede Nachgiebigkeit nicht nur für das Ansehen der Regierung im Inneren gefährlich sei, sondern auch die polnische Emigration ermutigen und im Auslande als Schwäche ausgelegt würde [79]). Natürlich durfte Bismarck bei seinen eindringlichen Mahnungen und Vorschlägen nicht über ein gewisses Maß hinausgehen. Er mußte dem Kaiser gegenüber immerhin einige Zurückhaltung üben, wenn er die freundschaftlichen Beziehungen nicht stören wollte, denn Bismarck erachtete es doch als „eine mißliche Sache, wenn fremde Diplomaten es übernehmen, den Souverän überzeugen zu wollen, daß er durch die Männer, denen er sein Vertrauen schenkt, nicht wohl beraten sei" [80]). Mit der Verkündigung von organischen Verordnungen für das Königreich Polen nahmen die Dinge in Petersburg aber dennoch einen Lauf, der dem politischen Streben Bismarcks sehr entgegenlief [81]). Mit dem damit vollzogenen vollständigen Frontwechsel der russischen Politik zeigte auch Gortschakow ein verändertes Verhalten und ließ Bismarck gegenüber scharfe Gegensätze hervortreten. Wurde Bismarck nun ebenso wie die Vertreter der anderen Mächte im unklaren über die weiteren Absichten der russischen Regierung in Polen gelassen [82]), so lehnte die kaiserliche Regierung auch jetzt die Annahme irgendwelcher fremden Ratschläge über ihre inneren Angelegenheiten ab [83]) und hielt an den von ihr nun beschrittenen Bahnen fest, da Rußland, wie Gortschakow zu Bismarck äußerte, es nicht länger übernehmen könnte, für

---

74) 2. 1. 61. G.W. 3, 158 u. 11. 4. 61. G.W. 3, 213.
75) Vgl. hierzu auch *Pfeifer*, a. a. O., 16 f.
76) 4. 4. 61. G.W. 3, 203.
77) 12. 3. 61. G.W. 3, 185.
78) 9. 1. 61. G.W. 3, 160 f.
79) 12. 3. 61. G.W. 3, 183 f.
80) 4. 4. 61. G.W. 3, 203.
81) 4. 4. 61. G.W. 3, 200. Vgl. a. *Wendt*, a. a. O., 14 u. *Pfeifer*, a. a. O., 19.
82) 11. 4. 61. G.W. 3, 211.
83) 11. 4. 61. G.W. 3, 213. — Wenn *Pfeifer*, a. a. O., S. 19 darin erkennen will, daß sich Gortschakow ausdrücklich weitere Ratschläge Preußens verbat, so kann ich dieser Anschauung als einer zu starken Folgerung nicht zustimmen.

andere „die Kastanien aus dem Feuer zu holen“ und die Polen mit eiserner Hand niederzudrücken, während sich die Untertanen in den Nachbarstaaten Preußen und selbst Österreich freierer und besserer Zustände erfreuten [84]).

So gab Bismarck nun die Hoffnung, daß die Regierung mit energischen Maßregeln der Bewegung entgegentreten werde, auf [85]) und kam zu der Einsicht, daß die kaiserlich russische Regierung in Polen lediglich ihrer eigenen Anschauung von dem, was für Rußlands Interessen ratsam sei, folge, „allerdings ohne sehr viel Rücksicht auf u n s e r e polnischen Interessen nehmen zu wollen, falls dieselben mit den russischen nicht zusammenfallen sollten“ [86]).

Bismarck mutete damit der russischen Regierung aber etwas zu, was er selbst zuvor nachdrücklichst zurückgewiesen hatte [87]). Als der Fürst Gortschakow ihm einmal, unterrichtet von dem Treiben der Polen im Auslande, zum Ausdruck brachte, daß Rußland nicht allein „das Odium gewaltsamer Unterdrückung“ auf sich nehmen wolle und die Wünsche seiner Nachbarn in Hinsicht auf das Verhalten der russischen Regierung gegen ihre polnischen Untertanen nur insofern berücksichtigen könne, als die Maßnahmen der Nachbarstaaten auch ihrerseits eine nachdrückliche Mitwirkung versprächen, somit also den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß Preußen seinerseits in entsprechender Weise gegen die Polen vorgehen möchte, erwiderte Bismarck, „daß jeder der beteiligten Staaten die Richtung seiner gesamten Gesetzgebung durch größere Interessen als die polnischen es sind, angewiesen erhalte und die notwendigen Grundlagen derselben nicht willkürlich zu verlassen vermöge.“

Auch Bismarck war also nicht geneigt, der russischen Politik in Polen mehr Dienste zu leisten, als es die eigenen Interessen zuließen. Darin offenbart sich, wie ihm bei allen wechselseitigen Beziehungen zu anderen Staaten unbedingt das Interesse Preußens voranging. Auch er war bereit, die russische Politik nur dann zu unterstützen, wenn die russischen Interessen mit den preußischen zusammenfielen oder wenn es ihm sonst dem Wohle des eigenen Landes förderlich schien und daraus keine größeren Übel erwuchsen.

Wenn es nun auch infolge der Haltung der russischen Regierung in der polnischen Frage galt, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, „daß nämlich die russische Politik, trotz aller Familienanhänglichkeit des Kaisers, ihre eigenen wahren oder vermeintlichen Interessen ohne Rücksichtnahme auf die unsrigen oder die Österreichs zu verfolgen bereit ist“, und daß sie „vom Gefühl der Solidarität“ mit Preußen n i c h t mehr beherrscht“ wird [88]), so hoffte Bismarck doch immerhin auch in diesem Falle des Verhältnisses der Politik Rußlands und Preußens in Hinsicht auf Polen, daß „für das Zusammenwirken zu gemeinschaftlichen Zwecken ein Spielraum übrig bleibe, dessen bereitwillige Benutzung nach den intimen Beziehungen beider Höfe gegenseitig erwartet werden könne“ [89]).

---

[84]) 11. 4. 61. G.W. 3, 211. Auch 21. 4. 61. G.W. 3, 227 f. — 5. 11. 61. G.W. 3, 275. — 8. 11. 61. G.W. 3, 279. — 10. 11. 61. G.W. 3, 284 f. — 22. 11. 61. G.W. 3, 295. — 13. 1. 61. Bism. Jahrb. VI, 114.

[85]) 4. 4. 61. G.W. 3, 202.

[86]) 5. 11. 61. G.W. 3, 275.

[87]) Zu dem Folgenden: 21. 4. 61. G.W. 3, 227. Vgl. *Pfeifer*, a. a. O., S. 22 f. u. 24, welche in ihrer Darstellung nicht auf diese Eigenheit in der Beziehung Bismarcks zu Rußland aufmerksam macht.

[88]) 14. 4. 61. G.W. 3, 215; ähnl. auch 30. 11. 60. G.W. 3, 141. — 4. 4. 61. G.W. 3, 203. — 22. 11. 61. G.W. 3, 296.

[89]) 21. 4. 61. G.W. 3, 227.

Bereits bei seiner Abschiedsaudienz beim Zaren konnte Bismarck erfahren, daß der Zar zu derselben Anschauung gelangt war, der Bismarck während seines Petersburger Aufenthaltes in den dortigen Kreisen Eingang zu verschaffen gesucht hatte. Der Zar versicherte Bismarck, daß seine Hoffnungen auf eine Verständigung mit dem polnischen Adel geschwunden seien, da alle polnischen Parteien als Ziel die Herstellung Polens in den Grenzen von 1772 hätten. Die Polonisierung ursprünglich russischer Landesteile könne Rußland aber keinesfalls zulassen. Unbeschadet dieser Anschauung wolle man in der Beseitigung wirklicher Mißstände aber fortfahren.

Trotz der nachdrücklichsten Bemühungen Bismarcks war während des Petersburger Aufenthaltes ein Einverständnis zwischen Preußen und Rußland in Hinsicht ihrer polnischen Politik nicht erzielt worden. Bald darauf sollte die polnische Frage aber erneut auf die Tagesordnung kommen. Als Bismarck dann selbst die Fäden der preußischen Politik in seiner Hand hielt, wurden die preußische und die russische Politik für Jahrzehnte endgültig festgelegt.

V. Ergebnis der Petersburger Gesandtenzeit.

Überblickt man nun die Politik Preußens und Rußlands während Bismarcks Aufenthalt in Petersburg, so bleibt festzustellen, daß noch in keiner Weise ein engeres Einvernehmen in der Führung beider Mächte erreicht war.

Trotzdem sich Bismarck eifrigst bemüht hatte, in der italienischen Frage Preußen auf den russisch-französischen Nenner und in der polnischen Frage Rußland auf den preußischen Nenner zu bringen, gingen die Kabinette noch ihre eigenen Wege. Die preußische Regierung konnte sich von der Anlehnung an Österreich noch nicht lossagen, und der russische Kanzler Gortschakow hoffte noch, von Frankreich die Unterstützung der russischen Orientinteressen zu erlangen [90]).

Wohl hat Bismarck aber die freundschaftlichen Gefühle der beiden Monarchen füreinander fördern und sich selbst am Zarenhofe größte Zuneigung erwerben können.

Bismarcks Abneigung gegen Österreich und seine russenfreundliche Haltung während des Krimkrieges mußten ihn von vornherein in Petersburg beliebt machen. Die persönlichen Beziehungen Bismarcks zu dem russischen Kaiserhaus erfuhren aber eine Herzlichkeit, wie sie sonst nicht hätte erreicht werden können, und der Zar zeichnete ihn mit seinem besonderen Wohlwollen aus [91]). Die besondere Stellung, die Bismarck als Gesandter des verwandten preußischen Hofes am Zarenhofe einnahm, kam darin zum Ausdruck, daß er an der Tafel zwischen Kaiser und Kaiserin zu sitzen pflegte [92]). Durch seine offene Art und durch das Interesse, das er russischem Wesen entgegenbrachte, erfreute sich Bismarck in der Petersburger Gesellschaft großer Achtung und Beliebtheit [93]). Gern erinnerte er sich darum auch noch später seines Aufenthaltes am Zarenhofe, wo er viel mehr Gefühl von Treu und Glauben, von menschlicher Dankbarkeit, viel weniger Neid und Eifersucht gefunden, wie anderwärts" [94]).

---

[90]) Man schrieb darum damals der russischen Politik die Devise zu: „Nur Frankreich kann Rußland den Orient geben und Rußland wird Frankreich den Rhein geben." *Robolsky,* Bismarck u. Rußland, S. 4.

[91]) U. a. 13. 5. 59. G.W. 3, 51.

[92]) Gespräch mit Lucius, Frh. v. Ballhausen, am 28. 2. 72. G.W. 8, 27.

[93]) *Robolsky,* a. a. O., 11 u. 14.

[94]) Gespräch mit Lucius, Frh. v. Ballhausen, G.W. 8, 27.

Über die Gestaltung seines persönlichen Verhältnisses zu Petersburg hinaus lernte Bismarck alle Eigenheiten der russischen Hofkreise und die Einflüsse kennen, mit denen er später als preußischer und deutscher Staatsmann rechnen mußte. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß Bismarck die Zwiespältigkeit der Politik kennen lernte, die dadurch zum Ausdruck kommen mußte, daß der Zar großes Mißtrauen gegen Napoleon hegte, sein Kanzler sich aber bemühte, den engen Anschluß an Frankreich herbeizuführen.

Die Kenntnis der Stellung der russischen Adelskreise zu der polnischen Frage sollte Bismarck für seine spätere Politik zum Vorteil gereichen, als er seine Maßnahmen im Hinblick auf die Petersburger Verhältnisse treffen konnte.

Der stete Umgang mit Gortschakow ließ Bismarck auch bald gewahr werden, „daß diejenige Saite im Wesen Gortschakows, auf der man jede beliebige Melodie spielen konnte, seine Selbstvergötterung war“ [95]), und man nur der Eitelkeit des russischen Kanzlers zu schmeicheln brauchte, um ihn in die Gewalt zu bekommen.

Gewiß konnte Bismarck, als er von Petersburg schied, die Überzeugung mitnehmen, daß Alexander II. in aufrichtigster Weise das Bündnis mit Preußen wünschte und einer Machterweiterung Preußens wohlwollend gegenüberstand. In zahlreichen Gesprächen hatte der Zar das zum Ausdruck gebracht [96]).

Auch Fürst Gortschakow erkannte bei seiner Vorliebe für Frankreich an, daß Rußlands bester Freund in Deutschland Preußen war: „Wir wünschen Deutschlands Einigkeit und Stärke; es kann uns nur willkommen sein, wenn Deutschland sich unter Preußens Führung konsolidiert“ [97]).

Mit dem persönlichen Gewinn der zarischen Freundschaft, von dem Wohlwollen, das man in russischen Hofkreisen dem preußischen Staate entgegenbrachte, überzeugt und mit der Kenntnis der verschiedenen Einflüsse, denen die russische Politik unterworfen war, verließ Bismarck Petersburg.

Diese Gewinne konnten aber erst von praktischem Nutzen für Preußen werden, als Bismarck selbst die Leitung der preußischen Politik innehatte.

Denn er brachte in bezug auf Rußland „persönlich bessere Traditionen mit“ und ließ auch in der Folgezeit, als er „einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand“, nicht von seinem Ziel ab, zuerst diese Beziehungen zu Rußland zu befestigen [98]).

---

[95]) Nach den Erinnerungen des Fürsten Meschtscherskij. *Poschinger*, Bismarck u. die Diplom., S. 24.

[96]) Siehe u. a. die Berichte vom: 4. 4. 59. G.W. 3, 5. — 17. 6. 59. G.W. 3, 54 f. — 18. 6. 59. G.W. 3, 58. — 9. 7. 59. G.W. 3, 61. — 16. 7. 59. Raschdau I, 112. — 14. 6. 60. Raschdau I, 113 f. — 2. 1. 61. G.W. 3, 155. — 27. 1. 61. G.W. 3, 163. — 8. 4. 62. G.W. 3, 349.

[97]) 23. 11. 61. G.W. 3, 297.

[98]) Rede v. 21. 2. 79. G.W. 12, 23 (*Kohl*, Reden 7, 368 f.).

Kapitel 4.

Der polnische Aufstand 1863.

I. Grundsätzlich maßgebende Gesichtspunkte für Bismarcks Politik.

1. im allgemeinen.

Am 8. Oktober 1862 erfolgte die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen[1]). Nun konnte Bismarck selbständig die preußische Politik die Wege führen, die ihm für die Zukunft Preußens am zweckmäßigsten schienen. Dank seiner jüngsten Vergangenheit lagen ihm die Beziehungen zu Rußland besonders nahe, und Bismarck war bestrebt, der preußischen Politik den Einfluß in Petersburg zu erhalten, da er erkannt hatte, daß die Haltung Rußlands für Preußens deutsche Zukunft eine Frage von hoher Bedeutung war.

Von Österreich und Frankreich war in der deutschen Politik Preußens keine Unterstützung zu erwarten, während man mit Rußland ebenso wie mit England „prinzipielle divergierende Interessen" nicht hatte[2]). Der Antagonismus zwischen Rußland und England ließ aber nur eine Wahl zwischen diesen beiden Mächten übrig. Mehr als „platonisches Wohlwollen und belehrende Briefe und Zeitungsartikel" war nun von England nicht zu erwarten, während man hoffen konnte, daß der „Kaiser Alexander bei französischen Versuchen zum Eingreifen in die deutsche Frage uns in deren Abwehr wenigstens diplomatisch beistehen würde"[3]). Wenn Bismarck also Anlehnung an die englische Politik gesucht hätte, welche in dem bald nach dem Regierungsantritt Bismarcks ausbrechendem Aufstand in Polen ein Mittel zur Schwächung Rußlands fand, so hätte sich Preußen nur einen alten Freund, der ein noch besserer für Preußens Zukunft werden konnte, verscherzt und keine zuverlässige Freundschaft im Westen dafür eingetauscht, wohl aber in den Polen einen alten Feind gestärkt und somit einen natürlichen Bundesgenossen Frankreichs geschaffen[4]).

Demzufolge mußte es sich Bismarck angelegen sein lassen, jede Sympathie, die der Zar Alexander II. im Gegensatz zu vielen seiner Untertanen und höchsten Beamten für Preußen hegte, zu pflegen, wenigstens so weit, als nötig war, um eine Parteinahme Rußlands gegen Preußen nach Möglichkeit zu verhüten.

Von solchen allgemeinen grundsätzlichen Erwägungen wurde die Politik Bismarcks bestimmt, als es galt, zu der polnischen Frage Stellung zu nehmen, nachdem in der Nacht vom 23. zum 24. Januar 1863 mit der Niedermetzelung einer Anzahl russischer Garnisonen in kleineren Städten Polens der polnische Aufstand zum Ausbruch gekommen war[5]).

2. im Hinblick auf die polnische Frage.

a) die innerpreußischen Interessen anlangend.

Was die polnische Frage an sich betraf, so hat Bismarck immer in den Bestrebungen der Polen eine dem preußischen Staate gefährliche Tendenz

[1]) *Kohl*, Regesten I, 188.
[2]) G.W. 15, 211 f.
[3]) G.W. 15, 213.
[4]) Nach einem Gespräck mit Moritz Busch am 7. April 88. G.W. 8, 607.
[5]) *Sybel* II, 364. *Stern* IX, 153.

erblickt [6]). Da Preußen selbst Provinzen hatte, die in der gegenseitigen Durchsetzung polnischer und deutscher Ansprüche Schwierigkeiten bereiten konnten und ein Übergreifen des Aufstandes auf preußisches Gebiet leicht möglich war, ergab sich als eine Selbstverständlichkeit die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns mit Rußland, da die gleichen Interessen berührt wurden. Die Stellung der beiden Höfe der polnischen Revolution gegenüber war „sachlich diejenige zweier Bundesgenossen, welche von einem gemeinschaftlichen Feinde bedroht werden" [7]); und es war natürlich, „daß Preußen und Rußland gegen eine die Interessen beider Regierung bedrohende Revolution die gegenseitige Unterstützung ihrer damals für eine ausgedehntere Entwicklung der Insurrektion unzulänglichen Streitkräfte in Aussicht nahmen" [8]).

b) den Rahmen der preußischen Gesamtpolitik berührend.

Es handelte sich aber für Bismarck bei der Stellungnahme zu dem polnischen Aufstande nicht bloß um das Interesse der östlichen Provinzen Preußens. Während seiner Gesandtenzeit in Petersburg hatte Bismarck Gelegenheit gehabt, sich eingehend mit der polnischen Frage zu beschäftigen und vor allem erkennen können, welche Beurteilung sie in russischen Kreisen erfuhr [9]). So schieden sich in Petersburg zwei Strömungen: eine liberale polenfreundliche, welche Anlehnung an das liberale Frankreich suchte, und eine konservative antipolnische, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen unter allen Umständen festhalten wollte. „Man kann sagen: eine preußenfreundliche antipolnische, und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinett." Die den Polen freundliche Richtung in der Petersburger Gesellschaft hoffte auf dem Umwege über ein selbständiges Polen in nicht zu ferner Zeit für Rußland gleiche konstitutionelle Freiheiten zu erlangen. Diese Ansicht vertrat auch der Kanzler Gortschakow, der in parlamentarischen Einrichtungen „ein Feld für europäische Verwertung seiner Beredsamkeit" [10]) gefunden haben würde, während der Zar innerlich zu der konservativen Richtung gehörte, aber stark den Einflüssen der polenfreundlichen liberal-französischen Richtung ausgesetzt war [11]).

Somit handelte es sich für Bismarck um die weitergreifende Frage, „ob im russischen Kabinett eine polenfreundliche oder eine antipolnische Richtung, ein Streben nach panslavistischer antideutscher Verbrüderung zwischen Russen und Polen oder eine gegenseitige Anlehnung der russischen und der preußischen Politik herrschte" [12]), und in der Erkenntnis der Bedeutung, welche der Haltung Rußlands für die deutsche Zukunft Preußens zukam, hätte Preußen insofern in eine schwierige Lage kommen können, als eine polenfreundliche Richtung der russischen Politik dazu angetan war, die angestrebte Fühlung nach einem russisch-französischen Bündnis zu beleben, denn „eine französisch-russische Solidarität in der Lösung der polnischen Frage lag bei der Konstellation der politischen Parteiungen in Rußland nicht außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit" [13]).

[6]) s. o. S. 21.
[7]) G.W. 15, 215. 1. Febr. 63. Bism. an Alvensleben. G.W. 4, 48.
[8]) 7. März 63. Runderlaß a. d. Missionen. G.W. 4, 74.
[9]) Hierzu Rede vom 28. 1. 86. G.W. 13, 150. (*Kohl*, Reden 11, 419 f.) 9. März 63. Bism. an Bernst. APP. III, 383 f.
[10]) G.W. 15, 210.
[11]) Vgl. auch die Darstellung bei *Zechlin*, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 419 ff.
[12]) G.W. 15, 210 f.
[13]) 23. April 63. Runderlaß a. d. Missionen. G.W. 4, 108.

Das Streben Bismarcks mußte also darauf gerichtet sein, die antipolnische Richtung in Petersburg kräftig zu unterstützen. Das gebot einmal das Interesse wegen der eigenen polnischen Provinzen. Dazu erwarb man sich durch eine Unterstützung der konservativen Politik des Zaren dessen Freundschaft, und schließlich begegnete man der Gefahr einer unmittelbaren russisch-französischen Verständigung auf der Basis eines autonomen Polen.

Damit war die Politik Bismarcks gegenüber Rußland in der polnischen Frage festgelegt. Das „Kapital der zarischen Freundschaft" mußte genutzt werden, um es nicht in den Besitz der Gegner Preußens geraten zu lassen [14]).

II. Die Alvenslebensche Konvention.

1. Ursprung.

Von solchen Erwägungen ausschauend, konnte gar kein günstigerer Umstand Bismarcks Politik zustatten kommen, als daß auch auf russischer Seite — wohl in dem sicheren Gefühl, sich in einer äußerst prekären Lage zu befinden — der Wunsch nach einer einheitlichen Politik der Berliner und Petersburger Regierung vorhanden war [15]) und, was das Entscheidende dabei ist, von ihr auch zuerst in Anregung gebracht werden sollte.

Bereits am 24. Januar sprach der russische Gesandte in Berlin, Oubril, die Hoffnung aus, daß der Petersburger Hof doch auf jeden Fall auf eine günstige Haltung Preußens möchte zählen können. Ein Telegramm aus Warschau stellte dem Gesandten sogar anheim, für die an das Königreich Polen angrenzenden Distrikte Eventualmaßnahmen zu beanspruchen [16]).

Der König stimmte dem vollkommen zu, und sogleich ergriff Bismarck die Gelegenheit und ließ bei dem Zaren anfragen, ob der König seinen Generaladjutanten von Alvensleben nach Warschau schicken dürfe zur Einleitung von Informationen und Verständigungen über gemeinsame Maßregeln zur Unterdrückung des Aufstandes [17]). Da der Zar mit der Entsendung Alvenslebens vollständig einverstanden war und sie für „sehr nützlich" hielt [18]),

[14]) G.W. 15, 213.

[15]) Schon einige Zeit vor dem hatte der Zar einmal Goltz gegenüber geäußert: „Ich will, daß unser Verhältnis so vollkommen sei, als ob wir nur einen Körper bildeten." Nach einem Bericht Mohrenheims an Gortschakow v. 20. 12. 62. APP. III, 128.

[16]) Hierzu Oubril an Gortschakow 29. 1. 63. APP. III, 214 f. — Wenn *Lord,* Bism. and Russia, S. 25 f. nur von „vagen Andeutungen (vague allusions)" spricht, gegenüber der „rather astonishing demarche", die Preußen daraufhin unternahm, so scheint dies geflissentlich eine Unterschätzung der russischen Wünsche — welche doch eine Hilfsbedürftigkeit Rußlands zum Ausdruck brachten — zu sein, die sich aus der antibismarckschen Tendenz seines Aufsatzes erklärt, und dies um so mehr, als nach Lords Darstellung Oubril sogar die Bitte um Beistand insofern ausgesprochen haben soll, daß die preußische Regierung polnische Überläufer festnehmen möge. Von einer solchen direkten Bitte ist aber nach dem Bericht Oubrils nicht einmal die Rede. Jedoch hat Oubril ein zwar in der Aktenpublikation nicht vorliegendes Telegramm aus Warschau erhalten, von dessen Inhalt Oubril in seinem Bericht aber doch so viel erkennen läßt, daß man den dringenden Wunsch nach gleichzeitigen russischen und preußischen Maßnahmen klar herauslesen kann. — *Zechlin* ist in seiner Darstellung der preuß.-russ. Beziehungen — da er mit Rücksicht auf die Pläne der Reichskommission die wichtigen russischen Aktenstücke nicht hat einsehen können (vgl. *Zechlin,* Vorwort S. IX) — u. a. angewiesen auf die Verwertung des Quellenmaterials wie er es bei *Lord* zitiert fand, wobei er natürlich von dessen tendenziöser Auswertung abrückt. Diese Lücke im Quellenmaterial läßt manch gewichtige Frage in bezug auf die preuß.-russ. Beziehungen jener Zeit noch offen oder deren Beantwortung als Mutmaßung bestehen. Es ist u. a. Ziel dieser Arbeit, auf Grund neuen Quellenmaterials diese Dinge zu klären und in das rechte Licht zu rücken.

[17]) Bism. an Redern 29. 1. 63. APP. III, 213 f.

[18]) Redern an Bism. 30. 1. 63. APP. III, 214 Anm. 1 zu N. 150. Auch Alvensleben an König Wilhelm I. 6. 2. 63. APP. III, 231.

reiste der General am 2. Februar von Berlin ab: aber nicht nach Warschau, sondern nach Petersburg!

Versprach nicht die Haltung des Zaren der Bismarckschen Politik zu einem großen Erfolge zu verhelfen und sie auf ihrem Wege ein beträchtliches Stück weiterzuführen? Mit fester Hand galt es, die sich bietende Chance zu packen und einen Markstein zu setzen, der das preußisch-russische Verhältnis eindeutig und offen und endgültig festlegen sollte. Wenn auch mit aller Kraft, so mußte man aber ebenfalls vorsichtig zu Werke gehen, um nicht durch eine offenkundige Bloßlegung der letzten Absichten, wie sie in dem Rahmen von Bismarcks Gesamtpolitik lagen, vielleicht zunichte zu machen, was sich so herrlich anzubahnen zeigte.

Die Abweichung von dem ursprünglichen Plan der Reise sollte Alvensleben in Petersburg darum damit begründen, daß die zu treffenden Verabredungen über die Zuständigkeit der Behörden in Warschau hinausgingen und nur in Petersburg erfolgreich vorbereitet werden könnten. Auch erwarte man, durch direkte Unterredungen mit dem Kaiser manche Aufklärungen zu gewinnen, die „auf dem Wege des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs nicht zugänglich sein würden“ [19]).

Besondere Vorsicht mußte Bismarck aber bei den eigentlichen Instruktionen für Alvensleben walten lassen. Es ist selbstverständlich, daß allein das Interesse wegen der eigenen polnischen Provinzen geltend gemacht werden durfte, die Stellung der beiden Höfe der polnischen Revolution gegenüber als „sachlich diejenige zweier Bundesgenossen, welche von einem gemeinschaftlichen Feinde bedroht werden.“ Die Instruktionen des Generals gingen deshalb dahin, sich einmal darüber zu unterrichten, welche Verbindung die polnische Insurrektion in den königlichen Staaten habe, weiterhin ein Zusammenwirken der beiderseitigen Behörden und militärischen Kräfte zu erreichen und zu diesem Behufe die beiderseitigen Befehlshaber anzuweisen, „einander jede Unterstützung zu leisten, welche zur Herstellung der Ruhe und zur Überwältigung und Bestrafung der Aufrührer erforderlich werden kann.“

Wenn nun aber Bismarck in seiner Alvensleben erteilten schriftlichen Instruktion auch weiter darlegt: „Ein solches Zusammenwirken wird dahin führen, daß die Insurgenten entweder verhindert werden, den kaiserlichen Truppen durch Überschreiten der Grenze auszuweichen, oder daß sie, insoweit ihnen letzteres gelingt, auf preußischem Boden gefangen genommen und zurückgeliefert werden“ [20]), so hat er damit für die zu treffenden Verabredungen doch keineswegs ein Ziel festlegen wollen, über das Alvensleben nicht hätte hinaushandeln dürfen. Vor allem hat Bismarck auch keinesfalls eine Grenzüberschreitung ausschließen wollen.

Liegt schon einmal in den Worten „einander jede Unterstützung zu leisten“ die Möglichkeit eines umfassenden Hand-in-Hand-Wirkens der beiderseitigen Streitkräfte, so hat nämlich Bismarck, als Alvensleben — eben weil es in der schriftlichen Instruktion offen gelassen war, ob die beiderseitigen Streitkräfte, auch die Grenze überschreiten sollten — diesen Punkt vor seiner Abreise bei Bismarck zur Sprache brachte, auch erwidert, „*er trage keine Bedenken, daß die Grenze von den Truppen überschritten werden könnte*“ [21]).

[19]) Hierzu und zum Folgenden: Bism. an Alvensleben 1. 2. 63. G.W. IV, 49.

[20]) *Zechlin*, S. 433, konnte — infolge des ihm nicht vollständig zugängigen Aktenmaterials — hierin eine mögliche Zielsetzung der Instruktionen Alvenslebens erblicken.

[21]) Aufzeichn. Alvenslebens v. 6. 5. 63. APP. III, 549. — *Zechlin* hatte schon die richtige Erkenntnis, daß Alvensleben noch weitere Instruktionen mit „tieferliegenden Auf-

Dies ist, was über die Instruktionen Alvenslebens aktenmäßig nunmehr vollständig und einwandfrei ermittelt werden kann. Demnach hat Alvensleben wohl für den Inhalt, nicht aber für die Form der zu treffenden Vereinbarungen bestimmte Richtlinien erhalten. Es bleibt die Frage, wie Alvensleben in Petersburg von diesen seinen Instruktionen Gebrauch gemacht hat.

2. Abschluß.

Der Zar mochte in dem bereitwilligen preußischen Vorschlag einen neuen Freundschaftsbeweis der Könige erblicken. Er empfing den preußischen General, der überdies noch ein persönliches Schreiben des Königs mitbrachte, mit großer Freundlichkeit und ließ ihm nach dem noch am Ankunftstage stattgehabten Empfang bereits am folgenden Tage, dem 6. Februar, mit Gortschakow im Beisein des russischen Kriegsministers unterhandeln [22]).

Das Ergebnis der gemeinsamen Unterhandlung war die Festlegung eines schriftlichen Übereinkommens, wonach in Anbetracht der Schwere des Aufstandes und der Möglichkeit, daß auch die angrenzenden Provinzen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, die beiderseitigen militärischen Befehlshaber ermächtigt wurden, auf Ersuchen sich gegenseitig Beistand zu leisten und die Grenze zu überschreiten, wenn es zur Verfolgung der in das Gebiet des anderen übertretenden Aufständischen nötig sein sollte. Über bedrohliche Anzeichen für Posen sollten Berlin und auch der preußische militärische Befehlshaber direkt in Kenntnis gesetzt werden [23]).

Zwei Fragen sind es nun, die für den Abschluß der Konvention noch einer klaren und endgültigen Beantwortung bedürfen, einer Beantwortung, die

gaben" erhalten haben könnte. Diese Mutmaßung *Zechlins* findet in diesem Aktenstück nunmehr ihre Bestätigung. (Vgl. *Zechlin,* S. 429 u. 433.) Hingegen irrt sich *Scheidt,* Konvention Alvensleben . . ., S. 26, sehr, wenn er die Behauptung aufstellt, es lägen keine Belege oder Anzeichen dafür vor, daß Alvensleben auch mündliche Weisungen erhalten habe. Man kann nach obigen Ausführungen auch keineswegs sagen, daß die Weisungen, die Alvensleben von Bismarck empfing, nur „allgemein gehalten" waren, wie *Scheidt,* a. a. O., S. 25, es tut. *Scheidt* wertet somit die Instruktionen — schriftlich und mündlich !! — viel zu gering. Er kann demnach auch sehr wohl zu der Feststellung gelangen: „Eine förmliche Ermächtigung zum Abschluß einer Militärkonvention findet sich also in Bismarcks Weisung nicht." Siehe hierzu unten S. 36! — Bei dieser Unterredung mag auch eine Äußerung Bismarcks geschehen sein, von der uns Karolyi berichtet und wonach *Zechlin* S. 429 annimmt, Alvensleben habe noch eine zweite schriftliche Instruktion erhalten. Danach hat Bismarck Alvensleben aufgegeben, dem Zaren zur Bekämpfung der Insurrektion Mut einzuflößen und in dieser Hinsicht „mit dem preußischen Säbel nach Belieben zu rasseln". Karolyi an Rechberg, 10. 4. 63. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv, Wien, s. abschriftl. Anlage.

[22]) Alvensleben an König Wilhelm I. 6. 2. 63. APP. III, 231; und 8. 2. 63. APP. III, Anm. 1 zu N. 163. — Aus der Aktenpublikation geht nicht nur hervor, daß die Konvention das Ergebnis gemeinsamer Unterhandlung war, sondern es ergibt sich auch die klare Erkenntnis, daß Alvensleben das stark treibende Element bei dem Abschluß war. (s. unt. S. 34 f.) — Die Darstellung *Zechlins* S. 430: „Hier wurde Alvensleben . . . von Gortschakow und dem russischen Kriegsminister eine schriftliche Konvention vorgelegt", kann somit auf Grund neuen Aktenmaterials (u. a. — s. unt. S. 33 f. — vornehmlich die Aufzeichnung Alvenslebens vom 6. 5. 63. APP. III, 549 ff. u. ein äußerst wichtiges russisches Aktenstück, das Schreiben des Vortragenden Rates im russischen Ministerium des Äußeren, Baron Jominis, an Oubril vom 5. 3. 63. APP. III, 369 ff.), was die Einzelheiten der Mission — Festlegung des Inhaltes sowie eine genaue Kenntnis von dem Hergang bei dem Abschluß — anlangt, eine notwendige Ergänzung finden. *Zechlin* mutmaßte ja schon sehr zu Recht ein entschiedenes Auftreten Alvenslebens, jedoch auch zugleich, daß solch Verhalten dann nicht dem Willen Bismarcks entsprochen hätte. (Siehe unten S. 32 Anm. 24. — Vgl. *Zechlin,* 432 ff., 436 f. u. 449.)

[23]) Alvensleben an König Wilhelm I. 6. 2. 63. APP. III, 231 f.

insofern mit einigen Schwierigkeiten verknüpft ist, als sich, wenigstens was die zweite Frage anlangt, die Aussagen beider Parteien schroff gegenüberstehen.

1. Entsprach der Inhalt der Konvention den dem General Alvensleben erteilten Instruktionen?
2. Wie ist es zu der Form einer vertragsmäßigen schriftlichen Festlegung (statt vielleicht einer bloßen Verabredung) gekommen [24])?

Zu 1. Wie oben [25]) ausführlich dargelegt, gingen die Instruktionen Alvenslebens dahin, ein Zusammenwirken zu erreichen, das „jede Unterstützung" versprach und dem auch die gegenseitige Grenzüberschreitung gestattet war.

In dem Entwurf der Konvention kommt inhaltlich aber auch genau nicht mehr zum Ausdruck, als die Instruktion — schriftliche und mündliche — in sich schloß und zuließ. Es bedeutet eher eine Einschränkung, wenn es in der Konvention heißt, daß der Beistand „auf Ersuchen (sur la réquisition)" der beiderseitigen militärischen Befehlshaber zuteil würde. Alvensleben handelte also genau seinen Instruktionen entsprechend. Das hat auch Bismarck sogleich unumwunden zugegeben, wenn er der Unterzeichnung dieser „Punktation", wie er das Abkommen nannte, zustimmte und ausdrücklich betonte: „Dieselbe entspricht den dem General mitgegebenen Instruktionen" [26]). Was den Inhalt der Übereinkunft anlangt, so zeigt sich sogar eine auffällige Übereinstimmung von Instruktion und Entwurf.

Zu 2. Ungleich schwieriger steht es schon um die Beantwortung der zweiten Frage. Hier bedarf es zunächst der Prüfung, wem die Initiative zu der Form der vertragsmäßigen schriftlichen Festlegung zuzuschreiben ist: Bismarck, Gortschakow oder Alvensleben.

Wie oben schon mehrfach darauf hingewiesen, hat Alvensleben zwar für den Inhalt, in keinerlei Weise aber für die Form seiner in Petersburg zu treffenden Vereinbarungen bestimmte Richtlinien erhalten.

---

[24]) Nach *Zechlin* S. 432 ff. läßt sich nämlich — infolge des ihm noch nicht vollständig vorliegenden Aktenmaterials — die Frage, ob der Inhalt der Konvention tatsächlich den dem General mitgegebenen Instruktionen entsprochen hat, „nicht ohne weiteres bejahen." Was aber den Abschluß der Konvention anlangt, so habe — nach *Zechlin* S. 436 f. — Alvensleben einerseits seinem „von der Einsicht in größere diplomatische Kausalzusammenhänge nicht belasteten militärischen Tatendrang freien Lauf" gelassen, also über seine Vollmachten hinausgehandelt, während andererseits der Zar „im Rausche der Freude über die Freundschaftsbeweise König Wilhelms, die ihm vorgetragenen Vorschläge weitergehend verstand". Da bald darauf durch entgegenstehende Äußerungen sowohl Bismarck als auch Gortschakow sich der Verantwortlichkeit für die Konvention zu entziehen suchten (s. o. im Folgenden), hält *Zechlin* S. 435 zur Ergründung der Wahrheit über den Abschluß der Konvention beide sich widersprechenden Aussagen, sowohl die Gortschakows als auch die Bismarcks, für unrecht: „Denn weder die Stunde, in der Bismarck in der Wilhelmstraße den General verabschiedete, noch die, in der diesem von Gortschakow der Entwurf vorgelegt wurde, hat die Konvention als vertragliches Abkommen hervorgebracht: vielmehr dürfte jener 5. Februar, an dem im Winterpalast der General von Alvensleben und Zar Alexander II. sich die Hände schüttelten, der entscheidende Tag gewesen sein. Von hier ging der Zwang für Gortschakow aus, die Konvention zu entwerfen und von hier auch der Zwang für Bismarck, ihre Unterzeichnung anzuraten." — S. hierzu unt. S. 34 ff.

[25]) S. 30.

[26]) Bismarck an König Wilhelm I. 7. 2. 63. Anh. z. d. Ged. u. Erinn. I, 51. — Es besagt nichts, daß Bismarck sich später (s. u. S. 36) in gegenteiligem Sinne äußerte: die veränderte politische Lage veranlaßte ihn, sich von einer Verantwortung für die Konvention freizumachen zu suchen. Die ursprüngliche Äußerung besteht aber und behält ihre Gültigkeit.

Bismarck scheidet also für ein Anteilhaben an der Formgebung von vornherein aus. Es blieb somit Alvensleben anheimgestellt, in welcher Weise er von seinen Instruktionen Gebrauch machen würde. Und es stand weiterhin offen, mit welchem Interesse man russischerseits der Sendung Alvenslebens begegnen würde.

Nach einem nunmehr vollständig vorliegenden Aktenmaterial [27]) ergibt sich für die Mission Alvenslebens folgendes Bild.

Der Zar war von der Entsendung des preußischen Generals sichtlich erfreut: sein Herz schlug höher im Gefühl der treuen Freundschaft König Wilhelms. Diese Tatsache konnte Gortschakow nicht verborgen bleiben, so daß die Ausführungen Alvenslebens während der entscheidenden Unterhandlung mit Gortschakow und dem russischen Kriegsminister keinen Einwand erfuhren.

Eigenartig ist, wie nach den verschiedenen russischen Aktenstücken eine Zwiespältigkeit in der Haltung Gortschakows in Erscheinung tritt. Nach den geringe Zeit später abgefaßten Aktenstücken, also denen von Anfang März, erweckt es den Anschein, als habe Gortschakows Herz stark in gegenläufigem Sinne gedrängt und Gortschakow bei dem Abschluß somit eine Art passiven Widerstand geleistet [28]). Und wenn man sich dazu noch die grundsätzliche Einstellung Gortschakows, wie sie oben mehrfach angedeutet, vergegenwärtigt, so ist man in der Tat auch geneigt, dieser Darstellung Glauben zu schenken, denn Gortschakow stand mit weiten Kreisen der russischen Gesellschaft [29]) dem gemeinschaftlichen Vorgehen mit Preußen äußerst ablehnend gegenüber, da mit der endgültigen Niederwerfung des polnischen Aufstandes auch die Pläne nach einem großen panslavistischen Reich zerstört werden mußten Allein zwei Gegenstücke lassen sich erbringen, die um so mehr in Erstaunen versetzen, als sie der sonst allerweilen zur Schau getragenen Haltung Gortschakows zuwiderlaufen, Gegenstücke, denen aber doch für diesen Fall die höhere Bedeutung beizumessen ist, da sie nämlich unmittelbar in die Zeit des Abschlusses der Konvention fallen. Danach drückt Gortschakow nicht nur Bismarck gegenüber seine Freude über das Zustandekommen aus [30]), sondern in einem Privatbrief an Oubril [31]) heißt er die Sendung Alvenslebens aus-

---

[27]) Hierzu: Alvensleben an König Wilhelm I. 6. 2. 63. APP. III, 231. — Alvensleben an König Wilhelm 8. 2. 63. APP. III, Anm. 1 zu N. 163. — Alex. II. an König Wilh. I. 8. 2. 63. APP. III, 234.— Gortschakow an Bism. 8. 2. 63. APP. III, 234. — Gortsch. an Oubril 8. 2. 63. APP. III, 235 Anm. z. N. 169. — Aufzeichn. Alvensl. v. 6. 5. 63. APP. III, 549 ff. — Jomini an Oubril 5. 3. 63. APP. III, 369 ff. — Oubril an Gortsch. 1. 3. 63. APP. III, 348 f. u. Randbem. Gortschakows ebenda. — *Scheidt,* a. a. O., S. 29 f., spürt den Dingen, wie sie zum Abschluß der Konvention führten, nicht so intensiv nach, sondern beschränkt sich mehr darauf, die Äußerungen beider Parteien (Bismarck und Gortschakow) zu referieren, ohne ein Resümee zu ziehen, wie die Konvention nun tatsächlich zustande gekommen ist.

[28]) Jomini an Oubril: „Unsere Initiative hat keinen Anteil an dieser Angelegenheit und wir haben im Gegenteil viel mehr gesucht, sie in der Form zu mildern, als sie zu sehr zu präzisieren." — „Wir haben darin die Meinung des Königs und der preußischen Regierung sehen müssen, und in einem Augenblick, wo wir einen derartigen Beweis von Wohlwollen empfingen, konnten wir kaum daran denken, die Ausdrücke zu bekritteln." 5. 3. 63. APP. III, 370. — Randbem. Gortsch. z. d. Bericht Oubrils v. 1. 3. 63: „Es war Berlin, das auf einen schriftlichen Vertrag bestanden hat." APP. III, 349.

[29]) *Klaczko,* Etudes de dipl. contemporaine, S. 59. — *Bernhardi,* Aufzeichn. v. 17. 2. 63. Tagebuchbl. V, 32. — Bism. an Bernst. 9. 3. 63. APP. III, 383.

[30]) Gortsch. an Bism. 8. 2. 63. APP. III, 234. Man könnte dies ja für eine unaufrichtige Höflichkeitsformel halten!

[31]) Gortsch. an Oubril 8. 2. 63. APP. III, 235 Anm. z. N. 169. Oubril gegenüber hätte sich Gortschakow aber keinesfalls verstellt!

drücklich gut: „Die Sendung des Generals Alvensleben ist ein guter Gedanke gewesen, der, wie ich hoffe, fruchtbar sein wird, in praktischen Resultaten."

Sollte also Gortschakow doch unsicher geworden sein und das Bedürfnis nach Beistand empfunden haben[32])? Gewiß! Er leugnete es ja auch später nicht, „das Prinzip eines gegenseitigen militärischen Beistandes"[33]) vertreten zu haben. Nur blieb es dabei eben unklar, in welcher Weise dieses „Prinzip" einen konkreten Ausdruck finden sollte. Sicher wollte er sich nur das Wohlwollen des preußischen Staates gewahrt wissen, scheute aber vor jeder festeren Verknüpfung und Festlegung der beiderseitigen politischen und militärischen Beziehungen. Hierzu würde passen, wenn Alvensleben äußert, daß sich über den Inhalt der Übereinkunft keine Meinungsverschiedenheit fand, Gortschakow jedoch die Ansicht aussprach, „daß die Konvention nur ganz allgemein zu fassen sei"[34]). Gortschakow war wohl einmal befangen von dem Eindruck, den die Mission Alvenslebens auf den Zaren machte; dann aber mußte ihm auch gerade in dem Augenblick die Lage in Polen immerhin so gefährdet erscheinen[35]), daß er selbst einem Gefühl Raum gab, das seiner sonst doch so konsequenten politischen Haltung nicht entsprach. Immerhin muß man auch Gortschakow jede Initiative für die Festlegung der Vereinbarungen absprechen[36]).

Für die Tatsache aber, daß Alvensleben die Initiative bei der Verhandlung und Formgebung hatte, lassen sich mancherlei Beweise erbringen.

Das wichtigste Argument, das bisher noch keinerlei Beachtung fand und gegen das man auch nicht einwenden kann, es baue sich auf gefärbten nachträglichen Aktenstücken auf, scheint mir in der Übereinstimmung der Instruktion Alvenslebens mit dem Entwurf der Konvention zu liegen. Demzufolge können es auch nur Alvenslebens Auslassungen gewesen sein, die die Grundlage für die schriftliche Abfassung des Entwurfs gegeben haben. Auch die Tatsache, daß Gortschakow den General einlud, den Entwurf zur Konvention zu diktieren[37]), läßt durchblicken, daß es Alvenslebens Gedankengänge waren, die zu Papier gebracht werden sollten.

Daneben liegen als weitere Beweismittel die mannigfachen überaus eindeutigen russischen Aktenstücke vor, denen man nun eine mehr oder weniger hohe Bedeutung zuerkennen mag[38]). Diese Aktenstücke lassen

---

[32]) *Zechlin* S. 438 ff. legt ausführlich dar, wie das „unterirdische Rußland" der russischen Regierung zu schaffen machte.

[33]) Jomini an Oubril 5. 3. 63. APP. III, 370.

[34]) Aufzeichn. Alvenslebens v. 6. 5. 63. APP. III, 349 ff.

[35]) *Feldmann* weist in seiner nichts besonders Neuartiges bringenden Darstellung „Bism. u. d. poln. Frage" S. 11 darauf hin, daß die desorganisierten russischen Truppen nicht in der Lage waren, die Ordnung in kürzester Zeit wiederherzustellen.

[36]) So viel kann man den russischen Akten doch mit Gewißheit glaubhaft entnehmen. Der weitere Verlauf der Darstellung wird das noch deutlicher hervorkehren.

[37]) Aufzeichn. Alvenslebens v. 6. 5. 63. APP. III, 550.

[38]) Hierzu Randbem. Gortschakows zu Oubrils Bericht v. 1. 3. 63. APP. III, 349. — Jomini an Oubril 5. 3. 63. APP. III, 370. — Selbst wenn man — wie *Zechlin* S. 435 — den Einwand geltend macht, daß die Äußerungen Gortschakows aus einer Zeit stammen, in der sowohl Gortschakow wie Bismarck Grund hatten, sich der Verantwortlichkeit für die Konvention zu entlasten, so treten die entsprechenden Äußerungen in den verschiedenen russischen Aktenstücken doch mehrfach so bestimmt und betont hervor, daß es schlechterdings unmöglich scheint, eine bewußt falsche Darstellung darin erblicken zu sollen. Eine Entstellung der Unterhandlung hätte in viel vorsichtigerer Weise ihren schriftlichen Niederschlag finden können.

aber keinen Zweifel, daß Alvensleben darauf bestanden hat, die Vereinbarungen schriftlich zu hinterlegen[39]). Sowohl nach Gortschakow wie nach Jomini hat Alvensleben mehrmals gesagt: „Der König will etwas Schriftliches haben"; und man kann den russischen Aktenstücken gern Glauben schenken. Denn es mag Gortschakow und Jomini nach den Ausführungen Alvenslebens bei der schriftlichen Niederlegung der Vereinbarung wohl so vorgekommen sein, als übertrügen sie nur Alvenslebens Deutsch ins Französische. Natürlich werden Gortschakow und sicher auch der russische Kriegsminister auch nicht eine so völlig passive Rolle bei der entscheidenden Zusammenkunft gespielt haben, wie es nach den russischen Aktenstücken vielleicht den Anschein gewinnen könnte. Allein sie zeigten sich aus schon oben dargelegten Gründen Alvenslebens Ausführungen zugänglich.

So mag es geschehen sein, daß Alvensleben die Einleitung des Entwurfs formulierte, die Präambel, die von Jomini übersetzt wurde[40]), während dann Gortschakow auf Bitten Alvenslebens hin das weitere Diktat des Entwurfs in Anlehnung an die Ausführungen Alvenslebens übernahm[41]).

Der Zar aber hat nach seinem eigenen Zeugnis „alle Vorschläge angenommen", die ihm Alvensleben im Namen des Königs gemacht hat[42]).

---

[39]) Jomini, der das Verabredete nach Diktat zu Papier brachte (Aufz. Alv. v. 6. 5. 63. APP. III, 549 ff.), schrieb an Oubril: „Quant à la forme à donner à cette entente, c'est Mr. le Général d'Alvensleben qui a insisté pour qu'elle fut consigné par écrit." 5. 3. 63. APP. III, 370.

[40]) Vgl. Jominis Worte: „C'est Mr. le Général d'Alvensleben qui a exposé en allemand la préambule et je n'ai fait que traduire sa pensée." Jomini an Oubril 5. 3. 63. APP. III, 370.

[41]) Hierzu Aufzeichn. Alvensl. v. 6. 5. 63. APP. III, 549 ff. — Man braucht somit, um sich das Zustandekommen der Konvention zu erklären, gar nicht dem Tag, „an dem im Winterpalast der General v. Alvensleben und Zar Alexander II. sich die Hände schüttelten" (*Zechlin* S. 435, vgl. ob. S. 32), so entscheidendes Gewicht beizulegen. Wenn in dem Händedruck eine freundschaftliche Gesinnung gegenüber dem Abgesandten des preußischen Königs lag und diese Tatsache auch für die Unterhandlung Alvenslebens mit Gortschakow die Atmosphäre bestimmte, so war damit doch noch nichts gesagt über Einzelheiten des Inhalts und Formgebung; es stand noch völlig offen, wie die gemeinsame Unterhandlung ihre Auswirkung finden sollte. Jedenfalls hat sich auch der Zar darüber in keiner Weise geäußert, denn andernfalls müßte Alvensleben in seiner Aufzeichnung dies bestimmt in Erwähnung gebracht haben. Der Hergang läßt sich nach dem nunmehr vorliegenden Aktenmaterial auf sehr realer Basis feststellen.

[42]) Alexander II. an König Wilhelm I. 8. 2. 63. APP. III. 234. — Gortschakow an Bismarck 8. 2. 63. APP. III, 234. — *Scheidt*, a. a. O., S. 26 behauptet: „Der König hat den Vorschlag gemacht, eine Militärkonvention abzuschließen", und zwar auf Grund einer Stelle in einem Bericht Loëns v. 1. 3. 63, wo der Zar von des Königs brieflichem Anerbieten spreche, gemeinsam diese Militärkonvention abzuschließen.

Loën schrieb nun am 1. März über eine Unterredung mit dem Zaren am 25. Februar: „Dann las S. M. einen Teil des Briefes von Ew. M. vor, sagte mir, wie er sich über das Anerbieten, gemeinsam diese Militärkonvention abzuschließen, gefreut habe und wie er gleich abzuschließen bereit gewesen sei." (APP. III, 337 Nr. 280 Absatz III.) Dies Wort ‚Militärkonvention' kann der Zar geprägt oder gebraucht haben in der Unterredung am 25. Februar (oder auch Loën nur in dem Bericht angewandt, ohne daß es überhaupt in der Unterredung gefallen zu sein braucht!), nachdem die Konvention ja bereits am 8. Februar abgeschlossen war. Es geht nicht ohne weiteres daraus hervor, daß der König in seinem Brief das Wort ‚Militärkonvention' schon zuvor gebraucht hat. Wenn der König in seinem Brief an den Zaren klipp und klar das Anerbieten zu einer ‚Militärkonvention' gemacht hätte, so würde man aber doch keinesfalls Alvensleben abgesandt haben, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen und seine Instruktionen entsprechend zu formulieren! Dies ist aber nicht der Fall. (Siehe oben S. 30 f.) Der Zar spricht tatsächlich auch nur von den ihm im Namen des Königs (durch Alvensleben, Verf.) gemachten „Vorschlägen". (Alex. II. an König Wilhelm I. 8. 2. 63. Desglei-

Die Initiative Alvenslebens besteht unbestritten.

Es wäre nun noch zu prüfen, ob diese Form einer vertragsmäßigen schriftlichen Festlegung in Bismarcks Absicht gelegen hat.

Wie schon oben nachgewiesen, hat Alvensleben für eine Formgebung seiner Vereinbarungen keine Anweisungen erhalten. Er handelte also nach freiem Ermessen, wenn er hier in Petersburg einem festumrissenen Vertrag zur Annahme verhalf. Nun liegt es aber doch auf der Hand, daß Vereinbarungen, für die — was den Inhalt anlangt — Instruktionen von ziemlicher Tragweite erteilt wurden, einen schriftlichen Niederschlag finden mußten. Darüber wird sich auch Bismarck im klaren gewesen sein, als er den General losschickte in der Absicht, das Verhältnis Preußens zu Rußland endgültig zu verankern [43]). Er wußte, wohin der Weg führen mußte, wenn er sich überhaupt einen Erfolg von der Sendung versprach. Wie aber die Instruktion in bezug auf den Inhalt der zu treffenden Vereinbarungen so gehalten war, daß in ihr schon schriftlich einmal von „jeder Unterstützung" die Rede war, zugleich aber auch eine Art des Zusammenwirkens umschrieben wurde, die enger umgrenzt scheint, daß diese Instruktion dann aber mündlich wieder eine weitgehende Ergänzung in bezug auf Grenzüberschreitung erfuhr, so war es wohl auch in bezug auf die Formgebung der zu treffenden Vereinbarungen Absicht Bismarcks, wenn er diesen Punkt sogar ganz offen ließ; denn vergessen kann er es doch unmöglich haben!

Es lag aber im Zuge der Bismarckschen Politik, seine Instruktionen so zu fassen, daß seine Unterhändler für ihre Verhandlungen wohl Spielraum genug besaßen; daß ihm selbst aber doch die Möglichkeit blieb, dann der jeweiligen Lage entsprechend, den Kreis bald weiter, bald enger zu ziehen, wenn sich erkennen ließ, daß die im Rahmen der Instruktionen getätigten Unterhandlungen sich mehr oder weniger vorteilhaft auszuwirken drohten.

Um aber ganz sicher zu gehen und sich in jeder Hinsicht zu decken, fragte Alvensleben in Berlin an, ob der König Inhalt und Form des Entwurfs billige und ihm die Ermächtigung zum Unterzeichnen erteile [44]). Diese Ermächtigung wurde ihm auch sogleich zuteil [45]); Bismarck stimmte der Unterzeichnung dieser „Punktation" zu. Diese entsprach den dem General mitgegebenen Instruktionen [46]).

Somit wurde die Konvention am 8. Februar in Petersburg unterzeichnet, wobei auf Anraten Rederns hinzugefügt wurde, das Abkommen solle nur

---

chen Gortschakow: Gortschakow an Bismarck 8. 2. 63. APP. III, 234.) Der Brief selbst wird daher nur allgemein gehalten gewesen sein.

Scheidt, a. a. O., S. 26 wirft *Zechlin* vor, diese Stelle in Loëns Bericht so gut wie nicht beachtet zu haben. *Zechlin* hat diese Stelle jedoch sehr wohl und auch mehrfach beachtet. Ja, *Zechlin* beachtet sogar über *Scheidt* hinaus noch ein zweites Aktenstück in diesem Zusammenhang, nämlich ein Tel. Loëns an Bismarck v. 26. 2. 63, wonach der Zar sich über den Vorschlag zum Militärvertrag (wie Alvensleben es vorgetragen! Verf.) äußert. (APP. III, 318 f.) Siehe *Zechlin* S. 432 u. 494!! Der Vorwurf *Scheidts* ist somit mehr als ungerechtfertigt. *Zechlin* hat nur der in Frage stehenden Stelle, und zwar wie oben dargelegt zu Recht, nicht die Deutung und das Gewicht beigelegt wie *Scheidt*.

[43]) Es besagt nichts, wenn Bismarck später äußerte, daß Alvensleben keine Vollmacht und keinen Auftrag zur Abschließung eines Vertrages gehabt habe. (Bism. an Goltz u. Bernst. 27. 2. 63. APP. III, 320. Runderlaß an die Missionen 7. 3. 63. G.W. 4, 370.) Die politische Lage hatte sich dann nämlich anders gestaltet. Entscheidend bleibt allein noch die Haltung, die Bismarck nach Kenntnisnahme von dem Entwurf einnahm. S. unt. Anm. 45 und 46.

[44]) Alvensleben an König Wilhelm I., 6. 2. 63. APP. III, 231 f.

[45]) Bism. an Alvensleben, 7. 2. 63. APP. III, 232 f.

[46]) Bism. an König Wilhelm I., 7. 2. 63. Anhang zu den Ged. u. Erinn. I, 51.

so lange in Kraft bleiben, wie es die Lage der Dinge erfordere und wie es von den beiden Höfen für ratsam befunden werde [47]).

Wohl konnte das Abkommen danach jederzeit von jeder der beiden Mächte wieder aufgehoben werden [48]).

Abschließend und zusammenfassend läßt sich demnach über Ursprung und Abschluß der Alvenslebenschen Konvention folgendes sagen:

Die Alvenslebensche Konvention [49]) war ein Kernstück in der Bismarckschen Politik: viel mehr als eine bloße Maßnahme der Sicherung (wegen der eigenen Provinzen mit polnischer Bevölkerung, wie Bismarck öffentlich zwar allein in den Vordergrund stellte), beruhte sie auf Bismarcks Berechnung und findet ihren Platz nur im Rahmen der Gesamthaltung seiner Politik. Ein Glücksumstand kam Bismarck dabei wohl zustatten: was sich vor seinem politischen Auge formte, wurde ausgelöst durch eine Anregung aus Petersburg. Allein die Initiative zu den betreffenden Vereinbarungen ging von Bismarck aus. Die Festsetzung nach Form und Inhalt geschah aber in Petersburg, wenn auch ohne direktes Zutun Bismarcks, so doch — was die Form anlangt — mit dessen vollster Billigung und — was den Inhalt betrifft — sogar streng nach seinen Instruktionen. Alvensleben hat in Petersburg mit der Gewissenhaftigkeit und der nötigen Selbständigkeit und Entschlußkraft wie es einem preußischen Offizier eignet, ein Abkommen durchgesetzt, das alles zu erfüllen versprach, was Bismarcks Endziel in dem preußisch-russischen Verhältnis ausmachte und die Basis für dieses Verhältnis bildete, ein Verhältnis, das Bismarck als unveränderlichen Faktor für seine politische Rechnung gewinnen mußte.

Und dennoch blieb Bismarck die Möglichkeit, sobald es ihm geraten erschien, den Abschluß des Abkommens in eine andere Beleuchtung zu rücken!

---

[47]) Alvensleben an König Wilh. I. 8. 2. 63. APP. III, 233. — Aufz. Alv. v. 6. 5. 63. APP. III, 551. — APP. III, 233, Anm. 2 zu Nr. 165. — Während *Sybel* II, 370 und *Lord*, a. a. O., 28 die Initiative für diesen Zusatz Gortschakow zuschreiben, glaubt *Zechlin* S. 447, daß dies nicht mit Sicherheit festzustellen sei, da sowohl Gortschakow als auch Alvensleben Interesse daran haben konnten: Gortschakow in Rücksicht auf seine französische Bündnispolitik, Alvensleben um wieder einzuziehen, was über seine ursprünglichen Instruktionen hinausging. (Vgl. ob. S. 32.!) Wie die neue Aktenpublikation zeigt, trifft keine dieser Mutmaßungen zu: der Zusatz geschah auf Anraten Rederns und besagt eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit. Es kommt damit keineswegs etwas Außergewöhnliches zum Ausdruck, und insbesondere mag sich auch Redern nichts Besonderes dabei gedacht haben.

[48]) *Sybel* II, 371 meint dazu: „Ein Vertrag, von dem jeder Teil jederzeit zurücktreten kann, ist streng genommen, kaum noch ein Vertrag zu nennen." Nach Obigem muß aber doch die Mutmaßung entfallen, daß Gortschakow die Konvention damit habe illusorisch machen wollen!

[49]) Sowohl *Zechlin* S. 422 ff. als auch *Friese*, Rußland u. Preußen v. Krimkrieg b. z. Poln. Aufstand, S. 300 erblicken in der entschlossenen Entsendung Alvenslebens bzw. dem Abschluß der Konvention zu Recht eine aus der Gefährdung des eigenen Staates — militärisch und politisch gesehen — entsprungene Maßnahme der Sicherung. Während aber *Zechlin* S. 433 ff. noch zu der Annahme geneigt sein konnte, daß die Konvention in der vorliegenden Form von Bismarck gar nicht beabsichtigt war, daß sie vielmehr „aus den Umständen erwachsen" sei (*Zechlin* S. 449. Vgl. ob. S. 32, Anm. 24. — S. 32 ff. u. S. 36 f.), erkannte *Friese* die Konvention sogar „formal auf Wunsch des Zaren zustande gekommen". Was bei beiden Darstellungen nur Mutmaßungen sein konnten, erfährt nach obigen gesamten Ausführungen auf Grund des neuen Aktenmaterials die notwendigen Klarstellungen und Ergänzungen und die letztmögliche Deutung.

3. Verlauf und Ergebnis.

Zur Erfüllung der Möglichkeiten, die sich aus der Konvention ergeben konnten, wurden 4 Armeekorps, beinahe die Hälfte des preußischen Heeres längs der polnischen Grenze in Kriegsbereitschaft gesetzt[50]), und Bismarck ließ sofort durch Redern und Oubril in Petersburg anfragen, um eine Mitwirkung der preußischen Truppen durch Angriff der Insurgenten in den russischen Grenzorten zu erreichen[51]), wie er auch die Möglichkeit erwogen hat, im Notfalle das Königreich Polen selbst zu besetzen, selbst auf die Gefahr hin, damit europäische Verwicklungen heraufzubeschwören, da ihm die Unterdrückung des Aufstandes „eine Frage über Leben und Tod" war[52]). Bestimmend für die umfangreiche Mobilisierung und das Drängen Bismarcks waren aber nicht etwa die Bedenken wegen der eigenen Provinzen — es steht außer Zweifel, daß die preußische Armee auch ohne Zusammenwirken mit den russischen Truppen die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten vermochte — als vielmehr die Befürchtung, daß man russischerseits nicht energisch genug handeln würde und die Gefahr ausländischer Intervention zur Herstellung des Königreiches Polen nahelag[53]). Damit wären aber alle letzten Absichten Bismarcks vereitelt gewesen. Zweifellos hat Bismarck nur an eine vorübergehende Besetzung des Landes gedacht, denn schon zur Zeit des Krimkrieges hatte er einen Erwerb polnischen Landes abgelehnt[54]).

In Rußland war man aber doch nicht geneigt, Preußen selbständig in Polen eingreifen zu lassen und ihm dort vollständig freie Hand zu lassen, denn der Zar gab kund, daß er keine andere Intervention als die festgesetzte zulasse[55]). Und Gortschakow telegraphierte zur Auslegung des Abkommens nach Berlin, daß die betreffenden Gebiete nur im Falle erwiesener Not und auf Ersuchen besetzt würden, da es sich nur um Polizeimaßnahmen handeln könne[56]), und daß es nicht den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechen würde, der Konvention weitere Ausmaße zu geben. Eine Erweiterung der

---

[50]) *Sybel* II, 371.

[51]) Bism. an Redern 8. 2. 63. APP. III, 233. — Oubril an Gortschakow 12. 2. 63. APP. III, 241 u. Tel. Oubrils v. 12. 2. 63. APP. III, 242, Anm. 1 zu N. 180. Oubril glaubte erkennen zu können, daß man preußischerseits an eine „intervention complète et sérieuse" denke.

[52]) Bism. zu Buchanan nach Promemoria Bism. v. 11. 2. 63. G.W. 4, 58. Auch *Poschinger*, Bism. u. d. Dipl., S. 39.

[53]) Hierzu: Croy an Bism. 13. 2. 63. APP. III, 242 f. Goltz an Bism. 13. 2. 63. APP. III, 243. — *Bernhardi*, Tagebuchbl. V, 34 f. Aufz. v. 19. 2. 63. *Poschinger*, Bism. u. d. Parl. II, 75 f. — Diese Befürchtung findet ihre Berechtigung durch die Anzeichen, daß man in russischen Kreisen geneigt war, Polen freiwillig aufzugeben. Auch waren Bismarck schon früher von seiten des Zaren verschiedentlich Äußerungen über eine evt. Abtretung Polens an Preußen gemacht worden, als der Zar des Besitzes des Königreiches, welches ihm so viel Unruhe und Verwicklungen mit fremden Staaten brachte, überdrüssig war. (Hierzu: G.W. 15, 211 f. — Bism. an Bernst. 17. 2. 63. APP. III, 256 f. — König Wilh. I. an Bism. 25. 2. 63. Anh. z. d. Ged. u. Erinn. I, 54. — Bism. zu Behrend 16. 2. 63. *Poschinger*, Bism. u. d. Parl. II, 25. — Bism. an Werther 3. 3. 63. APP. III, 354 f.) Auch Buchanan war solches aus Petersburg zu Gehör gekommen. (Buchanan an Russell 20. 2. 63. APP. III, 278.) Von polnischer Seite wurde Bismarck Eroberungspolitik vorgeworfen. (Kozmian, Das Jahr 1863, S. 93.)

[54]) Siehe ob. S. 5. Vgl. auch den Erlaß an Werther, wo Bism. betont, daß ihm die Wiederherstellung eines selbständigen Polens zugunsten Preußens als positives Ziel seiner Politik ferngelegen habe. (Bism. an Werther 3. 3. 63. APP. III, 354.)

[55]) Randbem. Alexanders auf Oubrils Tel. v. 12. 2. 63. APP. III, 242 Anm. 1 z. N. 180 u. Bericht Oubrils an Gortschakow v. 22. 2. 63. APP. III, 296.

[56]) Gortsch. an Oubril, 20. 2. 63. APP. III, 279.

Intervention würde den Absichten des Zaren entgegen sein[57]). Nunmehr machte sich also die Bremse Gortschakows bemerkbar, die während des Abschlusses in Petersburg nicht zur Auswirkung kommen konnte. Man muß es also Gortschakow zuschreiben, damit die erste Anregung für eine Abschwächung der Konvention gegeben zu haben, eine Abschwächung, die in ihrem weiteren Verfolg bis zur schließlichen Aufhebung führen mochte. Oubril unterrichtete Bismarck in entsprechender Weise[58])

Daraufhin hat aber auch Bismarck der Konvention gar keinen praktischen Wert mehr beigemessen und in ihr nur noch das Mittel zu einer engeren Verknüpfung des Petersburger Hofes mit dem Berliner erblickt. Wenn Preußen auch zu einer tätigen Mitwirkung in Polen kaum berufen war, so hatte man durch die Konvention doch den Vorteil, „für die Zukunft die Dankbarkeit des Kaisers Alexander und die russische Sympathie wohlfeil gesichert zu haben“ [59]). Sie war eben von Anfang an nur Mittel zu einem viel tieferen Zweck. Wenn die Konvention praktisch auch kein Resultat hatte, so hatte sie, wie Bismarck später darüber äußerte, ihre Bestimmung doch in dem Moment erfüllt, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde und somit über die Parteinahme der russischen Politik für Preußen entschied; und hierauf ist es Bismarck auch einzig und allein angekommen: „Von allen europäischen Kabinetten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch ein tolerari posse unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen zu Petersburg besonders zu pflegen“ [60]). Zwei Äußerungen Bismarcks lassen klar erkennen, daß es ihm mit der Alvenslebenschen Konvention viel mehr auf die Tragweite in bezug auf die russische Politik ankam als auf praktische Bedeutung: „Die Konvention war eine Niederlage für Gortschakows feindliche Politik innerhalb des russischen Kabinetts; ... der Kaiser verwarf damit die panslavistische Polenfreundlichkeit Gortschakows und des Großfürsten Konstantin“ [61]): und: „Durch den Abschluß unserer Konvention ... verschafften wir ... der antipolnischen und antifranzösischen Partei im Kabinette des Kaisers die Oberhand“ [62]).

In schlauer Weise konnte Bismarck darum der Darlegung Oubrils beistimmen und selbst hinzufügen, daß die Konvention sogar unnütz gewesen sein könnte gegenüber dem Lauf der Ereignisse in Polen; daß er aber vor allem dem Kaiser habe beweisen wollen, „auf welcher Seite sich seine wahren Freunde befänden“ [63]).

Mit dem Abschluß der Konvention war aber die Lage unter den europäischen Mächten geklärt: England, Frankreich und Österreich standen mit ihren polnischen Sympathien [64]) auf der einen, Rußland und Preußen auf der anderen Seite. Bismarck hatte sich vor aller Welt eindeutig zu Rußland bekannt. Die Konvention bewirkte, „daß der Kaiser Alexander uns, im Gegensatz zu Österreich und den Westmächten als Freunde erkannte“ [65]).

---

[57]) Gortsch. an Oubril 13. 2. 63. APP. III, 242 Anm. 1 z. N. 180.
[58]) Oubril an Gortsch. 22. 2. 63. APP. III, 293 f.
[59]) Bism. an König Wilh. I. 20. 2. 63. Anh. z. d. Ged. u. Erinn. I, 52.
[60]) Rede v. 28. 1. 86. G.W. 13, 150 f. (Kohl, Reden 11, 420.)
[61]) Randbem. Bism. zu dem Brief Goltz' an König Wilh. I. 20. 2. 63. APP. III, 277.
[62]) Bism. an Bernst. 9. 3. 63. APP. III, 383 f.
[63]) Oubril an Gortsch. 22. 2. 63. APP. III, 293 f.
[64]) Zu der Stellung der europ. Mächte gegenüber der poln. Frage s. *Stern* IX, 157 f. u. *Zechlin* 450 ff.
[65]) Bism. an Keudell 26. 5. 63. *Keudell*, Fürst und Fürstin Bism., S. 121.

Die Folgen, die sich aus dem Abschluß der Konvention vermöge der Wirkung auf die Mächte ergaben, sollten aber bald in einer Weise fühlbar werden, so daß sowohl Bismarck als auch die Petersburger Regierung nur allzu geneigt waren, die Konvention in ihrer Bedeutung abzuschwächen und sie schließlich ganz auszusetzen.

Von der Konvention hat Napoleon durch absichtliche Indiskretion Gortschakows, dem die Sendung Alvenslebens ursprünglich aber keineswegs so unerwünscht war wie man bisher annahm, Kenntnis erhalten [66]). War Napoleon bisher in einer peinlichen Lage gewesen, da er einerseits die Wiedergeburt Polens in sein Nationalitätenprinzip eingeschlossen hatte und unter dem Druck der polenfreundlichen öffentlichen Meinung stand [67]), andererseits aber auch des russischen Bündnisses bedurfte für den Augenblick, wenn er sich wegen seiner deutschen Gebietsansprüche mit England entzweien würde [68]), so gestaltete sich jetzt die Situation für ihn günstiger, indem mit dem Abschluß der Konvention zwischen Preußen und Rußland Napoleon seine Stellung gegen Preußen richten konnte, ohne Rußland wesentlich verstimmen zu müssen.

Der französische Minister Drouyn de Lhuys drohte auch sogleich mit Intervention und einer Gegenkoalition, und schon tauchte der Gedanke in Frankreich auf, für Polen am Rhein Rache zu nehmen [69]).

Neben diesen Gefahren mit den täglichen Vorstellungen des französischen Gesandten Talleyrand und des englischen Buchanan [70]) wurden Bismarck selbst noch von innen her Schwierigkeiten bereitet. Im preußischen Abgeordnetenhaus kam es zu einer mehrtägigen Polendebatte [71]), in welcher die Konvention, ohne Bekanntsein ihres Inhaltes, aufs heftigste bekämpft wurde und der Politik Bismarcks wenig schmeichelhafte Ausdrücke beigelegt wurden. Bismarck betonte auch hier wieder besonders, daß es ihm in dieser Sache nicht auf russische Politik und auch nicht auf das Verhältnis zu Rußland ankomme, sondern lediglich auf das Verhältnis Preußens zu der polnischen Insurrektion in Hinsicht auf die Nachteile, die für Preußen daraus entstehen könnten. Eine solche Argumentation mochte einmal für die Öffentlichkeit einleuchtender sein. Dann aber durfte Bismarck auch niemals sein tiefes diplomatisches Spiel bloßlegen.

Da die Vorstellungen der Mächte nach Außerkraftsetzung der Konvention immer stärker wurden und das französische Kabinett nach Bismarcks Kenntnis [72]) angeblich mit Aussicht auf Erfolg in London und Wien vorgeschlagen hatte, identische Noten an Preußen zu richten, kam es Bismarck sehr gelegen, als am 22. Februar von russischer Seite durch den Gesandten Oubril zum Ausdruck gebracht wurde, daß es angesichts der Gestaltung der Dinge in Frankreich in diesem Augenblick dringend (urgent) sei, die Grenze von keiner Seite zu überschreiten, um nicht zu Einsprüchen von seiten der ausländischen

---

[66]) *Sybel II*, 371 u. *Zechlin* 451. — Siehe ob. S. 33 f.

[67]) *Kozmian*, a. a. O., S. 3 und Bericht Goltz' an Bism. 15. 2. 63. APP. III, 246 ff.

[68]) Über die prekäre Stellung Napoleons vgl. *Zechlin* 450 ff.

[69]) Berichte Goltz' v. 13. 2., 15. 2. u. 27. 2. 63. APP. III, 243, 246 ff. u. 322 ff.

[70]) Siehe die Reden v. 3. 12. 84. G.W. 12, 518 f. (Kohl, Reden 10, 287 f.) u. 6. 2. 88. G.W. 13, 333. (Kohl, Reden 12, 450 f.)

[71]) Siehe die Reden v. 18. 2., 26. 2., 27. 2., 28. 2. 63. G.W. 10, 165 ff., 168 ff., 173 f. u. 174 f. (Kohl, Reden 2, 112 ff., 122 ff., 134 ff. u. 137.)

[72]) 27. 2. 63. Bism. an Redern, G.W. 4, 69. Auch Oubril an Gortsch. 22. 2. 63. APP. III, 291.

Kabinette Anlaß zu geben [73]), ja Oubril gesteht sogar [74]), von Gortschakow von der Zweckmäßigkeit unterrichtet worden zu sein, daß der Fall, ‚Maßnahmen in Ausführung zu bringen, die offensichtlich Schwierigkeiten hervorrufen würden, gar nicht eintreten würde' [75]).

Selbst wenn nun durch diese Darlegungen Oubrils, die ja eigentlich an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lassen, nicht das strikte Verlangen nach einer Aussetzung der Konvention zum Ausdruck gebracht werden sollte [76]), so war es aber doch für Bismarck ein leichtes, sich die neue Lage

[73]) Nach dem Tel. Bism. an Redern v. 22. 2. 63 und Bism. an Roon v. 22. 2. 63. APP. III, 288 f. — Es verlautet also bei Bism. nichts davon, daß Oubril die ganz grundsätzliche Festlegung habe treffen wollen, ‚die Notwendigkeit zur Überschreitung der Grenze würde nicht eintreten'. (Wie *Zechlin* S. 480 schon in gefühlsmäßig richtiger Erkenntnis mutmaßte.)

[74]) Oubril an Gortsch. 22. 2. 63. APP. III, 294 f. — Da Oubril nämlich sogar nach eigenem Zeugnis diesen Gedanken kundtut, wird er ihn auch sehr wohl in der Audienz bei Bismarck zum Ausdruck gebracht haben. Es bleibt zu prüfen, ob sich Oubril dabei zu Recht auf eine Anweisung Gortschakows berufen kann. Siehe Anm. 75.

[75]) Der Zar schrieb als Randbemerkung auf Oubrils Bericht: „Ich erinnere mich nicht, daß Sie (Gortsch.) ihn beauftragt haben, diesen Vorschlag zu machen. Ich bitte Sie, mir die Depeschen zu schicken, auf die er sich stützt." APP. III, 294 f. — Gortschakow weist ebenfalls die Auslegung seines Telegramms v. 21. 2. durch Oubril zurück: „Ihre (Oubrils) Instruktionen enthielten, daß wir die Notwendigkeit der Anwendung zu vermeiden wünschen; das ist ganz verschieden von Aussetzung im Prinzip": (Gortsch. an Oubril 25. 2. 63. APP. III. 315 f.); und weiter: „Oubril ist niemals beauftragt gewesen in Berlin zu erklären, daß wir die Konvention fallen zu lassen wünschen; er war nur beauftragt, die Hoffnung auszusprechen, daß gewisse in unserer Übereinkunft vorgesehene Eventualitäten durch die Ereignisse nicht herbeigeführt werden möchten." (Gortschakow zu Redern, nach Rederns Bericht vom 28. 2. 63. APP. III. 352 ff.; ähnlich Redern an Bismarck 24. 2. 63. APP. III. 308ff. — Redern scheint hier sehr richtig erkannt zu haben, daß die gedachten Eventualitäten doch den Hauptbestandteil der Konvention bilden, und daß daher schon in dem bloßen Wunsche, daß diese Eventualitäten nicht eintreten, bereits die Absicht liegt, die Konvention nicht in Kraft treten zu lassen.) — In der Tat war aber die Instruktion Gortschakows so zweifelhaft gehalten, daß sich zum mindesten die Auslegung und Auswertung Oubrils rechtfertigen läßt, zumal dieser ja die Abneigung des Fürsten gegen die Konvention von je kannte. Wenn Gortschakow telegraphiert: „Wir wünschen, daß die Notwendigkeit der Anwendung der Maßnahme nicht eintrifft", (rekonstruiertes Telegr. Gortsch. an Oubril v. 21. 2. 63. APP. III, 284 f. Fußnote 1 zu N. 216; ferner hierzu: Oubril an Gortsch. 5. 3. 63. APP. III, 371 ff. u. Redern an Bism. 24. 2. 63. APP. III, 308 ff.), so kann das sowohl eine ostensible Anweisung als auch lediglich der Ausdruck einer bloßen Hoffnung sein. Wir wissen ja um Gortschakows Neigungen Bescheid, wissen aber auch, daß er mit den Neigungen des Zaren rechnen mußte, wenn er seine Instruktionen erteilte; und da Oubril „der Agent seiner Wahl" war, wie ihn Redern einmal nennt, konnte er darauf zählen, daß Oubril seine Instruktionen schon in geeigneter Weise auswerten würde. Jedenfalls kam Gortschakow durch diese Zweideutigkeit selbst in eine äußerst peinliche Lage, als er dem Zaren Rechenschaft geben mußte. Eine lebhafte Erklärung muß zwischen dem Zaren und Gortschakow stattgefunden haben, wobei Gortschakow, um sich aus der Affäre zu ziehen, seinem Herrn glauben machen wollte, Oubril habe seine Instruktionen überschritten. Als der Zar daraufhin Oubril zu „désavouiren und bestrafen" drohte, bangte Gortschakow für seinen Mann und kam zu den unglaublichsten Ausflüchten: der Wunsch sei von Berlin herbeigeführt worden!! (Hierzu: Red. an Bism. 24. 2. 63. APP. III, 308 ff. u. Loën an König Wilh. I. 1. 3. 63. APP. III, 337 ff.)

[76]) Gortsch. stellte es ja nachher so hin, als habe er nur den Wunsch zum Ausdruck bringen wollen, daß sich eine Notwendigkeit, die Grenze zu überschreiten, nicht einstellt; daß er aber vor der Notwendigkeit nicht zurückweichen würde, wenn sie sich zufällig einstellt: „Rußland weicht niemals zurück." „Wir bleiben stets den von uns eingegangenen Verpflichtungen treu und erfüllen sie." (Nach dem Ber. Rederns v. 28. 2. 63. APP. III. 332 ff.) Wir wissen aber, was Gortsch. veranlaßte, sich nunmehr so aufzuspielen. — *Lord*, a. a. O., 32 f. meint unter Hinweis auf die Telegramme Oubrils (v. 22. 2.) und Gortschakows (v. 21. 2.), daß die Initiative für Aussetzung der Konvention von Bismarck ausging und Oubril nur erklärt habe, die Notwendigkeit einer Überschreitung der Grenze werde nicht eintreten. Dem widerspricht einmal die Mitteilung Bismarcks über die Äußerungen

zunutze zu machen und diese Äußerungen in der ihm genehmen Weise aufzufassen. In der Erkenntnis, daß für Preußen bisher kein direkter Anlaß zu tatsächlichem Vorgehen lag, „vielmehr die getroffenen Vorkehrungen die zuerst ins Auge gefaßten Erfolge bereits gehabt haben", konnte Bismarck dem Wunsche des Petersburger Kabinetts ohne Nachteil für Preußen und den Zweck der Konvention entsprechen [77]). Bismarck ließ daher auch in Paris, London und Wien darauf hinweisen, daß die Konvention bisher noch nicht durchgeführt sei, und da der Bedürfnisfall auch nicht vorliege, die Konvention überhaupt keine praktische Bedeutung habe [78]); ja, Bismarck stellte sich jetzt sogar auf den Standpunkt, daß eine perfekte Konvention mit Rußland gar nicht bestünde, da sie formell nicht abgeschlossen, d. h. nicht ratifiziert sei; vielmehr seien die Ausführungsbestimmungen noch Gegenstand der Unterhandlung [79]). Auch in der Presse ließ Bismarck erklären, daß die in Petersburg ausgestellte Fassung der Konvention in Berlin zu allgemein befunden worden sei und zu weiteren Verhandlungen geführt habe, die noch nicht abgeschlossen seien [80]).

Das Verlangen nach Aussetzung der Konvention, das Oubril aus der ihm erteilten Anweisung Gortschakows entnommen und in entsprechender Weise Bismarck vorgetragen haben wird, geschah aber doch gänzlich ohne Einverständnis des Zaren [81]). Gortschakow spiegelte dem Zaren jedoch den Wunsch Bismarcks vor, — und die so bereitwillige Zustimmung Bismarcks zu der Anregung Oubrils [82]) konnte ihm wohl eine Stütze sein —, so daß Alexander II. seine Zustimmung gab mit dem ausdrücklichen Hinweis: „Ich bestehe nicht darauf, da es Preußen selbst ist, welches sich zurückzieht; aber ich gestehe, daß ich es bedauere" [83]).

Als der Zar nun durch den preußischen Militärattaché Loën den wahren Sachverhalt erfuhr, zeigte er sich sehr erzürnt über seine Diplomaten und versicherte erneut, wie sehr er sich über das Anerbieten Preußens gefreut habe und nie von dem Vertrag habe zurücktreten wollen. Jetzt wäre ihm mitgeteilt worden, Preußen wünsche aus inneren und äußeren Gründen die Aufhebung der Konvention, und er sei gleich auch wieder dazu bereit, obwohl er nicht verstehen könne, was eine andere Macht wie Frankreich diese Konvention angehe [84]).

Da die von dem Westen drohende Kriegsgefahr in diesem Augenblick gerade ihren Höhepunkt erreichte, tat Bismarck aber jetzt sogar einen Schritt

---

Oubrils (in Tel. u. Erl. an Redern v. 22. u. 24. 2. 63. APP. III, 288 f. u. 304 f.) und dann die Wahrscheinlichkeit der irrtümlichen Auslegung der Gortschakowschen verfänglichen Instruktion.

[77]) Bism. an Redern 24. 2. 63. G.W. 4, 68.

[78]) Bism. an Goltz, Bernst. u. Werther, 19. 2.—23. 2. u. 26. 2. 63. G.W. 4, 63. APP. III, 296 f. u. 316 f. — Interessant ist die Anweisung Bismarcks, die deutschen Vertreter möchten die Mitteilung Oubrils gegen jedermann verschweigen und nur angeben, daß der Bedürfnisfall nicht vorliege. Damit wollte Bismarck den europäischen Staaten verheimlichen, daß es eben doch Rußland war, das sich lossagte, denn es durfte keinesfalls der Eindruck entstehen, als ob Bismarck das Heft entglitt.

[79]) Bism. an Goltz, Bernst. u. Redern 27. 2. 63. APP. III, 320 u. G.W. 4, 69.

[80]) Bism. an Sydow 28. 2. 63. APP. III, 330.

[81]) Siehe S. 41 Anm. 75. — Daß es sich um eine entsprechende Darstellungsweise Oubrils handeln muß, wird noch wahrscheinlicher, wenn man erfährt, daß der Zar nachträglich alle Depeschen Gortschakows an Oubril noch durchsah und für richtig befand. Tel. Loëns v. 1. 3. 63. APP. III, 336 f.

[82]) Oubril an Gortsch. 22. 2. 63. APP. III, 294 f.

[83]) Randbem. Alexanders zu Oubrils Tel. v. 22. 2. APP. III, 290 f.

[84]) Tel. Loëns v. 26. 2. u. Ber. v. 1. 3. 63. APP. III, 318 f. u. 337 ff.

weiter und ließ, immer mit Berufung auf die Haltung Oubrils, in Petersburg anfragen [85]), ob das kaiserliche Kabinett es nicht seinerseits vorziehe, die Konvention fallen zu lassen, bevor von seiten der europäischen Mächte drohende Schritte gegen Preußen gerichtet würden. Bismarck empfahl es der Großmut des Zaren, Preußen aus der Lage zu befreien und legte dem russischen Gesandten schließlich die Frage vor: [86]) „Wollt Ihr Aufrechterhaltung der Konvention, und in dem Falle wahrscheinlich Krieg mit Frankreich und Österreich und vielleicht England oder ihre Aufhebung?" Wenn Preußen aber der Hilfe Rußlands sicher wäre und dieses entschlossen und fähig, den Kampf aufzunehmen, so würde Preußen fest bleiben. „Die Lage Preußens würde ganz anders sein, wenn es auf einen wirklichen Beistand unsererseits zählen könnte", berichtete der russische Gesandte nach Petersburg [87]).

Jedoch, wie es Bismarck auch gar nicht anders erwarten konnte, scheute der Zar vor einem Waffengang zurück: „Für einen Krieg mit Frankreich und England. Danke" [88]). Zu einer gemeinsamen Aufhebung der Konvention war Gortschakow durchaus nicht geneigt. Es mochte ihm angenehm sein, daß sich der Ansturm der europäischen Kabinette gegen Bismarck richtete, den man für den Urheber der Konvention hielt. So antwortete der russische Kanzler ausweichend, daß Rußland nichts dagegen habe, wenn Preußen von sich aus die Übereinkunft aufzuheben wünsche. Für Rußland bestünde keine Veranlassung [89]).

Inzwischen trat aber auch ein Umschwung in der politischen Lage ein. Bei aller Polenfreundlichkeit der Engländer und Österreicher war der französische Vorschlag zur Absendung identischer Noten nach Berlin doch auf Widerstand gestoßen. Man erkannte in London, daß sich Frankreich Vorteile zu verschaffen suchte und es auf den Rhein abgesehen hatte, was zu einer preußenfreundlicheren Haltung Englands führte [90]).

Während Frankreich sich gegen Preußen kehren wollte, wünschte die englische Regierung ein Einschreiten gegen den Urheber des Übels. Napoleon dagegen wollte etwas für die Polen tun, ohne sich mit Rußland zu überwerfen. England war aber daran gelegen, eine russisch-französische Verständigung zu verhindern [91]), worin sich das englische Interesse mit dem Bismarcks deckte.

Geschickt wußte Bismarck aber auch den Engländern die Konvention als unwichtigen Vertrag, als „toten Buchstaben" hinzustellen, von Preußen nur aus Besorgnis um seine östlichen Provinzen eingegangen [92]), also eine bewußte

[85]) Bism. an Redern 27. 2. 63. G.W. 4, 69. Oubril an Gortsch. 1. 3. 63. APP. III, 342 f.

[86]) Oubril an Gortsch. 27. 2. 63. APP. III, 329. — In der Form dieser Frage kommt doch bereits klar die Erwartung Bismarcks zum Ausdruck, daß die russische Regierung einem Kriege abhold sein werde. Man darf daraus keinesfalls konstruieren, daß Bismarck für einen Krieg um die Hilfe Rußlands nachsuchte (was *Lord* 34 wohl möchte!). Ihm kam es allein darauf an, die Russen für eine Aufhebung der Konvention zu gewinnen: darum auch nur dieses krasse Mittel des drohenden Krieges!

[87]) Oubril an Gortsch. 1. 3. 63. APP. III, 342 f.

[88]) Randbem. d. Zaren auf Oubrils Ber. v. 1. 3. 63. APP. III, 343.

[89]) Tel. u. Ber. Rederns v. 28. 2. 63. APP. III, 332 ff.

[90]) Hierzu: *Sybel* II, 374 f. *Stern* IX, 162. *Kötter*, a. a. O., 51 ff., *Lord*, a. a. O., 35, *Zechlin* 487 ff. Goltz an Bism. 5. 3. 63. APP. III, 360 ff. Bernstorf meldete nach Berlin: „Eine Sommation durch identische Noten wird nicht beabsichtigt": das englische Kabinett wünsche aber dringend, daß die preußische Regierung „durch Beobachtung völliger Neutralität der franz. Regierung jeden Vorwand entziehe". Bernst. an Bism. 27. 2. 63. APP. III, 322.

[91]) Siehe *Kötter*, a. a. O., 47.

[92]) Buchanan an Russell 5. 3. 63. APP. III, 364 ff. Bism. zu Buchanan 20. 2., 27. 2. u. 4. 3. 63. *Poschinger*, Bism. u. d. Dipl. 39 f., 42 f. u. 43 ff.

Hervorkehrung des innenpolitischen Momentes, während das eigentliche Motiv gar nicht erwähnt wurde. So gelang es Bismarck, den englischen Antagonismus von Preußen abzuwenden. England trennte die Sache Preußens in der polnischen Frage von der Rußlands [93]). Einer Aufforderung der englischen Regierung, sich Vorstellungen in Petersburg anzuschließen, vermochte Bismarck aber natürlich nicht zu folgen [94]).

Das Verhalten Englands ließ ein von Frankreich gewünschtes gemeinsames Vorgehen gegen Preußen scheitern. Nun war eine Aufhebung der Konvention nicht mehr nötig. Bismarck suchte jetzt seine Anfrage in Petersburg rückgängig zu machen und behauptete [95]), er habe n i c h t gesagt, daß Preußen die Aufhebung der Konvention wünsche, sondern gefragt, ob Rußland bei einer drohenden Haltung der Westmächte die Aufhebung vorziehe. Eine Aufhebung erscheine überflüssig. Nachdem auf russischen Wunsch die zur Ausführung der Konvention notwendigen Instruktionen an Militär und Behörden die Überschreitung der Grenze hindern, sei die Konvention an sich eine unvollendete und habe nur „den Charakter einer Verabredung, über welche die Verhandlungen zur Feststellung ihrer definitiven Tragweite noch schweben" [96]).

Die Konvention wurde somit aufrecht erhalten [97]) und der Wunsch nach Aufhebung, den jeder beim andern glaubte herauslesen zu können, als ein Mißverständnis hingestellt [98]).

So bemühte sich Bismarck über den Gesandten Redern und den Militärbevollmächtigten Loën in Petersburg vor allem den Zaren in einer dem preußi-

---

[93]) Bernst. an Bism. 6. 3. 63. APP. III, 374. — Rede v. 28. 1. 86. G.W. 13, 150 f. (Kohl, Reden 11, 422 f.).

[94]) Bism. an Bernst. 7. 4. 63. APP. III, 450. Bism. an Werther 24. 4. 63. APP. III, 507 f. Ebenso hat Bism. auch später nicht die Hand zu einer Einwirkung in Petersburg zwecks Kundgabe von Reorganisationsmaßnahmen bieten können, was Frankreich sehr erwünscht gewesen wäre. Hierzu Goltz an Bism. 25. 10. 63. APP. IV, 83 f. u. Bism. an Goltz 5. 11. 63. APP. IV, 109.

[95]) Bezeichnend ist auch hier wieder, wie überlegt und schlau Bismarck bei der ganzen Angelegenheit verfährt. Er läßt erst in Petersburg a n f r a g e n, ob die russische Regierung es nicht vorziehe, die Konvention fallen zu lassen, und will damit Rußland gerne die Initiative entlocken. Als ihm darauf die Antwort zuteil wird, Rußland habe nichts dagegen, wenn Preußen es in seinem Interesse halte, die Initiative somit also doch Preußen hätte zufallen müssen, verwahrt er sich aber sogleich gegen „eine Verdrehung der Frage". (Hierzu: Tel. u. Ber. Rederns v. 28. 2. 63. APP. III, 332 ff. Gortsch. an Oubril 28. 2. 63. APP. III, 335. Bism. an Redern 28. 2. 63. G.W. 4, 69 f.) Es war also ein geschickter Versuchsballon, den Bism. losließ, wenn er seinem eigenen ursprünglichen Wunsche die Gestalt jener ‚Anfrage' verlieh, um die Aufnahme auf der russischen Seite zu erkunden, wobei ihm nämlich die Möglichkeit des unbeschadeten Rückzugs blieb.

[96]) Bism. an Redern 28. 2. 63. G.W. 4, 69 f. Ähnlich Bism. an Loën 28. 2. 63. APP. III, 330 f. — Während Bism. in dem Tel. an Loën behauptet, er habe am Tage vorher durch Redern anfragen lassen, „ob die Westmächte a u c h g e g e n R u ß l a n d mit Demonstrationen drohen und ob Rußland in diesem Falle die Konvention aufheben würde", wird aber tatsächlich in dem Tel. an Redern v. 27. 2. nur die Frage betr. Preußen aufgeworfen. Es hieß darin ausdrücklich, ob das kaiserl. Kabinett es s e i n e r s e i t s vorziehe, die Konvention fallen zu lassen „bevor drohende Schritte an uns gerichtet werden. Daß letztere auch nach Petersburg beabsichtigt würden, habe ich bisher nicht erfahren." (G.W. 4, 69.) — Es mochte aber Bismarck jetzt unangenehm sein, sich allein in einer bedrängten Lage befunden und gegebenenfalls den Beistand Rußlands benötigt zu haben.

[97]) Loën an Bism. 4. 3. 63. APP. III, 357 f. Oubril an Gortsch. 3. 3. 63. APP. III, 356. — Als Loën mit dem Zaren übereinkommen wollte: „Da wir angesichts der Wendung der Dinge die Notwendigkeit, die Konvention in Ausführung zu bringen, nicht sehen, sie als aufgehoben zu betrachten" (Loën an Bism. 3. 3. 63. APP. III, 355), erklärte Bismarck, daß dies nicht seiner Anweisung entspreche. (Bism. an Loën 3. 3. 63. APP. III, 353.)

[98]) Gortsch. an Oubril 5. 3. 63. APP. III, 367 ff.

schen Interesse stets gefälligen Weise unterrichten zu lassen, um ihn den polen- und franzosenfreundlichen Einflüssen Gortschakows zu entziehen; erblickte doch der russische Kanzler in Polen den Prüfstein für den Wert der russisch-französischen Allianz [99]).

Nachdem das Verlangen Frankreichs nach Absendung identischer Noten an Preußen in London und Wien Ablehnung erfahren hatte [100]) und Bismarck durch Runderlasse an die Missionen [101]) den auswärtigen Mächten von den allein innerpolitischen Gesichtspunkten, die Preußen zu der Entsendung des Generals veranlaßt haben und der geringen Tragweite der Konvention Kenntnis gegeben hatte, nahm das Interesse der Mächte an der Konvention ab, so daß diese bald in Vergessenheit geriet. Bismarck hatte aber mit ihr den Zweck erreicht, den er mit dieser Politik erstrebte, wozu die Konvention nur Mittel war. Die Militärkonvention hatte für die preußische Politik viel mehr einen diplomatischen als einen militärischen Zweck. Indem sie einen im Kabinett des Zaren erfochtenen Sieg der preußischen Politik über die polnische bedeutete, hatte „das militärisch ziemlich anodyne Abkommen" seinen Zweck vollauf erfüllt, „die Konvention war ein gelungener Schachzug, welcher die Partie entschied" [102]).

---

[99]) Nach Napiers Ber. an Russell v. 3. 3. 63. Filipowicz, Conf. Corr. S. 171.

[100]) s. ob. S. 43. Es kann darum nur zu getrennten Vorstellungen der Westmächte in milder Form. Vgl. *Zechlin* 503 f.

[101]) 7. 3. 63. G.W. 4, 72 ff. u. 75 f.

[102]) G.W. 15, 215 f. — Der Anschauung *Lords*, a. a. O., 41 f., daß durch die Konvention weder eine Änderung der Politik Rußlands den Polen gegenüber eingetreten sei noch der Dank Rußlands gewonnen wurde, noch die Aussichten auf ein russisch-französisches Bündnis zerstört wurden, vermag der Verf. nicht zu folgen.

Da aber alle diese von Bismarck erstrebten Ziele doch erreicht wurden, führt *Lord* dies auf andere Umstände zurück: so entlud sich der Zorn der russischen öffentlichen Meinung gegen die Polen außer anderen, innerpolitischen Erwägungen wegen des diplomatischen Feldzuges der Westmächte gegen Rußland zu Gunsten Polens, was die Petersburger Regierung zu schärferem Vorgehen veranlaßte; die Dankbarkeit Rußlands bis zu einem gewissen Grade wurde erst gewonnen durch die Haltung Preußens während des „diplomatischen Kreuzzuges" der Westmächte; die Aussichten auf ein russisch-französisches Bündnis wurden aber weniger verhindert durch Bismarcks Klugheit, als dadurch, daß England und Österreich Napoleon erst zu einer Politik, welche die Beziehungen zu Rußland zerstören mußte, verleiteten und dann im Stich ließen.

Mag auch dies eine oder andere Moment den Zwecken Bismarcks zugute gekommen sein: z. B., daß Gortschakow wohl erst durch die Interventionen der Mächte von seiner polen- und franzosenfreundlichen Politik abließ (s. *Zechlin* 558 ff.), während der Zar durch seine Haltung beim Abschluß der Konvention bereits zu erkennen gab, daß man auf seine Dankbarkeit zählen konnte; oder z. B., daß England gleichfalls eine russisch-französische Allianz zu verhindern suchte, — so liegt doch in der Grundsätzlichkeit der Argumentation *Lords* eine Tendenz.

Auch *Pfeifer*, a. a. O., S. 78 hat sich bis zu einem gewissen Grade der Darstellung *Lords* nicht verschließen können und betont, daß für den schließlichen Erfolg Bismarcks Gesamtpolitik während der Sommermonate und sein Verhalten gegenüber den Angriffen des Auslandes für Rußland entscheidend gewesen sei. — Zur Verhinderung einer russisch-polnischen Aussöhnung genügte die Konvention vielleicht nicht; daher auch Bismarcks Plan, Polen eventuell selbst zu besetzen, wenn von russischer Seite nicht energisch genug durchgegriffen würde. Daß die Mächte, infolge der von Rußland nun einzuschlagenden Bahnen gegenüber Polen in schärferen Gegensatz zu Rußland gerieten und dieses somit auf die Freundschaft Preußens angewiesen wurde, war aber doch erst die Folge der Konvention! Dabei besteht das Verdienst Bismarcks während der Sommermonate gar nicht so sehr in einer unbedingten Anschließung an Rußland — wie die weitere Darstellung zeigen wird, war er ja durchaus nicht geneigt, Rußland zuliebe in einen Krieg einzutreten —, als in dem Streben nach einem Ausgleich zwischen den Mächten, besonders Englands und Österreichs einerseits und Rußlands andererseits. Sein Ziel war: Trennung Frankreichs von Rußland und Isolierung des ersteren.

Sogar Gortschakow erkannte ihren moralischen Wert an [103]), fanden doch viele „den Mut ihrer russischen Gesinnung" erst wieder, „nachdem das gute Recht derselben von einer konstitutionellen europäischen Großmacht anerkannt worden war" [104]).

III. Bismarck, Rußland und die Politik der Mächte.

Das Interesse der Mächte richtete sich nun fortan gegen Rußland. In verschiedenen Noten suchten England, Frankreich und Österreich, jedoch getrennt, Mitte April und dann später im Juli und August in Petersburg in polenfreundlichem Sinne einzuwirken; sämtliche Noten erfuhren aber seitens der russischen Regierung strikte Abweisung [1]).

Indessen bemühte sich Bismarck, in der Erkenntnis der Gefahren, die sich aus einer Verschärfung der Lage ergeben würden, eine Lösung der Spannung herbeizuführen. Eine Beteiligung Preußens an dem Vorgehen der Mächte wies Bismarck nicht nur zurück, sondern suchte auch Österreich und England von ihrer Stellungnahme gegen Rußland abzubringen und warnte die deutschen Staaten, indem er die Gefahren vor Augen führte, die sich aus einem übermächtigen Druck auf Rußland ergeben würden [2]).

Bei zu starkem Druck der Mächte bestand die eine Seite der Gefahr in einem möglichen Nachgeben Rußlands, wodurch dieses unter den Einfluß Frankreichs geraten wäre.

Wiederholt machte Bismarck daher die Rücksicht geltend, daß ein auf Rußland geübter Druck dieses leicht zu einer Separatverständigung mit Frankreich bringen könnte, was eine völlige Unterwerfung Rußlands unter die französische Politik in Aussicht stellte. Alles, was Polen aber an Selbständigkeit gewänne, würde Frankreich zugute kommen; ja, ein völlig unabhängiges Polen bedeute einfach „ein französisches Lager an der Weichsel."

Um dieser Gefahr zu begegnen, suchte Bismarck durch unmittelbare Einwirkung des Königs, den Zaren auch in der Ablehnung der Forderungen Frankreichs zu bestärken und erweckte durch dies Schreiben wiederum das Entzücken des Zaren [3]).

Um zu einem Ausgleich und zur Sicherstellung des europäischen Friedens zu gelangen, bemühte sich Bismarck aber auch, so weit es die eigenen Interessen erlaubten, englische und österreichische Wünsche hinsichtlich eines Amnestieverfahrens in Polen zu unterstützen [4]) und in Wien darauf hinzuweisen, daß russischerseits neuerdings eine gerechtere Würdigung der österreichischen Politik eingetreten sei und so zum Ausdruck zu bringen, daß

---

[103]) Werther schreibt an Bismarck: „Über die Konvention spricht sich Fürst Gortschakow in einem Privatbrief an Balabine (russ. Botsch. in Wien) dahin aus, daß dieselbe für Rußland eine sehr anerkennenswerte moralische Stütze Preußens enthalte, wenn sie auch keine sehr wesentliche materielle Hilfe darböte." 25. 2. 63. APP. III, 314.

[104]) *Eckardt*, Berlin und St. Petersburg, S. 69.

[1]) *Sybel* II, 383 ff., 390 ff., 401 u. 410. — *Stern* IX, 168 f., 173 f. u. 176 f.

[2]) s. hierzu die Erlasse Bism. v. 9. 3. 63 an Bernst. APP. III, 383 f. — 2. 4. 63 an Goltz. G.W. 4, 88 f. — 7. 4. 63 an Bernst. G.W. 4, 90 f. — 22. 4. 63 an Werther. G.W. 4, 101 f.; an Bernst. G.W. 4, 104 ff. — 23. 4. 63 Runderl. G.W. 4, 106 ff. — 9. 3. 63 an Bernst. APP. III, 383 f. — 7. 5. 63. Promemoria. G.W. 4, 117 f.

[3]) König Wilh. I. an Alexander II. 10. 4. 63. APP. III. 456 f.. Ferner Loën an König Wilh. I. 19. 4. 63. APP. III, 487 f. u. Alex. II. an König Wilh. I. 25. 4. 63. APP. III, 511 f.

[4]) Bism. an Bernst. 23. 3. 63. G.W. 4, 85; an Werther G.W. 4, 86. — 22. 4. 63 an Werther. G.W. 4, 102. — 23. 4. 63. Runderl. G.W. 4, 108.

er eine russisch-österreichische Annäherung herzustellen wünsche[5]). Bismarck arbeitete also in zwei Richtungen, um eine russisch-französische Solidarität zu verhindern: einmal bestärkte er Rußland in der Ablehnung der französischen Forderungen; und andermal riet er England und Österreich zur Mäßigung.

Die Folge der Interventionen der europäischen Mächte war aber, daß in Rußland die nationale Begeisterung zunahm[6]), eine Steigerung in dem Kampf gegen die Insurrektion und somit eine Verschärfung der politischen Lage eintrat. Man war nunmehr entschlossen, mit der Ablehnung der Noten der Mächte die letzten Konsequenzen zu ziehen.

Dies war die zweite Gefahrenseite, die Bismarck von einem übermächtigen Druck der Mächte auf Rußland befürchten mußte und die sich nun hervorkehrte: die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung, in der Preußen auf seiten Rußlands zu stehen haben würde.

Um sich über die Haltung Preußens in diesem Falle zu vergewissern, brachte der Zar auch bereits am 1. Juni in einem Brief an König Wilhelm in der Erwartung eines bald ausbrechenden Krieges sehr klar und eindeutig den Wunsch nach einem Bündnis zum Ausdruck, in welches er auch Österreich einbezogen haben wollte[7]). Da aber Österreich auf die von Bismarck angeregten Verständigungsvorschläge mit Rußland[8]) nicht einging[9]), weil es keine Neigung zu einer Lösung von den Westmächten verspürte, lehnte Bismarck ab und versprach nur, bei einem Angriff der Westmächte auf Rußland, Österreich zur Wahrung einer wohlwollenden Neutralität veranlassen zu wollen[10]). Preußen hätte allein auf russischer Seite gestanden, denn von Österreich war bei einem Angriff Preußens zur Unterstützung Rußlands nach den Bundesbestimmungen keine Hilfe zu erwarten. Die Folge wäre aber dann ein von Preußen für russische Interessen zu führender Krieg am Rhein gewesen. Bei einer von Frankreich beabsichtigten Landung in Kurland[11]) war Bismarck wohl bereit, bewaffnet entgegenzutreten und glaubte auch die Unterstützung Österreichs dazu zu erhalten, da in solchem Falle wohl auch die eigene Sicherheit betr. Posen und Galizien bedroht worden wäre[12]). Jedoch noch im Mai hat Bismarck auch erklärt: „Eine Allianz Preußens mit Rußland über das

[5]) Bism. an Werther 23. 3. 63. G.W. 4, 86 u. 9. 6. 63. G.W. 4, 138; an Redern 7. 5. 63. APP. III, 554 f.

[6]) *Sybel* II, 386.

[7]) Alexander II. an König Wilhelm I. APP. III, 596 ff.: „Ich werde mich aufrichtig glücklich schätzen, wenn die Eingebungen Eurer Weisheit Euch zu der Interessengemeinschaft und der ruhmvollen Waffenbrüderschaft bestimmen, die unsere Völker verbunden hat, und wenn Euer Einfluß Österreich wieder an dieses zum Heile für alle notwendige Widerstandsbündnis anknüpfen kann." — Der Verfasser vorliegender Arbeit ist hier gegenteiliger Meinung zu *Friese* (S. 323). Gewiß brauchte der Brief keine Aufforderung zu einem „Offensivbündnis" darzustellen; zum Ausdruck brachte er aber doch zweifelsohne den Willen zu einem Widerstandsbündnis. Denn um sich lediglich des Wohlwollens zu versichern, bedurfte es nach der Politik der letzten Zeit doch durchaus keiner weiteren Festlegung. — Die Behauptung *Scheidts*, a. a. O., S. 92: „Österreich sollte aus dem Bunde mit den Westmächten losgerissen werden, aber Rußland dachte nicht daran, in eine Verbindung mit ihm zu treten ..." — dürfte nach den oben wiedergegebenen Worten des Zaren somit in ihrem zweiten Teil irrig sein! *Zechlin* (S. 575) sieht daher in dem Brief des Zaren — was *Scheidt* anzweifelt! — schon ganz zu Recht „die Auffassung zu einem Bündnis der drei Ostmächte". Wie sollte Österreich aber auch auf andere Weise von den Westmächten „losgerissen" werden!

[8]) Siehe oben S. 46 Anm. 5.

[9]) 11. 6. 63 Werther an Bism. APP. III, 618 ff.

[10]) (17. 6. 63) König Wilh. I. an Alex. II., von Bism. entworfen. APP. III, 626 ff.

[11]) *Kozmian*, a. a. O., 295.

[12]) 24. 4. 63 Bism. an Werther. G.W. 4, 110 f. Auch Oubril an Gortsch. 6. 5. 63. APP. III, 553 f.

Bedürfnis unserer Selbstverteidigung hinaus liegt weder in unseren Absichten noch in unseren Interessen“ [13]). Um aber Österreich doch von den Westmächten wegzuziehen, machte Bismarck dem Zaren den Vorschlag [14]), bei gegenseitiger Zusicherung des polnischen Besitzes der drei Ostmächte, Österreich darüber hinaus „für eine begrenzte Zeit“ den Besitz Venetiens zu garantieren und zu versprechen, niemals wieder den Gedanken einer französischen Allianz aufnehmen zu wollen.

Bismarck suchte also auf diese Weise, Preußens Selbständigkeit zu wahren und zu verhindern, daß Preußen für Rußland in einen Krieg gegen die Westmächte hineingezogen wurde.

In einem zweiten Brief vom 12. Juli wies Alexander die preußischen Garantievorschläge für Österreich als außerhalb seiner direkten Interessensphäre aber ab und erkannte die Gründe für Preußens Zurückhaltung an, betonte jedoch zugleich, daß sich früher oder später doch eine Situation ergeben werde, welche eine vorherige Verständigung der drei Höfe tunlich erscheinen lassen würde [15]).

In dem von Bismarck entworfenen Antwortschreiben des Königs vom 12. August [16]) wurde wiederum der Wunsch nach einer Verständigung der drei Ostmächte zum Ausdruck gebracht. Die enge Anlehnung Österreichs an die Westmächte machte dies jedoch unmöglich, um so mehr, als Österreich mit der Einberufung des Frankfurter Fürstentages auch noch die deutsche Frage aufwarf. Von einem Eingehen Preußens auf das russische Bündnisangebot war wiederum keine Rede.

Durch die schroffe Abweisung der Augustnoten der Westmächte und Österreichs durch Gortschakow erreichte die Spannung aber ihren Höhepunkt, so daß — wie Bismarck später über die damalige Lage urteilen konnte — der Kaiser Alexander, der „ein preußisch-russisches Bündnis in eigenhändiger Correspondenz lebhaft befürwortet hatte“, nun der Schikanen der Mächte müde, entschlossen war, „den Degen zu ziehen“ und es somit nur „eines Ja statt eines Nein“ des Königs bedurft hätte, und der Koalitionskrieg wäre vorhanden gewesen.

Nach seinen späteren Aufzeichnungen [17]) machte Bismarck bei den Beratungen mit dem König wegen der Ablehnung des russischen Bündnisangebotes geltend, „daß ein gemeinsamer Krieg gegen die Westmächte ... sich ... notwendig zu einem preußisch-fran-

---

[13]) (7. 5. 63) Promemoria. G.W. 4, 117.

[14]) (17. 6. 63) König Wilhelm I. an Alexander II. APP. III, 626 ff. — *Zechlin* S. 581 wirft die Frage auf, ob Bismarck seine Vorschläge gar nicht ernst gemeint und auch gar kein Eingehen Rußlands darauf erwartet habe, vielmehr das Scheitern der Bündnisverhandlungen nur dem Zaren zuschieben wollte, um diesen nicht durch völlige Ablehnung seines Angebotes zu verstimmen. Verf. vorl. Arbeit möchte jedoch eine solche Mutmaßung ausschalten, denn einmal bemühte sich Bismarck schon vordem um eine russisch-österreichische Annäherung, und dann wird er sich wohl auch gern den geringen Preis der Belastung durch die Garantie Venetiens haben kosten lassen, wenn er dafür die Gewißheit erhielt, daß Rußland niemals wieder den Gedanken einer französ. Allianz aufnehmen würde.

[15]) 12. 7. 63 Alex. II. an König Wilh. I. APP. III, 652 f. Dazu 12. 7. 63 Oubril an Bismarck. APP. III, 654 f.

[16]) *Sybel, Lenz,* der zuerst die Hypothese eines zweimaligen Briefwechsels zwischen dem Zaren u. König Wilhelm aufgestellt hat (vgl. *Lenz,* König Wilh. u. Bism. in Gastein, Kleine hist. Schr. 462 ff.), *Lord* und *Pfeifer* hatten noch keine Kenntnis von dem Inhalt des zweiten Antwortsäreibens, das jetzt abgedruckt ist APP. III, 714 ff. Vgl. hierzu *Zechlin* 607 ff., der den Inhalt bereits kannte, u. *Friese* 326 f. — Die Darstellungen dieser Verfasser erfahren hiermit eine Ergänzung bzw. andere Beleuchtung.

[17]) Zu dem Folgenden G.W. 15, 291 f. — Die Aufzeichnungen erwecken den Anschein, als habe Bismarck die Argumente, die er zur Ablehnung des russischen Bündnisangebotes

zösischen condensieren müsse, ... daß Rußland, entfernt von dem Kriegsschauplatze, von den Leiden des Krieges weniger betroffen sei, Deutschland dagegen nicht nur die eigenen, sondern auch die russischen Heere materiell zu erhalten haben und daß die russische Politik dann ... an dem längeren Arme des Hebels sitzen und uns, auch wenn wir siegreich wären, ... werde vorschreiben können, wie unser Friede beschaffen sein solle."

Die größte Vorsicht ließ Bismarck davon Abstand nehmen, sich an der Seite Rußlands in eine dem deutschen Interesse zuwiderlaufende Politik verwickeln zu lassen. Da es kaum wahrscheinlich und auch der russischen Politik infolge der divergierenden Interessen Rußlands und Österreichs im Orient nicht zusagend war, „daß eine siegreiche preußisch-russische Koalition Österreich gegenüber auch nur mit dem Maße von Schonung verführe, welches von preußischer Seite 1866 im Interesse der Möglichkeit künftiger Wiederannäherung beobachtet worden ist", fürchtete Bismarck, „daß wir im Falle unseres Sieges über die Zukunft Österreichs mit Rußland nicht einig sein würden und daß Rußland selbst bei weiteren Erfolgen gegen Frankreich nicht darauf werde verzichten wollen, Preußen in einer unterstützungsbedürftigen Stellung an seiner Westgrenze zu erhalten; am allerwenigsten wäre von Rußland eine Hülfe für eine nationale Politik im Sinne der preußischen Hegemonie zu erwarten gewesen." [18])

Wohl hatte es etwas Verlockendes an sich, im Bunde mit Rußland den inneren Konflikt und die deutsche Frage zu lösen, „wenn S. Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten ... mit fremder Hilfe zu lösen." [19])

Bismarck vermied es jedoch auch in seinem Vortrage bei dem König, die Seite der Sache zu betonen, die für Preußens innere Politik von Gewicht gewesen sein würde, weil er nicht der Meinung war, daß ein Krieg gerade im Bunde mit Rußland gegen Österreich und alle Gegner, mit denen man es 1866 zu tun bekam, Preußen der Erfüllung seiner nationalen Aufgabe näher gebracht haben würde, da dieser Krieg nicht in der „Linie der nationalen Entwicklung" gelegen haben würde. Vor allem war es aber erforderlich, diesen Krieg nicht mit der von der öffentlichen Meinung noch immer verurteilten russischen Assistenz zu führen. „Die deutsche Einheit mußte ohne fremde Einflüsse zustande kommen, aus eigner nationaler Kraft." [20])

Tatsächlich entsprechen nun diesen späteren Aufzeichnungen auch nicht ganz die Tatsachen, die sie zur Voraussetzung haben müßten.

Nach Bismarcks Darstellung wird der Anschein erweckt, als habe in dem russischen Bündnisangebot eine Spitze gegen Österreich gelegen. Nach der nunmehrigen Veröffentlichung der Akten ist aber einwandfrei festzustellen, daß sich das Bündnis nur gegen die Westmächte richten sollte, denn in seinen beiden Briefen brachte der Zar den Wunsch

---

geltend machte, mit in den Brief an den Zaren gebracht. Wie die Veröffentlichung der Akten zeigt, ist aber davon nichts zu finden. Es wird sich somit um mündliche, nur dem König vorgetragene Äußerungen handeln. Weiterhin darf man aber nicht übersehen, daß alle späteren Äußerungen Bismarcks über die Gründe, die ihn damals das russische Bündnis ablehnen ließen, mehr oder weniger gefärbt sein dürften, um einen guten Rahmen zu geben von dem neuen Blickpunkt aus, den man nach der Lösung der deutschen Frage bei einer rückschauenden Betrachtung einnahm. Zur Vervollständigung des Bildes über das Verhältnis Bismarcks zu Rußland müssen sie aber mit herangezogen werden.

Nach Bismarcks Aufzeichnung machte er seine Erwägungen in Beantwortung des Augustbriefes in Gastein. Dieser Darstellung folgt *Zechlin* 607 f. *Sybel* II, 388 bezieht die Angaben Bismarcks jedoch auf den Juni-Briefwechsel. Da das Bündnisangebot des Zaren in dem Brief v. 1.Juni klarer ausgesprochen wird, ist dies auch naheliegender. Was allgemein die Tatsache einer Ablehnung des russischen Bündnisangebotes betrifft, so ist es aber gleichgültig, ob sich die Darlegungen Bismarcks auf den Brief des Königs v. 17. Juni oder den v. 12. August beziehen.

[18]) G.W. 15, 292.

[19]) Rede v. 6. 2. 88. G.W. 13, 333. (Kohl, Reden 12, 451.) Ähnl. Rede v. 28. 1. 86. G.W. 13, 152. (Kohl, Reden 11, 423.) — Beachte dagegen Bismarcks Worte zu Oubril: „Übrigens könnte ein Krieg uns die innere Lage nur erleichtern." (Oubril an Gortsch. 15. 9. 63. APP. III, 790.) S. u. S. 51 ff. Kap. 5!

[20]) G.W. 15, 290 f.

nach einem Einverständnis auch mit Österreich zum Ausdruck [21]). Es scheint jedoch naheliegend, daß Bismarck, wenn er schon einmal an die Möglichkeit eines Krieges an der Seite Rußlands gegen die Westmächte dachte, es als selbstverständlich betrachtete, daß sich dieser Krieg auch mit auf Österreich ausdehnen würde. Sprach dafür schon die österreichische Ablehnung der Vermittlungsversuche Bismarcks [22]) und das unbedingte Festhalten Österreichs an der Seite der Westmächte, so wird Bismarck doch keinen Augenblick daran gezweifelt haben, wenn schon Krieg sein sollte, sich dabei auch der inneren Konflikte, den Frankfurter Fürstentag betreffend, zu entledigen [23]). Bismarck rechnete also für einen Kriegsfall bestimmt mit der Frontstellung Rußland-Preußen: Österreich-Frankreich, eine Frontstellung, die sich kriegerisch voll und ganz auswirken zu lassen ihm doch nicht ratsam erschien. —

Die Haltung Preußens einerseits und die Englands andererseits [24]) entschied somit, ob der Konflikt zu einem Austrag mit den Waffffen führen sollte.

Mit der ablehnenden Haltung Preußens gab Rußland seine Kriegspläne auf und auch Napoleon suchte jetzt, empört über die Wiener Reformakte, sich aus der unerfreulichen Lage zu befreien und Anschluß an Preußen zu finden [25]). Mit dem Erlahmen des Aufstandes erlosch auch das Interesse der Mächte.

Bismarck hatte während des ganzen Verlaufes der polnischen Krise, im Gegensatz zu den anderen Mächten, klar auf seiten Rußlands gestanden; und wenn er sich auch letzten Endes zu einem Waffengang gegen die Westmächte und wahrscheinlich auch Österreich nicht bereit finden konnte, so waren die politische Stellung Preußens und das diplomatische Handeln Bismarcks doch so eindeutig, daß man überall erkennen mußte, welche Stütze Rußland in Preußen hatte.

Am Anfang, als es noch sehr zweifelhaft war, ob sich im Petersburger Kabinett die antipolnische absolutistische oder die polen- und franzosenfreundliche Richtung durchsetzen würde, verlieh Bismarck seiner die Richtung des preußenfreundlichen Zaren fördernden Haltung eine größere Nachdrücklichkeit, die zu dem Abschluß der Alvenslebenschen Konvention führte. Als dies erreicht und die Würfel in Petersburg gefallen waren, die russische Regierung zu Gunsten Preußens gegen Polen und somit gegen Frankreich entschieden hatte, war der Hauptzweck der Aktion erfüllt. Ein weiteres Interesse für Rußland, etwa einen Krieg für Rußland am Rhein zu führen, hatte man nicht. Bismarck beschränkte sich daher darauf, zwischen England und Österreich einerseits und Rußland andererseits vermittelnd zu wirken, um eine gewaltsame Lösung der polnischen Frage zu verhüten, da ein europäischer Krieg nicht im preußischen und deutschen Interesse gelegen haben würde, und

---

[21]) Siehe ob. S. 47 Anm. 7 u. S. 48 Anm. 15. — Auch die Berichte Rederns lassen klar erkennen, daß Rußland die gegenseitige Verbindung Rußland-Österreich-Preußen suchte. Redern an Bism. u. a. 30. 6. 63. APP. III, 642 f.

[22]) s. ob. S. 47 Anm. 5 u. S. 47 Anm. 9.

[23]) Verf. erschließt also aus obigen Erwägungen den Gedankengang Bismarcks, wie er 1863 wirklich gewesen sein mag und aus welchem sich die spätere Bismarcksche Darstellung ergab.

[24]) In solch kriegerischer Situation machte nämlich auch England einen Rückzieher (s. *Stern* IX, 177 f., *Klaczko*, Etudes ..., S. 179), denn sein Ziel, Frankreich von Rußland zu trennen, war ja erreicht; der Versuch, Preußen von Rußland zu trennen, wohl betrieben worden, aber nicht geglückt (s. *Kötter*, a. a. O., 51 ff.). Ein Krieg konnte England keinen Vorteil mehr bringen. — Auch in Wien wurde man daraufhin zurückhaltend. (*Stern* IX, 177 f.)

[25]) 31. 8. 63 Goltz an Bism. Bism.-Jahrb. V, 219 f. u. 30. 8. 63 Goltz an König Wilh. I. APP. III, 751 ff. — Napoleon suchte nach einem „ehrenvollen Ausweg aus der polnischen Verwicklung." Goltz an Bism. 25. 10. 63. APP. IV, 83.

legte auch den größten Wert darauf, selbst seine Beziehungen zu Frankreich wieder zu bessern, um „auch den letzten Schatten einer Verstimmung zu entfernen, zu welcher die polnische Frage Anlaß gegeben und das friedliche Verständnis zwischen unseren beiden Nachbarstaaten zu sichern“ [26]).

Durch seine geschickte Politik, bei der es manche Gefahren zu meistern galt und wobei man ihn manchmal in einer Schlinge zu sitzen glaubt, gelang es Bismarck, Rußland von Frankreich zu trennen. Die russische Verstimmung gegen Frankreich sollte die Reichsgründung überdauern. Mit der Alvenslebenschen Konvention, dem „coup de maître“, wie man sie später nannte [27]), oder wenn man will [28]), mittelbar durch sie, indem durch den Abschluß der Widerstand der Mächte, besonders Frankreichs, verstärkt wurde, was zu einer engeren Anlehnung Rußlands an Preußen in der Folgezeit führte, hatte Bismarck durch die Befestigung der russischen Freundschaft „den ersten Stein zum Fundamente für Preußens künftige Größe“ gelegt [29]).

So konnte man, in Erkenntnis des großen Wertes der Haltung Preußens Rußland gegenüber in der polnischen Krise 1863, auf polnischer Seite die Worte prägen: „Auf den Trümmern der polnischen Revolution entstand das Werk Bismarcks“ [30]).

Der sichere Erwerb der russischen Freundschaft war die außenpolitische Vorbedingung für die Reichsgründung.

Kapitel 5.

Bismarcks Aktivität im Herst 1863.

Noch hatten sich die europäischen Gemüter über die polnische Frage nicht beruhigt, als Bismarck im Hinblick auf die Entwicklung der Dinge auf dem Frankfurter Fürstentag in eine Stimmung gebracht wurde, die ihn jetzt aber tatsächlich einen Krieg gegen Österreich in Aussicht nehmen ließ, wozu er nun seinerseits gern des militärischen Beistandes Rußlands versichert gewesen wäre [31]).

Im September 1863 gab Bismarck dem russischen Gesandten Oubril wiederholt zu verstehen, daß man ernsthafte Kriegsvorbereitungen in Preußen

---

[26]) 4. 9. 63. Bism. an Goltz. G.W. 4, 160.

[27]) Matter, La Prusse et la révolution de Pologne S. 600.

[28]) Um der Darstellung *Lords* entgegenzukommen.

[29]) *Sybel* II, 377.

[30]) *Kozmian,* a. a. O., 98.

[31]) Diese Tatsache findet in keiner der bisherigen Darstellungen Beachtung. Siehe zum Ganzen: Oubril an Gortschakow: 3. 9. 63. APP. III, 758 ff. N. 678. u. 760 ff. N. 679. / 15. 9. 63. APP. III, 786 ff. N. 693 u. 791 ff. N. 694. / Loën an Bismarck: 21. 9. 63. APP. III, 802. / Bism. an Loën: 22. 9. 63. APP. III, 804. / Loën an Bism.: 23. 9. 63. APP. III, 804. / Alex. II. an Wilh. I.: 23 9. 63. APP. III, 805 f. / Oubril an Gortsch. 23. 9. 63. APP. III, 807 ff. Loën an Wilh. I. 24. 9. 63. APP. III, 809. Redern an Bism.: 2. 10. 63. APP. III, 809 Anm. 1 zu N. 713. Demnach ist Bismarck also doch nicht vor dem Gedanken zurückgeschreckt, innere Schwierigkeiten mit fremder Hilfe zu lösen (s. ob. S. 49.) Bismarcks Haltung erscheint hier in der Tat außerordentlich aggressiv. Da sich die Darstellung nun in der Hauptsache nur auf Mitteilungen in russischen Aktenstücken (Berichte Oubrils!) stützen kann, sind die betreffenden Verlautbarungen freilich auch nur mit entsprechender Vorsicht und Einschränkung zu werten. Gänzlich außer acht lassen kann man die Mitteilungen Oubrils bei der Tragweite der darin wiedergegebenen Äußerungen Bismarcks jedoch keinesfalls. Wieviel Oubril aber nun aufgetragen und wie weit Bismarck tatsächlich solch drastische Sprache geführt haben mag, um sich Rußlands jederzeit zu vergewissern, läßt sich nach dem vorliegenden Aktenmaterial nicht scharf festlegen.

treffen und mit Schnelligkeit handeln würde. „Ein Krieg mit Österreich würde in dem Lande populär sein. Die Armee brennt darauf, sich mit den Österreichern zu messen“ [32]). „Aber meine Ansicht würde sein, in diesem Falle wie Friedrich der Große 1756 vorzurücken, d. h. mit Schnelligkeit zu handeln und einen großen Schlag auszuführen, ehe man in Wien Zeit hat, sich gegen eine solche Gefahr im voraus zu sichern“ [33]). Wohl vermag Oubril die Heftigkeit des Grolls Bismarcks gegen Österreich, angehäuft durch die Täuschungen von Gastein und Frankfurt, zu verstehen, aber „das ist nicht mehr ein Gefühl vorübergehenden Unwillens — das ist ein überlegtes Gefühl und umso gefährlicher“ [34]). Und schon sieht auch Oubril aus Bismarcks Andeutungen und seiner Betonung des engen Verhältnisses zu Rußland den Wunsch nach einer Entente kundgetan [35]) und die Möglichkeit eines „förmlichen Bündnisses“ gegeben, wozu er nun die Ansicht der russischen Regierung wissen möchte, nicht ohne sarkastisch hinzuzufügen: „Bismarck würde uns gern im Interesse seiner Sache ausnutzen“ [33]). Aber wenn Oubril seine Bedenken gegen Bismarcks Kriegsandeutungen geltend macht und auf die Gefahr hinweist, die in einem Kriege ohne Bündnisse liegt, so hält Bismarck, seiner Sache anscheinend ganz sicher, ihm entgegen, daß man Bündnisse finden werden und immer auf Rußland gezählt habe: „Ich selbst bin hier der Repräsentant des russischen Bündnisses — das ist meine Fahne; das ist mein Daseinsgrund (ma raison d'être)“ [36]).

Nun, solch eine starke Sprache in der Bemühung um ein Waffenbündnis hat man von Bismarck in der Tat noch nicht gehört. Es tritt aber dabei doch einmal recht deutlich in Erscheinung, welchen Faktor Rußland in seiner Politik bildete, und daß er diesen Faktor unmöglich jemals von der Plusseite seiner Rechnung streichen oder außer acht lassen durfte, wenn diese am Ende aufgehen sollte.

Gerade jetzt befand er sich in einer Lage [37]), die ihm solche Gewißheit erneut bestätigt finden lassen mußte: mit Österreich war er entzweit; in England und Frankreich waren die Mißtöne noch nicht verklungen, die die Haltung Preußens im Verfolg des polnischen Aufstandes auf das Verhältnis zu diesen Staaten gezeitigt hatte; mit Rußland befand man sich zwar auf freundschaftlichstem Fuße, hatte aber vor gar nicht langer Zeit, als Rußland nahe daran war, sich in kriegerische Verwicklungen zu verstricken, den Vorschlag des Zaren zu einem Widerstandsbündnis abgelehnt; war es da etwa ausgeschlossen, daß diese Enttäuschung des Zaren nicht möglicherweise auch eine Verärgerung in Petersburg hervorgerufen haben konnte?

Unter solchen Umständen mußte Bismarck aber so rasch und nachhaltig wie möglich die Position Preußens wieder zu festigen suchen. Darum auch die Drohung Bismarcks, einem liberalen Ministerium zu weichen, wenn er die „traurige Erfahrung“ machen sollte, sich in Rußland „getäuscht zu haben“. Ja, sogar mit dem Verzicht auf die Rheinlinie, als Mittel Frankreich zu desinterressieren, scheint Bismarck Oubril gedroht zu haben, wenn er sagte, „daß die Weserlinie wichtiger für uns ist, als die des

[32]) Bism. zu Oubril; nach dessen Bericht an Gortsch. v. 15. 9. 63. APP. III, 790.
[33]) Bismarck zu Oubril: nach dessen Bericht an Gortschakow v. 3. 9. 63. APP. III, 759.
[34]) Oubril an Gortsch. 15. 9. 63. APP. III, 791.
[35]) Oubril an Gortsch. 3. 9. 63. APP. III, 760 ff.
[36]) Nach Oubrils Ber. an Gortsch. v. 15. 9. 63. APP. III, 788.
[37]) Karolyi kann einmal feststellen: „... isoliert, wie Preußen — seine Anlehnung an Rußland abgerechnet — sich jetzt befindet.“ Karolyi an Rechberg 13. 11. 63. APP. IV, 141.

Rheins“ [38]). Selbstverständlich wird es sich hierbei aber auch nur um eine Drohung Bismarcks gehandelt haben mit dem Zweck, Rußland zugänglich zu machen.

Freilich hält Oubril trotzdem immer wieder entgegen, daß Rußland nicht vorzeitig in einen Krieg treten könne, der seine Interessen nicht berühre [39]), und Rußland keine feindlichen Absichten habe, womit er durchaus die Zustimmung des Zaren gewinnt [40]). Einen Krieg zwischen Österreich und Preußen hielt Alexander II. für „ein großes Unglück.“ Wenn er auch ganz zu Preußen hält, so bedürfe Rußland doch des Friedens und sei durch Polen genug gebunden. Wohl war er bereit, in Wien zu ermahnen und Österreich zur Einsicht zu bringen [41]). Der Zar brachte aber damit nur dieselbe Haltung zum Ausdruck, wie sie umgekehrt aus Bismarcks Politik während der Interventionen der Mächte hervorleuchtet.

Kann man es dem Zaren aber auch verdenken, wenn er sich jetzt ebenfalls nicht mir nichts dir nichts in einen Krieg verwickeln lassen mochte, der seine Interessen nicht berührte? Bismarck wird das auch gar nicht erwartet haben. Es dürfte ihm genügt haben, wenn Rußland — wie Oubril empfahl — der Forderung Rechnung trug, die durch Preußens Beistand während des Krimkriegs und der polnischen Verwicklungen entstanden war, sich also zu gewissen „feindseligen Demonstrationen“ hergelassen hätte, die bestimmt gewesen wären, „einen Teil der Kräfte Österreichs zu paralysieren“ [42])

Bezeichnend ist, daß Bismarck, als er von der Haltung des Zaren Kenntnis erhielt, wieder ein Mißverständnis feststellen zu müssen glaubte: er habe nur gewünscht, der Zar möchte in Wien zur Vernunft mahnen und etwas Druck ausüben. Ein Schreiben des Zaren an König Wilhelm, daß Rußland nicht helfen könne, hielt Bismarck aber für „sehr unerwünscht“ [43]). Natürlich durfte Bismarck es sich nicht dokumentieren lassen, daß der Zar seiner Anregung nicht in vollem Umfange stattgab, denn das würde seine Stellung Österreich gegenüber nur erschwert und die Achtung, die die europäischen Staaten vor dem Verhältnis Preußen-Rußland hatten, gemindert haben [44]). Darum war es gut, wenn der Zar ganz in Bismarcks Sinne schrieb, „als wenn Anfrage über militärische Hilfe nicht geschehen“ [45]).

Preußen und Rußland gingen somit zwar ständig Hand in Hand: davon konnte die Öffentlichkeit Notiz nehmen und damit mußten die europäischen Mächte rechnen. Das war das Ausschlaggebende für das Verhältnis beider Staaten. Daß es auf beiden Seiten auch eine Grenze gab, die von dem letzten Schritt des Zusammengehens Abstand nehmen ließ, trat nach außen nicht in Erscheinung.

[38]) Oubril an Gortsch. 15. 9. 63. APP. III, 788. — Beachte auch die Äußerung Bismarcks nach Oubril: „Wir werden Bündnisse finden, und sollten wir uns mit dem Teufel verbinden.“ (APP. III, N. 694.)

[39]) Oubril an Gortsch. 15. 9. 63. APP. III, 791 ff. N. 694.

[40]) Oubril an Gortsch. 15. 9. 63. APP. III, 786 ff. N. 693 u. Randbem. Alex. II.

[41]) Loën an Bism. 21. 9. 63. APP. III, 802 / an König Wilh. 24. 9. 63. APP. III, 809; Alex. II. an Wilh. I. 23. 9. 63. APP. III, 805 ff. / Red. an Bism. 2. 10. 63. APP. III, 809 Anm. 1 zu N. 713.

[42]) Hierzu die Berichte Oubrils an Gortsch. v. 15. 9. 63. APP. III, 786 ff. N. 693 u. 791 ff. N. 694.

[43]) Bism. an Loën 22. 9. 63. APP. III, 804. Auch Oubril an Gortsch. 23. 9. 63. APP. III, 807 ff.

[44]) Vgl. a. ob. S. 42 Anm. 78 das Verschweigen d. Äußerungen Oubrils.

[45]) Loën an Bism. 23. 9. 63. APP. III, 804. — Aus dem Briefwechsel Bismarcks und Loëns geht aber doch auch hervor, daß man Vorstellungen betr. russischer Waffenhilfe unternommen hatte.

Welcher Staatsmann darf es aber auch wagen, bedenkenlos Gut und Blut seines Landes einzusetzen lediglich zur Förderung der Interessen einer fremden Macht! Sowohl Bismarck als auch Gortschakow und der Zar waren viel zu verantwortungsbewußte Politiker, als daß sie sich in der Skrupellosigkeit einer solchen Politik verfangen hätten. Für die Politik beider Staaten in Europa genügte es aber, wenn sich das preußisch-russische Verhältnis auf der Basis hielt, die Bismarck seit dem Krimkrieg angebahnt hatte und die innegehalten wurde: von Bismarck während der Interventionen der Mächte und von dem Zaren während der kritischen Tage des Frankfurter Fürstentages. Die Alvenslebensche Konvention aber bildet nach wie vor den Brennpunkt, auf den die politischen Gedanken Rußlands immer wieder hinzielen mußten und von dem sie stets neue Kraft empfingen, wenn es galt, zu einer Frage der europäischen Politik Stellung zu nehmen.

Kapitel 6.

Die dänische (schleswig-holsteinsche) Frage.

Mit dem Verlöschen der polnischen Streitigkeiten tauchte durch die Zuspitzung der dänischen Frage [46]) ein neuer Konflikt auf, der seine Lösung in einem kriegerischen Austrag finden sollte.

Noch in Petersburg hatte Bismarck auf die fortwährende Verletzung der Verabredungen von 1851 und 1852 [47]) seitens Dänemark hinweisen und sich über den Standpunkt der russischen Regierung in der schleswig-holsteinschen Frage unterrichten können.

Hatte sich die russische Regierung bereit gefunden, dem von Bismarck vorgetragenen Wunsch, das dänische Kabinett zur Nachgiebigkeit gegen die holsteinschen Stände zu bestimmen, stattzugeben [48]) und auch in London und Paris eine gemeinschaftliche Einwirkung anzuregen [49]), so hatte Bismarck auch gleichzeitig erfahren können, wie weit eine Unterstützung von seiten Rußlands zu erwarten war und welche Vorbehalte und Wünsche die russische Regierung bei ihrer Abneigung, eine Schwächung Dänemarks zuzulassen, bei Verhandlungen zur Regelung der Frage gewahrt wissen wollte [50]).

Einer Bundesexecution war Rußland, ebenso wie England und Frankreich, entgegen, und Gortschakow machte Bismarck darauf aufmerksam, wie gefähr-

[46]) Das dänische Patent vom 30. März 1863 tat das Abrücken von dem Rechtsboden des Londoner Protokolls offen kund (*Sybel* III, 82). — Am 18. Nov. 63 unterzeichnete der König Christian IX. die neue Verfassung (*Sybel* III, 113 f.), welche die Einverleibung Schleswigs aussprach und am 1. Jan. 64 in Kraft treten sollte (*Sybel* III, 102 f.). — Schon am 22. Dez. 62 hatte Bism. erklärt, „daß die ganze dänische Angelegenheit nur durch Krieg in einer für uns erwünschten Weise gelöst werden kann." Der Anlaß zum Kriege lasse sich in jedem Augenblick finden, in dem die Stellung Preußens zu den Großmächten eine günstige sei (G.W. 4, 28). — Durch die strenge Berufung Bismarcks auf die in London von den Mächten getroffenen Verabredungen und dem Festhalten an dem Recht Christians als rechtmäßigen Thronfolger (im Gegensatz zu den deutschen Bundesstaaten, die das Londoner Protokoll nicht unterzeichnet hatten), blieb Dänemark durch seine Unnachgiebigkeit vor aller Welt in dem Unrecht, die Verträge gebrochen zu haben. (Vgl. *Sybel* III, 117 u. 125 f.) Nur auf diese Weise gelang es auch Bismarck, Österreich zu sich herüberzuziehen.

[47]) Wonach Dänemark verpflichtet war, den Herzogtümern eine gleichberechtigte und selbständige Stellung innerhalb des Gesamtstaates einzuräumen. (*Sybel* III, 72 f.)

[48]) 15. 6. 60. Raschdau I, 121. / 21. 7. 60. Raschdau I, 140 f. / 26. 2. 61. Raschdau II, 25. / 26. 3. 61. G.W. 3, 199.

[49]) 21. 3. 61. G.W. 3, 193 f.

[50]) 5. 4. 61. G.W. 3, 204 f. / 11. 5. 61. G.W. 3, 235 ff. / 15. 5. 61. G.W. 3, 246. / 29. 5. 61. G.W. 3, 250. / 28. 6. 61. G.W. 3, 262 f.

lich ein Krieg gegen Dänemark für den europäischen Frieden sei, „weil die außerdeutschen Mächte in solchem Falle bezüglich ihrer Teilnahme am Kriege nur das eigene Interesse zu Rate ziehen würden“ [51]). Bismarck ließ es sich darum, da für den Augenblick eine endgültige Regelung der Verhältnisse nicht wohl möglich schien, angelegen sein, die Herstellung eines annehmbaren Provisoriums zu befürworten [52]).

Immerhin konnte er, als er von Petesburg schied, den Eindruck mitnehmen, daß das russische Kabinett wie in allen Fragen, so auch in dieser, jede unfreundliche Haltung, ja selbst den äußerlichen Anschein einer solchen Preußen gegenüber nach Kräften vermeiden werde [53]).

Inzwischen hatte das Verhältnis Preußens zu Rußland durch den Abschluß der Alvenslebenschen Konvention eine weitere Befestigung erfahren, während Rußland mit den Westmächten zerfallen war, so daß Bismarck in seiner schon in Petersburg gewonnenen Anschauung über die voraussichtliche Haltung Rußlands nur bestärkt werden konnte.

Von Rußland ließ sich eine wohlwollende Haltung erwarten, um so mehr, da die russische Regierung eine engere Verbindung Dänmarks mit Schweden zu einer skandinavischen Union fürchtete [54]) und aus diesem Grunde ihrerseits ein Einvernehmen mit den deutschen Großmächten aufrecht zu erhalten wünschen mußte.

Die Petersburger Regierung war bestrebt, für Erhaltung des Friedens zu wirken und den deutschen Forderungen gerecht zu werden. Auf die Vorstellung Bismarcks, in Kopenhagen vor Übereilung in dem Erlaß der neuen Verfassung, die die Einverleibung Schleswigs durch Dänemark aussprach, abzumahnen [55]), beantragte Gortschakow einen gemeinsamen Druck der Londoner Vertragsmächte auf die dänische Regierung [56]). In dieser Hinsicht verständigte sich Bismarck mit dem russischen Sondergesandten Baron Ewers, der die Dänen auf die Gefährlichkeit der Verletzung der Verträge hinweisen und eine Verantwortung der Mächte für die entstehenden Folgen ablehnen sollte, insbesondere, „daß Dänemark auf keine Hilfe von außen zählen könne“ [57]).

---

[51]) 11. 4. 62. G.W. 3, 353.

[52]) 14. 6. 61. G.W. 3, 258.

[53]) 15. 4. 62. G.W. 3, 359.

[54]) 11. 5. 64. Pirch an Bism. APP. V, 94. — *Graef*, 1864. Schleswig-Holstein u. d. Ausland, S. 325. — Nach einer russ. Denkschr. a. d. Jahre 1864. Robolsky, a. a. O., 61. — Weiterhin mißbilligte Rußl. die demokr. Tendenzen; u. aus der Tatsache, daß sich Dänemark während der poln. Krise den Westmächten angeschlossen hatte (*Steefel*, The Schleswig Holstein Question S. 130), mochte auch eine gewisse Mißstimmung Rußlands gegen Dänemark herrühren.

[55]) 18. 11. 63. Bism. an Redern. G.W. 4, 206 Anm. 1 z. N. 157. u. Oubril an Gortsch. APP. IV, 158 Anm. 2 z. N. 97. — Auch später noch gab Bism. der russ. Regierung immer wieder anheim, eine Rücknahme zu erwirken. Mohrenheim an Gortsch. 8. 1. 64. APP. IV, 416 ff. — Bemerkenswert ist die Feststellung, die Oubril dann machen zu können glaubte: daß eine Umkehr Dänemarks auf den legalen Weg für Deutschland „das größte Hindernis“ sein würde, „das ihm widerfahren könnte“. Oubril an Gortsch. 29. 12. 63. APP. IV, 349 Anm. 2 z. N. 252.

[56]) 2. 12. 63 G.W. 4, 223. / 20. 11. 63 Redern an Bism. APP. IV, 183 f. / Not. v. 27. 11. 63. APP. IV, 218. — Die dänische Politik erfuhr durch den Zaren u. Gortsch. höfliche, aber bestimmte Ablehnung. (*Steefel*, a. a. O., S. 131: Alex. II. und Gortschakows Äußerungen zu dem dänischen Gesandten Plessen in Petersburg.)

[57]) Gortsch. zu Redern; nach Redern an Bism. 1. 12. 63. APP. IV, 246. — *Sybel* III, 137. — De la Gorce, Les duchès de l'Elbe ... S. 1161. — In gleichem Sinne wirkten die Vertreter Englands und Frankreichs. *Sybel* III, 138 f. *Stern* IX, 346.

Das starre Festhalten Dänemarks an der bisherigen Politik und die Ablehnung des preußisch-österreichischen Ultimatums, die Novemberverfassung innerhalb 48 Stunden aufzuheben, führte indes zum Beginn kriegerischer Maßnahmen[58]).

Auf die Bedenken, die der russische Gesandte Oubril wegen der Besetzung Schleswigs hatte, indem er auf Gefahren hinwies, die durch die jetzt von Preußen und Österreich eingeschlagenen Wege entstehen könnten, erwiderte Bismarck, daß er den Ernst der Lage nicht verkenne, der mit Österreich gemeinsam eingeschlagene Weg aber das alleinige Mittel sei, um größeren Verwicklungen vorzubeugen. Es wäre schon schwer genug gefallen, an den Festsetzungen von 1852 festzuhalten; indes beharrte man in dieser Richtung nur in dem Glauben, daß auf diesem Wege die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und England ungestört erhalten blieben. Würde man in dieser Hoffnung getäuscht, so hätte das zur Folge, daß Preußen und Österreich dem Drängen der übrigen deutschen Staaten nachgeben und sich von den Londoner Abmachungen lossagen würden. Dies würde aber für Preußen einen vollständigen Umschwung auch in allen übrigen, inneren wie äußeren Verhältnissen bedeuten, und er müsse zu bedenken geben, ob dies im Sinne einer friedlichen und konservativen Gestaltung der Verhältnisse Europas liege[59]).

Diese Auslassungen Bismarcks verfehlten in Petersburg ihre Wirkung nicht. Man machte sich die Ausführungen Bismarcks zu eigen.

Der russische Gesandte erläuterte jetzt Bismarck die Stellung Rußlands dahin, daß die Petersburger Regierung gegen eine Besetzung Schleswigs als Pfand für die Erfüllung der von Dänemark 1851/52 eingegangenen Verpflichtungen nichts einzuwenden habe, solange die Besetzung ohne Schaden des Londoner Vertrages bleibe und „die satisfaction de tous les intérêts qu'on est autorisé à faire valoir zur Basis" nehme. Innerhalb der Integrität der dänischen Monarchie und der Personalunion der Herzogtümer mit dem dänischen Königshaus sei man bereit, alle Forderungen Deutschlands zu unterstützen[60]).

Zu einer tätigen Einwirkung auf Preußen und Österreich ließ sich die russische Regierung demzufolge nicht her. Der von England in Petersburg angeregte Gedanke identischer Drohnoten nach Berlin und Wien sowie „eine

---

[58]) *Sybel* III, 140 und 158 f. — Dänemark wurde in seinem Verhalten bestärkt durch die öffentliche Meinung und die Regierung Englands, welches, durch sachliche und nationale Interessen an Dänemark gebunden, wohl auch eine Vermittlung erstrebte, dabei aber doch in eindeutiger Weise Dänemark begünstigte und außerdem um die Unterstützung einer dritten Macht warb, um mit Waffengewalt eingreifen zu können. Siehe hierzu *Voelkle*, Die Haltung Englands i. d. deutsch.-dän. Frage. *Cierpinski*, Die Politik Englands. Ztschr. d. Ges. f. Schlesw. Holst. Gesch. 44. Bd. S. 220 ff. u. 45. Bd. S. 86 ff. — *Graef*, a. a. O., 313 ff. *Kötter*, a. a. O., 74 ff. *Steefel*, a. a. O., 132 ff., 179 ff. u. 198. — Gortsch. lehnte natürlich jedes aktive Eingreifen ab, wenn er auch dem brit. Gesandten Napier sagte — wohl um sich mit England nicht zu überwerfen, — daß er „nicht abgeneigt" wäre, sich mit England zu solch einem Schritt zu verbinden, wenn nur der Golf von Finnland nicht bis Mai zugefroren wäre! (*Steefel*, a. a. O., 198 f.)

[59]) 17. 1. 64 Bism. an Redern G.W. 4, 280; auch 15. 1. 64 Oubril an Gortsch. APP. IV, 437 ff. — An ein englisch-französisch. Zusammengehen, solange Preußen und Österreich verbunden seien, glaubte Bismarck aber nicht. Hierzu: Oubril an Gortsch. 6. 3. 64. APP. IV, 640 f. u. 9. 3. 64, APP. IV, 651.

[60]) 24. 1. 64 Promemoria Bism. G.W. 4, 290. Auch 27. 5. 64 Bism. an Goltz. G.W. 4, 443. — 28. 1. 64 Oubril an Gortschakow. APP. IV, 490. — Die russische Besorgnis um Erhaltung der Integrität kommt immer wieder zum Ausdruck. Oubril an Gortsch. 31. 1. 64. APP. IV, 499 ff. u. 23. 2. 64. APP. IV, 599 ff.

gewisse Geneigtheit zu demonstrativen Maßregelen“ [61]) erfuhren, ebenso wie ein späteres Hilfsgesuch Dänemarks [62]), die Abweisung der russischen Regierung, so daß Bismarck neben seinem Befremden über das Verhalten der englischen Regierung die Überzeugung aussprechen konnte, um so mehr Ursache zu haben, „über die dabei von dem Fürsten Gortschakow eingenommene Haltung im allgemeinen befriedigt zu sein“ [63]) und „ mit dem Ausdruck dankenden Vertrauens auf die fortwährend freundliche Haltung des kaiserlichen Kabinetts“ hinzuweisen [64]).

Mit einer identischen Erklärung kamen Preußen und Österreich dem russischen Verlangen nach Integrität der dänischen Monarchie entgegen; jedoch betonte Bismarck zugleich, daß man die Verabredungen von 1852 nur solange als Ausgangspunkt von Verhandlungen angenommen habe, wie Hoffnung war, daß Dänemark seinen Verpflichtungen nachkommen würde. Durch den kriegerischen Widerstand Dänemarks gegen die Besetzung Schleswigs hätten die Verhältnisse aber eine wesentliche Veränderung erfahren, und es wäre eine unbillige Forderung, sollten die deutschen Mächte ihre Ansprüche nur auf die Verabredungen von 1851/52 beschränken. Man müßte es sich daher vorbehalten, die Forderungen an Dänemark noch näher zu formulieren [65]).

Versicherte der russische Kanzler in Petersburg, der Zar werde sich niemals mit Preußen entzweien [66]), so gab das Verhalten des russischen Kabinetts im Gegensatz zu dem des englischen Bismarck Veranlassung, die „reservierte, aber nicht unfreundliche Stellung“ Rußlands zu rühmen, wobei er allen Grund zu der Annahme glaubte haben zu können, daß Rußland auch nicht aus seiner bisherigen Haltung herauszutreten beabsichtige [67]).

---

[61]) 24. 1. 64 Promemoria G.W. 4, 290. — Auch 20. 1. 64 Bism. an Bernst. G.W. 4, 288. — 31. 1. 64 Redern an Bism. APP. IV, 508 Anm. 2 zu N. 387. — 2. 2. 64 Bism. an Redern G.W. 298. — Wiederholt im Juli 64. Siehe *Sybel* III, 266 f. u. 2. 8. 64 Redern an Bismarck. APP. V, 348 f. — Nach den Äußerungen Oubrils zu Bism. (s. G.W. 4, 290) hatte Frankreich ebenfalls zu einem gemeinschaftlichen Eingreifen veranlassen wollen. Dem widerspricht die Aussage des engl. Ministers Clarendon (s. *Sybel* III, 267), wonach England Frankreich und Rußland aufgefordert, aber von beiden Mächten eine Abweisung erhalten habe. Auch *Steefel*, a. a. O. 198 f., S. ob. S. 56 Anm. 58.

[62]) 11. u. 16. 2. 64 *Hahn*, Fürst Bism. I, 222.

[63]) 20. 1. 64 Bism. an Bernst. G.W. 4, 288. — 24. 1. 64 Promemoria. G.W. 4, 290. — Gortschakow schaffte sich mit einem „Klageruf“ Erleichterung. Dem Vorschlag des englischen Botschafters, identische Noten nach Berlin und Wien zu richten, widersetzte er sich aber sogleich mit den Worten: „Niemals wird sich Rußland zu einer Maßnahme hergeben, die danach angetan sein würde, Preußen und Österreich zu verletzen.“ (Redern an Bism. 16. 1. 64. APP. IV, 442 ff. — Ähnlich auch Redern an Bism. 3. 2. 64. APP. IV, 512 ff.) — Andererseits ließ Bism. sogar durchblicken, daß er unter Umständen auch auf einen materiellen Beistand Rußlands zählte, so z. B. wenn Frankreich Danzig besetzen würde (20. 1. 64 u. 23. 1. 64 Oubr. an Gortsch. APP. IV, 465 ff. u. 476 f.), wie er überhaupt einer „Entente zu Dreien“ das Wort sprach. (30. 3. 64 Oubr. an Gortsch. APP. IV, 687.)

[64]) 2. 2. 64 Bism. a. Red. G.W. 4, 298.

[65]) 31. 1. 64. G.W. 4, 294 f. u. 10. 2. 64. G.W. 4, 307 f. Bism. an Redern.

[66]) *Sybel* III, 226. *Stern* IX, 370. Ähnliche Äußerung Gortschakows auch nach *Steefel*, a. a. O., 201.

[67]) 16. 2. 64 Bism. an Werther. G.W. 4, 317. — Das Verhalten des russ. Botschafters in London, Baron Brunnows, der persönlich deutschfeindlich war, kann nicht als im Sinne der russischen Regierung gelegen betrachtet werden. (s. hierzu *Cierpinski*, Die Politik Englands... Bd. 44, S. 265. — *Stern* IX, 370. — 29. 5. 64 Bism. an Pirch. G.W. 4, 445.) Die Behauptung *Robolskys*, Bism. und Rußl., S. 58, Brunnow habe sich ziemlich reserviert gehalten und der Kritik weniger Stoff als sonst gegeben, dürfte damit ein Irrtum sein. — Ein Bericht Rederns zeigt auch, daß, im Gegensatz zu den russischen Regie-

Der große Wert, den Bismarck aber auch nicht nur auf die Stellung zur russischen Regierung überhaupt, sondern in gleicher Weise persönlich auf die Auffassung des Fürsten Gortschakow legte, kommt in einem Erlaß zum Ausdruck, den Bismarck an den preußischen Geschäftsträger in Petersburg gehen ließ, als sich bei dem russischen Kanzler eine gewisse Verstimmung bemerkbar machte, die ihren Grund in einer mangelnden Offenheit Bismarcks über die von ihm verfolgten Ziele seiner Politik suchte[68]). Bismarck ließ die dringende Weisung ergehen, etwaige Mißverständnisse aufzuklären, damit der kaiserliche Kanzler ein richtiges Bild von der politischen Lage Preußens, das mit Rücksicht auf die Stimmung im Innern eines greifbaren Erfolges bedürfe, und der dadurch bedingten Handlungsweise erhalte. Bezugnehmend auf die allgemeine europäische Politik hob Bismarck hervor, daß eine auf Schonung der Beziehungen zu Frankreich bedachte Politik Preußens von größter Wichtigkeit sei, damit Frankreich nicht zu einem Einverständnis mit England im Hinblick auf die Orientpolitik gebracht werde. In der dänischen Frage habe Preußen besondere Bedürfnisse, durch die sich Gortschakow um der europäischen Gesamtpolitik willen aber nicht irremachen lassen dürfe, und statt die Schwierigkeiten zu vermehren, möge er, Gortschakow, die Bemühungen Preußens unterstützen: „Ich weiß, welchen Wert er im russischen

---

rungskreisen, die große Zurückhaltung übten, die Petersburger Gesellschaft fast einstimmig Teilnahme für Dänemark empfand und eine gereizte Stimmung gegen Preußen und Österreich vorherrschte. (12. 2. 64. Redern an Bism. APP. IV, 534 Anm. 1 zu N. 410. Ähnlich 22. 5. 64 Loën an Manteuffel. APP. V, 150 Anm. 5 zu N. 87.) — Daß Gortsch. aber die Entwicklung der Krise etwa mit einer „sorglosen Heiterkeit" betrachtete, wie *de la Gorce,* Les duchès de l'Elbe S. 1166, meint, darf man doch kaum behaupten!

[68]) Diese Verstimmung Gortschakows mag wohl ihre Berechtigung finden in der Tatsache, daß Bism. der russischen Regierung seine letzten Absichten tatsächlich verschleierte und immer wieder betonte, Preußen suche keine territorialen Vorteile. (Oubril an Gortsch. 23. 2. 64. APP. IV, 598 u. 26. 4. 64. APP. V, 38 ff.) Gortsch. scheint aber in dem preußischen Vorgehen und den Äußerungen Bismarcks einen Widerspruch entdeckt zu haben, über den er gern volle Aufklärung gehabt hätte. Darum äußerte er bei einer Unterredung Pirch gegenüber: „Zwischen zwei Freunden, die sich gegenseitig verstehen und beistehen wollen, ist Offenheit und Klarheit vor allem nötig, damit die Hilfe ohne Hintergedanken und unbeirrt geleistet werden könne." Und wenn nun Gortsch. die Frage nach dem Endziel von Bismarcks Politik in dem dänischen Konflikt stellt, so fügt er doch auch gleich bei: „Das Vertrauen, welches ich durch diese Frage beanspruche, werde ich durch meine späteren Maßnahmen rechtfertigen, und Herr von Bismarck soll nie bereuen, es mir geschenkt zu haben." (Pirch an Bismarck 20. 4. 64. APP. IV, 752 f. Auch 3. 5. 64. APP. V, 75 ff.) Also ein erneuter Beweis, wie weit es Bism. gelungen war, Rußland auf seine Politik einzuspielen. Freilich darf man nicht vergessen, daß die Haltung Gortschakows immer durch die Rücksichtnahme auf die Mentalität des Zaren bestimmt war: Gortschakow selbst hätte Preußen gern ebenfalls zur Nachgiebigkeit gebracht und Dänemark durch Dankbarkeit an die russische Allianz gefesselt. Er benutzte seinerseits als Druckmittel Bism. gegenüber: England könne, aufs Äußerste getrieben, sich mit Frankreich verbünden und diesem die Rheingrenze zusichern. Freilich ließ sich Bismarck keineswegs einschüchtern: den Krieg mit England, selbst den Verlust des Rheins schien er gegenüber einem kleinmütigen Frieden vorzuziehen. (Oubril an Gortsch. 16. 6. 64. APP. V, 233 u. Randbem. des Zaren.) Gewiß hoffte Bism. aber, da er die große Friedensliebe des Zaren kannte, durch solche Rede bei Rußland ein Wirken zur Nachgiebigkeit auf die gegnerische Seite zu erzielen. — Gortsch. war also im Grunde seines Herzens Preußen nicht so zugetan, wie er sich gern den Anschein gibt. Allerdings war dies z. T. auch durch die Besorgnis bedingt, England könne Frankreich Zugeständnisse für den Orient machen, was für Rußland sehr unangenehm sein mochte. (s. zum Ganzen Pirch an Bism. 3. 5. 64; 11. 5. 64; 22. 5. 64. APP. V, 77; 94 f.; 148 f.)

Interesse mit Recht auf die Stellung Preußens legt; er wird daher auch die Bedingungen anerkennen, unter welchen dieselbe allein möglich ist“ [69]).

Durch Anspielung auf die russischen Interessen im Orient und durch Weckung des Verständnisses für die Lage Preußens suchte Bismarck also, die russische Regierung dem preußischen Interesse gefällig zu halten.

Bei der Durchreise des Zaren nach Bad Kissingen hatte Bismarck Gelegenheit, sich in Berlin persönlich mit Alexander II. und Gortschakow zu unterreden [70]).

Gern hätte der Zar im Hinblick auf die Erregung in England im Interesse des europäischen Friedens Bismarck zu einer Nachgiebigkeit in dem militärischen Vorgehen gegen Dänemark veranlaßt, aber Bismarck wußte geschickt den Zaren für seinen Standpunkt zu gewinnen, indem er darauf hinwies, daß ein Abschluß des dänischen Streites, der die Deutschen in Schleswig ungeschützt ließe, für König, Heer und Nation eine Demütigung herbeiführen und somit eine starke Waffe in die Hände der Revolution liefern würde: ein Mittel, das bei dem Zaren stets Eindruck machte. Der dänische Konflikt — eine Episode im Kampf des monarchischen Prinzips gegen die europäische Revolution: so machte Bismarck den Zaren gefügig. Kommt man den berechtigten nationalen Bedürfnissen entgegen, so werden der Revolution die Vorwände genommen, aus denen sie ihre Kraft erhält!

Über die freundliche Aufnahme der Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg in Berlin [71]) war der Zar höchst befriedigt, während er sich gegen

---

[69]) 30. 4. 64 Bismarck an Pirch. G.W. 4, 401 ff. u. 24. 4. 64 Bism. an Pirch. APP. IV, 753 f. Anm. 1 zu N. 604. Auch 12. 6. 64 Oubril an Gortsch. APP. V, 212 f. — Zur Beruhigung der russischen Regierung äußerte Bism. weiterhin dem russischen Gesandten gegenüber in bezug auf die gegenseitigen Beziehungen und die allgemeine politische Lage: „Was auch geschehen mag, er (Gortschakow) wird auf dem Grunde des Glases immer dieselben Farben wiederfinden“; und zugleich ließ Bism. auch durchblicken, daß, falls er die dänische Frage nicht mit einem befriedigenden Ergebnis abschließen könne, er sich zurückziehen und der König selbst vielleicht abdanken würde: eine Warnung für Petersburg, die dem Zaren gewiß imponieren mußte! Freilich fand der Zar diese Sprache Bismarcks sehr wenig beruhigend. (26. 4. 64 Oubril an Gortsch. APP. V, 38 u. Kopfnote Alex. II.)

[70]) Zu dem Folgenden: Aufzeichn. Bism. v. 11./13. 6. 64. G.W. 4, 459 ff. — 14. 6. 64 Bism. an Werther. G.W. 4, 461 ff. Auch *Sybel* III, 253 f. — Man kann es als einen Glücksumstand betrachten, daß Bism. Gelegenheit hatte, sich in persönlicher Aussprache mit dem Zaren ins Benehmen zu setzen und so die Einflüsse zu paralysieren, denen der Zar in Petersburg vor allem auch von den Mitgliedern der kaiserlichen Familie ausgesetzt war. (Hierzu: 11. 5. 64 Pirch an Bism. APP. V, 95. — 12. 2. 64 Redern an Bism. APP. IV, 534. S. ob. S. 57 Anm. 67. — 30. 5. 64 Pirch an Bism. APP. V, 165 Anm. 3 zu N. 103). Wie heilsam sich die Unterredung auch auf England ausgewirkt hat, zeigt ein Bericht Rederns vom 2. 8. 64, in dem es heißt: „Während Lord Napier noch vor wenigen Wochen den giftigsten Anfeindungen gegen Deutschland Worte lieh, ruft er heute (nach der Rückkehr Gortschakows) den Frieden sehnlichst herbei.“ (APP. V, 349.)

[71]) Der Zar hatte am 2. Juni die durch russisch-dänisches Protokoll v. 5. Juni 1851 vorbehaltenen Erbansprüche des Hauses Holstein-Gottorp auf den Großherz. v. Oldenburg übertragen. Bism. stimmte der Berücksichtigung dieser Kandidatur vollkommen zu. (s. *Sybel* III, 250 u. 252. — 8. 6. 64 Bism. an Werther. G.W. 4, 452 ff.) Möglicherweise war der Wunsch einer Anerkennung dieser Kandidatur auch ein Grund — neben der Gefahr einer skandinavischen Union (s. ob. S. 55) —, daß der Zar seinerseits das Einvernehmen mit den deutschen Großmächten gewahrt wissen wollte. (Siehe *Jansen,* Großherz. Peter von Oldenburg und die schlesw.-holst. Frage, in Dtsch. Revue 27. Jhrg. 4. Bd.) — *Oncken* zeigt (Großherz. P. v. Oldenb., in Preuß. Jhrb. Bd. 102), wie Bism. diese Kandidatur benutzte, um mit der „theoretischen Bevorzugung“ der Oldenburger Ansprüche dem russischen Kaiser einen Gefallen zu erweisen und so ein Einvernehmen mit Rußland zu er-

eine mögliche Annektierung der Herzogtümer von Preußen sehr eingenommen zeigte. Einer bloßen Abtrennung der Herzogtümer von Dänemark schien der Zar nicht entgegen zu sein und bezeichnete selbst den Londoner Vertrag als einen überwundenen Standpunkt. Die Bedenken des Zaren wegen eines Eingreifens Englands zerstreute Bismarck aber, indem er darauf hinwies, daß England sich nur im Bunde mit Frankreich zum Kriege entschließen würde, Napoleon aber wohl wisse, daß ein Kampf am Rhein ein einiges Deutschland und auch die Koalition der drei Ostmächte ins Leben rufen werde. Dabei rechnete Bismarck also unbedingt auf den militärischen Beistand Rußlands: französische Heere in Deutschland würden Rußland durch die Rücksicht auf Polen zu der Teilnahme am Kriege zwingen [72]), möge es nun seiner Neigung entsprechen oder nicht. Auch der Hinweis auf den Dank, den sich Preußen während des polnischen Aufstandes verdient habe, mußte zur Einwirkung auf den Zaren beitragen.

Daraufhin kam man von russischer Seite auf die Einwendungen nicht wieder zurück.

Dank der wohlwollenden Haltung Rußlands [73]), die Bismarck nun zwar keineswegs von ungefähr zufiel, sondern die er sich immer wieder von neuem geschickt erkämpfen mußte [74]), konnte Bismarck allem Widerstand Dänemarks und allen englischen Einmischungsversuchen Trotz bieten und die schleswig-holsteinische Frage zu einem dem preußischen Interesse gemäßen Abschluß bringen. Die russische Regierung hatte sich allen Darlegungen Bismarcks zugänglich gezeigt, die dieser zu dem Zweck einer ungefährdeten Durchführung seiner Politik unter Hinweis auf gemeinsame Interessen gemacht hatte. Eine russische Denkschrift aus dem Jahre 1864 [75]) bringt dies klar zum Ausdruck: „Aus höheren Rücksichten ... haben wir unsere alten Rücksichten gegeu Dänemark zum Schweigen gebracht; Dänemark ist die Beute der Demokratie geworden. Preußen konnte auf die diplomatische Unterstützung Rußlands

---

reichen (S. 496). — Dazu ist ergänzend zu bemerken, daß Bism. in der Unterstützung der Oldenburger Kandidatur auch insofern einen größeren politischen Vorteil erblickte, als der Großherzog seine Rechte nicht auf den ehemals herzoglichen Anteil von Holstein beschränken, sondern die Nachfolge in beiden Herzogtümern beanspruchen würde, wodurch eine Teilung Schleswigs zu verhindern war, da man eine solche dann nicht als eine Abtretung v o n Dänemark, sondern a n Dänemark ansehen mußte. Die Unterstützung Rußlands war dafür sicher. (8. 6. 64 Bism. an Werther. G.W. 4, 454.) Durch den weiteren Verlauf der Ereignisse wurde diese Kandidatur aber überholt. Auch schenkte ihr die russische Regierung später keine Aufmerksamkeit mehr. (13. 1. 66 Bism. an Usedom. G.W. 5, 356.)

[72]) Auch 14. 6. 64 Bism. an Werther G.W. 4, 465: „Rußland kann ebensowenig wie Preußen und Österreich selbst zugeben, daß französische Heere in die Mitte Deutschlands vordringen; es weiß, daß dies nur der Weg nach seinen eigenen polnischen Provinzen wäre, und daß das siegreiche Auftreten Frankreichs in Deutschland, die Niederlage Preußens oder Österreichs, das Erscheinen französischer Truppen in Posen oder Krakau seiner eigenen Macht an die Wurzeln greifen würde; daß endlich der Sieg Frankreichs der Sieg der Revolution wäre."

[73]) Der Freundschaft Napoleons konnte Bism. nicht trauen; sie bot keine genügende Sicherung, denn die franz. Politik war nur auf Erwerb deutschen Landes gerichtet (s. Bism. Randbem. auf dem Brief v. Goltz v. Dez. 63. Bism.-Jahrb. V, 241 f.). Somit war die Haltung Rußlands in dem Streit der deutschen Mächte mit Dänemark von ausschlaggebender Bedeutung.

[74]) Das muß nach einer umfassenden Durchsicht der gesamten Aktenstücke einmal besonders hervorgehoben werden!

[75]) *Robolsky,* a. a. O., 60 ff.

rechnen, da es eine Schutzwand gegen Frankreich bildet. Ohne es darin zu bestärken, hat Rußland keinen Grund, seinen Vergrößerungen Widerstand entgegenzusetzen, solange dieselben die direkten Interessen Rußlands nicht schädigen;" und auf die Anfrage von französischer Seite, ob Rußland die Vergrößerung der preußischen Seemacht ohne Beunruhigung sehen könne, gab Gortschakow die Erwiderung, daß die Verhältnisse Rußlands zu Preußen derart seien, daß Rußland die Machtentwicklung Preußens ohne Neid und Besorgnis ansehen würde [76]). Der Zar aber zollte Bismarck „für kraftvolle und geschickte Führung der Politik Beifall" [77]).

Bismarck konnte ruhig seinem Ziele näherschreiten. Der russischen Freundschaft gewiß, blieb diese die außenpolitische Vorbedingung seiner Erfolge.

Kapitel 7.

Die Lösung der deutschen Frage.

Mit dem Erwerb der Herzogtümer und der Konvention von Gastein [78]), wonach die Ausübung der Rechte hinsichtlich Schleswigs an Preußen, hinsichtlich Holsteins an Österreich überging, war die Herzogtümerfrage keineswegs erledigt; vielmehr war ein neuer Konfliktstoff gegeben. Die „Entscheidung der Hauptfrage" war „nur als vertagt zu betrachten, und alle Chancen der definitiven Lösung" blieben „nach wie vor offen," im Hinblick auf den Gang der österreichischen Politik galt es, „die Möglichkeit des Bruches im Auge zu behalten" [79]).

Bismarck erstrebte daher, mit den beiden mächtigsten Nachbarn, sowohl Rußland als auch Frankreich, in bestem Einvernehmen zu leben [80]).

Besonders in den orientalischen Angelegenheiten hieß es darum Zurückhaltung üben und Obacht geben, daß bei einem Auseinandergehen der Meinungen dieser beiden Mächte Preußen nicht durch eine zu weitgehende Parteinahme Verstimmung hervorrief. Die Beziehungen zu beiden Mächten mußten geschont werden, insbesondere aber zu Rußland, da es „die Macht ist, mit der wir nach den Gefühlen des Königs und unsern politischen Interessen unlieber als mit jeder anderen Verstimmungen eintreten sehen würden" [81]).

Die Mitwirkung Preußens bei einer etwaigen Neugestaltung in den Donauländern wurde daher durch die Notwendigkeit bedingt, mit Rußland nicht in Verwicklungen zu geraten: „Die Zuverlässigkeit unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und die Bedeutsamkeit unserer nachbarlichen Verhältnisse machten es uns zur Pflicht, daß seit lange zwischen beiden Höfen bestehende Vertrauen nicht zu untergraben" [82]).

---

[76]) Nach einem Gespräch Oubrils mit Bismarck. 12. 2. 65 Bism. an Goltz. G. W. 5, 83 f.
[77]) 5. 12. 64 Loën an Bism. APP. V, 547.
[78]) *Stern* IX, 422. *Sybel* IV, 134 ff.
[79]) 16. 8. 65 Bism. an Goltz. G.W. 5, 273. Auch 13. 1. 66 Bism. an Usedom. G.W. 5, 354 ff.
[80]) 10. 12. 65 Bism. an Brassier de St. Simon. G.W. 5, 337 f. Auch 14. 3. 66 Bism. an Goltz. G.W. 5, 403 und 404 f.
[81]) 10. 12. 65 Bism. an Brassier de St. Simon. G.W. 5, 338.
[82]) 11. 10. 65 Immediatbericht. G.W. 5, 310.

Bismarck beeilte sich darum auch, jede Besorgnis, die sich in Petersburg aus Anlaß des preußischen Bundesreformantrages verbreitete [83]) und Verstimmung hinterlassen konnte, zu beschwichtigen, indem er betonte, daß man weit davon entfernt sei, „den konservativen Prinzipien untreu zu werden und die Bahn revolutionärer Tendenzen zu betreten", und „die vorgeschlagene Maßregel für die konservativen Interessen förderlich und notwendig" halte [84]).

Das Attentat des württembergischen Republikaners Cohen-Blind auf Bismarck gab diesem Veranlassung, noch am gleichen Tage in Petersburg darauf hinzuweisen, daß die Revolutionäre ihn nicht als Förderer ihrer Pläne, sondern als Vertreter des monarchischen Prinzips und die Reformen gerade als Hindernis ihrer Pläne ansehen würden, „daß also meine Stellung doch eine andere ist, als sie dem Kaiser dargestellt worden" [85]).

Man sah die Bundesreform in Petersburg ungern, man mißbilligte die nationalen Bestrebungen Preußens, man verabscheute die Berufung eines deutschen Parlamentes: aber man tat nichts Ernstliches, um Preußen von solchem Beginnen abzuhalten [86]).

Der große Wert, den Bismarck auf die russische Freundschaft legte, wird auch besonders dadurch erhellt, wie Bismarck Fragen behandelte, die geeignet sein konnten, eine Verstimmung zwischen Berlin und Petersburg hervorzurufen. Als Bismarck Klagen von einer gewaltsamen Russifizierung des deutschen Elementes in den russischen Ostseeprovinzen bekannt wurden, machte er dies wohl zum Gegenstand einer Unterredung mit dem russischen Gesandten, in der er darauf hinwies, welche Unannehmlichkeiten ihm durch die Behandlung dieser Angelegenheit im preußischen Abgeordnetenhaus entstehen würden, zugleich aber betonte, daß es nicht seine Sache sei, sich in innere Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen [87]). Zudem trug er, veranlaßt durch die Art der Berichterstattung Oubrils [88]), Sorge, Gortschakow direkt wissen zu lassen, daß er „n i c h t s gesagt habe, was einem Versuch, bei Rußland für russische Untertanen zu intercedieren, auch nur im entferntesten ähnlich sein könnte", und ersuchte den russischen Kanzler, bei dem Zaren Eindrücken entgegenzutreten, die besonders peinlich sein könnten, „da ich nicht nur von den Gefühlen dankbarer Anhänglichkeit und Verehrung für die Person, sondern auch von der vollsten Achtung vor den R e c h t e n Ihres erhabenen Monarchen beseelt bin" [89]). Die Antwort Gortschakows [90]) enthob Bismarck jedes Zweifels über das unbegrenzte Wohlwollen und Ver-

---

[83]) Vorbem. zu N. 304 v. G.W. 5, 455 f. — *Schweinitz,* Denkwürd. I, 207 ff. — Zar Alex. äußerte zu Schweinitz: „Die Berufung eines Parlaments ist revolutionär und gefährlich. Wenn sie wüßten, wie man von allen Seiten in mich dringt! C' est un haro général contre Bismarck; on le croit capable de tout." — Gortsch.: „Das ist nicht mehr Politik, das ist Revolution." *Revertera,* Erinnerungen, in Dtsch. Revue 29, II, 130. *Brandenburg,* Untersuch. 689. Ähnl. *Charles-Roux* 373.

[84]) 17. 4. 66 Bism. an Redern. G.W. 5, 456 ff.

[85]) 7. 5. 66 Bism. an Redern. G.W. 5, 490 f.

[86]) *Schweinitz,* Denkw. I, 210; auch *Charles-Roux* 373.

[87]) 1./13. 3. 65 Oubril an Gortsch., Bismarck-Jahrb. I, 56 ff.; auch *Robolsky,* a. a. O., 74 ff.

[88]) s. hierzu die Briefe Oubrils an Gortsch.: Bism.-Jahrb. I, 56 ff. u. 58. Dazu die Antwort Gortsch.: Bism.-Jahrb. I, 59 ff. Ferner 15. 3. 65 u. 30. 3. 65 Bism. an Redern. G.W. 5, 133 ff. u. 147 f.

[89]) 27. 3. 65 Bism. an Gortsch. Bism.-Jahrb. I, 62 u. 63.

[90]) 30. 3. 65 Gortsch. an Bism. Bism.-Jahrb. I, 64 ff.

trauen, das ihm sowohl der Kaiser als auch Gortschakow entgegenbrachten. In dieser wie in allen Fragen hieß es auf das gute Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg Rücksicht nehmen, „die Angelegenheit als eine solche behandeln, welche auf unsre politischen Beziehungen zu Rußland ohne Einfluß bleibt“ [91]).

Der Erfolg dieser Politik zeigte sich darin, daß sich Rußland jeder Einmischung in die Angelegenheiten der deutschen Mächte enthielt. Nur unter der Voraussetzung einer stets wohlwollenden Haltung der Petersburger Regierung konnte Bismarck seinen Weg weitergehen, ohne Gefahr zu laufen, einer gemeinsamen Front der europäischen Staaten gegenüberzustehen. Es fiel auch allgemein auf, wie Bismarck größte Zuversicht in bezug auf die Haltung und Absichten des nordischen Kaiserreiches zeigte, und man gewann in diplomatischen Kreisen den Eindruck, daß andrerseits das Petersburger Kabinett die Ansprüche Preußens und die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen den beiden deutschen Mächten mit großer Gleichgültigkeit ansah [92]).

Wenn Rußland, trotz der engen Verbindung des Berliner mit dem Petersburger Hofe, dennoch Preußen zur Mäßigung gegen Österreich riet [93]), so lag darin keineswegs eine Parteinahme gegen Preußen. Es wird das nur sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß der Zar einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Mächten zu verhindern suchte [94]), denn immer stand ihm als Folge einer kriegerischen Auseinandersetzung der konservativen Mächte das Schreckgespenst der Revolution vor Augen: „Es wäre ein furchtbares Unglück: der Ausgang ist gar nicht abzusehen . . . Der gemeinschaftliche Feind aller, die Revolution, gegen den alle Regierungen gemeinschaftliche Sache machen sollten, würde der einzige Gewinner dabei sein“ [95]).

Bismarck wies jedoch jede Ermahnung von russischer Seite glatt zurück [96]) und zeigte sich noch verletzt, da man Äußerungen, die „österreichischer klingen... als die des Grafen Mensdorff“ [97]), nicht von einer befreundeten Macht und am allerwenigsten von Rußland erwartet habe. Bismarck wußte aber auch, wo der Zar zu packen war: „Seine Majestät der König appelliert an das monarchische und soldatische Gefühl seines nächsten Freundes und nächsten Verwandten des Kaisers, um selbst zu entscheiden, ob angesichts dieser Tatsachen (nämlich der österreichischen Rüstungen, die nur gegen Preußen gerichtet sein konnten, Verf.) es... möglich sei, der österreichischen Zumutung einer Entwaffnung ohne volle und aufrichtige Gegenseitigkeit [98]) nachzugeben.“

---

[91]) 30. 3. 65 Bism. an Redern. G.W. 5, 148.

[92]) 10. 5. 66 *Benedetti* an Drouyn de Lhuys. Origines diplomatiques 205. Auch *Hahn,* a. a. O., I, 382.

[93]) 29. 4. 66 Redern an Bism. G.W. 5, Vorbem. zu N. 318, S. 472. — Alexander II. an König Wilhelm. *Clark,* Franz Joseph and Bismarck, S. 378.

[94]) s. a. *Hahn,* a. a. O., I, 423 f.: Nach der „Provinzialkorrespondenz“ v. 23. 5. machte der Zar „in aufrichtiger Friedensliebe die dringendsten Vorstellungen in Wien und Berlin zu Gunsten des Friedens; auch beteiligte er sich mit Frankreich und England an dem Vorschlag zum Zusammentritt eines Kongresses (der aber durch die Haltung Österreichs zum Scheitern gebracht wurde) (s. G.W. 5, Vorb. z. Nr. 357 S. 510 u. *Hahn,* a. a. O., I, 423 ff.) und leitete einen Meinungsaustausch mit Preußen über die dem Kongreß zu unterbreitenden Fragen ein. (18. 5. 66 Runderl. Bism. G.W. 5, 501.)

[95]) Alex. II. zu Schweinitz. *Schweinitz,* Denkw. I, 194.

[96]) 30. 4. 66 Bism. an Redern. G.W. 5, 472 ff.

[97]) Österreichischer Minister des Auswärtigen.

[98]) Die österr. Regierung behauptete, daß ihr erhöhte Kriegsbereitschaft nur gegen

Mit der Annahme des österreichischen Mobilisierungsantrages vom Bundestag am 14. Juni und dem Austritt Preußens aus dem Bunde fiel die Entscheidung über Krieg und Frieden [99]).

Obgleich auf den Zaren von seinen preußenfeindlichen deutschen Verwandten „mündlich und schriftlich, täglich und stündlich“ [100]) einzuwirken versucht wurde, bewahrte die russische Regierung vollkommene Neutralität. Auch die ersten Erfolge der preußischen Waffen konnten das Schweigen der russischen Regierung nicht brechen, ja, Gortschakow verriet sogar eine gewisse Sympathie für die preußischen Erfolge [101]), und Bismarck fand auch nicht den geringsten Grund, der auf eine Änderung der Haltung Rußlands schließen lassen konnte [102]).

Ob bei Bismarck die Zuversicht auf die „pietätvolle Anhänglichkeit“ des Zaren schwerer ins Gewicht fiel als andere Erwägungen, wie Schweinitz meinte [103]), ist nicht wahrscheinlich. Wir wissen, daß Bismarck keine Gefühlspolitik trieb. Die langjährigen freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Höfe zueinander verstärkten wohl das gute Verhältnis beider Mächte, aber es gründete sich auf den Gang einer Politik, wie sie mit dem Krimkrieg angebahnt und über den polnischen Aufstand bis zum Augenblick von einer Meisterhand geführt worden war.

Jedoch die Schnelligkeit und Vollständigkeit der preußischen Siege über Österreich und seine Verbündeten ließ auch in Petersburg aufhorchen. Gortschakow fürchtete, sich bald „en présence de faits accomplis“ [104]) zu finden, denn es gab doch Punkte, die das Interesse der russischen Regierung in hohem Maße beanspruchten.

Da Rußland die Verträge von 1815 mit unterzeichnet hatte, fühlte sich der Zar für berechtigt und verpflichtet, nach der Auflösung des deutschen Bundes bei einer Neugestaltung der deutschen Verhältnisse ein wichtiges Wort mitzureden; in den preußischen Annexionsabsichten sah man in Petersburg aber eine Unterstützung der Revolution, und dazu kam, daß der Zar mit verschiedenen der im Krieg mit Preußen sich befindenden Herrscher nahe verwandt war und sich verpflichtet fühlte, für deren Interessen einzutreten. Außerdem besorgte der Zar bei einer Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie und Gewährung der Autonomie an ihre Nationalitäten Rück-

---

italiensche Angriffe gerichtet sei. (25. 4. 66 Bism. an Werther. G.W. 5, 436 f.) Am 23. 5. 66 (Bism. an Redern. G.W. 5, 511 f.) machte Bismarck auch auf die Rüstungen der Mittelstaaten aufmerksam, unterließ aber die Erwähnung Württembergs, wahrscheinlich um den Zaren im Hinblick auf dessen nahe verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Stuttgarter Hof nicht zu verletzen. In Petersburg wirkte aber die Königin Olga von Württemberg, eine Schwester des Zaren, stark gegen Bism. und Preußen, jedoch ohne Erfolg. (*Schweinitz*, Denkw. I, 196 f. u. 211. — 13. 6. 66 Talleyrand, französ. Gesandter in Petersburg: Origines dipl. X, 160.)

[99]) *Sybel* IV, 326 ff.

[100]) *Schweinitz*, Denkw. I, 210 f.

[101]) 28. 6. 66 Talleyrand an Drouyn. Origines dipl. X, 286 f. — Die öffentliche Meinung in Rußland richtete sich stark gegen Österreich. Der seit dem Krimkrieg überkommene Haß Rußlands fand seine Befriedigung in den militärischen Niederlagen Österreichs. *Charles-Roux* 382. G.W. 15, 284.

[102]) 26. 6. 66 Bism. an Goltz. *Brandenburg*, Untersuch. 689. G.W. 6. Vorbem. zu No. 465, S. 48.

[103]) *Schweinitz*, Denkw. I, 210.

[104]) *Charles-Roux* 382.

wirkungen auf die nichtrussischen Bevölkerungen seines Landes, vor allem die Polen [105]).

Nach der Niederlage der Österreicher bei Königgrätz brachte der russische Kanzler dem preußischen Gesandten Redern seine Besorgnis zum Ausdruck [106]) und regte auch schon eine gemeinsame Intervention der europäischen Großmächte an [107]), als man in Petersburg aber sogleich durch ein selbständiges Vorgehen Napoleons wieder verletzt wurde und fürchtete, daß sich Frankreich einseitig Vorteil zu verschaffen suche [108]). Die Verstimmung gegen Frankreich ließ die russische Regierung darum wieder mit Preußen Fühlung nehmen. So wurde zwischen Berlin und Petersburg eine Verständigung über die Friedensbedingungen angebahnt [109]).

Bismarck kannte die Sympathie des Zaren für die ihm verwandten deutschen Fürstenhäuser [110]), und infolge der erregten Stimmung in Frankreich mußte ihm an einer wohlwollenden Haltung der russischen Regierung äußerst viel gelegen sein. Darum mußte er sich bemühen, eine Verstimmung in Petersburg nach allen Kräften zu vermeiden. Bismarck verbarg auch nicht, wie sehr ihm ein Einvernehmen mit Rußland erwünscht war und ließ in Petersburg anfragen, wie sich die russische Regierung zu Annexionen in Norddeutschland stelle und welche Kompensationen Rußland seinerseits in Galizien oder im Orient wünsche, wobei er besonders hervorhob, daß man den Sympathien Rußlands für Hessen-Darmstadt Rechnung tragen würde [111]). Die russische Regierung ging aber nicht auf die Anregung Bismarcks ein. Sie schien keinerlei Kompensationen für sich im Auge zu haben, sondern nur die Herstellung des Friedens zu wünschen [112]). Der kühlen Haltung der russischen Regierung entsprach ganz der Brief, den der Zar an König Wilhelm richtete, in dem Alexander zum Ausdruck brachte, daß durch die preußischen Forderungen das europäische Gleichgewicht berührt werde und es wahrscheinlich sei, daß Preußen „quasi die einhellige Stimme" der großen Mächte gegen sich haben werde [113]).

[105]) *Sybel* V, 168. *Stern* IX, 557. *Brandenburg,* Unters. 688 f. *Brandenburg,* Reichsgründung II, 231. *Charles-Roux* 383 f. G.W. 15, 284.

[106]) 5. 7. 66 Red. an Bism. *Brandenburg,* Unters. 690. G.W. 6, 48.

[107]) 1. 7. 66 Talleyrand an Drouyn. Orig. dipl. X, 300. *Charles-Roux* 383. *Sybel* V, 169.

[108]) *Sybel* V, 163 ff. u. 169. *Brandenburg,* Unters. 690 f. *Charles-Roux* 385: „Gortschakow zeigte sich gekränkt, verletzt (froissé, blessé)."

[109]) Siehe ausführlicher *Brandenburg,* Unters. 690 f. — Die russische Regierung bat um Mitteilung der preuß. Absichten Ber. Rederns v. 7. 7.; siehe auch G.W. 6 Vorb. z. No. 465 S. 48), worauf König Wilhelm einen Brief an den Zaren richtete, in dem er diesem die Stellung Preußens und die Erfordernis gewisser Garantien verständlich zu machen suchte. Daß der Flügeladjutant v. Schweinitz den Brief persönlich überbringen mußte, macht deutlich, welches Gewicht man im preuß. Hauptquartier auf die Haltung Rußlands legte.

[110]) Nach dem Bericht Rederns v. 5. 7. 66 sagte Gortsch.: „Ich hoffe, daß Sie großmütig sein werden; denn in der Tat könnten wir nicht zulassen, daß Preußen ganz Deutschland an sich reißt." G.W. 6 Vorb. z. N. 465 S. 48.

[111]) 30. 7. 66 Bism. an Redern. G.W. 6, 48 f. Auch *Brandenburg,* Unters. 692. — 15./16. 7. 66 Bism. an Redern. G.W. 6, 56. Auch *Haller,* Bismarcks Friedensschlüsse S. 53 und *Brandenburg,* Unters. 693 f. Dazu ferner die Anweisung an den preuß. Sonderges. Manteuffel in Petersburg v. 9. 8. 66: „Wenn russische Wünsche wegen Befreiung vom Pariser Frieden, bezgl. Schwarzen Meeres auftauchen, so behandeln Sie dieselben entgegenkommend. Wir haben am Fortbestande der Beschränkungen kein Interesse." G.W. 6, 115.

[112]) Nach dem Tel. Rederns v. 20. 7. *Brandenburg,* Unters. 694. Siehe auch die Äußerung Gortsch. zu Manteuffel am 10. 8. *Sybel* V, 286.

[113]) 15. 7. Alex. II. an Wilh. I., nach G.W. 6 Vorb. zu No. 498, S. 78.

Bismarck konnte jetzt also keineswegs mehr vor einer Einmischung Rußlands unbesorgt sein [114]). Diese Besorgnis ließ ihn auch zu einem raschen Abschluß des Vorfriedens drängen [115]).

Es konnte Bismarck somit wohl auch nicht überraschend kommen [116]), als Rußland während der Nikolsburger Präliminarien den Wunsch nach einem Kongreß an Preußen richtete [117]) und am 27. Juli den formellen Antrag auf sofortige Berufung eines Kongresses stellte [118]).

Rußland hatte wohl die Niederlagen Österreichs gern gesehen. Als Preußen aber nun die Vorteile aus seinen Erfolgen ziehen wollte, lenkte die russische Regierung ein. Es ergab sich die Situation, von welcher Bismarck später schrieb, „daß Rußland es nicht ungern sähe, wenigstens es nicht hindern würde, wenn eine numerisch überlegene Koalition einiges Wasser in unsern Wein von 1866 gegossen hätte" [119]).

Um die plötzliche Wendung der Haltung Rußlands zu verstehen, ist zu bedenken, daß die russische Regierung eigene Interessen bedroht glaubte und man in Petersburg in jeder Neugestaltung politischer Verhältnisse eine Förderung der Revolution witterte. Der Zar empfand Mitgefühl mit den bedrohten deutschen Dynastien. Keinesfalls lag darin eine Feindseligkeit gegen Preußen, denn immer wieder hatte der russische Kanzler Gortschakow bei der Äußerung seiner Besorgnisse hinsichtlich der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland den Wunsch nach einem Einvernehmen mit Preußen und dem gegenseitigen Vorteil einer „entente" beider Mächte zum Ausdruck gebracht und dem preußischen Vertreter in Petersburg versichert, daß Preußen an Rußland immer einen Freund haben werde [120]).

Es braucht somit kaum erwähnt zu werden, daß sich der Zar, trotz aller diplomatischen Einmischungsversuche, nie zu einer feindseligen Demonstration gegen Preußen herbeigelassen haben würde. Daran hat auch Bismarck keinen Augenblick gedacht. Wohl ließ sich aber der russische Beistand gegen eine Koalition, die Frankreich jetzt möglichenfalls gegen Preußen aufbringen konnte, erst erwarten, „wenn wir das Unglück gehabt haben sollten, Niederlagen zu erleiden, vermöge deren die Frage näher gerückt wäre, ob Rußland die Nachbarschaft einer siegreichen französisch-österreichischen Koalition an seinen polnischen Grenzen vertragen könne" [121]).

---

[114]) Der Behauptung *Brandenburgs*, daß alle Mitteilungen aus Petersburg in Bism. die Überzeugung wecken mußten, „daß von Rußland kein ernstlicher Einspruch zu erwarten sei", kann der Verf. vorl. Arbeit demnach nicht zustimmen. Allerdings hatte *Brandenburg*, wie er S. 693 schreibt, auch keine Kenntnis von dem Inhalt des Briefes Alexanders!

[115]) 24. 7. 66 Bism. an König Wilh. I. G.W. 6, 79.

[116]) Tel. Rederns v. 24. 7. *Brandenburg*, Unters. 694.

[117]) Vgl. die gegenteilige Behauptung bei *Brandenburg*.

[118]) Tel. Werthers v. 27. 7. *Brandenburg*, Unters. 695. Entsprechende Eröffnungen wurden in Wien, Paris, London und Florenz gemacht. *Stern* IX, 558. G.W. 15, 284.

[119]) G.W. 15, 285.

[120]) Tel. Rederns v. 7. 7., nach G.W. 6 Vort. zu No. 465 S. 48; auch *Brandenburg*, Unters. 690. Ber. Rederns v. 15. 7. *Brandenburg*, Unters. 693. 20. 8. Bism. an Manteuffel. G.W. 6, 139. — Verf. vorlieg. Arbeit nimmt darum dagegen Stellung, wenn *Haller*, Bismarcks Friedensschlüsse S. 54, schreibt, daß ‚endlich die Maske fiel, die das wahre Antlitz der russischen Regierung verhüllt hatte'.

[121]) G.W. 15, 284. Bism. kam darum, bis das völlige Einvernehmen mit Rußland wiederhergestellt war, den französ. Wünschen scheinbar entgegen und ließ Napoleon hoffen, daß er in Freundschaft etwas bekommen würde, um so eine Verbindung Frank-

Bismarck war aber keinesfalls geneigt, sich den mit der Gefahr der eigenen Existenz und schweren Opfern erkauften Sieg verkümmern zu lassen. Er lehnte daher am 29. Juli den russischen Kongreßvorschlag ab und gab dem Wunsche Ausdruck, von dem Gerechtigkeitsgefühl und der Freundschaft des Zaren erwarten zu können, daß Rußland keine weiteren Schritte tun werde, ohne sich mit Preußen zu verständigen [122]).

Mit einer freundlichen Mahnung war in Petersburg aber nicht weit zu kommen. Der Zar bestand hartnäckig auf dem Kongreßgedanken: die unter Mitwirkung aller geordneten Verhältnisse könnten nicht durch Preußen und Oesterreich allein umgestaltet werden [123]). Bismarck griff daher zu einem Mittel, das in Petersburg unfehlbar seine Wirkung tun mußte. Er ließ dem Zaren durch den Militärbevollmächtigten in Petersburg, Schweinitz, erklären: ohne Revolution in Preußen und Deutschland sei es ganz unmöglich, auf die Früchte der erkämpften Siege zu verzichten oder die Gestaltung Deutschlands von dem Beschluß eines europäischen Kongresses abhängig zu machen. Mit der Drohung, bei einer weiteren Einwirkung des Auslandes „die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder" zum Widerstand zu entfesseln, mußte der Zar erkennen, zu welchen Folgen seine Einmischung führten konnte [124]).

Schon mochte Alexander den Weltbrand der Revolution und die Hölle in Polen sehen, denn die erwartete Wirkung stellte sich sofort ein: Rußland verzichtete auf den Kongreß [125]). Der Zar brachte nun den Wunsch nach einer näheren Verständigung mit Preußen zum Ausdruck und ersuchte um Sendung eines Sondergesandten, um sich mit diesem über den Umfang der preußischen Pläne ins Einvernehmen zu setzen [126]). Bereitwilligst wurde preußischerseits diesem Wunsche des Zaren entsprochen und der General Manteuffel, „eine der ruhmgekrönten hohen Personen" und dem Zaren besonders angenehm [127]), nach Petersburg geschickt. Unverhüllt ließ Bismarck über die geplanten Annexionen Mitteilung machen, war aber auch zu gewissen Rücksichten auf Rußland bereit [128]).

---

reichs mit Rußland zu verhindern, was auch tatsächlich zu einer Ablehnung des Kongreßvorschlages seitens Frankreichs führte, um so mehr, da Napoleon auf dem Kongreß auch nicht die führende Rolle gespielt hätte. *Sybel* V, 264. *Haller,* Bismarcks Friedensschlüsse, 48 f.

122) 29. 7. 66 Bism. a. d. Ausw. Amt zur Mitteil. a. d. russ. Ges. Oubril. G.W. 6, 89. Auch *Brandenburg,* Unters. 695 u. *Sybel* V, 263.

123) Tel. Schweinitz' v. 30. 7. Nach Erl. Bism. a. d. Ausw. Amt v. 31. 7. G.W. 6, 92. Auch *Brandenburg,* Unters. 695. *Sybel* V, 263.

124) 31. 7. Bism. an Schweinitz. Nach G.W. 6, 93. Auch *Brandenburg,* Unters. 696. *Sybel* V, 263 f. — Bism. hat aber keinesfalls an eine Revolutionierung Polens gedacht; das hätte den preuß. Interessen vollkommen widersprochen. (Siehe ausführl. bei *Wendt,* a. a. O., 39 f. u. *Pfeifer,* a. a. O., 83 ff.) Durch den Zusatz, unter welchem der Zar allerdings Polen verstehen mußte, sollte die Drohung in Petersburg nur ein entsprechendes Gewicht gewinnen. Der Hinweis auf die ‚angrenzenden Länder' war lediglich „der Akzent auf der Drohung mit einer allgemeinen deutschen Revolution". *Wendt,* a. a. O., 41.

125) Tel. Rederns v. 3. 8. u. Mitteil. Oubrils. Nach G.W. 6, 100 Bism. an Goltz. Auch *Brandenburg,* Unters. 696.

126) In diesem Sinne telegrafierte auch Schweinitz am 1. 8. *Brandenburg,* Unters. 696. *Sybel* V, 265. *Schweinitz,* Denkw. I, 241 f.

127) *Schweinitz,* Denkw. I., 241 f. *Stern* IX, 559.

128) Siehe die Instruktionen für Manteuffel v. 7. 8. G.W. 6, 104 f. — In der Tat wirkte sich auch hier wie früher bei der polnischen Krise die Entsendung des preuß. Generals sehr günstig aus. Es folgte ein unverkennbarer Stimmungsumschwung in den russischen Regierungskreisen zugunsten Preußens. 26. 9. 66 Keyserling an Bism. APP. VIII, 96 f.

Wenn nun der Zar den preußischen Annexionen auch nicht entgegenzutreten beabsichtigte und auf jeden Fall mit Preußen in freundschaftlichstem Verhältnis zu bleiben wünschte [129]), so brachte er doch seine Bedenken zum Ausdruck: „Die völlige Entthronung ganzer Dynastien ängstigt mich" [130]). Bismarck ließ darum auch nicht davon ab, den Zaren von dem Stand der Verhandlungen mit den deutschen Staaten in Kenntnis zu halten und darauf hinzuweisen, daß man den russischen Sympathien bezgl. Württembergs und Darmstadts Rechnung tragen würde, dabei aber auch immer wieder eine Drohung durchblicken zu lassen, wenn trotz geübter Rücksichten keine Duldung Rußlands bezgl. der Annexion Hessens, Hannovers und Nassaus erreicht würde: „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden" [131]).

Immerhin machten die Ausführungen des Zaren auf König Wilhelm, der ohnehin schon starke dynastische Bedenken hatte, einen so gewaltigen Eindruck, daß er bereit war und Bismarck vorschlug, auf Gesamtannexionen zu verzichten [132]). Jedoch gelang es Bismarck, den König zur Überwindung seiner Neigungen zu bringen [133]). Ein von Bismarck entworfener Brief des Königs an den Zaren [134]) mußte die preußischen Forderungen in Petersburg rechtfertigen, dem russischen Hof alle Besorgnisse nehmen und die Verbundenheit Preußens zum Ausdruck bringen: in keiner Weise sollten die russischen Interessen verletzt werden; vielmehr würde man sich glücklich schätzen, in Zukunft eine Gelegenheit zu finden, um zu beweisen, daß diese Interessen stets als die des ältesten und vertrautesten Alliierten betrachtet würden. Das Schreiben des Königs ließ für die jetzt doch zutage tretenden russischen Orientwünsche [135]) eine Unterstützung seitens Preußens erhoffen.

Die Schonung, die man bei den Friedensschlüssen den süddeutschen Staaten zuteil werden ließ, und der Verzicht auf die ursprünglich beab-

---

6. 10. 66 Loftus an Stanley. APP. VIII, 96 Anm. 1 zu No. 47.) — Auch Gortsch. hatte nunmehr gegenüber früher seine Haltung grundlegend geändert; er rühmte jetzt sogar die „Ehrlichkeit und Ehrenhaftigkei" des preußischen Charakters. (26. 9. 66 Keyserling an Bismarck. APP. VIII, 96 f. — 1. 10. 66 Schweinitz an Bismarck. APP. VIII, 96 Anm. 1 zu N. 47. — 25. 10. 66 Schweinitz an König Wilh. I. APP. VIII, 114 ff.)

[129]) „Mein liebster Wunsch ist, Preußen und Rußland in der Zukunft das bleiben zu sehen, was sie in der Vergangenheit gewesen sind: alte und treue Verbündete." (Alex. II. an König Wilh. I. 24. 8. 66. APP. VIII, 43.) — Nach einem Tel. Manteuffels v. 17. 8. ließ Gortsch. sogar Andeutungen über eine Allianz machen. (G.W. 6, Vorb. z. N. 581 S. 139. Desgl. nach dem Ber. Rederns v. 24. 11. 66. APP. VIII, 158 f.) — Dem hannov. außerordentl. Gesandten wurde mitgeteilt, „daß es zu spät sei, sich für den König Georg zu verwenden". Der Zar sagte, „daß er den Lauf der Geschichte nicht ändern könnte". (Keyserling an Bismarck, 28. u. 29. 8. 66. APP. VIII, 48 f. und Anm. 1 zu N. 9.)

[130]) Ber. Manteuffels v. 11. 8. 66. *Sybel* V, 285. — Auch 8. 8. Bism. an Goltz. G.W. 6, 111. Dazu ferner die Schreiben Alex. II. an König Wilh. I. v. 12. 8., *Sybel* V, 287 u. 296; und 24. 8. APP. VIII, 43: „Das monarchistische Prinzip hat eine gewaltige Niederlage erlitten, da Dynastien mit einem Federstrich von der Karte weggewischt werden." — Wohl darf man nicht vergessen, daß der Zar einigen Mitgliedern seiner Familie gegenüber einen recht schweren Stand hatte. (s. hierzu Schweinitz an König Wilh. 25. 10. 66. APP. VIII, 114 f.)

[131]) 11. 8. 66 Bism. an Mant. G.W. 6, 120. — 10. 8. 66 Bism. an Schweinitz. G.W. 6, 118. — Auch *Sybel* V, 286 f.

[132]) Siehe ausführlich bei *Brandenburg,* Unters. 660 ff.

[133]) Ministerratssitz. v. 15. 8. 66. *Stern* X, 50 f. Das Protokoll der Sitzung im Auszug s. *Stern* X, 539.

[134]) 17. 8. 66 König Wilh. I. an Alex. II. *Sybel V,* 297 f. *Stern* IX, 566.

[135]) 12. 8. 66 Mant. an Bism. G.W. 6, Vorb. zu N. 571 S. 131.

sichtigte Annexion Oberhessens[136]) waren Zugeständnisse, die man den Wünschen des Zaren machte.

War es aber nicht auch billig, daß Bismarck für die wohlwollende Haltung Rußlands während des Krieges den verwandtschaftlichen Gefühlen des Zaren für die deutschen Fürstenhäuser Rechnung trug? Freilich würden solche Erwägungen Bismarck nicht davon abgehalten haben, seine Forderungen dennoch durchzusetzen, wenn ihm dies für den preußischen Staat vorteilhaft erschienen wäre und dies keine anderen Nachteile zur Folge gehabt haben würde. Bismarck durfte sich das Wohlwollen Rußlands nicht verscherzen, um den nun offiziell vorgetragenen französischen Kompensationsansprüchen[137]) entgegentreten zu können[138]).

Darüber hinaus aber sollte die russische Freundschaft noch dazu herhalten, in der letzten Phase des Kampfes um die deutsche Einheit ihre Treue zu Preußen unter Beweis zu stellen und die österreichische Revanche von einem leichtfertigen Eingreifen abzuhalten.

Kapitel 8.

Die Begründung der deutschen Einheit.

I. Allianzversuche mit Rußland und Oesterreich.

Bismarck hatte die Gefahren, die von einer Einmischung des Auslandes in die Auseinandersetzung der beiden deutschen Großmächte drohten, zu verhindern gewußt. Aber noch mehr als bisher hatte er für die Zukunft mit einem Kriege gegen Frankreich zu rechnen. Der erste Schritt zur deutschen Einigung, die Gründung des Norddeutschen Bundes und die Abweisung der französischen Kompensationsansprüche hatte Bismarck die unversöhnliche Feindschaft Napoleons zugezogen. Die Isolierung Frankreichs war daher das Ziel der Bismarckschen Politik nach 1866. Auf zwei Arten suchte Bismarck dies Ziel zu erreichen, indem er danach strebte, die eigene Stellung zu kräftigen und die Beziehungen Frankreichs zu anderen Staaten zu lockern, da dieses vor allem in der österreichischen Revanche, aber auch in dem Panslavismus leicht einen Bundesgenossen gewinnen konnte.

Da ein Zusammengehen Preußens mit England wegen dessen allgemeiner Zurückhaltung in der europäischen Politik keine wirkliche Unterstützung erbracht hätte, Italien aber wegen seiner Schwäche nicht in Frage kam, so blieb nur eine engere Anlehnung an Oesterreich und Rußland übrig. Bismarcks Bemühungen gingen daher dahin, bei Vermeidung einer Spitze gegen Rußland, dieses in eine Defensivallianz mit Oesterreich miteinzubeziehen: das erste Aufleuchten des Gedankens des Dreikaiserbundes, wie er aber erst nach der Reichsgründung zur Ausführung kommen sollte. Denn das Werben um Oesterreich blieb vorläufig noch von keinem Erfolg be-

[136]) *Haller*, a. a. O., 59, *Brandenburg*, Reichsgr. II, 192 u. 232.

[137]) *Sybel* V, 305 ff. — *Stern* IX, 567. — *Haller*, a. a. O., 59 f.

[138]) Siehe dazu die Anfrage Bismarcks in Petersburg, ob Rußland in einem preußisch-französischen Krieg Österreich in Schach halten würde (21. 8. Bism. an Mant. G.W. 6, 139 f.) und die Antwort Manteuffels, daß Gortschakow sich auf förmliche Versprechungen zwar nicht einlassen wolle, man aber jedenfalls gegen Frankreich fest auftreten könne. (*Sybel* V, 308.)

gleitet, während Rußland aus eigener Initiative entgegenkam. Aber in den Jahren nach 1866 lassen sich bereits die Anfänge von Bismarcks späterem Bündnissystem, wie es nach 1871 zum Ausdruck kam, erkennen [1]).

In dem Verhältnis zwischen Preußen und Rußland hatte der deutsche Krieg keine Trübung hinterlassen, nachdem man sich über die Annexionswünsche geeinigt hatte und preußischerseits den Wünschen des Zaren entgegengekommen war. In dem Briefwechsel der beiden Kanzler [2]) kam die Herzlichkeit der Beziehungen zum Ausdruck. „Unerschütterlich", so versicherte Gortschakow, könne Bismarck von dem russischen Entschluß überzeugt sein, die intimsten Beziehungen mit Preußen zu unterhalten, mit der Beteuerung am Schluß: „Ein Mann ein Wort"; und Bismarck war erfreut über die Gewähr, die ihm solch ein „Manneswort" in seinem Glauben an die Freundschaft und in seinem Bestreben, sie zu fördern, bot.

Eine feste Allianz, wozu Bismarck die Bereitwilligkeit Rußlands zu erkennen glaubte, mochte er aber vorläufig noch nicht eingehen. „Zu einer weiteren Anlehnung an Rußland, als sie durch jenes natürliche Verhältnis der Abwesenheit jedes Anlasses zu Konflikten bedingt wird, könnte uns eben nur die Besorgnis vor einer aggressiven Politik Frankreichs veranlassen." Aber dann hoffte Bismarck, auch zugleich dem Verhältnis zu Oesterreich eine neue freundschaftliche Wendung zu geben. Das gute Verhältnis zu Rußland beruhte im wesentlichen darauf, „daß Rußland nichts von uns fordert und nichts zu fordern hat" [3]). Freilich war das dann eine etwas ‚labile Beziehung', wenn nur das Fehlen von Interessengegensätzen beide Staaten verband [4]). War es aber nicht schon wesentlich, wenn die beiderseitigen Interessen nirgends aufeinanderstießen? Preußen war in Deutschland interessiert, Rußland im Orient. Doch gerade dadurch konnte auch Rußland Bismarck gefährlich werden, wenn es sich in den orientalischen Angelegenheiten zu weit vorbegab, so daß er ihm nicht bis zur letzten Konsequenz zu folgen vermochte, er aber auch andererseits nicht die russische Freundschaft aufgeben durfte. Sollte Bismarck dann dem Zaren zu Hilfe kommen und sich in einen Krieg auf russischer Seite einlassen, wobei Frankreich ihm in den Rücken fallen würde, oder sollte er den Zaren im Stich lassen und sich somit die einzige befreundete Macht entfremden?

---

[1]) s. hierzu *Platzhoff*, Die Anfänge des Dreikaiserbundes, S. 283 ff. u. *Platzhoff*, Bismarcks Reichsgründ. u. d. europ. Mächte, Rede, S. 12.

[2]) 15. 10. 66 Gortsch. an Bism. APP. VIII, 130 f. — 11. 11. 66 Bism. an Gortsch. Bism.-Jahrb. III, 223 f.

[3]) 15. 2. 67 Bism. an Goltz. G.W. 6, 268.

[4]) s. hierzu: *Michael*, Bism., England u. Europa, S. 10 ff., welcher das sehr stark hervorhebt: „wenn nicht gemeinsame wirkliche Interessen", sondern „nur eine wohlwollende Neutralität unter einschränkenden Bedingungen" beide Staaten verband!

Daß Preußen und Rußland aber überhaupt keine gemeinsamen Interessen hatten, trifft nicht zu. Machte schon die Stellung gegenüber den Polen dies klar, so widerspricht dem Bismarck doch selbst, wenn er ein Jahr später von der „Solidarität der beiderseitigen Interessen" sprach und anerkannte, daß die Stellung der beiden Mächte in Europa die gegenseitige Anlehnung notwendig machte. 22. 3. 68 Bism. a. Reuß. G.W. 6a, 318 ff. Für die Zeit vom Prager Frieden bis zum Ausbruch des Krieges von 1870 ist zu dem Thema vorliegender Arbeit auch eine Arbeit von *W. Ebel* erschienen. Da vorl. Arbeit bereits für den Druck bereitlag, konnte eine eingehende Würdigung der *Ebel*schen Arbeit nicht mehr erfolgen. Ein Kernstück der *Ebel*schen Arbeit ist eine Auseinandersetzung mit *Michael* und Verteidigung *Platzhoffs*, wobei *Ebel*, und zwar zu Recht, den Standpunkt vertritt, daß die Anlehnung an Rußland über eine ‚wohlwollende Neutralität' hinausging und „zweifellos auf dem Boden gemeinsamer Interessen" erfolgte. *Ebel*, a. a. O., S. 56.

Wenn aber Napoleon sich Rußland im Orient nähern würde, um auf diesem Umweg für seine Rheinpolitik die notwendigen Allianzen zu erhalten, so sah Bismarck darin keine Gefahr, daß Preußens Existenz oder Machtstellung bedroht sein könnte; jedenfalls würde es Rußland nie so weit kommen lassen, denn „Preußen ist für Rußland ein notwendiges Zwischenglied zwischen ihm selbst und Frankreich, solange Rußland nicht polnische Politik treibt, wozu die Möglichkeit ferner liegt als seit langem", und in einer Annäherung Frankreichs und Rußlands erblickte er eher „eine Bürgschaft für den Frieden und ein Temperament für die Begehrlichkeit Frankreichs ..., welcher auf Kosten von Deutschland und Preußen Konzessionen zu machen Rußland nicht geneigt sein wird" [5]). Die Möglichkeit einer engeren Verbindung Frankreichs mit England schien ihm eine viel größere Gefahr, da die überwiegende Seemacht Englands den Handel vernichten und den Landoperationen Frankreichs eine Stütze geben könnte. Eben jetzt zog sich aber Napoleon, ohne jedoch die Fühlung ganz aufzugeben, in vorsichtiger Weise von Rußland zurück, um sich für seine Absichten auf Luxemburg die englische Freundschaft zu erhalten [6]), nachdem er freilich erfahren hatte, daß Gortschakow wenig Neigung verspürte, bestimmte Abmachungen zu treffen, ohne genügende Klarheit über die zu verfolgenden Ziele zu erhalten, woran Frankreich bei der zwischen Berlin und Petersburg bestehenden Intimität allerdings nicht denken konnte [7]). Napoleon folgte dem Einspruch des englischen Außenministers Lord Stanley [8]), als die französische Politik den Bestrebungen Gortschakows, die sich gegen den Bestand der Türkei richteten, ihre Unterstützung zu leihen schien [9]).

Sofort gaben darauf der Zar wie auch Gortschakow den Wunsch einer engeren Anlehnung an Preußen zu verstehen. Der Zar wünschte nämlich „aus dem tête-à-tête herauszukommen, in welchem Frankreich und Rußland bisher sich bewegt" hatten, und Gortschakow erwartete die Unterstützung Preußens, indem er an die guten Dienste erinnerte, die Rußland Preußen geleistet habe: „Diese Haltung verdient sehr wohl, nicht vergessen zu werden" [10]). Nun offenbarte sich also auch die gefährliche Seite der russischen Freundschaft, wenn Bismarck sich um orientalische Angelegenheiten willen von seiner deutschen Aufgabe ablenken ließ [11]). Bismarck betonte daher sofort [12]), daß er auch auf Frankreich Rücksicht nehmen müsse, und gab in

[5]) 15. 2. 67 Bism. an Goltz. G.W. 6, 269.

[6]) 2. 3. 67 Goltz an Bism. Nach *Michael* 141.

[7]) Vgl. *Charles-Roux* 315 ff. u. *Rheindorf*, a. a. O., 57.

[8]) Siehe Lyons I, 170. A Record of British Diplomacy. Zit. n. *Michael* 142.

[9]) *Michael* 141 f.

[10]) 9. 3. 67 Reuß an Bism. APP. VIII, 451 ff. Ähnl. 4. 3. 67 Keyserling an Bism. APP. VIII, 453 Anm. 2 z. N. 283. — 18. 3. 67 Reuß an Bism. APP. VIII, 485 f. — Man erstaunt sogar, wenn man die Sprache Gortschakows hört, mit der er Preußen in bezug auf die deutschen Angelegenheiten zuspricht und wie er das preußisch-russische Verhältnis charakterisiert: „... ein starkes Preußen eine Notwendigkeit für die europäischen Verhältnisse ..." und „Preußen müsse wissen, daß es eine feste Anlehnung an Rußland haben und daher seine Arme frei bewegen könnte." — Wahrlich, mehr konnte Bismarck nicht verlangen! Ein herrlicher Erfolg seines geschickten diplomatischen Spiels mit dem einen Ziel: die Gewinnung der deutschen Einheit! Es ist aber nur selbstverständlich, wenn sich Gortschakow die Freundschaft mit dem kräftigen Preußen auch als nutzbringend für die russischen Interessen versprach, was er in geeigneter Weise immer wieder zu betonen wußte. Hierzu: 16. 3. 67 Reuß an Bism. APP. VIII, 479 f.

[11]) s. a. *Michael* 143.

[12]) 17. 3. 67 Runderl. Bism. G.W. 6, 306.

Petersburg zu verstehen[13]), daß auch Preußen schon deutliche Beweise seiner Sympathie für Rußland gegeben habe, als es im Krimkrieg „dem ungemein starken antirussischen Druck dreier Mächte nachhaltig widerstanden und in der polnischen Frage fest zu Rußland gehalten" habe. Bismarck selbst habe schon während der orientalischen Krisis Gelegenheit gehabt, im Sinne der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland tätig zu sein, und er habe diese Gesinnungen auch inzwischen niemals verleugnet, Gesinnungen, welche auch dem König zu eigen seien, der sich in der gegenwärtigen Lage der orientalischen Frage in völliger Übereinstimmung mit dem Zaren befinde.

Eine festere Zusage als diese allgemeingehaltenen Worte der Übereinstimmung gab Bismarck jedoch nicht, so daß man russischerseits wohl den „Mangel einer Verständigung zwischen Rußland und Preußen auf einer r e a l e n Basis in der orientalischen Frage" bedauern mochte[14]). Bismarck kannte die Fährnisse, die ihm aus orientalischen Verwicklungen erwachsen konnten.

Das Petersburger Kabinett schwenkte nun auch in seiner Haltung in der Luxemburger Angelegenheit gegenüber Frankreich um. Napoleon bekam die Folgen seiner Abkehr von der Unterstützung der russischen Orientpolitik zu spüren, indem das Petersburger Kabinett nunmehr, nachdem Napoleon vorher russischerseits eine Ermunterung in seinem Luxemburger Vorgehen erfahren hatte[15]), eine Einmischung zu Gunsten Frankreichs, wie Reuß mitzuteilen weiß, sogar „mit Entrüstung" ablehnte[16]). Eine Frage des französischen Botschafters in Petersburg über die russische Stellung zu einer eventuellen Annexion Luxemburgs ignorierte Gortschakow völlig[17]), und das Angehen, Rußland möge auf Preußen mäßigend einwirken, wies der russische Kanzler als nicht tunlich zurück, da Preußen nicht aggressiv wäre[18]). Gortschakow gab also seinem Groll über Frankreich wegen dessen unzuverlässiger Unterstützung der russischen Orientpolitik durch eine stärkere Anlehnung an Preußen Ausdruck[19]). Für eine preußisch-russische Kooperation forderte das russische Kabinett aber gewisse Gegenleistungen, nämlich Aufhebung des Vertrages von 1856 hinsichtlich des Schwarzen Meeres und die Versicherung Preußens, nie in eine Vergrößerung Österreichs durch Bosnien und die Herzogowina einzuwilligen, also Forderungen, die sich gegen Österreich richteten, mit dem Bismarck wegen der deutschen Frage gerade eine Annäherung suchte. Bismarck konnte sich demnach unmöglich auf dieser Basis näher mit Rußland einlassen und beließ es daher lediglich bei der allgemeinen Mitteilung an den Petersburger Gesandten, den Prinzen Reuß, er solle die Orientfrage im Auge behalten und gelegentlich wieder zur

---

[13]) 17. 3. 67 Bism. an Reuß, G.W. 6, 305 f.

[14]) 7. 5. 67 Reuß an Bism. APP. VIII, 809.

[15]) *Sybel* VI, 75.

[16]) 30. 3. 67 Reuß an Bism. APP. VIII, 486 Anm. 2 z. N. 311. — 2. 4. 67 Talleyrand an Moustier. Orig. dipl. XV, 252.

[17]) *Charles-Roux* 418. — Talleyrand an Moustier 27. 2. 67. Orig. dipl. XIV, 375 ff.

[18]) Promemoria Thiles v. 6. 4. *Oncken,* Rheinpolitik II, 298.

[19]) 1. 5. 67 Reuß an Bism. APP. VIII, 555 f. — Man hoffte, daß die „relations depuis nombre d'années si heureusement intimes mais un peu sentimentales" etwas „plus substantielles" würden: Stremouchow zu Reuß. — Gortsch. und der Zar haben sich allerdings „nicht so weit avanciert". Privatbrief Reuß' an Bism. v. 1. 4. 67. APP. VIII, 556 Anm. 2 z. N. 380.) In der Tat waren der Zar und Gortsch. natürlich auch nicht geneigt, wegen Luxemburg etwa den Degen zu ziehen (Reuß an Bism. 8. 4. u. 13. 4. 67. APP. VIII, 627 f. u. 648 f.), was aber Bism. auch keineswegs erwartet hat.

Sprache bringen: „Der Aufhebung des Meerengenvertrages sind wir . . . in keiner Weise entgegen, und würden, wenn die Veranlassung sich darböte, die Wünsche Rußlands gern unterstützen“ [20]). So kam es Bismarck nur darauf an, den Eindruck zu erwecken, daß man Rußland unterstütze, ohne jedoch dabei „bindende Engagements“ zu übernehmen [21]).

Bismarck erstrebte eine Annäherung zwischen Preußen, Rußland und Österreich und war bereit, letzterem seinen Gesamtbesitz auf die Dauer von drei Jahren zu garantieren, aber nur mit Wissen und Willen Rußlands, dessen Meinung darüber er dem Petersburger Gesandten zu erforschen aufgab. In einer solchen Allianz glaubte er den Frieden am gesichertsten, jedoch war die Voraussetzung, daß Rußland denselben Wunsch hegte, Österreich den Schutz seiner Länder zu gewähren. Bei jedem Versuch einer Verständigung mit Österreich wollte er aber „immer offenes Spiel für Rußland spielen“ und niemals über die Grenzen hinausgehen, innerhalb derer er auf das Einverständnis Rußlands hoffen durfte [22]).

War es aber an sich schon ein schweres Unterfangen, die Politik Rußlands und Österreichs im Orient auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu wollen [23]), so waren doch auch die Vorschläge Bismarcks eigentümlich beschränkt und ließen die Rußland nächstliegenden Fragen, die Integrität der Türkei, die nationalen Autonomien, die Meerengen, gänzlich außer acht. Die österreichischen Interessen kollidierten aber hier mit den russischen. Die russische Regierung lehnte daher die preußischen Vorschläge ab, um so mehr, da Gortschakow der österreichischen Regierung in deren Absichten auf Bosnien und Herzogowina mißtraute und die österreichische Politik in dieser Frage für ihn zum casus belli werden konnte [24]).

Wenn etwa zu gleicher Zeit auch das Bündnisangebot, das Bismarck in Wien machte, abgelehnt wurde [25]), so verlief „die Generalprobe, die Bismarck von dem europäischen Konzert abhielt“ [26]) — gleichzeitig pflog er Verhandlungen mit England und den süddeutschen Staaten —, doch nur scheinbar ergebnislos, wenn es ihm nur darum zu tun war, seinen eigenen Friedenswillen zu bekunden, um den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges hinauszuschieben und die Ostmächte von einer Begünstigung Frankreichs in dem Luxemburger Handel abzulenken.

Die Bündnispläne Bismarcks aus diesen Tagen (Mitte April 1867) mochten den Zweck haben, Napoleon in der Luxemburger Frage zu isolieren und die österreichische und russische Orientpolitik von der Unterstützung Frankreichs zu lösen: also „kein umgestaltendes Programm, sondern nur eine defensive Garantie des status quo“ [27]). Bismarcks Absicht war, den beiden Ostmächten das Mißtrauen gegeneinander zu nehmen und somit eine Hauptursache für orientalische Verwicklungen zu beseitigen. Da aber sowohl Österreich als auch Rußland greifbare Ziele im Orient erstrebten, lehnten

---

[20]) 6. 4. 67 Bism. an Reuß. G.W. 6, 345 f.
[21]) 11. 5. 67 Bism. an Brassier de St. Simon. APP. VIII, 829.
[22]) 18. 4. 67 Bism. an Reuß. G.W. 6, 357 ff. Ähnl. 15. 4. 67. G.W. 6, 356.
[23]) s. hierzu auch *Michael* 51 f.
[24]) 30. 1. 67 Keyserling an Bism. APP. VIII, 348 u. 17. 4. 67. Reuß an Bism. APP. VIII, 691 f. — „Diesen Gelüsten sei Rußland entschlossen, sich bis aufs Äußerste zu widersetzen.“ Gortsch. zu Reuß.
[25]) *Sybel* VI, 92 ff. *Stern* X, 101.
[26]) Um mit *Michael* zu reden; s. *Michael* 43 ff. u. 50 ff.
[27]) *Michael* 144 f.

beide das Angebot Bismarcks ab. Bismarck hatte aber in seiner Luxemburger Angelegenheit erreicht, daß Napoleon auch nicht einmal die Gewähr für eine unparteiische Vermittlung seitens Rußlands erhielt; jedoch suchte die Petersburger Regierung, die orientalische Frage immer von neuem in den Vordergrund zu stellen [28]).

Bismarck konnte aber im Orient vorläufig nichts weiter tun, als sich weiterhin bemühen, Konflikte beizulegen und die Ruhe zu erhalten, die für die Vollendung seines Werkes im Westen erforderlich war. Das war ihm bisher gelungen, und darin liegt auch die Leistung jener an sich mißglückten Allianzversuche mit Rußland und zugleich Österreich [29]).

II. Die Lage im Orient. — Einvernehmen zwischen Preußen und Rußland.

Um sein Werk nicht gefährden zu lassen, mußte Bismarck den Orient immer mehr in den Bereich seiner Politik ziehen und die Gefahren zu bannen suchen, die aus dem Südosten Europas drohten.

Die Interessen der Mächte im Orient in „eine leichte, aber unlösbare Spannung" zu bringen, nicht etwa eine feste Konsolidierung mit Bündnissen auf dieser oder jener Seite, aber „ständige Bewegung, Verhandlungen ohne Ergebnis, Vorschläge, die einander widersprachen" [30]), das war der Zustand, den Bismarck betreffs der orientalischen Angelegenheiten wünschte, um eine günstige Rückwirkung auf seine französische Politik zu erhalten.

Mit der Lösung Frankreichs von der russischen Orientpolitik und der Annäherung an England wegen der Luxemburger Frage war aber für den Osten wieder die Möglichkeit einer Konstellation, wie sie im Krimkrieg bestand, gegeben. Um sich der Gefahr einer Abhängigkeit von Rußland zu entziehen, war Bismarck vom Frühjahr 1867 ab bemüht, wieder eine Annäherung zwischen Petersburg und Paris herzustellen, um Frankreich und England zu trennen. Es war kein unsicheres Schwanken, sondern eine überlegene Taktik lag in dieser Politik. Damit sollten sowohl England als auch Österreich wegen der orientalischen Angelegenheiten wieder mehr auf Preußen angewiesen sein. Tatsächlich hatten auch schon die preußischen Bündnisangebote an Österreich und Rußland vom April 1867 die Besorgnis Napoleons erregt, und die Furcht vor einem preußisch-russischen Bündnis ließ ihn wieder mit Österreich und Rußland Fühlung suchen. Napoleon verstieg sich zu der Ansicht, „daß sich Gortschakow und Bismarck zum Ruin Österreichs vergesellschaftet hätten" [31]), um Beust, den österreichischen Ministerpräsidenten, zu einem Bündnis zu gewinnen, und bemühte sich, mit Rußland wegen des Aufstandes in Kreta wieder ins Einvernehmen zu kommen [32]).

Bismarck gab daher sofort auf eine Anfrage Gortschakows wegen eines französischen Vorschlages seine Zustimmung [33]). Auf diese Weise wurde die russisch-französische Front wiederhergestellt, die Bismarck durch seine Zustimmung zu fördern und der er beizutreten suchte. Bismarck beauftragte

---

[28]) 11. 4. 67 Metternich an Beust. *Oncken*, Rheinpol. II, 313. 11. 4. 67 Moustier an *Benedetti*. Orig. dipl. XV, 364.

[29]) Vgl. *Michael* 146.

[30]) siehe die Darstellung der Lage nach *Michael* 146 ff.

[31]) *Platzhoff*, Die Anf. d. Dreikaiserb. 291.

[32]) *Michael* 148.

[33]) Nach *Michael* 148.

den preußischen Vertreter in Konstantinopel, sich dem Schritte bei der Pforte anzuschließen, „sobald Frankreich und Rußland ihn tun“ [34]). Befriedigt konnte Gortschakow über Preußen und Bismarck äußern, während sich seine Besorgnisse betreffs Österreichs wegen dessen Wunsch nach einem unabhängigen Königreich Polen und seinen Absichten auf Bosnien und Herzogowina steigerten: „Immer und überall zeigt sich Österreich uns feindlich. Preußen dagegen gibt uns nur Anlaß zur Zufriedenheit; in der polnischen Sache ist es ganz korrekt gewesen und bereitet uns nirgends Schwierigkeiten“ [35]). In Preußen, welches nach den Worten des Zaren allein noch den Geist der Autorität, der Ordnung und des Gehorsams verkörperte [36]), fand Rußland damals den einzigen Rückhalt, indem es in den orientalischen Händeln, im Aufstand auf Kreta und in den Unruhen in Rumänien, in seinen politischen Schritten die diplomatische Unterstützung Bismarcks erfuhr, wobei sich die Interessengemeinschaft in Polen noch auswirkte [37]). Gänzlich irrig war es dabei freilich, wenn der französische Botschafter in Berlin, Benedetti, in seinem Glauben an ein preußisch-russisches Bündnis Bismarck sogar als den Urheber der gegen Österreich gerichteten panslavistischen Hetze betrachtete; doch schien er dagegen recht zu haben, wenn er von Bismarck betreffs dessen Haltung in der orientalischen Frage sagte: „Er ist überzeugt, daß andere Mächte ein größeres Interesse daran haben, das Osmanenreich der russischen Begehrlichkeit zu entziehen und überläßt ihnen die Sorge dafür. Er glaubt, für den Augenblick den russischen Ehrgeiz ohne Gefahr anspornen zu können, um als Entgelt für dieses Entgegenkommen die wohlwollende Enthaltsamkeit Rußlands in der deutschen Angelegenheit einzutauschen . . . Jeder Konflikt im Orient würde ihn ins Schlepptau Rußlands bringen, und deshalb wird er ihn zu beschwören suchen. Rußland ist eine Karte in seinem Spiel für die Eventualitäten, die am Rhein oder in Süddeutschland auftauchen könnten, und er legt den Hauptwert darauf, diese Rolle nicht umzukehren, um nicht selbst eine Karte in dem Petersburger Spiel zu werden“ [38]).

Bald streckte Rußland erneut seine Bündnisfühler nach Preußen aus, denn die russisch-französische Annäherung sollte nur von kurzer Dauer sein. Bereits der Wunsch Napoleons, der Zar möge angesichts der noch alle Gemüter bewegenden Luxemburger Angelegenheit auf die geplante gemeinsame Ankunft mit König Wilhelm in Paris zum Besuch der Weltausstellung verzichten, „da die zwischen Frankreich und Preußen herrschende Spannung unwillkürlich die Relationen zwischen Frankreich und Rußland, denen er die größte Intimität zu geben wünsche, beeinflussen würde“ [39]), verstimmte in Petersburg, so daß der Zar Alexander daran dachte, die Reise überhaupt ganz aufzugeben. Sogleich suchte jedoch Bismarck die Bedenken des Zaren zu zerstreuen und telegraphierte an den Gesandten in Petersburg, daß eine diesseitige Verstimmung gegen den russischen Hof nicht zu besorgen sei, vielmehr habe der König festes Vertrauen zu dem Zaren [40]). Auch Gortschakow war bange vor einem eventuellen Erkalten der preußisch-russischen Beziehungen

[34]) 15. 6. 67 Bism. an Brassier. *Michael* 149.
[35]) *Rheindorf*, a. a. O., 61. *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 291.
[36]) *Wertheimer*, Zur Vorgesch. d. Krieges v. 1870, in Dtsch. Rundsch. Jan. 1921, S. 72.
[37]) Siehe hierzu *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 291.
[38]) *Benedetti*, Ma mission en Prusse, S. 255 f. u. 285. In der Übersetzg. nach *Platzhoff* 291 f.
[39]) 18. 5. 67 Reuß an Bism. APP. IX, 61.
[40]) 24. 5. 67 Bism. an Reuß. G.W. 6, 401.

wegen seiner orientalischen Politik, „besonders, da alle anderen anfingen, ihm den Rücken zu drehen“ [41]). Denn sowohl der Zar als auch Gortschakow mußten mit ihren Andeutungen auf die orientalischen Angelegenheiten bei den Franzosen die Feststellung machen, daß sie in dieser Beziehung von Frankreich nichts erwarten dürften [42]). Die russischen Bemühungen, eine Unterstützung durch Frankreich in der Orientpolitik zu erhalten, lagen aber ganz im Sinne der Bismarckschen Politik. Sicherlich sind sie darauf zurückzuführen, daß Bismarck [43]) den russischen Anfragen im März und Anfang April 1867 keine positiven Antworten erteilt und mit dem Bündnisangebot vom 18. April bewiesen hatte, wie wenig er geneigt war, den status quo im Orient aufzugeben. Bei Bismarcks „Kenntnis der Bewegungsgesetze in dem System der Mächte“ [44]) ist es nicht unwahrscheinlich, daß Bismarck diese Abweisungen in der bewußten Absicht tat, um auf diese Weise eine Annäherung der Kabinette von Paris und Petersburg zu fördern. Schon auf der Fahrt nach Paris hatte Gortschakow den König in Potsdam wegen eines Bündnisses sondiert, also eine Wiederaufnahme des Bismarckschen Angebotes vom April, allerdings mit rein preußisch-russischem Charakter: von Österreich war nicht die Rede. Rußland wollte danach die Bürgschaft über das linke Rheinufer übernehmen gegen eine entsprechende Garantie der russischen Orientinteressen seitens Preußens [45]). Der König und Bismarck gingen aber nicht darauf ein. Es war wohl eine zu „gefährliche und auch ungleiche Kombination“ [46]).

Nach den ergebnislosen Bemühungen in Paris, wozu sich noch Zwischenfälle wie ein Attentat auf den Zaren und polenfreundliche Kundgebungen gesellten [47]), sollten sich die Bande zwischen Paris und Petersburg vollkommen lösen. Die nächsten Monate führten die Wege Frankreichs und Rußlands immer weiter auseinander, so daß der Zar aufs neue in dem Gedanken an ein festes Bündnis mit Preußen bestärkt wurde [48]). Als die russische Regierung zum Schutze Kretas energischer vorgehen wollte, unterstützte Bismarck die russischen Forderungen jedoch nicht ohne weiteres, vielmehr warnte er das russische Kabinett, „eine neue Gruppierung der Mächte gegenüber der Pforte“ hervorzurufen, und gab dem Wunsche Ausdruck, „ein öffentlich erkennbares Auseinandergehen Frankreichs und Rußlands in dieser Angelegenheit nicht evident werden zu lassen und daher die Sache nicht auf die Spitze zu treiben“. Verbleibe jedoch Gortschakow bei seiner Absicht, die von ihm für nötig erachteten Maßnahmen auch ohne Frankreich fortzusetzen und wünsche er dazu die Unterstützung Preußens zu erhalten, so war Bismarck aber doch bereit, die weiteren Befehle des Königs einzuholen, da ihm „ein ostensibles Auseinandergehen der russischen und der preußischen Politik“ auch in dieser für Preußen kein direktes Interesse darbietenden Frage „sehr unwillkommen“ sein würde [49]).

Gortschakow, der über solche Ratschläge erstaunt war, zögerte doch nicht, ihnen Folge zu leisten [50]).

[41]) 28. 5. 67 Reuß an Bism. Anh. II, 407 f.
[42]) *Rheindorf* 59 f. *Sybel* VI, 136.
[43]) Siehe oben S. 71 f.
[44]) Vgl. die Darstellung bei *Michael* 149 mit Anm. 60.
[45]) Nach einem Briefe König Wilh. I. v. Anf. Juni 1867. *Michael* 150.
[46]) *Michael* 150.
[47]) *Sybel* VI, 137.
[48]) *Rheindorf*, a. a. O., 61.
[49]) 7. 9. 67 Bism. an Keyserling. Ber. üb. d. Unterred. m. Oubril. G.W. 6a, 39.
[50]) 1. 10. 67 Keyserling an Bism. *Michael* 151.

Noch im Oktober 1867 erklärte Bismarck, sich einer gemeinschaftlichen Erklärung von Rußland und Frankreich an die Pforte anschließen zu wollen, auch dann, wenn die anderen Mächte sich nicht beteiligten [51]), gab aber bald darauf sein Interesse an einer russisch-französischen Annäherung auf, da er wohl erkannte, daß sie durch die französisch-österreichische Annäherung unmöglich war [52]).

Im Herbst 1867 verdichteten sich die Gerüchte von einem Vertrag zwischen Frankreich und Österreich immer mehr, so daß Gortschakow sich in seiner Besorgnis wieder nach Berlin wandte [53]). Bismarck suchte aber der französisch-österreichischen Front nicht durch eine feste preußisch-russische Allianz zu begegnen, sondern bemühte sich nur noch mehr als bisher, Rußland von gefährlichen Unternehmungen abzuhalten. Bereits am 14. Oktober und 22. November hatte Bismarck in Petersburg auf die Annäherung Frankreichs an Österreich hingewiesen und zugleich davor gewarnt, der Haltung Frankreichs unbedingtes Vertrauen zu schenken, da man in Paris nur bestrebt sei, die türkischen Ausschreitungen auf der Insel Kreta wohl der öffentlichen Kenntnis zu entziehen, während man sie aber im geheimen unterstützte [54]). Bald darauf ließ er wiederum seine Ratschläge nach Petersburg ergehen. Angesichts der Tatsache, „daß Frankreich sich immer mehr von Rußland ab- und nach Österreich hinwende, mit dieser Macht eine solidarische Verbindung gegen Rußland herzustellen, und England für dieselbe zu gewinnen sucht", empfahl er, „daß Rußland jetzt nicht durch ein zu markiertes Auftreten das Zusammenhalten jener drei Mächte befördere", und fragte an, was man in Petersburg glaube tun zu können, „um eine prinzipielle Konsolidierung in der Haltung jener drei Mächte zu verhindern" [55]). Gortschakow gab seiner Freude Ausdruck, daß Bismarck zu einem Gedankenaustausch über den Orient geneigt war und gab die Versicherung unbedingter Zurückhaltung und Achtung der türkischen Integrität, um wenigstens England von einer Verbindung mit den beiden anderen Mächten abzuhalten, da er kein anderes Mittel zur Verhinderung des französisch-österreichischen Bündnisses wisse [56]).

Also noch ehe Beust dem Kaiser Napoleon überhaupt ein Bündnis vorschlug — es geschah erst einige Wochen später auf orientalischer Basis und zunächst vergebens —, war Bismarck schon bestrebt, Gegenmaßnahmen zu erwägen, und bestimmte so „mit einem unvergleichlichen Spürsinn" das Ziel der gegnerischen Bewegung im voraus [57]).

Natürlich erkannte man in Berlin auch das doppelte Spiel, welches Gortschakow trieb, da er sich nicht gern eine aktive Politik von Bismarck unterbinden lassen mochte, und welches darin bestand, in Berlin die Gefahr als viel geringer hinzustellen, während Stremouchow, der Direktor des asiatischen Departements im russischen Ministerium des Äußeren, sich immer wieder bemühte, Preußen für russische Unternehmungen im Orient zu verpflichten [58]).

Da es aber Bismarck fern gelegen haben mag, schon jetzt gemeinsam mit Rußland der sich anbahnenden gegnerischen Bewegung ernsthaft entgegen-

---

[51]) 23. u. 25. 10. 67 Bism. an Brassier. G.W. 6a, 90 u. 91.
[52]) Siehe *Michael* 154.
[53]) 29. 11. 67 Reuß an Bism. APP. IX, 461.
[54]) 14. 10. 67 u. 22. 11. 67 Bism. an Reuß. APP. IX, 435 u. Anm. 2 zu N. 358.
[55]) 11. 12. 67 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 173.
[56]) 18. 12. 67 Reuß an Bism APP. IX, 550 ff.
[57]) Siehe *Michael* 150.
[58]) 27. 1. 68 Reuß an Bism. APP. IX, 638 ff.

zutreten, jede Übereilung die Freundschaft zwischen Paris und Wien aber fördern konnte, unterblieben vorläufig weitere Verhandlungen. Es konnte genügen, wenn die russische Regierung wußte, daß man ein wachsames Auge hatte und für jeden Fall bereit war. Darum wird der erste Schritt Bismarcks dazu gedient haben, daß man sich in Petersburg nicht vereinsamt fühlen und ohne Einverständnis Bismarcks nichts unternehmen sollte. „Jede ihrer Sorgen mochten die Russen von nun an zuerst in Berlin aussprechen. So war Bismarck ihrer sicher und überschaute stets, was sie im Sinne hatten“ [59]).

Die Bismarck unerwünschte Abkehr Frankreichs von Rußland im Frühjahr 1867 war aber wesentlich bedingt worden durch die Rücksicht auf England, welches in der Lage war, durch geringe Mittel die Machtverhältnisse der beiden Staatengruppen Preußen—Rußland und Österreich—Frankreich zugunsten der einen oder anderen Partei zu verschieben. Bismarck richtete daher auch darauf sein Augenmerk und suchte die Fäden der Politik sowohl von Petersburg als auch von London in die Hand zu bekommen. Der englisch-russische Gegensatz in Asien ließ aber die englische Politik in orientalischen Angelegenheiten Anlehnung an Frankreich suchen. Bismarck bemühte sich daher, einen Ausgleich zwischen London und Petersburg herzustellen [60]). Gortschakow verschloß sich nicht den Bismarckschen Ratgebungen, so daß die europäischen Kabinette die Feststellung machen konnten, daß infolge der Haltung Preußens Rußland „überall seine Segel einraffe“, um „auch den Schein zu vermeiden, als wolle Rußland die Dinge im Orient jetzt auf die Spitze treiben“ [61]), und sogar „die Sage ging, Bismarck habe plötzlich Rußland im Stich gelassen, um sich den Westmächten zu nähern und sich mit ihnen über die orientalischen Angelegenheiten zu verständigen“ [62]). Es handelte sich damit aber wirklich nur um eine Sage [63]) .Freilich wurde man auch in Petersburg etwas mißtrauisch, wobei die österreichischen und französischen Ausstreuungen über eine Annäherung Preußens an diese Mächte durch verschiedene, mehr zufällige Ereignisse eine besondere Bekräftigung erfuhren. So erschien im Januar 1868 in der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“ ein Artikel, der eine deutliche Schwenkung von der bisherigen russenfreundlichen Haltung dieses Blattes auf die österreichische Seite kundtat. Auch ein Besuch Bismarcks bei dem österreichischen General Wimpffen und ein Diner bei dem österreichischen Gesandten trugen dazu bei, das Mißtrauen des Petersburger Kabinettes zu verstärken und an einen Wechsel in der preußischen Politik glauben zu lassen [64]).

Solche Besorgnisse suchte Bismarck natürlich sogleich zu zerstreuen, indem er darauf hinwies, daß dergleichen Vermutungen jeder Begründung entbehrten und die öffentliche Meinung gerade in neuerer Zeit infolge der Bemühungen Bismarcks angefangen habe, sich an eine gesundere Auffassung des Verhältnisses zu Rußland zu gewöhnen und dieses als Preußens natürlichen Bundesgenossen zu betrachten. Beruhigend ließ er nach Petersburg betreffs seiner dort erteilten Ratschläge und Warnungen mitteilen: „Ich habe nichts andres beabsichtigt, als einen Freund auf eine gemeinsame Gefahr aufmerk-

[59]) Siehe *Michael* 158.
[60]) 12. 1. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 206.
[61]) 24. 1. 68 Vitzthum an Beust. *Oncken*, Rheinpolitik II, 510.
[62]) Vitzthum, nach *Oncken*, Rheinpol. II, 497 Anm. 2; s. hierzu auch 6. 1. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, No. 1008.
[63]) Siehe *Michael* 159.
[64]) Nach G.W. 6a, 223, Vorb. z. No. 1033.

sam zu machen. Unsere Gesinnungen für Rußland sind nach wie vor dieselben und haben seit meinem Eintritt in das Ministerium nie geschwankt. Wir betrachten Rußland als unseren natürlichen Bundesgenossen, und wenn wir auch den Wunsch hegen, im Interesse der Erhaltung des Friedens auch mit unsern andern Nachbarn in möglichst guten Beziehungen zu leben, so traut man uns doch in Petersburg mehr Beweglichkeit zu, als hier vorhanden ist, wenn man glaubt, daß gelegentliche Freundschaftsversicherungen des Baron Beust und freundliche Artikel in der österreichischen Presse uns bestimmen könnten, von einem Tage zum andern unsre Politik zu wechseln . . . Wenn die preußische Diplomatie in die unwillkommene Notwendigkeit versetzt werden sollte, gegen Rußland tätig zu werden, so würde, solange ich an der Spitze derselben stehe, Fürst Gortschakow der erste sein, den ich davon benachrichtige" [65]). Den Gerüchten über eine Annäherung Preußens an Frankreich und Österreich mußte also „mit voller Bestimmtheit als ganz aus der Luft gegriffen" widersprochen werden [66]).

Die englische Besorgnis vor einer geheimen preußisch-russischen Freundschaft [67]) benutzte Bismarck aber, um die Verhandlungen über ein österreichisch-französisch-englisches Bündnis zwecks gemeinsamen Entgegentretens gegen russische Machtgelüste im Orient, wie es mit der Reise des Grafen Vitzthum nach Paris und London erstrebt wurde [68]), zum Scheitern zu bringen, womit Bismarck dem Petersburger Kabinett den Grund nahm, ihn angesichts einer solch eventuellen Allianz zu sehr mit dem Verlangen um Hilfe gegen Angriffspläne der Westmächte und Österreichs drängen zu können [69]). Denn durch solche Verhandlungen, wie sie von der österreichischen Regierung in Paris und London geführt wurden, und den Fortgang der Unruhe auf dem Balkan wuchs auch die Furcht der Petersburger Regierung so weit, daß der Zar Anfang Februar 1868 bei einem Gespräch mit dem preußischen Gesandten ein förmliches Bündnisangebot machte, indem er die Besorgnis äußerte, Österreich werde die Unruhen in Bosnien und der Herzegowina zu einer militärischen Intervention benutzen: „Hoffen wir, daß dies nicht eintreten wird, hoffen wir auch, daß Frankreich Deutschland nicht angreifen wird. Sollten aber wider Erwarten beide Fälle eintreten, so kann der König ebenso auf mich rechnen, um Österreich lahm zu legen, wie ich seine Hilfe in Anspruch nehmen würde. Die Aufstellung einer Armee an der österreichischen Grenze würde im einen wie im anderen Fall genügen, um diesen Zweck zu erreichen. Es sind dies Eventualitäten, die, wie gesagt, nicht eintreten werden, die man aber ins Auge fassen kann" [70]).

Während der preußische Gesandte Reuß sich aber damit begnügte, dem Zaren für seine „echt verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gesinnungen gegen den König zu danken", würde Bismarck nach seiner Mitteilung an Reuß [71]) geantwortet haben, „daß die Gesinnungen des Kaisers vollständig von Seiner Maj. dem Könige geteilt würden", und „ganz seinen eigenen Gefühlen und Absichten entsprächen". Über das Verhältnis zu Rußland teilte

---

[65]) 31. 1. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 224.
[66]) 4. 2. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 234.
[67]) Siehe *Michael* 98 f.
[68]) *Stern* X, 184.
[69]) 13. 2. 68 Bism. an Bernst. G.W. 6a, 253 f. — 21. 3. 68 Vitzthum an Beust, *Oncken,* Rheinpol. II, 533 ff. Siehe auch *Michael* 163.
[70]) 5. 2. 68 Reuß an König Wilh. I. APP. IX, 670 ff.
[71]) 16. 2. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 262 f.

Bismarck dem Prinzen Reuß zur persönlichen Kenntnisnahme in demselben Erlaß noch mit: „Jede engere Beziehung zu einer der großen Mächte hat für uns ihre Vorteile und ihre Nachteile. Die Unzuverlässigkeit des Genossen ist der übelste unter den letzteren und stellt die erstern ganz in Frage. Die Unzuverlässigkeit ist bei Frankreich und Österreich evident . . . An der Spitze von Rußland sehen wir einen Herrscher von aufrichtigem geraden Charakter und sicherem Worte, der das volle Vertrauen des Königs genießt und der uns die Garantie bietet, daß gegenseitiges Vertrauen nicht erstrebt wird, um es als eine Falle zu benutzen, um gegen uns ausgebeutet zu werden." Da es nicht möglich erscheine, in Österreich oder Frankreich solches Vertrauen zu setzen, und bei der vollständigen Enthaltung, die England in neuerer Zeit in der europäischen Politik beobachte, bleibe für Preußen, soweit es einer Anlehnung bedürfe, „die an Rußland die einzige annehmbare. Die Interessen beider Länder stehen dabei in keinem Widerspruch". Die Pflege guter Beziehungen zu Rußland schien auch Bismarck „ein rein defensives Gebot der Notwendigkeit" [72]). Aber er vermied es doch, außer den herzlichen Versicherungen, auf die Vorschläge des Zaren näher einzugehen oder auch nur einen Gegenvorschlag zu machen. Er mochte dabei von der Absicht geleitet sein, nicht die Gegner in ihren Plänen durch eine engere Anlehnung an Rußland zu bestärken und womöglich auch noch England an ihre Seite zu treiben [73]), um dessen Ausgleich mit Rußland er sich kurz zuvor noch bemüht hatte [74]).

Schon wenig Zeit darauf, Anfang März, kam der Zar auf sein Angebot zurück und erklärte sich bereit, in einem preußisch-französischen Kriege Österreich mit 100 000 Mann in Schach halten zu wollen, wenn Preußen ihn in einem russisch-österreichischen Kriege in gleicher Weise unterstützen würde [75]).

Bismarck wies Reuß an, dem Zaren in ebensolch freundschaftlicher Tonart zu erwidern, „mit Bekundung analoger Gefühle, ohne irgendwelche spezielle Verpflichtung einzugehen", da man durch letztere m e h r gewähren würde, als man von dem Kaiser empfangen könnte [76]). Bismarck wollte die Russen nicht ohne weiteres auf die Hilfe Preußens rechnen lassen, um sie nicht zu einem orientalischen Krieg zu ermutigen. Er empfahl daher dem preußischen Gesandten, eine abwartende Stellung einzunehmen, vor allem da auch Gortschakow eine vollkommene Zurückhaltung beobachtete, und auf alle Fälle, auch wenn der Zar es anregen sollte, eine Erörterung von Einzelheiten für eine eventuelle gegenseitige Hilfeleistung zu vermeiden [77]).

Das russische Drängen ließ jedoch nicht nach: am 20. März brachte der russische Gesandte Oubril das Angebot in Berlin amtlich vor [78]).

Die Initiative ging also von russischer Seite aus, was besonders hervorgehoben werden muß, da Gortschakow diese Bismarck zuschieben wollte. Bismarck nahm Veranlassung, die Berichterstattung Oubrils, die zu solch

---

[72]) 13. 2. 68 Bism. an Bernst. G.W. 6a, 253.
[73]) s. *Michael* 166.
[74]) Siehe oben S. 78.
[75]) 4. 3. 68 Reuß an König Wilh. I. APP. IX, 759 f. Auch *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserbund. 293. *Schweinitz*, Briefw. S. 40, Aufz. v. 4. 3. 68.
[76]) 12. 3. 68 Bism. an.Reuß. G.W. 6a, 306 f.
[77]) 14. 3. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 307.
[78]) 23. 3. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 322 ff. u. 7. 4. 68. G.W. 6a, 334'f. Auch *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 293 f.

irrtümlicher Auffassung führen konnte, richtigzustellen: „Unsererseits die Sache anzuregen konnten wir um so weniger Grund haben, als der Gedanke an einen isolierten Kriegsfall zwischen Rußland und Österreich uns ganz fern lag und wir an ein aktives Vorgehen Österreichs in der orientalischen Frage nur unter der Voraussetzung einer im voraus festgestellten Teilnahme Frankreichs am Kriege glauben und glaubten." Aus dem ganzen Verhalten Bismarcks gegenüber den vertraulichen Äußerungen des Zaren, wie er es in den Erlassen an Reuß kund getan hatte, geht aber schon klar hervor, daß eine Initiative von Bismarcks Seite unwahrscheinlich ist.

Bismarck konnte aber nun nicht länger auszuweichen suchen, sondern mußte eine klare Antwort geben. Er erteilte darum sofort seine und des Königs Zustimmung [79]), lehnte aber einen schriftlichen Vertrag ab und machte auch zu seiner Zustimmung bestimmte Einschränkungen. Einem Krieg mit Frankreich hielt er Preußen allein gewachsen. Bismarck wünschte den casus belli auf einen Doppelangriff beschränkt zu sehen und erklärte, daß Preußen kein Interesse habe, einen Krieg zu verallgemeinern, vielmehr zufrieden sei, wenn Rußland ihm nur den Rücken gegen Österreich decke; Preußen sei bereit, ein Gleiches zu tun. Dabei schien Bismarck nicht ganz klar hervorzutreten, in welcher Weise die Petersburger Regierung sich die praktische Ausführung im Falle eines russisch-österreichischen Krieges dachte, da man dort eine preußische Truppenkonzentrierung an der österreichischen Grenze erwartete, die Hauptgefahr in einem russisch-österreichischen Kriege nach Bismarcks Ansicht aber in der Haltung Frankreichs lag, es also vielmehr darauf ankam, dieses in Schach zu halten. Eine „Degarnierung" der westlichen Provinzen würde aber „gerade Frankreich zur Teilnahme am Kriege verlocken . . . Dies hindert natürlich nicht, daß wir auch an der österreichischen Grenze eine entsprechende Deckung aufstellten, um Österreich zu hindern, seine ganze Kraft im Orient gegen Rußland zu wenden; nur müßte unsere hauptsächlichse Machtentfaltung immer so gegen Frankreich gerichtet sein, daß wir letzteres zu verhindern suchten, Österreich im Orient gegen Rußland zu unterstützen". Jedoch maß Bismarck dem Unterschied zwischen dieser seiner Auffassung und der der Petersburger Regierung keine praktische Bedeutung bei, da er nicht an einen russisch-österreichischen Krieg ohne aktive Teilnahme Frankreichs glaubte. Bismarck betonte aber wohlweislich den defensiven Charakter, den er dem Angebot beilegte, um die Russen nicht etwa zu einem Angriffskrieg zu ermuntern: „Ich darf es daher als gegenseitige Voraussetzung aussprechen, daß die Solidarität der Politik der beiden Mächte einen wesentlich defensiven Charakter tragen wird." Wenn Bismarck die Ablehnung eines schriftlichen Vertrages auch als dem Wunsche des Königs entsprechend vorgab, so war er es doch sicherlich selbst, der sich gegen einen bindenden Vertrag sträubte. Er glaubte dies den Russen schmackhaft zu machen, indem er die Abneigung des Königs „mit der Ängstlichkeit mancher Leute vor der Abfassung eines Testamentes" verglich: „Sie glauben dadurch die im Testament vorgesehene Eventualität gewissermaßen herbeizuführen", indem die Kunde von dem Bündnis „auch auf der anderen Seite zu Gegenbündnissen bewegen würde", eine Geheimhaltung bestimmter schriftlicher Akte aber sehr schwierig sei. Dennoch bemerkte Bismarck, „daß Preußen ebenso wenig einem gefährlichen Angriff gegen Rußland, wie Rußland

[79]) Zu dem Folgenden: 22. 3 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 318 ff. S. a. *Platzhoff,* Anf. d. Dreikaiserb. 294 ff., u. *Michael* 167.

land einer Vergewaltigung Preußens neutral zusehen könne" und betonte, daß „Preußen und Rußland für den gegebenen Fall ihrer gegenseitigen Bundesgenossenschaft sicher sein müssen und die Bundesgenossenschaft ebensosehr durch die Solidarität der beiderseitigen Interessen als durch die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen bedingt werde".

Trotz der Einschränkungen Bismarcks schienen der Zar und Gortschakow sehr zufrieden [80]).

Auch Gortschakow war der Ansicht, daß es keiner schriftlichen Abmachung bedurfte, da er die Archive nicht um einen neuen Vertrag zu vermehren wünschte. Der Gedankenaustausch schien ihm vollkommen genügend, und das Vertrauen des Zaren zu dem König und Bismarck machte einen unterzeichneten Vertrag überflüssig. Gortschakow verhüllte jedoch nicht eine gewisse Enttäuschung darüber, daß Bismarck in der Unterredung mit Oubril einer Erklärung ausgewichen war, ob und in welchem Umfange Rußland im Falle einer österreichischen Intervention im Orient auf eine preußische Kooperation zu rechnen habe. Über diesen Punkt schien Gortschakow eine nähere Auskunft noch wünschenswert.

Aber Bismarck gab diese nicht, da er das erreichte Einverständnis für hinreichend hielt, „um die Ereignisse ruhig abwarten zu können. Ich darf das gegenseitige Vertrauen zwischen den Monarchen und ihren Regierungen als so groß und die Natur der Verhältnisse als so zwingend erachten, daß über die Entwicklung der beiderseitigen Politik kein Zweifel bestehen kann" [81]).

Der Zar drückte sich dem preußischen Militärbevollmächtigten Schweinitz gegenüber jetzt sogar „noch bestimmter als sonst" aus, eine Armee aufstellen zu wollen, falls Preußen von zwei Mächten bedroht werden sollte [82]).

Zweifellos war dieses Ergebnis für Bismarck seiner Stellung Frankreich gegenüber ein Erfolg. Für einen Krieg mit Frankreich bedurfte Preußen keiner weiteren aktiven Unterstützung; mit Frankreich glaubte Bismarck allein fertig zu werden. Drohte aber Österreich in den Kampf einzugreifen, so erfuhr Preußen aktiven Beistand durch Rußland. Andererseits war die Unterstützung Rußlands durch Preußen ebenfalls auf den Fall eines Doppelangriffs beschränkt. Da die gegenseitige Hilfeleistung aber an die Voraussetzung eines Angriffs auf eine der beiden Mächte geknüpft war, war Preußen auch gesichert, nicht durch ein provoziertes russisches Vorgehen in einen orientalischen Krieg verwickelt zu werden.

Wäre es Bismarck also nur um eine Sicherung Preußens durch russische Rückendeckung zu tun gewesen, so wäre der Wert der Zusicherung für die Politik Bismarcks wohl groß genug gewesen, um „allen künftigen Eventualitäten getrost entgegensehen" zu können und die französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen in gewissem Sinne als „paralysiert" gelten zu lassen [83]).

[80]) 27. 3. 68 Reuß an Bism. APP. IX, 816 ff. Auch *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserbundes 295.

[81]) 7. 4. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 335.

[82]) 10. 4. 68 Schweinitz an König Wilh. I., *Platzhoff*, Anfänge des Dreikaiserbundes 295.

[83]) Wie *Platzhoff* von dem Wert der gegenseitigen Zusicherung meint. Nach *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb., S. 295, sprach Bism. von einer „bonne entente". —

Der Wert, den die gegenseitige Zusicherung für die Politik Bismarcks gegenüber der französisch-österreichischen Annäherung besaß, wird auf das Verschiedenste beurteilt.

P l a t z h o f f schreibt S. 296 (s. a. *Platzh.*, Rede, S. 12 f.): „Für den viel wahrscheinlicheren Fall eines französ. Überfalls auf Deutschland hatte er (Bism.) sich die russische

Da aber Bismarck auf alle Fälle einen Krieg zu vermeiden wünschte, der seinen Anlaß im Orient nahm, weil eine Teilnahme an einem Balkankrieg von dem deutschen Volk nicht verstanden worden wäre und Bismarcks auf die deutsche Einigung gerichtetes Ziel nur hemmen mußte, bedeutete die gegenseitige Zusage eine Erhöhung der Spannung in dem politischen System, indem die beiden europäischen Brennpunkte des Westens und des Ostens enger miteinander verknüpft wurden [84]). Denn das Ziel der österreichischen

Rückendeckung gegen die Donaumonarchie gesichert; damit waren die französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen von vornherein paralysiert."

Dem tritt M i c h a e l entgegen und weist darauf hin, daß der Nachsatz den Absichten, die Beust mit diesem Bündnis verfolgte, ganz und gar widerspricht, indem doch Beust gerade Rußland auf dem Balkan zu provozieren suchte. (Siehe *Oncken,* Rheinpol. III, No. 644; auch *Wertheimer,* in Dtsch. Rundschau, Okt. 1920, S. 21.) Daher scheint Michael auch das Urteil Platzhoffs nicht zutreffend, wenn letzterer schreibt (S. 287): „Er (Bism.) hatte die Trümpfe in der Hand und die von Beust und Napoleon gelegte Mine durch eine Gegenmine unschädlich gemacht." Nach Michael begründe Platzhoff hier seine Ansicht zu Unrecht auf eine Äußerung Bismarcks v. März 1869, die dieser getan habe, als die Annäherung der Kabinette von Paris und Wien längst vollzogen war. (*Michael* 256.)

(Bism. äußerte damals in bezug auf Bündnisverhandlungen zwischen Wien und Paris: „Diese Gerüchte beunruhigen mich nicht im geringsten ... sollte sich Österreich mit Frankreich gegen uns verbünden, so wird Rußland, das ihm, militärisch gesprochen, weit überlegen ist, sofort gegen Wien marschieren, und in allen Fällen würde es Österreich sein, daß die zerschlagenen Töpfe bezahlen müßte." Siehe *Wertheimer,* in Dtsch. Rundschau Nov. 1920, S. 222.) —

Platzhoff geht bei seiner Beurteilung von der bestimmten Voraussetzung aus, daß ein Doppelangriff auf Rußland damals kaum zu erwarten war, höchstens auf Rußland und Preußen. Unter dieser Voraussetzung war also die Möglichkeit eines Hineingezogenwerdens Preußens in einen Krieg lediglich um russischer Interessen im Orient willen ausgeschaltet; die militärische Überlegenheit, die in der Zusicherung der gegenseitigen Hilfe für den Fall eines Krieges, der nach der Voraussetzung Platzhoffs auch um deutscher Interessen willen ausbrechen mußte, auf seiten Preußens und Rußlands lag, ließ aber die französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen in militärischem Sinne doch als „paralysiert" erscheinen!

Michael hat bei seiner Auseinandersetzung mit Platzhoff dessen Voraussetzung, die dieser der damaligen politischen Lage gab, nicht beachtet. In wie weit die Voraussetzung Platzhoffs als gerechtfertigt anzusehen ist und vor allem, ob sie auch für Bismarck galt, und daß dieser überhaupt einen Krieg, der seinen Anlaß im Orient nahm, zu vermeiden wünschte, ist eine andere Frage. (Erwähnt werden mag hierbei noch, daß Michael ein Irrtum unterlaufen ist, wenn er Seite 394 schreibt: „Die Dinge waren doch weit schwieriger. Dessen ist sich auch Platzhoff sehr wohl bewußt, wenn er (S. 296) daran zweifelt, daß die auf eine schriftliche Willenserklärung der Monarchen beschränkte preußisch-russische Abmachung Gewähr auf Erfüllung bot." Die Stelle, auf die Michael hier hindeutet, bezieht sich bei Platzhoff aber auf die „interessante Parallele" der französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen. Somit wird auch die Äußerung bei Michael hinfällig: „Also waren die französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen eben nicht so ganz „paralysiert", wie es der vor dem Zweifel stehende Satz bei Platzhoff glauben machen möchte.")

Noch günstiger als Platzhoff urteilt *R h e i n d o r f,* a. a. O., S. 62 über die preußisch-russische Zusicherung: „Wenn Bismarck wegen der unsicheren Haltung seines Petersburger Kollegen und getreu seinem Grundsatz, sich ohne Not nie fest zu engagieren, einen Vertrag ablehnte, so konnte er, gestützt auf die „bonne entente" mit dem Zaren, allen künftigen Eventualitäten getrost entgegensehen, zumal Europa an eine feste Abmachung glaubte."

Daß Bismarck nun freilich „allen künftigen Eventualitäten" n i c h t „getrost" entgegensah, sondern zum mindesten die Möglichkeit einer gegen Rußland gerichteten Koalition in den Bereich seiner Erwägungen zog, zeigt sein Runderlaß an die Missionen v. 6. 1. 69. (G.W. 6a, 504.)

[84]) Siehe *Michael* 167 ff. u. 395 f.

Politik war ja darauf gerichtet, gerade einen Krieg im Orient zu entfesseln, um Preußen vor die Alternative zu stellen, entweder Rußland zu verteidigen und damit einen in ganz Deutschland unpopulären Angriffskrieg gegen Frankreich zu führen, oder aber Rußland in seiner Isolierung im Stich zu lassen, was Bismarck klar erkannte [85]).

Aber auch einer solchen Eventualität glaubte Bismarck immer begegnen zu können, wenn er „mit der Überzeugung. Rußland nicht im Stich lassen zu dürfen", dem russischen Gesandten versicherte: „Wir würden, wenn die Aussicht auf eine solche Komplikation vorhanden wäre, es immer in der Hand haben, rechtzeitig der Entwicklung eine andere Wendung zu geben. Wir würden dann unsre Beteiligung an der Seite Rußlands durch eine Haltung und ein Vorgehen herbeizuführen suchen, welches Frankreich zum Angriffe oder zur Bedrohung Deutschlands nötigte" [86]).

---

[85]) 6. 1. 69 Runderl. Bism. G.W. 6a, 504. — 9. 3. 69 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 11.

[86]) 9. 3. 69 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 11.

Platzhoff, a. a. O., S. 296 bemerkt zu dem Plan der Beustschen Politik, den Krieg im Orient zu entfesseln: „Bismarck durchschaute die Taktik und war nicht gewillt, in diese Falle hineinzugehen."

Michael S. 393 f. unterstreicht diese Bemerkung und schließt unter Hinweis auf die bei *Platzhoff* allerdings nur in ihrem ersten Teil zitierte Äußerung Bismarcks gegenüber Oubril auf einen nur geringen Wert, welcher der preußisch-russischen Zusicherung beizumessen sei. Auch *Thimme*, der Herausgeber der politischen Schriften Bismarcks, schließt aus der Tatsache, daß Bismarck eine Abmachung vermied und sich auch gerade in dem Augenblick, wo Rußland eine stärkere Anlehnung an Preußen wünschte, gegen den russischen Gesandten Oubril persönlich wandte, daß Bismarck den Wert der „bonne entente" nicht besonders hoch anschlug, aber mit der Einschränkung: „In diesem Moment." (Siehe G.W. 6a, S. 335 ff. No. 1120 Anm.) —

Wenn Bismarck bei seiner Zurückhaltung auch der Wunsch geleitet haben mag, jede orientalische Komplikation zu vermeiden, so war es für ihn doch keineswegs zweifelhaft, falls sich eine solche ergeben sollte, Rußland zu unterstützen, wie der oben angeführte 2. Satz in der Unterredung Bismarcks mit Oubril erkennen läßt. — Daß Bismarck umgekehrt auch nicht sehr mit einer russischen Unterstützung Preußens rechnete, sucht *Michael* S. 394 als möglich hinzustellen, indem er eine Äußerung Bismarcks aus seinen Erinnerungen anführt, wo es heißt (G.W. 15, 284 f.): „Von Rußland war einer solchen Koalition (Frankreich-Österreich-Italien) gegenüber aktiver Beistand schwerlich zu erwarten . . . Ich nahm zwar an, daß wir gegen eine Koalition, welche Frankreich etwa gegen uns aufbringen würde, auf russischen Beistand würden zählen können, aber doch erst, wenn wir das Unglück gehabt haben sollten, Niederlagen zu erleiden, vermöge deren die Frage näher gerückt wäre, ob Rußland die Nachbarschaft einer siegreichen französisch-österreichischen Koalition an seinen polnischen Grenzen vertragen könne . . ."

Abgesehen von der Erkenntnis dessen, was *Michael* hervorhebt, wenn er schreibt, daß „diese in später Erinnerung niedergeschriebenen Sätze natürlich kein unbedingter Beweis" seien, bezieht sich diese Äußerung Bismarcks auch auf eine unmittelbarer an 1866 schließende Zeit, jedenfalls aber bestimmt vor den Zeitpunkt der russisch-preußischen Annäherung. (Siehe a. ob. S. 66.)

Ferner glaubt *Michael* S. 397 darauf schließen zu können, daß Bismarck sich „des zweifelhaften Charakters der russischen Rückendeckung wohl bewußt" war, indem er auf eine Stelle in dem Runderlaß vom 6. 1. 69 verweist, wo es in bezug auf die Haltung Österreichs bei einem Angriff Frankreichs auf Deutschland heißt: „. . . die Stimmung der Ungarn, eventuell die Macht Rußlands hätten Österreich zu wirklicher Neutralität gezwungen." Das Wörtchen „eventuell", dem *Michael* so entscheidende Bedeutung beimißt, braucht aber keineswegs die Annahme *Michaels* unweigerlich zu erfordern, vielmehr kann es auch nur soweit eine Beschränkung des russischen Eingreifens bedeuten, indem ein solches ja auch nur „eventuell" erforderlich war für den Fall, daß sich Österreich in kriegerische Bereitschaft setzen würde.

Im Anschluß an diese Ausführungen möchte der Verfasser vorliegender Arbeit noch darauf hinweisen, daß *Wilh. Mommsen* bei der kurzen Besprechung der *Michael*schen

Wenn Bismarck also auch ein festes Abkommen vermied, so war er doch auf jeden Fall bereit, Rußland die zugesicherte Unterstützung zuteil werden zu lassen, wie er, nach der Mitteilung an den preußischen Gesandten Werther in Wien zu schließen, ebenso gegen jede Einmischung Österreichs in einem Kriege mit Frankreich auf die Herstellung des materiellen Gleichgewichtes zugunsten Preußens durch Rußland glaubte rechnen zu können [87]). Auch in verschiedenen Gesprächen brachte Bismarck seine Ansicht von dem Wert und der Bedeutung eines guten Verhältnisses zu Rußland zum Ausdruck [88]). Freilich unterließ er es auch nicht, gelegentlich, namentlich als in der panslavistischen Presse sich preußenfeindliche Einflüsse geltend machten, darauf hinzuweisen, daß Preußen nicht allein auf Rußland angewiesen sei [89]). Doch sind solche Äußerungen als nur für augenblickliche besondere Einzelerscheinungen getan zu betrachten. Im ganzen genommen war Bismarck bestrebt, das Verhältnis zu Rußland möglichst eng zu gestalten: „Wir sind durch die Lage der europäischen Verhältnisse auf ein Zusammengehen mit Rußland absolut angewiesen und haben auch keinen Grund, darin zu sehr zurückhaltend zu sein, oder daraus ein Hehl zu machen. Wir wünschen uns Rußland nicht zu entfremden und wünschen auch nicht, daß man in Paris an eine solche Entfremdung glaube. So entschieden wir jeden Glauben einer Verbindung mit Rußland in irgendwie aggressiven Sinne oder zur Durchführung bestimmter Pläne abweisen können, so sehr liegt es doch in unserem Interesse, uns auch durch tätiges Zusammengehen in friedlichem Sinne die Freundschaft Rußlands für die Zwecke der Verteidigung zu erhalten und auch in Frankreich und Österreich die Überzeugung nicht zu schwächen, daß gegen einen Angriff von dieser Seite das Bündnis uns nicht fehlen würde, und daß die Versuche, uns von Rußland zu trennen, des Erfolges entbehren" [90]).

Darstellung in der Hist. Zeitschr. 143 S. 576 ff. auch hervorhebt, daß *Michael* den Wert des Verhältnisses Rußlands zu Preußen in der Zeit vor 1871 unterschätzt.

[87]) 18. 5. 68 Bism. an Werther. G.W. 6a, 359.

[88]) Gespräch mit Prof. Bluntschli am 30. 4. 68. G.W. 7, 255. Gespräch mit Justizrat v. Wilmowski im November 68. G.W. 7, 273. *Michael* (S. 394 u. 395) ist der Ansicht, daß Bismarck zwar den „relativen Wert" der russischen Zusage erkannt habe, sieht aber mit diesen Belegen keineswegs die Ansicht *Platzhoffs* vom Werte der russischen Freundschaftserklärung bewiesen. *Michael* weist vielmehr darauf hin, daß sowohl die Mitteilung Bismarcks an Werther als auch die Gespräche nicht als Beweise zu gebrauchen seien, da diese Äußerungen Bismarcks von der Tendenz bestimmt seien, Österreich zu warnen und einzuschüchtern, und Preußens Stellung stark und gesichert erscheinen zu lassen. *Michael* meint: „Wenn Bismarck das russische Bündnis als eine Art Patentlösung hätte haben wollen, so hätte er es haben können, schon im Juni 1867. (Siehe ob. S. 76 Anm. 45 Verf.) Er ist aber nie auf russische Offerten eingegangen, weil sie ihm zu gefährlich waren und Annahme russischer Hilfe immer unmögliche Gegenleistungen in der Orientfrage bedeutete. Wie e r sich die Zusammenarbeit mit Rußland dachte, zeigt z. B. sein Angebot in den Tagen der Tauffkirchenschen Mission. Da waren Österreich und Rußland zu e i n e r Kombination ‚vereinigt'. Als dieser Plan sich undurchführbar erwies, blieb Bismarcks Interesse an Rußland darauf beschränkt, Gortschakows Politik passiv zu halten, damit die Allianzversuche Österreichs mit Frankreich unter Einschluß Englands ja nicht bekräftigt wurden." — Dies vorbeugende Bestreben Bismarcks hinderte aber doch nicht, daß Bismarck, als die französ.-österr. Bündnisverhandlungen ihren Höhepunkt erreichten, bereit war, im Bedarfsfalle die gegenseitig gemachten Zusicherungen Preußens und Rußlands zur Ausführung zu bringen!

[89]) 21. 1. 69 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 524 ff.

[90]) 29. 4. 69 Bism. an Solms. G.W. 6b, 63 f. — Zu diesem Erl. Bismarcks meint *Michael* S. 401 ebenfalls, daß diese Äußerungen tendenziös gemeint seien, um Preußens Stellung in den Augen seiner Gegner und zweifelhaften Freunde möglichst stark erscheinen zu lassen! Bis zu einem gewissen Grade mag *Michael* hierin recht haben. Hatte Bism. an-

Die Annäherung Frankreichs an Österreich machte die Zusicherung eines gegenseitigen aktiven Beistandes Preußens und Rußlands notwendig. Der Wert der Zusicherung lag in einer ‚Paralysierung' der gegnerischen militärischen Kräfte; Bismarck war bereit, gegebenenfalls die gemachte Zusicherung in die Tat umzusetzen, wie er auch Gleiches von russischer Seite erwartete [91]).

Er erkannte aber auch die Erhöhung der Spannung, die das Verhältnis zu Rußland mit der Verknüpfung der deutschen Frage, die am Rhein zu lösen war, mit der orientalischen bedeutete.

Eine solche Verknüpfung war aber nötig, da Rußland für die Bismarck erwünschte Rückendeckung auch eine Gegenleistung zugesprochen erhalten mußte.

Der russischen Rückendeckung bedurfte Bismarck aber, um bei einem deutsch-französischen Kriege gegen eine etwaige Teilnahme Österreichs auf seiten Frankreichs ein Gegengewicht zu haben. So wurde der Gegensatz der beiden Kaiserreiche Rußland und Österreich zu „einem der Hebel, durch die Bismarck der unerhörte Erfolg der Lokalisierung des deutsch-französischen Krieges gelang" [92]).

Bismarck mußte fortan nur ein wachsames Auge haben, um die Ereignisse im Orient keine unerwünschte Entwicklung nehmen zu lassen, daß er nicht in die Lage kam, von dem Zaren an sein Versprechen ermahnt zu werden, ohne daß zum mindesten die Angriffsbewegung der Gegner gleichzeitig auf eine deutsche Frage hingelenkt war [93]). Wenn es darüber hinaus gelang, den Orient zu beruhigen und einzig die deutsche Frage in den Vordergrund zu lassen, so konnte die russische Freundschaft für Bismarck damit den besten Sinn haben. Gebunden freilich war niemand; aber sie beruhte auf dem festen Vertrauen der Monarchen und dem Einverständnis ihrer Minister.

III. Die orientalische Krise im Herbst 1868. — Das Verhältnis Preußens zu Rußland bis zum Ausbruch des Krieges 1870/71.

Die Unruhe auf dem Balkan [94]), die mit der Krise in Rumänien und dem griechisch-türkischen Konflikt in der Kretafrage im Herbst 1868 zu ihrem Höhepunkt gelangte, hat Bismarck mit großem Geschick zu meistern gewußt.

Bismarck unterstützte dabei die russischen Interessen, soweit es im Interesse des Friedens zu verantworten war. Er sah dem durch Rußland begünstigten Treiben des rumänischen Ministers Bratianu lange Zeit ruhig zu, nahm aber auch Rücksicht auf die vor Rußland bangenden Ungarn, um diese nicht der Außenpolitik Beusts gefügig zu machen [95]). Als der ungarische

---

fangs versucht, seine guten Beziehungen zum Petersburger Hof zu verschleiern, um eine ungünstige Gruppierung der Mächte zu verhindern, so mochte er jetzt, nachdem die Verbindung von Österreich und Frankreich offenkundig war, die russische Freundschaft besonders stark betonen, um die Gegner vor einem leichtfertigen Angriff zu warnen.

[91]) Dies muß im Gegensatz und zur Ergänzung der Auffassungen *Michaels* bzw. *Platzhoffs* hervorgehoben werden!

[92]) *Meyer,* Bismarcks Orientpolitik, S. 11.

[93]) Der Legationsrat Abeken i. preuß. Auswärt. Amt charakterisierte den preußischen Standpunkt folgendermaßen: „Müssen wir zum Kriege schreiten, so wollen wir, daß er um eine deutsche und nicht um eine orientalische Frage geführt werde." (*Bernhardi,* Tagebuchbl. VIII, 363.)

[94]) s. hierzu: *Sybel* VI, 272 ff. — *Stern* X, 187 f. — *Michael* 170 ff. u. 187 ff.

[95]) *Rheindorf,* a. a. O., 62.

Ministerpräsident Andrassy erklärte, die Ungarn würden in einem deutsch-französischen Krieg gegen Deutschland marschieren, wenn Rumänien seine ungarnfeindliche Politik nicht einstelle und Preußen diese unterstütze[96]), forderte Bismarck in Bukarest die Entlassung Bratianus[97]). In Petersburg zeigte man darüber ein doppeltes Gesicht: Gortschakow sprach sich über den Rücktritt Bratianus zufrieden aus, Stremouchow aber gab seinem Ärger über ein solches Zugeständnis gegenüber Bismarck Ausdruck[98]).

Da die Stellung, die Rußland — welches nach den Worten des Prinzen Reuß jetzt weise Zurückhaltung im Orient übte[99]) —, zu den orientalischen Fragen einnahm, ebenso grundsätzlich feststand wie das Verhältnis Rußlands zu Preußen, drehte sich das diplomatische Spiel Bismarcks jetzt hauptsächlich um England, indem Bismarck dessen Verhältnis zu Frankreich erst zu fördern suchte, damit Frankreich auf eine Unterstützung Englands in der deutschen Frage hoffen konnte und somit den Lockungen Österreichs für das Bündnis im Orient das Gleichgewicht gehalten wurde — alles, um eine weitere Ausbreitung der Orientkrise zu verhindern —, oder, nachdem der Zweck erfüllt war, indem Bismarck die Annäherung der beiden Westmächte durch entschiedene Abwehr wieder unterbrach[100]).

Gegenüber Rußland mußte Bismarck nur darauf achten, daß dieses nicht durch eine zweifelhafte Haltung die Krise verschärfte. Darum ließ Bismarck anläßlich des griechisch-türkischen Konfliktes durch den Prinzen Reuß den Gedankenaustausch mit Petersburg zwecks preußisch-russischen Zusammenwirkens für den Frieden wieder aufnehmen, um auf den friedensgefährlichen Charakter der österreichischen Politik aufmerksam zu machen[101]). Gortschakow war über diese Eröffnungen sehr erfreut, weil er glaubte, daß Preußen nun zu „intimen Besprechungen" über ein gemeinsames Handeln mit Rußland in der orientalischen Frage bereit sei[102]). Dabei war es aber Bismarck nur darum zu tun, Rußland fester an sich heranzuziehen. Darum lehnte er auch den Wunsch Gortschakows, Preußen möge bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Athen und Konstantinopel den Schutz der Griechen in der Türkei übernehmen, ab[103]). Denn Gortschakow konnte auf diese Weise versuchen, Bismarck fester in den Konflikt zu verwickeln und so seiner Hilfe sicher zu sein, wenn es zum Kriege kam.

Etwaigen Versuchen aber, Preußen von Rußland in der orientalischen Frage zu trennen, begegnete Bismarck zur Beruhigung Gortschakows mit der klaren Erklärung: „Ich habe auf die Gefahren hingedeutet, welche in jedem Versuche einer Isolierung Rußlands liegen würden und daß wir zu solchem die Hand nicht bieten dürften"[104]).

Zur Lösung des griechisch-türkischen Konfliktes trat auf Bismarcks Vorschlag in Paris ein Kongreß zusammen[105]). Die Schwierigkeit der Aufgabe Bismarcks bestand darin, einen Ausgleich zwischen dem russischen und dem

---

[96]) *Wertheimer,* Andrassy I, 453 f.
[97]) 22. 10. 68 Bism. an Keyserling, *Sybel* VI, 274. *Wertheimer* 455 ff. *Michael* 182 f.
[98]) 2. 12. 68 Reuß an Bism. *Michael* 185.
[99]) 13. 12. 68 Reuß an Bism. *Michael* 190.
[100]) Siehe ausführl. *Michael* 177 u. 187 f.
[101]) 10. 12. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 45 ff. Auch *Rheindorf,* a. a. O., 65.
[102]) 13. 12. 68 Reuß an Bism. Nach *Michael* 190.
[103]) 13. 12. 68 Reuß an Bism. u. 15. 12. 68 Bism. an Reuß. *Michael* 192.
[104]) 28. 12. 68 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 493 ff.; auch *Michael* 201 f.
[105]) *Sybel* VI, 275 f. *Stern* X, 188 f.

englisch-französischen Standpunkt zu finden. Gortschakow zeigte sich über die Haltung Preußens keineswegs zufrieden, sondern klagte über die Nachgiebigkeit des preußischen Vertreters auf der Pariser Konferenz. Bismarck suchte seinen russischen Kollegen eines Besseren zu belehren, da „gerade die Kombination der Entschiedenheit Stackelbergs (russischer Gesandter in Paris), sekundiert durch Solms' unterstützende Vermittlung, das günstige Ergebnis bewirkt habe". „Wenn wir nichts anderes getan hätten, als dieselbe Sprache zu führen (d. h. die Haltung Stackelbergs zu unterstützen), so würde m. E. das nähere Zusammenschließen der Westmächte unter sich und mit Österreich die Folge davon gewesen sein" [106]). Das Bestreben Bismarcks, Rußland bei jeder Gelegenheit und in jedem Fall freundlich zu stimmen, tritt wiederholt klar hervor [107]). Auch Gortschakow mußte nun zum Bewußtsein kommen, daß eine Anlehnung an Preußen den russischen Interessen für die Beseitigung des Pariser Friedens am zweckdienlichsten war, wobei dieser Gedanke durch die jetzt wieder lebhafte Agitation der Polen und die Unterstützung der polnischen Emigranten durch Napoleon eine weitere Kräftigung erfuhr [108]).

Rußland erhielt in seinem Bestreben nach einer Revision des Pariser Friedens von seiten Preußens eine weitere Unterstützung durch eine Verschiebung innerhalb der preußischen Diplomatie. So kam der preußische Generalkonsul in Bukarest, durch dessen Tätigkeit die Russen manchen Dienst erfahren hatten, nach vorheriger Rücksprache mit der Petersburger Regierung als Gesandter nach Konstantinopel [109]), während Rußland versprach, seine Wiener und Pariser Missionen nicht mit „Leuten besetzen zu wollen, die Preußen unangenehm sein könnten" [110]).

Kam auf solche Weise das gute Einvernehmen zwischen der Berliner und der Petersburger Regierung zum Ausdruck, so wurde von verschiedenen Seiten daran gearbeitet, das Verhältnis zu beeinträchtigen. Dies zeigte sich vor allem in der panslavistischen russischen Presse, welche Bedenken äußerte, ob es für Rußland praktisch sei, „sich mit einem so gewandten Staatsmann wie Bismarck zu liieren", und vielmehr eine Annäherung an Frankreich erstrebenswert hielt. Man warnte sogar davor, die orientalische Frage mit Preußen zu lösen, da man in panslawistischen Kreisen danach eine Steigerung des Berliner Einflusses befürchtete [111]). Eine weitere Gefahr, die das preußisch-russische Verhältnis bedrohte, ergab sich aus der Sendung des Generals Fleury nach Petersburg mit dem Auftrag, die französisch-russischen Beziehungen zu bessern [112]). Der Zar ließ sich aber durch die Redekünste Fleurys, der mit Schlagworten wie Pangermanismus und preußischen Gelüsten auf die Ostseeprovinzen Argwohn gegen Preußen zu stiften suchte, nicht beirren, sondern erklärte wiederholt, daß es Fleury nie gelingen werde, das Verhältnis zu sprengen: „Meine Gesinnungen ändern sich weder gegen den König noch gegen Preußen" [113]). Auch die Empfänglichkeit Gortschakows für eine

---

[106]) 31. 1. 69 Bism. an Reuß. G.W. 6a, 534 f.

[107]) s. a. die Erl. v. 9. 3. 69 an Reuß. G.W. 6b, 10 f.; u. v. 29. 4. 69 an Solms. G.W. 6b, 63 f.

[108]) siehe *Rheindorf*, a. a. O., 66.

[109]) 29. 10. 69 Bism. an Reuß u. Reuß an Bism. *Rheindorf* 66.

[110]) *Klaczko*, Zwei Kanzler; zitiert nach *Rheindorf*.

[111]) *Rheindorf*, a. a. O., 67 f.

[112]) *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserbundes 297. — *Charles-Roux* 485.

[113]) 16. 11. 69 Reuß an Thile. *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserbundes 297. — *Fleury*, La France et la Russie, S. 118 ff.

„entente cordiale" mit Frankreich kühlte rasch ab, als er merkte, daß von Napoleon eine Unterstützung der russischen Orientwünsche immer noch nicht zu erwarten war. Dieser Umstand und die Neigungen eines neuen von Napoleon berufenen liberalen Ministeriums für England, ließen Gortschakow „seiner Liebe zu Frankreich den Laufpaß geben", um dem von dem Zaren schon lange eingeschlagenen Weg nach Berlin zu folgen [114]). Was die Hinweise des französischen Gesandten Fleury auf das Baltikum betraf, so hatte Bismarck schon früher etwaige Beklemmung in Petersburg zu zerstören gesucht. Der Besorgnis, der man in russischen Kreisen begegnete, nämlich, daß neben den baltischen Angelegenheiten „alle anderen Divergenzen mit Deutschland für den Augenblick völlig verschwänden" [115]), betonte Bismarck gegenüber die völlige Enthaltung, „welche in politischer Beziehung unsere Verhältnisse zu den Ostseeprovinzen Rußlands charakterisiert". Wenn auch „ein gemütliches Interesse an den deutschen Elementen in den baltischen Provinzen vorhanden" war, einen Einfluß auf die politische Haltung dürfe das doch nicht ausüben, „da sich kein reales Interesse damit verbindet" [116]).

Gelegenheit für die beiden Monarchen, ihrem guten Einvernehmen Ausdruck zu verleihen, bot sich zum Geburtstage König Wilhelms [117]) und bei den Begegnungen der beiden Monarchen in Berlin und Bad Ems, wohin Alexander II. in Begleitung Gortschakows zur Kur reiste [118]). Auch Bismarck begleitete den König auf seinem Gegenbesuch nach Bad Ems. Die Begegnung sollte natürlich die persönlichen Beziehungen festigen, auf denen das preußisch-russische Verhältnis beruhte. Bei den politischen Besprechungen, bei denen Polen und der Balkan das Hauptthema bildeten, gelang es Bismarck, Gortschakow von der Ungefährlichkeit der Politik Preußens in Rumänien und der Notwendigkeit gleichmäßigen Auftretens von Preußen und Rußland im Orient zu überzeugen. Um die seit einiger Zeit von Wien gemachten Bemühungen, die Petersburger Gunst zu gewinnen, unschädlich zu machen, malte Bismarck das polnische Gespenst absichtlich mit kräftigen Farben. Besondere Abmachungen wurden jedoch nicht weiter getroffen, da sie nach den Zusicherungen von 1868 auch nicht notwendig waren. Bismarck suchte immer, sich für den Orient nicht zu binden. So meldete Benedetti beruhigt nach Paris, Bismarck sei keine Verpflichtungen eingegangen und „auch zu keiner Verpflichtung geneigt, die Preußen bei Vermittlungen in der Türkei kompromittieren, England und Frankreich einander nähern und ihm Schwierigkeiten am Rhein bereiten könnte. Die Gefälligkeiten des Kanzlers für Rußland werden ihn niemals in seiner Handlungsfreiheit beschränken" [119]).

Immerhin erregte die Zusammenkunft, besonders in England, beträchtliches Aufsehen, da man fürchtete, daß die Pontusfrage den Gegenstand zu festen Abmachungen gegeben habe [120]). Obgleich dies nicht der Fall war, geht doch aus einer Äußerung Gortschakows hervor, daß er nicht mehr lange gewillt war, die Beschränkung der russischen Hoheitsrechte im Schwarzen

---

114) s. *Rheindorf*, a. a. O., 69 u. 72.
115) *Schweinitz*, Briefw. S. 54, Aufzeichn. v. 22. 1. 69.
116) 9. 3. 69 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 13.
117) 22. 3. 70 Reuß an König Wilh. I. *Rheindorf*, a. a. O., 72.
118) s. hierzu *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 297 f. u. *Rheindorf*, a. a. O., 72 f.
119) Bericht *Benedettis* v. 30. 6. 70. *Benedetti*, a. a. O., 299. In der Übersetzung nach *Rheindorf*, a. a. O., 370.
120) *Rheindorf*, a. a. O., 73.

Meer zu ertragen, wenn er zu Reuß sagte, er wolle nicht verhehlen, „daß er einer Diskussion über jene Verträge nicht ausweichen würde, sobald die Interessen Rußlands es erheischen würden“ [121]).

Die Bemühungen Österreichs, durch die Entsendung des Erzherzogs Karl nach Warschau Anfang Juli 1870 mit dem Zarenhof in nähere Fühlung zu kommen und Preußen anzuschwärzen, sollten auch nicht den gewünschten Erfolg zeitigen [122]). Auf die Angaben des Erzherzogs, daß der Wunsch Österreichs nach einer Besserung der österreichisch-preußischen Beziehungen durch Bismarck sehr erschwert werde, konnte Bismarck nach Petersburg berichten, daß Preußen eine solche Annäherung zwischen Österreich und Preußen schon längst gewünscht habe, betonte aber ausdrücklich, „soweit sie ohne Schaden unserer Beziehungen zu Rußland sich machen läßt“ [123]).

Das gute Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg war nicht zu trüben, weder durch panslawistische Presseartikel noch durch die Missionen des Generals Fleury oder des österreichischen Erzherzogs.

Die Fronten für die Zukunft schienen also geklärt, nachdem auch die französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen, die mit der Zusammenkunft der Monarchen in Salzburg im August 1867 angebahnt worden waren, nach langem Hin und Her und nachdem die Verhandlungen über einen förmlichen Vertrag unter Einbeziehung Italiens gescheitert waren, zu einem gewissen Ergebnis geführt hatten, was in einem gleichlautenden Briefaustausch der beiden Monarchen zum Ausdruck kam [124]).

Dieser französisch-österreichischen Front gegenüber bestanden die Zusicherungen der Monarchen Preußens und Rußlands vom Jahre 1868, deren praktischer Wert sich bald zu erweisen hatte.

IV. Der deutsch-französische Krieg.

Der preußisch-französische Gegensatz kam mit dem „Platzen der spanischen Bombe“, wie Gortschakow sagte [125]), zum kriegerischen Austrag.

Mit Ruhe konnte Bismarck der Entwicklung der Ereignisse entgegensehen. Von Rußland hatte er keinen Eingriff in die Auseinandersetzung zu befürchten. Außer den Banden persönlicher Zuneigung, die die beiden Monarchen Preußens und Rußlands miteinander verknüpften, und in Würdigung der Dienste, die Preußen der Politik seines Nachbarn hatte zuteil werden lassen, waren es auch eigene wichtige politische Interessen, die Rußland zu einer wohlwollenden Haltung veranlaßten, da man in Petersburg bei einem Vordringen der Franzosen nach Osten mit einer Erhebung der Polen rechnete und in dem Pariser Vertrag eine Schmach erblickte, der man sich baldigst zu entledigen wünschte [126]).

Auch Bismarck wußte, daß Rußland aus eigenem Interesse schon nicht auf die Seite der Gegner Preußens treten konnte [127]). In dem diplomatisch-par-

---

[121]) 14. 6. 70 Reuß an Bism. *Rheindorf*, a. a. O., 73.
[122]) G.W. 6b, Vorbem. z. Nr. 1589, S. 353 f. — *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 298 f.
[123]) 10. 7. 70 Bism. an Schweinitz. G.W. 6b, 354.
[124]) *Stern* X, 124 ff., 184 ff., 189 ff., 201 f.
[125]) *Rheindorf*, a. a. O., 75.
[126]) s. a. *Sybel* VII, 278.
[127]) Bism. zu Bluntschli am 30. 4. 70. *Poschinger*, Bism. u. d. Parl. II, 123. — Gespr. m. Busch am 27. 2. 79. G.W. 8, 306 f.

lamentarischen Vorspiel bemühten sich die Russen aber, den Frieden zu erhalten [128]), wenigstens bis zu dem Augenblick, „wo der Wille Seiner Kaiserlichen Majestät uns vielleicht eine andere Politik vorschreibt" [129]). Wohl mochten die Russen auch damit gerechnet haben, bei einer Lösung des spanischen Konfliktes auf einer internationalen Konferenz für ihre Mitarbeit einen Preis in der Befreiung des Schwarzen Meeres zu erhalten.

Da man in Paris aus der Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin wohl nicht zu Unrecht einen Druck auf Österreich befürchtete, bemühte sich der französische General Fleury in Petersburg mit allen Mitteln, allerdings immer wieder erfolglos [130]), gegen Preußen Propaganda zu machen; und auf die Mitteilung, daß ein Hohenzoller in Spanien für Frankreich den casus belli bedeute, erwiderte Gortschakow, daß keine Berechtigung bestände, die preußische Regierung verantwortlich zu machen, da sie die ganze Sache nichts anginge. In optimistischer Stimmung hielt man in Petersburg die Kammerrede des französischen Ministers Gramont vom 6. Juli für Effekthascherei und empfahl Preußen, sich „avec le calme de la force" über die Situation zu stellen [131]). Gortschakow bewahrte die Ruhe sogar soweit, daß er am 10. Juli zur Kur nach Wildbad reiste. Wahrscheinlich erklärt sich die Reiselust Gortschakows daher, daß er sich den Konsequenzen, die sich aus den Zusicherungen des Zaren vom Frühjahr 1868 ergaben, entziehen und die Verantwortung dem Zaren allein überlassen wollte [132]). Die Franzosen verloren aber damit auch eine Stütze, und alle Versuche, Alexander zu irgendeiner Stellungnahme gegen Preußen zu veranlassen, schlugen fehl. Wohl richtete der Zar Mahnungen zur Mäßigung an König Wilhelm; aber diese entsprangen nicht französischem Druck, sondern der Furcht Alexanders vor einem Kriege, der nach der Ansicht des Zaren nur der Revolution förderlich sein konnte [133]).

Gemäß der Zusicherung vom Frühjahr 1868 hielt aber der Zar, der obendrein durch die französischen Ansinnen an König Wilhelm in seiner Familienehre verletzt war [134]), sein Versprechen. Er warnte wiederholt in Wien und sprach dem österreichischen Gesandten gegenüber die Drohung aus, er werde militärische Anordnungen gegen Österreichs Grenzen richten, wenn dieses eine bewaffnete und drohende Haltung einnehmen würde [135]). Dem Könige von Preußen aber versicherte Alexander am 17. Juli, also bereits zwei Tage nach dem im französischen Ministerrat gefaßten Kriegsbeschluß, im Falle einer österreichischen Kriegserklärung an Preußen eine Armee von 300 000 Mann zur Paralysierung der österreichischen Streitkräfte aufstellen zu wollen, obgleich in den Zusagen von 1868 nur von 100 000 Mann die Rede war. Gleichzeitig kündigte der Zar eine eventuelle Besetzung Galiziens an, wenn die kriegerischen Verhältnisse es notwendig machen sollten, und trat die bei Krupp befindlichen russischen Geschütze an Preußen ab. Dem General Fleury ließ er aber wissen, daß Rußland neutral bleiben wolle, solange die direkten

---

[128]) 19. 7. 70 Reuß an Bism. G.W. 6b, Vorb. z. N. 1686, S. 407 f. *Rheindorf*, a. a. O., 75 ff. — *Charles-Roux* 479.

[129]) *Eckardt*, Von Nikolaus I. zu Alex. III., S. 240.

[130]) *Fleury*, La France et la Russie, S. 118 ff. S. o. S. 88.

[131]) 7. 7. 70 Reuß an Bism., nach *Rheindorf* 76.

[132]) s. *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 300.

[133]) *Fleury*, a. a. O., 131 ff. *Charles-Roux* 479.

[134]) *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 299. *Charles-Roux* 480.

[135]) *Wertheimer*, Andrassy I, 514. Ders. i. Dtsch. Rundsch. Jan. 1921, S. 72. *Schweinitz*, Denkw. I, 276.

Interessen seines Landes nicht bedroht würden, also solange auch Österreich Neutralität wahre, und verbürgte sich dafür, daß von Preußen kein Angriff auf Österreichs Grenzen erfolgen würde [136]).

So konnte Bismarck die liebenswürdige Haltung Rußlands wohl rühmen [137]).

Die Reise Gortschakows nach Deutschland verstärkte noch den Eindruck, daß Frankreich einer preußisch-russischen Front gegenüberstehe [138]), was jedoch nicht der Fall war. Denn obgleich Gortschakow am 12. Juli in Berlin weilte, findet sich in den Akten kein Beweis, daß die Schwarze-Meer-Frage oder ein Bündnisvertrag von Bismarck und Gortschakow besprochen worden ist [139]). Immerhin, der Eindruck in Europa bestand.

Rußlands wohlwollende Haltung und seine an Österreich gerichtete Erklärung basierten aber nur auf den Zusicherungen, die sich die beiden Monarchen Preußens und Rußlands 1868 gegeben hatten.

Unter dem Eindruck des preußisch-russischen Einvernehmens ließ sich die österreichische Regierung zur Neutralität bestimmen [140]). Es muß aber hervorgehoben werden, daß selbst die Gewißheit einer preußisch-russischen Front doch nicht genügt haben würden, Österreich von einem Eingreifen abzuhalten, wenn die deutschen Truppen am Anfang nicht gleich siegreich gegen Frankreich gewesen wären: hegte doch der ungarische Ministerpräsident Andrassy den Plan, mit einem siegreichen französischen Heer gegen Rußland zu marschieren [141]). Infolgedessen ist die Lokalisierung des Krieges auch in erster Linie den preußischen Siegen zu danken. Immerhin war es aber von großer Bedeutung, daß, dank der eindeutigen Haltung Rußlands, die österreichische Regierung am Anfang doch zögerte und erst die weitere Entwicklung abwartete. Hätten inzwischen die deutschen Truppen Niederlagen erlitten, so hätte sich Österreich durch die russische Drohung aber wohl nicht abhalten lassen, an der Seite Frankreichs in den Kampf einzutreten.

Wenn nun die russische Regierung nach ihren wohlwollenden Erklärungen zu Beginn des Krieges späterhin durch Aufbringen von Interventionsgedanken und Kongreßplänen Bismarck auch etliche Schwierigkeiten bereitete, so würde es doch zu weit gehen, wenn man sagen wollte, daß die Haltung der russischen Regierung während des Krieges nicht eindeutig war [142]).

Mit dem europäischen Kongreß als russischen Lieblingsgedanken hat man eben bei allen Fragen zu rechnen: es lag darin durchaus keine, auch nur versteckte Feindseligkeit. Bismarck mußte sich darum nur bemühen, die russischen Wünsche stets in rechter Weise abzuwehren, um für seine Entschließungen immer freie Hand zu behalten.

Der Plan, der dem Zaren vorschwebte, war „eine gewisse Solidarität unter den neutralen Mächten". Über die Stellung einer „Liga der Neutralen", wie sich Gortschakow auch ausdrückte, äußerte sich der Kanzler folgendermaßen: „Nach dem tête-à-tête der beiden kriegführenden Mächte auf dem

---

[136]) *Platzhoff*, a. a. O., 299. *Stern* X, 359. *Wertheimer*, Andrassy I, 525. G.W. 6b, Vorb. z. Nr. 1652, S. 389. 17. 10. 70 Bism. an Werther. G.W. 6b, 389.

[137]) 8. 10. 70 Bism. an Gattin, Briefe an Braut u. Gattin, S. 615.

[138]) *Loftus*, Dipl. reminisc. II, 1, S. 276 f. *Wertheimer* i. Dtsch. Rundsch. Jan. 1921 S. 72.

[139]) Vgl. *Rheindorf*, a. a. O., 77.

[140]) *Wertheimer*, Andrassy I, 514 ff.

[141]) *Wertheimer*, Andrassy I, 514.

[142]) *Platzhoff*, a. a. O., S. 300 glaubt dies aber hervorheben zu müssen.

Schlachtfelde, in das man sich nicht einmischen wolle, beginne die Rolle der Neutralen. Die Krisis, in der man sich befinde, sei eine europäische . . . Es sei daher unmöglich, daß die anderen Großmächte, wenn sie sich auch nicht am Kriege beteiligt hätten, von den zukünftigen Friedensverhandlungen ausgeschlossen blieben [143]).

Bismarck war aber durchaus nicht gewillt, sich den künftigen Frieden von einem internationalen Kongreß vorschreiben zu lassen. Darum wies er den Gesandten in Petersburg an: „Verhalten Sie sich zu verfrühten Anregungen über den Inhalt künftigen Friedens passiv und schweigsam. Dem Kaiser gegenüber werden Andeutungen, daß ein für Deutschland unbefriedigender Friede der Republik und dem Sozialismus die Bahn bricht, sich doch gelegentlich anbringen lassen" [144]).

Wie 1866 suchte Bismarck den Zaren mit dem Gespenst der Revolution von einer Intervention abzuhalten.

Rief Gortschakow bei der ersten Nachricht von den Absichten auf den Erwerb des Elsaß aus: „Das werden wir niemals zulassen", und mahnte der Zar immer wieder zur Mäßigung [145]), so ließ Bismarck auch sogleich deutlich zu erkennen geben, wie unerwünscht ihm jeglicher Versuch einer Einmischung war: „Sollte Österreich etwa mit Billigung Rußlands versuchen wollen, uns Friedensbedingungen aufzudringen, welche für Deutschland bei der Größe seiner Opfer und Gefahren unannehmbar, so würde die Gegenwirkung nationale und revolutionäre Kräfte entfesseln, deren Umfang und Richtung sich unserer Kontrolle entzieht. Bis jetzt haben wir gehofft, bei Abschluß des Friedens uns Rußland gefällig erweisen zu können und, in Erneuerung und Befestigung der früheren gemeinsamen Verbindungen, der Sache der Ordnung und der Monarchie solidarische Bürgschaften gegen Revolution zu gewähren" [146]).

Neben dem Hinweis auf die Entfesselung nationaler und revolutionärer Kräfte, das Mittel, welches in Petersburg seinen Zweck nie verfehlte, machte Bismarck den Russen zugleich die Möglichkeit einer gewinnbringenden Politik deutlich: „Wenn Rußland Wünsche wegen des Pariser Traktats hat, werden wir sie gern zu den unsrigen machen" [147]). In dieser Beziehung erfuhr Bismarck auch eine gute und tatkräftige Unterstützung durch das persönliche Wirken der Großfürstin Helene, einer ehemaligen württembergischen Prinzessin und jetzigen Tante des Zaren, am russischen Kaiserhofe [148]), sowie durch die stets wohlwollende Mitwirkung des russischen Militärbevollmächtigten in Berlin, Grafen Kutusoff, und des Großherzogs von Weimar [149]).

Die Aufrollung der Pontus-Frage mußte Bismarck nur angenehm sein, denn dadurch verlor die Liga der Neutralen ihre Stoßkraft, da die Engländer sich nun größere Zurückhaltung auferlegten und auch die sich anbahnenden

---

143) 7. 8. 70 Reuß an Bism. *Rheindorf,* a. a. O., 78 ff.

144) 15. 8. 70 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 448.

145) 16. 8. 70 Reuß an Bism. *Platzhoff,* Rede S. 15.

146) 22. 8. 70 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 457.

147) 24. 8. 70 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 458. — Die Initiative für Aufrollung der orientalischen Frage ging also von Bismarck aus. Siehe auch G.W. 15, 319.

148) Über ihre Haltung siehe die Berichte Reuß' vom 10. u. 16. 8. 70, *Rheindorf,* a. a. O., Anlage Nr. 10 u. 11, S. 143 f. — Berichte vom Jan. 71. Anh. z. d. Ged. u. Erinn. II, 436 f. — *Taube,* Am russ. Hof . . ., S. IV.

149) G.W. 15, 319 f. Für Bismarck galt der Großherzog Karl Alexander als „ein Anwalt der guten Beziehungen" zwischen den beiden Kabinetten.

besseren Beziehungen zwischen Petersburg und Wien erneut gestört wurden, da die Ungarn keinesfalls gewillt waren, in ihrer östlichen Orientierung mit dem Gegner auf dem Balkan gemeinsam zu handeln[150]). So blieb die im August abgeschlossene Liga der Neutralen infolge der Gegensätze unter den Mächten, besonders zwischen Rußland und England und zwischen Rußland und Österreich, ein lebensunfähiges Gebilde[151]). Der Kongreßgedanke fand bald in Österreich nur noch in der Umgebung des Grafen Beust, in England gar keinen Anklang mehr. Die Verknüpfung des Gortschakowschen Planes eines Kongresses zur Beilegung des zwischen Frankreich und Deutschland entstandenen Konfliktes mit der Pontus-Frage bot der preußischen Diplomatie das Mittel, den unerwünschten Kongreß völlig zurückzudrängen.

Die russische Furcht vor einem geeinten Deutschland und der österreichische Plan, den Russen gemeinsame Rüstungen vorzuschlagen, um beim Friedenschluß ihrer Stimme den nötigen Nachdruck zu verleihen[152]), mußten Bismarck aber immerhin Überraschungen vorbeugen lassen. Denn wenn die russische Regierung die Niederlage Frankreichs geschehen ließ, so war es doch nicht ausgeschlossen, daß sie nach altem Brauch bei der Festsetzung der Friedensbedingungen und Regelung deutscher Verhältnisse ein Wort mitzusprechen verlangte. Zwar wies der Zar das Ansinnen Österreichs entrüstet zurück und gab den Reußschen Warnungen von der Hinterhältigkeit der Beustschen Politik völlig recht[153]); aber dennoch hielt es Bismarck für angebracht, den Russen seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Unter liebenswürdiger Betonung dessen, daß Rußland die einzige Macht in Europa sei, die ihrer Neutralität für Preußen einen wohlwollenden Charakter verliehen habe und daß infolgedessen natürlich auch die Stellung Rußlands zu den eventuellen Friedensverhandlungen anders anzusehen sei als die der übrigen Mächte, wies Bismarck darauf hin, daß der König von persönlichem Ehrgeiz nach einer Vergrößerung Preußens auf Kosten Frankreichs frei sei, daß man aber entschlossen sei, nur einen Frieden anzunehmen, der die strategische Sicherung Süddeutschlands gewährleiste. Zu einer vertraulichen Besprechung mit Rußland über die Friedensbedingungen sei man gern bereit; aber zu einem Kongreß mit den übrigen Mächten würde man sich gegenwärtig nicht entschließen. „Wir können die anderen Mächte nach ihrem Verhalten zu uns nicht auf dieselbe Linie mit Rußland stellen“[154]).

So suchte Bismarck wiederholt, die Erwerbung des Elsaß und Lothringens für die Sicherheit Deutschlands verständlich zu machen[155]).

An den Wunsch, mehr Klarheit über die Stellung zu erlangen, die Gortschakow zu den künftigen Friedensverhandlungen einnehmen wolle, fügte Bismarck die Bemerkung, daß das preußisch-russische Verhältnis eine gewisse Gegenseitigkeit erfordere und erinnerte den Kanzler daran, wie unpopulär ein Bündnis mit Rußland lange Zeit in der öffentlichen Meinung Preußens und Deutschlands gewesen sei und wie er, Bismarck, schon seit dem Krimkrieg, ja, seit Anfang seiner politischen Laufbahn nicht ohne Erfolg bemüht gewesen sei, dieser Stimmung entgegenzuwirken. In der letzten Zeit habe sich nun ein günstiger Umschwung in der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung

150) Hierzu und zum Folgenden *Rheindorf*, a. a. O., 84 u. 89.
151) *Platzhoff*, Rede, S. 14.
152) 3. 10. 70 Reuß an Bism. *Rheindorf*, a. a. O., 85.
153) 8. 9. 70 Reuß an Bism. *Rheindorf*, a. a. O., 85. — *Wertheimer*, Andrassy I, 526.
154) 6. 9. 70 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 476 ff.
155) Tel. u. Runderl. an die Missionen v. 6. 9. 70. G.W. 6b, 499 u. 500 ff.

gezeigt, aber „. . . es wäre sehr zu bedauern, wenn dieser erwünschte Erfolg im entscheidenden Stadium bei Gelegenheit der Friedensverhandlungen mit Frankreich wieder beeinträchtigt werden und neue Saat des Mißtrauens in Deutschland es uns erschweren sollte, unsere Gesinnungen für Rußland zu betätigen, während der Augenblick gerade jetzt günstig ist, beiden Völkern die Vorteile der guten Beziehungen ihrer Regierungen zueinander anschaulich zu machen“ [156]).

Inzwischen hatte aber die Regsamkeit der Russen in der Friedensfrage unter dem Eindruck der Revolution in Paris bereits nachgelassen, da man eine Rückwirkung auf Polen befürchtete, und Gortschakow erklärte dem Nachfolger Fleurys, dem Marquis de Gabriac: „Sie müssen sich wohl auf einige Opfer gefaßt machen“ [157]). Das Hilfsgesuch des Franzosen Thiers fand in Petersburg kein Gehör [158]). Also nichts, was die eindeutige Haltung der russischen Regierung in Zweifel stellen könnte!

Nun griff Gortschakow aber auch das Pontus-Problem wieder auf, über welche Frage er so lange geschwiegen hatte. Er wünschte sich jetzt mit Preußen zu verständigen, da er wohl befürchten mußte, eventuell wieder leer auszugehen, was bei der Stimmung in London und auch in Wien nicht unwahrscheinlich war [159]). So erklärte Gortschakow dem Prinzen Reuß, nachdem dieser Traktat des Pariser Friedens 14 Jahre lang von den Mächten verletzt und durchlöchert worden sei, werde er, Gortschakow, sobald die Zeit gekommen sein werde, aus seinem bisherigen Schweigen heraustreten und die für Rußland verletzenden Klauseln umwerfen [160]).

Sogleich erklärte Bismarck die Bereitwilligkeit des Königs, „die Wünsche Rußlands in bezug auf das Schwarze Meer, die wir für berechtigt halten, zu unterstützen und nicht nur Frankreich, sondern auch den anderen Mächten gegenüber zu vertreten“. Reuß sollte sich aber zunächst noch mit Vorsicht äußern, über die Bereitwilligkeit zur Unterstützung jedoch keinen Zweifel lassen [161]).

Während der Zar an sich leichter zu gewinnen war, wußte Prinz Reuß ein gutes Mittel, den Kanzler von seinen Deutschland nachteiligen Plänen, also einen europäischen Kongreß zu berufen, abzubringen, indem er ihm durch Schmeicheleien vorhielt, welche Größe er einnehmen würde, wenn er ohne Kongreß jenen Vertrag umwerfen könne, wozu Preußen ihm die Unterstützung gewähre [162]).

Allmählich wandten sich nun die Russen auch von ihren bisherigen Ideen ab, und Gortschakow lehnte einen englischen Antrag, Rußland möge sich an einer neutralen Intervention beteiligen, schroff ab, da er merkte, daß eine Zustimmung ihn mit Bismarck völlig entzweien mußte. Am 5. Oktober bezeichnete der Zar als den Kern seiner Politik im deutsch-französischen Kriege: Nichteinmischung [163]).

[156]) 26. 9. 70 Bism. an Reuß. *Rheindorf,* a. a. O., Anlage Nr. 21, S. 150. — Es kommt also wieder die Bereitwilligkeit zur Unterstützung russischer Interessen zum Ausdruck als Gegenleistung für eine wohlwollende Haltung Rußlands.

[157]) „Il faut pourtant bien, vous préparer à quelques sacrifices.“ *Charles-Roux* 492. Auch *Rheindorf,* a. a. O., 86.

[158]) *Stern* X, 434. Ausführl. *Charles-Roux* 490 ff.

[159]) *Rheindorf,* a. a. O., 86.

[160]) 9. 9. 70 Reuß an Bism. Große Politik II, 3 f.

[161]) 12. 9. 70 Bism. an Reuß. *Rheindorf,* a. a. O., Anlage Nr. 20, S. 149 f.

[162]) 24. 9. 70 Reuß an Bism. *Rheindorf,* a. a. O., 90.

[163]) *Rheindorf,* a. a. O., 91.

Der Hinweis Bismarcks auf den Orient führte zu dem gewünschten Erfolg: die Russen wurden von ihrem Kongreßgedanken abgelenkt. Der Zar fand aber die Gelegenheit passend, um die Initiative zu ergreifen und sich von den Fesseln des Pariser Friedens zu befreien. Man holte nach, was man 1866 versäumt hatte.

Am 31. Oktober gab Alexander von seinem Plan, Rußland von den Fesseln des Pariser Vertrages zu befreien, Kenntnis [164]). In einem Brief an König Wilhelm bat er um aktive Unterstützung in der Ehrenangelegenheit Rußlands und erinnerte dabei ausdrücklich an die wiederholt kundgetanen Äußerungen über die Bereitwilligkeit zu einer solchen Unterstützung, wie es von preußischer Seite schon im Jahre 1866 durch die Mission des Generals Manteuffel zum Ausdruck gebracht worden war [165]). Bismarck erhielt die Abschrift von dem Zirkular der Petersburger Regierung vom 31. Oktober an die Signatarmächte des Pariser Vertrages und einen Privatbrief Gortschakows mit der Bitte um vorläufige Geheimhaltung [166]).

Entschlossen, das gegebene Versprechen auf Unterstützung der russischen Wünsche einzulösen, telegrafierte Bismarck sofort nach Petersburg, für ihn bestehe kein Zweifel, „daß der König den in den kaiserlichen Briefen ausgesprochenen Erwartungen entsprechen wird“ [167]). So erwünscht wie Bismarck die Aufrollung der orientalischen Frage aber auch war, da eine einheitliche Front der Neutralen dadurch unmöglich gemacht wurde, so kam ihm doch die Plötzlichkeit des russischen Schrittes ungelegen.

Waren das Stocken der militärischen Operationen, das englische Waffenstillstandsangebot, die schleppenden Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten schon eine starke Belastungsprobe für Bismarcks Politik, so war mit dem russischen Vorgehen Stoff zu einem neuen Konflikt gegeben, welcher weitgehende Folgen nach sich ziehen konnte, denn sowohl ein allgemeiner europäischen Fragen, also mit unserem Konflikt mit Frankreich, beschäftige“. erschweren [168]): Bismarck versuchte daher am 8. November telegraphisch den russischen Schritt zu verhindern oder wenigstens um einige Wochen zu verschieben und hob hervor, daß Preußen einige Wochen später die russischen Wünsche wohl viel stärker werde vertreten können, fügte aber hinzu, wenn ein Aufschub untunlich sei, „so ändert das die diesseitige Auffassung nicht“ [169]; und noch ehe die Antwort aus Petersburg eintraf, daß die russische Note den Signatarmächten bereits übergeben sei [170]), ließ Bismarck nach Petersburg erneut die Mitteilung gelangen, daß „Preußen den Wünschen des Kaisers entsprechen werde“ [171]).

Trotz des ungünstigen Zeitpunktes für Preußen — „die dummen Kerls haben 4 Wochen zu früh begonnen;“ [172]) — zögerte Bismarck also doch keinen Augenblick, die russische Forderung auf jeden Fall zu unterstützen. Denn selbst eine Kriegserklärung Englands und Österreichs [173]) gegen Rußland mit

[164]) *Stern* X, 445.
[165]) 31. 10. 1870 Alex. II. an Wilh. I. Große Politik II, S. 4.
[166]) 1. 11. 1870 Gortsch. an Bism. Große Politik II, S. 5 ff.
[167]) 7. 11. 1870 Bism. an Reuß. *Rheindorf*, a. a. O., 93.
[168]) Vgl. *Rheindorf*, a. a. O., 94. *Platzhoff*, Rede S. 15.
[169]) 8. 11. 1870 Bism. an Reuß; nach G.W. 6b. Vorb. z. N. 1919, S. 589.
[170]) 9. 11. 1870 Reuß an Bism. *Rheindorf*, a. a. O., Anl. Nr. 23, S. 153, auch S. 94.
[171]) 9. 11. 1870 Bismarck an Reuß. *Rheindorf*, a. a. O., 94.
[172]) Äußerung Bism. nach Kaiser Friedrich, Kriegstageb. 230.
[173]) In London und Wien erhob sich auf das Vorgehen Rußlands hin ein Entrüstungs-

der Gefahr, daß Preußen in diesen Krieg hineingezogen würde, erschien Bismarck augenblicklich für die preußischen Interessen weniger gefährlich als der Beginn einer Koalition der Neutralen einschließlich Rußlands für die Herstellung des Friedens zwischen Deutschland und Frankreich [174]).

Dabei suchte Bismarck aber überall beruhigend zu wirken, das russische Vorgehen in seiner Bedeutung auf ein Mindestmaß herabzudrücken [175]), und ließ bei allen beteiligten Kabinetten hervorheben, daß er selbst über das russische Vorgehen völlig überrascht sei, ohne damit jedoch die Hoffnung erwecken zu wollen, daß Preußen sich an einem etwaigen Schritt gegen Rußland beteiligen würde. In Wien wurde dies ganz besonders betont, um keine falschen Schlüsse aufkommen zu lassen, daß Preußen für antirussische Tendenzen gewonnen werden könnte [176]), was nach den preußischen Annäherungsversuchen, die seit einigen Wochen in Wien wieder gemacht wurden [177]), nicht ausgeschlossen war.

Als sich in dem britischen Kabinett nun auch eine ruhigere Auffassung durchsetzte und man sich in London entschloß, Bismarcks Vermittlung in dem Streit anzurufen und zu diesem Zweck den Unterstaatssekretär Russell in das preußische Hauptquartier zu entsenden, war die Lösung des Konfliktes in die Hand Bismarcks gelegt, welcher so die beiden Staaten, deren Gegensatz wegen des Pontus-Problems so leicht zu einem Kriege führen konnte, am Zügel hielt [178]). Nachdem Bismarck sich in Petersburg vergewissert hatte, ob man dort mit einer Gesandtenkonferenz einverstanden war, und nachdem auch die englische Regierung ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben hatte, teilte Bismarck seinen Konferenzvorschlag mit dem Tagungsort in London den Kabinetten mit [179]).

Durch eine geschickte Vermittlung konnte sich das russische Vorgehen nun sogar zu einem Vorteil Deutschlands gestalten, indem die Aufmerksamkeit Europas von dem Westen ab und nach dem Osten hingelenkt wurde. Die Gegensätze im Orient boten die Möglichkeit, die Mächte untereinander auszuspielen, wodurch ein Zusammenschluß der Neutralen und ein gemeinsames Handeln gegenüber Deutschland und Frankreich vollends unmöglich gemacht wurde [180]).

Freilich barg der Zusammentritt einer Konferenz auch die Gefahr in sich,

---

sturm, der sich auch gegen Rußlands „offiziösen Bundesgenossen" Preußen richtete. *Stern* X, 446. *Rheindorf*, a. a. O., 99 ff. G.W. 6b. Vorb. z. N. 1919, S. 590. — 18. 11. 1870 Bernst. an Bism. Große Polit. II, 12.

[174]) 28. 11. 1870 Bism. an Bernst. G.W. 6b, 605; auch Große Polit. II, 19.

[175]) „Wir stehen nicht vor Tatsachen, sondern vor Erklärungen. Vorerst sind die russischen Erklärungen ein Stück Papier, ein Schriftstück, das eine Rechtsauffassung ausdrückt, und welchem man ein anderes Schriftstück gegenüber stellen kann, welches eine andere ausspricht." Schließlich haben sich die Staatsmänner aber doch zu fragen, „ob es richtig getan ist, wegen einer schriftlichen Erklärung, welcher Handlungen noch nicht gefolgt sind, einen Krieg herbeizuführen. Äußerungen Bismarcks nach engl. Dokumenten, *Rheindorf*, a. a. O., 109 f.

[176]) Bism. an Schweinitz. G.W. 6b, Nr. 1919. Bism. an Reuß 17. 11. 1870. G.W. 6b, *Rheindorf*, a. a. O., 101.

[177]) *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb., 301 ff. Siehe auch die Aufzeichn. Bism. üb. d. Unterred. m. Russell v. 21. 11. 1870. Gr. Pol. II, 13 ff. „Wir haben nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß die russische Regierung diese Frage einmal zur Sprache bringen werde, und wir waren geneigt, bei Diskussion derselben die Wünsche Rußlands zu befürworten."

[178]) *Rheindorf*, a. a. O., 102. *Stern* X, 446. 18. 11. 1870 Bernst. an Bism. Gr. Pol. II, 12.

[179]) 22. u. 26. 11. Bism. an Bernst. Gr. Pol. II, 16/17.

[180]) *Platzhoff*, Rede 15. *Michael* 308. — *Brandenburg*, Reichgr. II, 406.

daß die deutsche Frage mit aufgerollt wurde, was Bismarck unbedingt vermeiden mußte. Darum hatte der preußische Vertreter in London, Graf Bernstorff, Anweisung, die Konferenz, sobald Anregungen der Art zur Besprechung kommen sollten, sofort zu verlassen [181]). Die Instruktion, die Bernstorff empfing [182]), war diktiert von dem Gebot, zu verhüten, „daß die Konferenz über ihre eigentliche Aufgabe hinausgreife und sich mit anderen europäischen Fragen, also mit unserem Konflikt mit Frankreich, beschäftige". Es sei darum dafür Sorge zu tragen, daß die Konferenz nicht „zu rasch komme und auf unsere Kosten einig werde". Aus diesem Grunde, aber auch in Anerkennung der Tatsache, daß Preußen Rußland wegen seiner Haltung im gegenwärtigen Kriege zu Dank verpflichtet sei, da es Österreich und Dänemark von einer Teilnahme zugunsten Frankreichs abgehalten habe, empfahl Bismarck dem preußischen Gesandten als bestes Mittel, „wenn gegenüber dem Druck, welchen die Mehrzahl der Unterzeichner des Pariser Traktats auf Rußland ausüben wird, wir Rußlands Wünsche befürworten und seine Stellung kräftigen". „Auf keinen Fall darf die Konferenz mit ihren Verhandlungen uns mit Rußland verstimmen oder gar entzweien . . ., weil die Entfremdung zwischen uns und Rußland mit Sicherheit die diplomatische Einigung der Neutralen gegen uns und für Frankreich zur Folge haben würde."

Wenn die Instruktionen für den russischen Gesandten Brunnow im engsten Einvernehmen zwischen Bismarck und Gortschakow aufgestellt wurden [183]), so geschah dies wohl auch nur in der Absicht, einem möglichen Auseinandergehen der Meinung und einer Verstimmung zwischen Berlin und Petersburg vorzubeugen.

Den Zusammentritt der Konferenz wußte Bismarck jedoch hinauszuzögern, bis Deutschlands Sieg vollkommen gesichert und eine Vermittlungsaktion der neutralen Staaten nicht mehr zu befürchten war, so daß die Konferenz erst am 17. Januar 1871 in London zustande kam, um mit der Unterzeichnung des Londoner Vertrages am 13. März Rußland die ersehnte Souveränität auf dem Schwarzen Meere wiederzugeben [184]).

So erfuhr Rußland auf der Konferenz die wärmste Unterstützung Bismarcks, und die Russen lehnten ihrerseits eine Verquickung von Schwarze Meer- und Friedensfrage, wozu die englische Regierung geneigt war, ab [185]).

Während die neutralen Mächte im Orient beschäftigt waren, konnte sich die politische Einigung Deutschlands vollziehen und die Niederringung Frankreichs vollendet werden.

Das Bestehen des Gegensatzes der europäischen Großmächte zu Rußland in der Schwarze-Meer-Frage ermöglichte es Bismarck, den Krieg und die Verhandlungen mit Frankreich ohne Einmischung fremder Staaten zum Abschluß zu bringen. Bismarck, den in den letzten Monaten vor den Versailler Verhandlungen die Gefahr einer europäischen Einmischung täglich beängstigte [186]), betrachtete es darum als „eine Gunst des Schicksals, daß die Situa-

---

[181]) 3. 12. 1870 Bism. an Ausw. Amt. G.W. 6b, 609. Auch 18. 1. 71 Bism. an Ausw. Amt. *Rheindorf*, a. a. O., 120.

[182]) Zu dem Folgenden: 28. 11. 70 Bism. an Bernst. G.W. 6b, 605 f.

[183]) *Rheindorf*, a. a. O., 118. S. a. die Anweisung Bismarcks an Bernst. v. 4. 2. 71: „Stimmen Sie jeder Fassung zu, der Rußland zustimmt." *Rheindorf*, a. a. O., 124.

[184]) Siehe *Stern* X, 446 f., 498 f. u. 511.

[185]) Siehe hierzu *Charles-Roux* 528. *Stern* X, 511. *Platzhoff*, Rede 16. *Rheindorf*, a. a. O., 124; dazu Ber. Reuß' v. 21. 2. 71. *Rheindorf*, a. a. O., Anl. Nr. 40, S. 164.

[186]) G.W. 15, 399.

tion eine Möglichkeit bot, Rußland eine Gefälligkeit in betreff des Schwarzen Meeres zu erweisen . . . Die Servitut der Art, welche fremden Mächten auf russischem Gebiete eingeräumt war, war für eine große Nation eine auf die Dauer nicht erträgliche Demütigung. Wir hatten darin eine Handhabe, um unsere Beziehungen zu Rußland zu pflegen“ [187]).

Das gegenseitige Wohlwollen und Einverständnis, daß die Politik der beiden Staaten Preußen und Rußland zueinander schon seit Jahrzehnten, insbesondere aber, seitdem Bismarck aktiv in die Politik Preußens eingegriffen hatte, charakterisierte, sollte somit während der deutsch-französischen Auseinandersetzung seine besten Früchte tragen. Durch die wohlwollende Haltung Rußlands und das In-schach-Halten der österreichischen Kräfte während der deutschen Siege in Frankreich konnten die Erfolge der preußischen Waffen sichergestellt und die Begründung der deutschen Einheit vollzogen werden. Mit den Siegen der preußischen Waffen wurde aber auch gleichsam die Freiheit Rußlands auf dem Schwarzen Meere erkämpft.

So stand beiden Staaten der Vorteil ihrer in gegenseitiger Anlehnung geführten Politik deutlich vor Augen.

---

[187]) G.W. 15, 319.

C. Schluß.

I. Das Ergebnis der Rußland-Politik Bismarcks für Preußen-Deutschland.

Rascher und vollkommener als man es in Europa vermuten konnte, war das neue Reich entstanden. Mit strengster Folgerichtigkeit hatte Bismarck die preußische Politik bis zur Erreichung seines Hauptzieles, der Begründung der deutschen Einheit, geführt. Von seinem ersten außenpolitischen Hervortreten an hatte er aber auch erkannt, daß dieses Ziel und die Lösung von der Bevormundung, in welcher Preußen seit 1815 von den konservativen Mächten Österreich und Rußland gehalten worden war, nur durch Anlehnung an Rußland, unter Ausnutzung des russisch-österreichischen Gegensatzes, zu erreichen war.

Während des Krimkrieges kämpfte Bismarck gegen die antirussischen Einflüsse am Berliner Hofe und setzte eine neutrale Haltung Preußens durch. In Petersburg wirkte er, um die Politik der beiden Mächte einander zu nähern und die Beziehungen der beiden Herrscher wie auch seine persönlichen zum russischen Kaiserhause zu pflegen. Der polnische Aufstand 1863 gab Veranlassung, die Politik Rußlands und Preußens endgültig festzulegen, nachdem Bismarck durch kräftige Unterstützung der konservativen Richtung des Zaren am Petersburger Hofe die Trennung Rußlands von Frankreich erreicht und für seine in der Folgezeit wohlwollende Haltung gegenüber Rußland die Dankbarkeit des Zaren erworben hatte. In den Jahren 1864, 1866 und 1870/71 — hier noch besonders gesichert durch die Zusicherung der Monarchen vom Frühjahr 1868 — konnte Bismarck dann die Erfolge seiner Politik einziehen, indem Rußland die Siege der preußischen Truppen nicht nur ruhig geschehen ließ, sondern durch seine Haltung auch die anderen europäischen Staaten von einem Eingreifen abhielt. Etwaige Einmischungsversuche bei den Friedensschlüssen, worauf Rußland kraft der Überlieferung von 1815 immer noch ein Recht zu haben glaubte, und welche die Friedensbedingungen und Gestaltung der deutschen Verhältnisse grundlegend hätten beeinflussen können, wußte Bismarck aber geschickt und mit den rechten Mitteln abzuwehren.

„Es war die geniale Erkenntnis Bismarcks, daß die nationale Einheit Deutschlands und damit seine Befreiung von dem russischen Einfluß nur in engstem Anschluß an Rußland durchgesetzt werden konnte[1])."

II. Die Wirkung der Politik Bismarcks auf Rußland.

In Rußland freilich, welches die Vorteile des gegenseitigen Einvernehmens auch zu spüren bekam, besonders in den Jahren 1863 während des

[1]) *Hiltebrandt,* Das europäische Verhängnis, S. 91.

polnischen Aufstandes und 1870/71 bei der Aufhebung der Pontus-Klauseln des Pariser Friedens, war man von der Zweckmäßigkeit einer in Anlehnung an Preußen geführten Politik keineswegs überzeugt. Wohl äußerte sich der Zar in anerkennenden Worten über die Unterstützung, die ihm Preußen-Deutschland gewährte, während sich Gortschakow schon wesentlich kühler verhielt [2]).

Die russische öffentliche Meinung war aber vollkommen gegen Preußen eingestellt.

Schon 1864 machte sich in den russischen Blättern eine stärkere panslawistische Tendenz bemerkbar [3]), welche in den Jahren bis zur Reichsgründung eine wesentliche Steigerung erfuhr. Die Begründung des Deutschen Reiches und die damit verbundene große Machtverschiebung in Europa lieferten den Stoff für weitere Verbreitung der panslawistischen Ideen. „Der Aufstieg Deutschlands förderte den Prozeß der Nationalisierung Rußlands [4])."

Aus dieser Stimmung leugnete die russische Presse nicht nur die Unterstützung, welche Bismarck Rußland gewährt hatte [5]), sondern erging sich noch in den feindseligsten Äußerungen gegen Preußen und Bismarck [6]), in welchem sie den „Räuber Hessens, Nassaus und Schleswig-Holsteins" erblickte [7]), der Europa wie seine Vasallin behandelte [8]).

Die Erfolge Bismarcks ließen in Rußland das Bedürfnis nach einem Gleichgewicht gegen das so rasch erstarkte und konsolidierte Deutschland aufkommen. In Presse und Gesellschaft wurden starke französische Sympathien laut, welche sogar Aufnahme in der kaiserlichen Familie fanden [9]). Der einzige, der seine preußischen Sympathien bewahrte, damit aber an seinem Hofe ziemlich allein stand, war Alexander II [10]).

Bismarck erkannte diese Stimmungen und verschloß sich nicht der Tatsache, „daß es für die russische Politik eine Grenze gibt, über welche hinaus das Gewicht Frankreichs in Europa nicht vermindert werden darf" und glaubte, daß diese Grenze mit dem Frankfurter Frieden erreicht war, ja im Jahre 1875 nahm er bereits an, „daß an der Newa schon einige Zweifel darüber herrschten, ob es richtig gewesen, die Dinge so weit kommen zu lassen, ohne in die Entwicklung einzugreifen" [11]).

III. Neue Gesichtspunkte der Bismarckschen Politik.

Gewaltig war das Deutsche Reich zwischen den europäischen Mächten aufgewachsen. Nun galt es, die Einheit zu festigen und nach außen zu sichern.

---

[2]) 16. 3. 71 Reuß an Bism. *Rheindorf*, a. a. O., 130.

[3]) *Eckardt*, Bism. und St. Petersburg, S. 115.

[4]) *Plehn*, Bismarcks auswärtige Politik, S. 18.

[5]) *Rheindorf, a. a. O., 130.* Eine der führenden russischen Zeitungen, der „Golos", schrieb: „Manche Leute denken, daß Fürst Bismarck uns mit der Konferenz einen bedeutenden Dienst erwiesen hat. Aber erstens ist diese Konferenzidee schon längst vorher von russischer Seite ausgesprochen worden und zweitens, wenn von einem Dienst die Rede ist, dann war dieser Dienst den Westmächten nicht weniger nützlich als Rußland. Herr von Bismarck hat sich eben als Allerweltsfreund gezeigt."

[6]) *Eckardt*, Berlin u. St. Petersburg, 118 ff. — *F.* Aus Moskau S. 621 f.

[7]) *Eckardt*, a. a. O., 128.

[8]) *Eckardt*, a. a. O., 138.

[9]) *Plehn*, a. a. O., 5. u. 18.

[10]) G.W. 15, 318. *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb. 300.

[11]) G.W. 15, 399.

Die französische Revanche war die Gefahr, die Deutschland in der Zukunft bedrohte. Die Isolierung Frankreichs mußte darum das Ziel der preußischen Politik sein.

War bisher die einzige außenpolitische Stütze, auf die die Politik Bismarcks baute, Rußland gewesen, so konnte nach der Reichsgründung das alleinige Verhältnis zu Rußland nicht mehr genügen, um das Deutsche Reich gesichert sein zu lassen. Die Tatsache der deutschfeindlichen Stimmung, welche alle russischen Kreise erfüllte, machte es erforderlich, die Stellung des neuen Reiches nicht mehr allein auf das Verhältnis zu Rußland zu begründen. Bismarck mußte sich daher bemühen, auch Fühlung mit anderen Mächten zu bekommen und mit ihnen in ein Einvernehmen zu gelangen suchen, ohne dabei die zarische Freundschaft aufzugeben.

Diese Notwendigkeit ließ Bismarck noch während des Kriegs erneut Fühlung mit Österreich suchen [12]).

Beruhten bisher die Erfolge Bismarcks zu einem Teil auf dem russisch-österreichischen Gegensatz, so konnte nun, nachdem die deutsche Frage 1866 gelöst war, dieser Gegensatz nicht mehr willkommen sein. Die Annäherung an Österreich durfte also nicht so weit führen, daß daraus eine Gefahr für den Bestand der zarischen Freundschaft erwuchs, denn bei aller deutschfeindlichen Stimmung in Rußland boten die persönlichen Gefühle Alexanders für Wilhelm I., aber auch seine antifranzösischen, doch noch eine sichere Bürgschaft [13]). Das Verhältnis Preußens zu Österreich wurde daher wesentlich bedingt durch das Verhältnis Preußens zu Rußland. Diese Tatsache ließ Bismarck wiederholt darauf hinweisen, „daß man sich hüten möge, uns in die Lage zu bringen, zwischen Österreich und Rußland wählen zu müssen". In solchem Falle könne unsere Wahl nur durch unser Interesse und die Erfahrung geleitet werden, daß sich die Beziehungen zu Rußland sicherer und zuverlässiger erwiesen hätten als die zu Österreich [14]). Also doch auf jeden Fall ein unbedingtes Festhalten an Rußland!

Wollte Bismarck aber Frankreich isoliert halten, so mußte er sich bemühen, einen Ausgleich zwischen den beiden Ostmächten herzustellen, was ihm schließlich mit dem „Dreikaiserbündnis" gelang.

Aber nicht nur das Einvernehmen der drei konservativen Kaiserreiche erstrebte Bismarck, sondern, um eine völlige Isolierung Frankreichs zu erreichen, suchte er auch mit England noch während des Krieges Fühlung zu bekommen.

Den Engländern, die während des deutsch-französischen Krieges Preußen alles mehr als gewogen waren, machte Bismarck eine Annäherung besonders schmackhaft, wenn er ihnen gegenüber zum Ausdruck brachte, daß „England und Österreich die natürlichen Verbündeten Deutschlands" wären, wobei er auch die Bedeutung eines solchen Bündnisses für Deutschland herausstrich und darlegte, daß es unklug wäre, ein derartiges Bündnis zurückzuweisen (reject), selbst wenn es „mit Opfern und auf Kosten von bestehenden Freundschaften" erkauft werden sollte [15]).

---

[12]) G.W. 15, 398. Vgl. ausführl. *Platzhoff*, Anf. d. Dreikaiserb., S. 300 ff.

[13]) Siehe auch G.W. 15, 318.

[14]) 6. 2. 71 Bism. an Reuß. G.W. 6b, 688 f.

[15]) „... even at the cost of sacrifices and of existing friendships." Bericht des englischen Sondergesandten Russel im preußischen Hauptquartier an Granville v. 18. 12. 70. *Fitzmaurice*, The Life of Lord Granville II, 74. — Siehe auch: *Taube*, Bism. zwischen

Bismarck lockte so die Engländer, um sie von Frankreich wegzuziehen. Sein Ziel war, durch ein Einvernehmen mit allen Großmächten Frankreich isoliert zu halten.

Darum durfte auch keine Freundschaft aufgegeben werden und Preußen sich nicht von einer Macht gegen eine andere ausspielen lassen. Bismarck lehnte daher, als er das englische Bündnis haben konnte, allerdings mit der Spitze gegen Rußland, indem ihn die englische Regierung vor die Frage stellte, welche Haltung Preußen in einem englisch-russischen Krieg einnehmen würde [16]), ab. Nicht einmal Neutralität konnte Preußen in diesem Falle wahren; die zarische Freundschaft überwog. Die Anweisung Bismarcks an den Gesandten in London lautete: „Die Übernahme einer solchen Verpflichtung würde eine Verstimmung zwischen uns und Rußland erzeugen, welche nicht in unserem Interesse läge und den Gefühlen Sr. Maj. des Königs widerspräche. Solange der jetzige Kaiser lebe, sei ich überzeugt, daß derselbe seine Gesinnung nicht ändern und daher auch uns keinen Anlaß zu einer veränderten Politik geben würde". Unter besonderer Betonung der traditionellen Gesinnungen, des Wohlwollens und der Herzlichkeit der beiden Monarchen heißt es weiter: „Das Versprechen der Neutralität würde einen Bruch mit dieser Tradition und dieser Politik bedeuten, den ich Sr. Maj. dem Könige nicht anraten würde" [17]).

Das ist also ein eindeutiger Beweis, daß Bismarck die russische Freundschaft keinesfalls aufzugeben gewillt war, auch wenn er dafür die englische gewinnen konnte [18]).

England und Rußland, S. 1; *Rothfels,* Bism. englische Bündnispolitik, S. 12; *Rachfahl,* Deutschland und die Weltpolitik, S. 33.

Nach den Darstellungen *Rachfahls* und *Rothfels'* wollte Bism. das Bündnis mit England und Österreich mit Aufopferung anderer schon bestehender Freundschaften erkaufen, womit also nur Rußland gemeint sein konnte. Das gute Verhältnis zu Rußland sollte nur noch dazu herhalten, um England gefügig zu machen und unter Umständen als ‚Einstandspreis' (*Rothfels* S. 12) zu dienen, mit dem die erwünschte Kombination zu erkaufen war. „Man sieht daraus, welch tiefes Mißtrauen ihn im Grunde der Seele gegen Rußland erfüllte." (*Rachfahl* 33 f.) —

Tatsache ist nun, daß Bism. 1870 ein enges Verhältnis Deutschlands zu Österreich und England wünschte. Dies geht auch klar aus einem Erlaß an den preußischen Gesandten in London hervor: „Solange unsere Beziehungen zu Österreich nicht auf einen besseren und sicheren Fuß gestellt sind; solange in England die Erkenntnis nicht durchgedrungen ist, daß sein einziger wertvoller und sicherer Alliierter auf dem Kontinent in Deutschland zu finden ist, sind uns die guten Beziehungen zu Rußland von dem größten Wert." (28. 11. 70 Bism. an Bernstorff. G.W. 6b, 605 f.)

Diese zur Verwertung in London dienende Anweisung und die Erklärung Bismarcks, daß Deutschland selbst zur ‚Aufopferung von bestehenden Freundschaften' bereit wäre, waren aber doch nur Köder, um England leichter von Frankreich wegziehen zu können: wenn nämlich Deutschland sich bereit erklärte, das Verhältnis zu Rußland aufzugeben, so mußte das in London, vermöge des englisch-russischen Gegensatzes, einen guten Eindruck machen. In Wirklichkeit war Bismarck aber keinesfalls zur Aufgabe der zarischen Freundschaft bereit. S. o. folg.

[16]) Siehe *Rheindorf,* a. a. O., 116.

[17]) 15. 12. 70 Bism. an Bernst. *Rheindorf,* a. a. O., Anl. N. 35 S. 160 f. Dieser Erlaß befindet sich weder in den Ges. Werken noch in der Großen Politik. Er beweist aber, daß Bism. durchaus nicht ‚im Grunde der Seele tiefstes Mißtrauen gegen Rußland erfüllte', wie es *Rachfahl* darstellt.

[18]) Wenn Bismarck in Erkenntnis der Stimmung der russischen Nation und in dem Gedanken an die Möglichkeit eines Brüchigwerdens der russischen Freundschaft die Absicht gehabt hätte, diese ganz aufzugeben, um dafür schleunigst die englische zu erhalten, so hätte er ja auch nur auf der Londoner Konferenz die russischen Forderungen

Die englische Freundschaft, die Bismarck zu erwerben suchte, durfte ihn ebensowenig wie die österreichische vor die Frage stellen, zwischen Rußland einerseits und England bezw. Österreich andererseits wählen zu müssen.

Das oberste Gebot der Politik Bismarcks lautete eben: Sicherung des Deutschen Reiches nach allen Seiten und darum Erhaltung des europäischen Friedens. Daß ihm dies gelang, bezeugt die Geistesgröße des Mannes, der beides in sich vereinigte: den Realpolitiker und den Idealisten, der Deutschlands Größe erträumte.

---

nicht so klar und eindeutig zu unterstützen brauchen. — Darauf macht *Scheller*, Bismarck und Rußland, S. 22 f. besonders aufmerksam: „Die Niederlage Frankreichs bedeutet hier zugleich eine Niederlage der vornehmlich gegen Rußland sich wendenden Orientpolitik Englands."

Anlage.

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Polit. Archiv III/79.

Bericht

des Grafen Károlyi an Grafen von Rechberg Wien.

Nr. 35 C. Berlin, 10. April 1863.

. . . Herr von Bismarck las mir vertraulich die Instruktionen des Generals von Alvensleben vor, deren Tendenz dahin ging, durch eventuelle militärische Verabredungen zum gegenseitigen Schutz gegen den polnischen Aufstand, den Kaiser Alexander in Seinem Widerstande gegen die dem polnischen Elemente eher günstige Politik der neurussischen Nationalpartei, welcher zum Teil Fürst Gortschakoff und vollends die Civil-Regierung in Warschau angehörte, zu stärken, und welche den Auftrag enthielten, Nichts zu unterlassen, um den Kaiser von jener Richtung abwendig zu machen, Ihm Mut einzuflößen zur Bekämpfung der Insurrection, und in dieser Hinsicht, wie es wörtlich heißt, „mit dem preußischen Säbel nach Belieben zu rasseln". — Zum Abschluß einer förmlichen Convention war General von Alvensleben mit keinen Vollmachten versehen. Herr von Bismarck erwähnte auch des Umstandes, daß Letzterer der französischen Sprache kaum mächtig sei, um zu beweisen, daß ursprünglich, bei dessen Absendung, man diesseits nicht beabsichtigt hatte, die Verabredungen in eine solche Form einzukleiden. Sonst hätte man ein anderes Organ hiezu erwählt.

Wenige Tage nach Eintreffen des Generals in St. Petersburg erhielt das Berliner Cabinet auf telegrafischem Wege einen, ohne Zweifel vom russischen Vizekanzler aufgesetzten Entwurf zu einer Convention, dessen allgemeiner, weitgehender und fast die Auslegung einer förmlichen Intervention zulassender Inhalt Herrn von Bismarck auf die Vermutung brachte, daß Fürst Gortschakoff absichtlich so verfängliche Vorschläge machte, um das Zustandekommen eines näheren Übereinkommens zu vereiteln. Wäre nun preußischerseits darauf nicht eingegangen und General von Alvensleben unverrichteter Dinge zurückberufen worden, so würde möglicherweise Rußland immer mehr auf die Seite Frankreichs in Bezug auf Polen hingedrängt worden sein, während hingegen die Annahme des fraglichen Entwurfes eine gerade entgegengesetzte Wirkung zu äußern versprach, nämlich eine Erkaltung der bisherigen intimen Beziehungen zu Frankreich und eine Annäherung zu Preußen. Eine solche Schwenkung in der russischen Politik durch Benutzung dieser Sachlage hervorzurufen und einigermaßen zu sichern schien Herrn von Bismarck im deutschen sowohl als preußischen Interesse entschieden gelegen zu sein. Fürst Gortschakoff hätte sich sonach selbst eine Falle gelegt, und diese Motive hätten auch das Berliner Cabinet bewogen, die Convention in der ursprünglichen weitgehenden Fassung anzunehmen. Das nötige Correctiv gegen gefährliche Interpretation der zu vagen Bestimmungen behielt man sich vor in die zur praktischen Vollziehung

unerläßlichen und meinerseits schon mehrfach einberichteten, den betreffenden Militärorganen zu erteilenden Ausführungs-Instructionen hineinzubringen. Außerdem, vom rein formellen Standpunkte, kommt der Umstand in Betracht, daß, da General von Alvensleben ohne specielle Vollmacht die Convention unterzeichnet hat, dieselbe, um förmliche Kraft und Wirksamkeit zu erhalten, einer nachträglichen Ratification bedarf, welche aber, wegen der mittlerweile eingetretenen Suspendierung des fraglichen Übereinkommens, nie erfolgt ist. —

In diese ausführliche Darlegung der Sachlage hat sich Herr von Bismarck weder gegen den englischen, um so weniger gegen den französischen Botschafter eingelassen. Ihren Einwendungen gegenüber habe er eine gewisse, die Selbständigkeit der preußischen Regierung wahrende Reserve in seinen Erläuterungen beobachten müssen. Das auf Zutun Rußlands erfolgte Stillstehen in den Verhandlungen wegen der Ausführung der Convention hat er ihnen aber seinerzeit sogleich mitgeteilt und hiebei im Wesentlichen zugegeben, daß dieselbe augenblicklich ein toter Buchstabe geworden sei.

Die vor einiger Zeit schon an Grafen Goltz gerichtete Depesche, welche hinsichtlich der Veröffentlichung der französischen Depesche vom 17. Februar an Baron Talleyrand, das hier darüber empfundene Befremden ausdrückt und einige Erläuterungen zur Vertretung der von Preußen in der polnischen Frage befolgten Politik hinzufügt, war ursprünglich dazu bestimmt, sofort der Öffentlichkeit übergeben zu werden, um den öffentlichen französischen Anschuldigungen und der darin enthaltenen Rüge vor der Welt entgegenzutreten. Es scheint aber, daß das Berliner Cabinet vorläufig es für ratsamer erachtet, das Verhältnis zu Frankreich nicht zu verschlimmern, und außerdem auch nicht den Anschein auf sich laden will, durch den Druck des Abgeordnetenhauses, welches wegen der Convention so bittere Vorwürfe an die Regierung gerichtet hatte, so zu sagen zu einer Rechtfertigung dem Auslande gegenüber bewogen worden zu sein, und es dürfte, nach dem was Herr von Bismarck mir sagte, mit der Veröffentlichung der preußischen Antwort nach Paris vorerst noch einige Zeit gewartet werden. —

Graf Goltz berichtet, daß dieselbe nicht ohne Eindruck auf den französischen Minister des Aeußern geblieben ist und daß Letzterer dieser Entgegnung nicht blos Nichts zu erwidern vermochte, sondern in eine gewisse Verlegenheit darüber gerieth.

Genehmigen . . .

Károlyi. —

Literaturverzeichnis.

Bismarck.

Die Gesammelten Werke. Berlin 1924 ff. (Zit. G.W.)
Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach. Berlin 1896 (Zit. Bism. an Gerl.)
Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Hrsg. von Fürst Herbert v. Bismarck. Stuttgart-Berlin 1906 (Zit. Briefe an Braut).
Briefe Otto v. Bismarcks an Schwester und Schwager. 1843/97. Hrsg. v. H. Kohl. Leipzig 1915 (Zit. Briefe an Schwester).
Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris. 2 Bde. Hrsg. v. L. Raschdau. Berlin 1920 (Zit. Raschdau).
Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Hrsg. v. H. Kohl. Stuttgart 1892 (Zit. Kohl, Reden).
Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen v. Otto Fürst von Bismarck. Hrsg. v. H. Kohl. Stuttgart-Berlin 1901.
Bismarck-Jahrbuch. Hrsg. v. H. Kohl. Berlin 1894 ff.
Regesten I. Hrsg. v. H. Kohl. Leipzig 1892 (Zit. Regesten).

Benedetti, V. Cte.: Ma mission en Prusse 1870. Paris 1871
Borries, K.: Preußen im Krimkrieg. 1853/56. Stuttgart 1930
Bernhardi, Th. v.: Tagebuchblätter. Leipzig 1895 ff.
Brandenburg, E.: Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung. Leipzig 1916 (Zit. Untersuchung.)
— Die Reichsgründung. Bd. II. Leipzig 1916
Charles-Roux, Fr.: Alexandre II, Gortschakoff et Napoléon. Paris 1913 (Zit. Charles-Roux.)
Cierpinski, F.: Die Politik Englands in der schlesw.-holsteinischen Frage. Von 1861 bis Anfang Januar 1864. In: Ztschr. d. Ges. f. Schleswig-Holsteinische Geschichte, 44. Bd. Leipzig 1914
— Die Politik Englands in der schleswig-holst. Frage im Anfange des Jahres 1864. In: Ztschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 45. Bd. Leipzig 1915.
Clark, Ch. W.: Franz Joseph and Bismarck. The Diplomacy of Austria before the War of 1866. In: Harvard Historical Studies. Vol. XXXVI. 1934
Ebel, W.: Bismarck und Rußland vom Prager Frieden bis zum Ausbruch des Krieges von 1870. Diss. Frankfurt 1936
Eckardt, J. v.: Berlin und St. Petersburg. Preuß. Beitr. z. Gesch. d. deutsch.-russ. Beziehungen. Leipzig 1880
— Von Nikolaus I. zu Alexander III. Leipzig 1881
F.: Aus Moskau. Klage eines Deutschen über die russ. Presse. In: Preuß. Jahrb. 26. Bd. 1870
Feldmann, J.: Bismarck und die polnische Frage. (Bismarck a sprawa polska.) In: Sprawy obce (Fremde Fragen). 1930, III, April
Filipowicz, T.: Confidential correspondance of the British governement respecting the insurrection in Polen 1863. Paris 1914
Fitzmaurice, Lord E.: The Life of Lord Granville. Vol. II. London 1906
Fleury, Le comte: La France et la Russie en 1870 d'après les papiers du général comte Fleury. Paris 1902
Friedrich III., Kaiser: Das Kriegstagebuch 1870/71. Hrsg. v. H. O. Meisner. Berlin und Leipzig 1926
Friese, Chr.: Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum Polnischen Aufstand. Osteurop. Forsch. N.F. Bd. 11, 1931

Gawronski, E.: Bismarcks Formen des außenpolitischen Handelns bis zur Reichsgründung. Diss. Kiel 1931
Gerlach, L. v.: Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs. Nach seinen Aufzeichn. hrsg. v. seiner Tochter. II. Bd. Berlin 1892
Gorce, P. de la: Les duchès de l'Elbe, l'Allemagne et l'Europe. In: Le Correspondent 193. Bd. 1898
Graef, F.: 1864. Schleswig-Holstein und das Ausland. In: Ztschr. d. Ges .f. Schlesw.-Holst. Gesch. 45. Bd. Leipzig 1915
Hahn, L.: Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken. I. Bd. Berlin 1878
Haller, J.: Bismarcks Friedensschlüsse. 2. A. In: Weltpolitik u. Kultur. H. 10. München 1917
Hiltebrandt, Ph.: Das europäische Verhängnis. Berlin 1919
Jansen, G.: Großherzog Peter von Oldenburg und die schlesw.-holstein. Frage. In: Dtsch. Revue, 27. Jahrg. 4. Bd. 1902
Keudell, R. v.: Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846/72. Berlin-Stuttgart 1901
Klaczko, J.: Etudes de diplomatie contemporaine des cabinets de l'Europe en 1863/64. Paris 1866
Kleinschmidt, A.: Drei Jahrhunderte russischer Geschichte. Berlin 1898
Kötter, R.: Bismarcks Verhältnis zu England bis zum Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges. Masch. Diss. Erlangen 1928
Kozmian, St. v.: Das Jahr 1863. Polen und die europäische Diplomatie. Deutsch v. D. S. Landau. Wien 1896
Kunau, H.: Die Stellung der preußischen Konservativen zur äußeren Politik während des Krimkrieges. In: Hist. Stud., hrsg. von R. Fester, 5. Heft Halle 1914
Lenz, M.: Geschichte Bismarcks. 3. Aufl. Leipzig 1911
— König Wilhelm und Bismarck in Gastein 1863. In: Kleine hist. Schrift. S. 429. München, Berlin 1910
— Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck. Berlin 1899
Lewin, J.: Bismarcks Mission in Petersburg 1859/62. In: Arch. f. Pol. u. Gesch. Heft 6. Berlin 1926 (Nach Baron B. Nolde, Petersburgskaja missija Bismarka. Prag 1925)
Loftus, L. A.: The diplomatic reminiscences. London, Paris u. Melbourne 1892 u. 1894
Lord, R. H.: Bismarck and Russia in 1863. In: The American Historical Review 29. Okt. 1923
Martens, F. v.: Rußland und Preußen während der Restauration. In: Dtsch. Revue 13. Jahrg. 2. Bd. Breslau 1888
Matter, P.: La Prusse et la révolution de Pologne en 1863. In: Annales des sciences politiques. Année 20. Paris 1905
Meyer, A. O.: Bismarcks Orientpolitik. Festrede, geh. b. d. Reichsgründungsfeier der Georg-August-Universität zu Göttingen am 18. Jan. 1925. Göttingen 1925
Michael, H.: Bismarck, England und Europa. (Vorwiegend 1866—70) In: Forsch. z. mittelalterl. u. neueren Gesch. Heft 5. München 1930 (Zit. Michael.)
Mommsen, W.: Michael: Bismarck, England und Europa. (Buchbesprechung.) In: Hist. Ztschr. 143. Bd. München u. Berlin 1931
Nolde, Baron B.: Die Petersburger Mission Bismarcks 1859 bis 1862. Rußland und Europa zu Beginn der Regierung Alexander II. Prag 1924. Übers. B. Schulze. Leipzig 1936
Oncken, H.: Die Rheinpolitik Kaiser Napoleon III. von 1863/70 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Berlin u. Leipzig 1926
— Großherzog Peter von Oldenburg. In: Preuß. Jahrb. 102. Bd. 1900
Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71, les. Recueil de documents publié par le ministère des affaires étrangères. Paris 1910 ff.
Pfeifer, Martha: Bismarcks Polenpolitik im Hinblick auf Rußland. Masch. Diss. Marburg 1925
Platzhoff, W.: Die Anfänge des Dreikaiserbundes. In: Preuß. Jahrb. Bd. 188. 1922
— Bismarcks Reichsgründung und die europäischen Mächte. Rede zur Feier des 18. Januar 1925. Frankfurt 1925 (Zit. Platzhoff, Rede.)
Plehn, H.: Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. München, Berlin 1920
Politik, die auswärtige Politik Preußens 1858—1871. Dipl. Aktenst. Hrsg. von der hist. Reichskomm. unt. Leitung v. E. Brandenburg, O. Hoetzsch, H. Oncken. Bd. I, III, IV, V, VIII, IX. 1932 ff. (Zit. APP.)

Politik, die große Politik der europäischen Kabinette 1871/1915. 2. Bd. Samml. der dipl. Akt. des Ausw. Amtes. Im Auftrag des Ausw. Amtes hrsg. von J. Lepsius, A. Mendelsohn-Bartholdy, F. Thimme. Berlin 1925 (Zit. Große Politik)
Poschinger, H. v.: Fürst Bismarck und die Diplomaten 1852/90. Hamburg 1900
— Fürst Bismarck und die Parlamentarier. 2. A. Breslau 1894
Rachfahl, F.: Deutschland und die Weltpolitik 1871/1914. Bd. I. Die Bismarcksche Ära. Stuttgart 1923
Revertera, Graf Fr.: Erinnerungen eines Diplomaten in St. Petersburg 1860/63 und 1864/68. In: Dtsch. Revue, 28. Jahrg. I. u. II. Bd. 1903 u. 29. Jahrg. II. Bd. 1904
Rheindorf, K.: Die Schwarze-Meer (Pontus)-Frage vom Pariser Frieden von 1856 bis zum Abschluß der Londoner Konferenz von 1871. Bonn 1925
Richthofen, G. Frh. v.: Die Politik Bismarcks und Manteuffels 1851/58. Diss. Berlin 1915.
Robolsky, H.: Bismarck und Rußland. Enthüllungen über die Beziehungen Deutschlands und Rußlands von 1859 bis heute. Berlin 1887
Rothfels, H.: Bismarcks englische Bündnispolitik. Berlin u. Leipzig 1924.
Scheidt, H.: Konvention Alvensleben und Interventionspolitik der Mächte in der polnischen Frage 1863. Diss. München 1936
Scheller, E.: Bismarck und Rußland. Marburg 1926
Schiemann, Th.: Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I. Bd. 4. Berlin u. Leipzig 1919.
Schweinitz, H. L. v.: Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz. I. Bd. Berlin 1927
Steefel, L. D.: The Schleswig-Holstein Question. In: Harvard Historical Studies. Vol. XXXII. 1932
Stern, A.: Geschichte Europas. Bd. VII—X. Stuttgart und Berlin 1916 ff. (Zit. Stern.)
Stolberg-Wernigerode, A. Graf zu: Bismarck und die Verständigungspolitik von 1864—66. Berlin 1929
Stresemann, G.: Bismarck und wir. Rede zum 25. Bismarckkommers des Berliner Bismarckausschusses. Berlin 1. 4. 1916
Sybel, H. v.: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Volksausgabe. München u. Berlin 1901 (Zit. Sybel.)
Taube, A. v.: Fürst Bismarck zwischen England und Rußland. Ein Beitr. z. Polit. d. Reichskanzlers i. d. Jahren von 1871/90. Stuttgart 1923
Taube, Freifrau H. v.: Am russischen Hof in den Jahren der deutschen Reichsgründung. Berlin 1921
Voelkle, C.: Die Haltung Englands in der deutsch-dänischen Frage. Herbst 1863 bis Juli 1864. Diss. Heidelberg 1913
Wendt, H.: Bismarck und die polnische Frage. Hist. Stud. IX., hrsg. v. R. Fester. Halle 1922
Wertheimer, E. v.: Andrassy. Sein Leben und seine Zeit. I. Bd. Stuttgart 1910.
— Zur Vorgeschichte des Krieges von 1870. In: Dtsch. Rundsch., Bd. 185 u. 186. 1920 u. 1921
Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv: Eine Aktenabschrift, siehe Anlage
Zechlin, E.: Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht. Stuttgart u. Berlin 1930 (Zit. Zechlin.)

Lebenslauf.

Am 14. August 1908 wurde ich, Gerhard Heinze, als Sohn des Kaufmanns Gustav Heinze in Gera geboren. Ich besuchte zunächst 3 Jahre die Mittelschule und dann 9 Jahre die Oberrealschule, die ich Ostern 1927 mit dem Reifezeugnis verließ. Hierauf studierte ich Germanistik, Geschichte und Englisch, und zwar je 1 Semester an den Universitäten Leipzig, Marburg und Halle, 6 Semester an der Universität Hamburg und 2 Semester an der Universität Jena. Hier legte ich im Herbst 1933 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ab. Vom Herbst 1933 an war ich am Reformrealgymnasium in Gera im praktischen Vorbereitungsdienst. Im Februar 1936 unterzog ich mich (infolge schweren Autounfalls verspätet) mit Erfolg der praktisch-pädagogischen Prüfung. Danach war ich vorübergehend an einer Privatschule tätig. Seit Ostern 1937 befinde ich mich als Studienassessor in Weimar im thüringischen Schuldienst.